

Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871–1914



Herausgegeben
im Auftrage des Auswärtigen Amtes

Die Grosse Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914

Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes

Im Auftrage des Auswärtigen Amtes

herausgegeben von

Johannes Lepsius
Albrecht Mendelssohn Bartholdy
Friedrich Thimme

1 9 2 4

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

14. Band:

Weltpolitische Rivalitäten

Zweite Hälfte

1 9 2 4

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

1. Auflage

 Gesetzt und gedruckt in der Buchdruckerei F. E. Haag in Melle i. H.

Inhaltsübersicht des vierzehnten Bandes (2. Hälfte)

Ein Namenverzeichnis für die Bände XIII—XVIII erscheint am Schlusse des XVIII. Bandes; ein ausführliches Namen- und Sachverzeichnis am Schlusse des gesamten Werkes

Kapitel XCIII

Der Englisch-Französische Konflikt wegen Faschoda 1898—1899

Nr. 3884

Der Generalkonsulatsverweser in Kairo Graf von Oberndorff, z. Z. in Alexandrien, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 65 Alexandrien, den 10. September 1898

Direkter Reutermeldung aus Omdurman zufolge hat ein früher von Khalifa * abgesandtes, jetzt zurückgekehrtes Boot Meldung gebracht, daß Faschoda von weißer Streitmacht besetzt sei, die Boot beschossen habe.

Offenbar handelt es sich um französische Expedition Marchand[1] **.

Hiesiger Minister der Auswärtigen Angelegenheiten *** hat noch keine direkten Nachrichten, hält aber Meldung für zutreffend.

Oberndorff

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

[1] Nun wird die Lage interessant werden! Die Gallier sitzen zwischen Macdonald † und Khartum.

---

* Ort nördlich von Kairo.

** Die französische Expedition Marchand, die im Frühjahr 1897 vom Ubangi her in der Richtung zum oberen Nil aufgebrochen war, hatte schon früh die Aufmerksamkeit der englischen Regierung, die mit großer Eifersucht die englische Besitz- und Einflußsphäre am oberen Nil wahrte, wachgerufen. Am 10. Dezember 1897 verwahrte der englische Botschafter Sir E. Monson sich gegenüber dem französischen Minister des Äußern ausdrücklich dagegen „that any other European Power than Great Britain has any claim to occupy any part of the valley of the Nile". Als nun Marchand am 10. Juli mit 8 Offizieren und 120 Senegalesen Faschoda am Nil erreichte und besetzte, beschloß die englische Regierung Ernst zu machen. Sie konnte es um so eher nach dem glänzenden Verlauf des Sudanfeldzuges Kitcheners tun, der am 8. April die Derwische am Atbara geschlagen hatte und schließlich dem Kalifen am 2. September bei Omdurman eine vernichtende Niederlage beibrachte. Da das weitere Vordringen Kitcheners am oberen Nil zu einem Zusammenstoß mit Marchand führen mußte, suchte Hanotaux' Nachfolger Delcassé in einer Unter-

*** Butros Pascha Gali.

† Englischer Brigadekommandeur bei Omdurman.

Nr. 3885

Der Generalkonsulatsverweser in Kairo Graf von Oberndorff, z. Z. in Alexandrien, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 66 Alexandrien, den 11. September 1898

Im Anschluß an Telegramm Nr. 65*.

Französischer Geschäftsträger** sagt mir, französischer Minister der Auswärtigen Angelegenheiten*** habe vor kurzem bereits mit englischem Botschafter in Paris die Eventualität der Besetzung Faschodas besprochen, um für den Fall des Zusammentreffens einen freundschaftlichen modus procedendi zur Erzielung einer Verständigung zu vereinbaren.

Oberndorff

Nr. 3886

Der Generalkonsulatsverweser in Kairo Graf von Oberndorff, z. Z. in Alexandrien, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 68 Alexandrien, den 12. September 1898

Im Anschluß an Telegramm Nr. 66†.

Wie ich erfahre, hat hiesige Regierung dem Sirdar†† telegraphiert, daß wegen Faschoda Verhandlungen im Gange. Aus London sollen gleichfalls Ordres für ihn eingetroffen sein.

Oberndorff

---

redung mit Sir E. Monson eine Verständigung mit England in bezug auf die Mission Marchand einzuleiten (7. September), die aber von Lord Salisbury schroff mit der Erklärung zurückgewiesen wurde, daß England seine durch Eroberung neu befestigten Besitzansprüche auf den Sudan nicht diskutiert sehen wolle. Das Nähere darüber siehe in dem englischen Blaubuch: Egypt Nr. 2 (1898) und in dem französischen Gelbbuch: Affaires du Haut-Nil et du Bahr-el-Ghazal 1897—1898.

* Siehe Nr. 3884.

** Riffault

*** Delcassé, als Nachfolger Hanotaux' Minister des Äußeren im Kabinett Brisson (seit 28. Juni 1898).

† Siehe Nr. 3885.

†† Sir H. Kitchener-Pascha.

Nr. 3887

Der Generalkonsulatsverweser in Kairo Graf von Oberndorff, z. Z. in Alexandrien, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 74 Alexandrien, den 25. September 1898

Nach Telegramm Sirdars ist Marchand mit 8 Offizieren und 120 Sudanesen in Faschoda. Derselbe erwarte Ordre französischer Regierung, um sich zurückzuziehen. Sirdar ist, nachdem er in Faschoda und Sobat ägyptische Flagge gehißt und Besatzung zurückgelassen, nach Omdurman zurückgekehrt.

Kurier von dort unterwegs.

Sirdar sagt, er sei glücklich, diesen Explorateur gerettet zu haben.

Oberndorff

Nr. 3888

Der Geschäftsträger in Paris von Below-Schlatau an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 262 Paris, den 27. September 1898

Der gestrige Tag hat der französischen Regierung zwei wichtige Nachrichten aus Afrika gebracht.

Noch morgens hatte das Kolonialministerium die Mitteilung ausgegeben, daß man seit dem Frühjahr ohne Kunde von der Expedition Marchand wäre, als nachmittags ein Telegramm des französischen Vertreters in Kairo und späterhin ein Besuch des englischen Botschafters am Quai d'Orsay die Bestätigung brachte, daß Marchand am 10. Juli mit 8 Offizieren und 120 sudanesischen Soldaten in Faschoda angekommen wäre und sofort seiner Regierung entsprechende Meldung erstattet hätte, welche mit Rücksicht auf die Entfernung jedoch noch nicht in Paris eingetroffen wäre. Das Ergebnis der zwischen dem Sirdar und dem Leiter der französischen Expedition in anscheinend friedlicher Weise am 19. d. Mts. stattgehabten Begegnung ist, daß Marchand erklärt hat, auf seinem Posten zu bleiben und dort Weisung von seiner Regierung abzuwarten. Daß eine solche bereits an ihn ergangen sei, wird amtlich dementiert. pp.

Below

Nr. 3889

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 191 Paris, den 8. Oktober 1898

Wegen Faschoda wird hier nicht weiter verhandelt, nachdem der englische Botschafter anfangs der Woche gegen das Vorgehen der französischen Expedition des Majors Marchand Protest erhoben hat.

Herr Delcassé suchte das Vorgehen dadurch zu rechtfertigen, daß Faschoda res nullius sei.

Darauf erwiderte der Botschafter, das stehe in direktem Widerspruch mit der Erklärung, die Hanotaux am 5. April 1895 gegeben habe, in der der Minister damals anerkannt habe, daß der ganze Sudan unter der Souveränität des Sultans zu Ägypten gehöre.

Darauf sind hier die Verhandlungen abgebrochen, und Baron de Courcel versucht sein Glück Lord Salisbury gegenüber.

Nach der Ansicht des Botschafters und anderer Engländer, die ich sah, kann Lord Salisbury, auch wenn er wollte, der sehr erregten öffentlichen Meinung wegen nicht nachgeben.

Münster

Nr. 3890

Der Geschäftsträger in London Graf zu Castell-Rüdenhausen an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 678 London, den 13. Oktober 1898

In der Faschodaangelegenheit haben in der vergangenen Woche irgendwelche Resultate nicht ergebende Verhandlungen zwischen Lord Salisbury und dem französischen Botschafter* stattgefunden. Ersterer hat mich gestern abend empfangen und mir über die Sache folgende Mitteilung gemacht:

Dieselbe ruht zurzeit. Man wartet auf den Bericht Marchands, der in Kürze eintreffen könne. Letzterer sei ohne Munition und Proviant und befinde sich daher ganz in der Gewalt Englands. Auf dem Wege, auf dem er an den Nil gekommen, könne er nicht zurückkehren. Er sei daher tatsächlich von Frankreich abgeschnitten.

---

* Vgl. insbesondere über die wichtige Unterredung vom 12. Oktober das französische Gelbbuch: „Affaires du Haut-Nil et du Bahr-el-Ghazal 1897—1898" Nr. 30 und das englische Blaubuch „Egypt Nr. 3 (1898)" Nr. 3.

Lord Salisbury wies mit einer gewissen Genugtuung auf die bedrängte Lage Marchands hin, und ich habe die unbedingte Überzeugung gewonnen, daß er seiner Sache gewiß ist und sich zu weiteren Konzessionen nicht herbeilassen wird. Dem zu erwartenden Berichte Marchands scheint er keinerlei Bedeutung beizumessen und dem bezüglichen Wunsche Frankreichs nur aus Courtoisierücksichten Rechnung getragen zu haben, seine Gewährung als etwas Überflüssiges, aber Ungefährliches erachtend. Dies dürfte sich schon daraus ergeben, daß er von dem französischen Anerbieten, von dem an Marchand gerichteten Erlaß Kenntnis zu nehmen, keinen Gebrauch gemacht hat. Daß Lord Salisbury in der Faschodaangelegenheit die ganze öffentliche Meinung Englands für sich hat, kann keinem Zweifel unterliegen. Schon aus diesem Grunde dürfte es für ihn schwer sein, auch nur einen Schritt zurückzuweichen.

Castell

Nr. 3891

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 198 — Paris, den 16. Oktober 1898

Graf Murawiew ist gestern hier eingetroffen. Vor ihm waren kürzlich die russischen Kriegs- und Finanzminister* hier. Die russischen Minister scheinen die sehr erblaßte Russenliebe wieder neu beleben und dabei die inneren Zustände Frankreichs** beobachten zu wollen. Der französischen Regierung sind diese Besuche gerade jetzt doppelt angenehm, sie hofft auf russische Unterstützung den Engländern gegenüber.

Großfürst und Großfürstin Wladimir sind auch hier.

Die Beziehungen wegen Faschoda sind sehr gespannte. Der englische Botschafter sagt, daß hier nicht mehr darüber verhandelt werde und England fest entschlossen sei, nicht nachzugeben. Der Bericht des Majors Marchand wird von Kairo aus auf telegraphischem Wege am Donnerstag erwartet. Der Ausstand*** ist vorüber.

Münster

---

* Kuropatkin und Witte.

** Sie waren infolge der Dreyfusfrage, die am 26. Oktober zum Sturz des Ministeriums führte, ungewöhnlich gespannt. Vgl. Bd. XIII, Kap. LXXXIX, Anhang.

*** Mitte September waren die Erd- und Bauarbeiter in Paris in einen Streik getreten, der zu einem allgemeinen zu werden drohte. Vgl. Bd. XIII, Kap. LXXXIX, Anhang Nr. 3610, Fußnote * und 3611.

Nr. 3892

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 281 Paris, den 17. Oktober 1898

pp. Was die äußere Politik betrifft, so geht alles nicht sehr nach Wunsch, und ich glaube, daß Herr Hanotaux mit einer gewissen Schadenfreude Herrn Delcassé überläßt, die Faschodafrage zu entwirren.

Mir scheint, daß Herr Delcassé sich seine sehr undankbare Aufgabe dadurch sehr erschwert hat, daß er von vornherein die Verantwortung für das Vorgehen des Majors Marchand nicht ablehnte und sich durch seine nicht ganz haltbare Argumentation mit den Engländern in direkten Widerspruch setzte, und es ihm sehr schwer werden wird nachzugeben, was er doch schließlich wird tun müssen.

Der sonst sehr ruhige Sir Edmund Monson sagt, die Engländer würden die Räumung Faschodas bedingungslos verlangen, selbst wenn es zu Konflikten darüber kommen sollte.

Verhandelt wird nicht mehr, es wird aber Herrn Delcassé Zeit gegeben, um den Bericht des Majors Marchand, der am Donnerstag von Kairo aus telegraphisch erwartet wird, abzuwarten.

Herr Delcassé hat mich auf diesen Abend zu einem Essen geladen, welches er zu Ehren des Grafen Murawiew gibt.

Ich habe gestern schon gemeldet*, daß in dieser kurzen Zeit drei russische Minister, des Krieges, der Finanzen und jetzt der Auswärtigen Angelegenheiten Paris besuchten, Witte, um zu sehen, ob Geld hier noch zu haben ist, der Kriegsminister, um Fühlung mit der Armee von neuem zu gewinnen und ihre Stimmung kennenzulernen, und Murawiew, um die Mißstimmung zu beseitigen, welche durch die Überrumpelung und Rücksichtslosigkeit bei der vorher nicht besprochenen Einladung zur Abrüstungskonferenz** hier erzeugt wurde.

Dabei wird auch die Vorspiegelung russischer Hülfe gegen England nicht fehlen.

Ob die russischen Minister viel Vertrauen zu den hiesigen Verhältnissen mit nach Hause nehmen, möchte ich bezweifeln.

Witte soll nicht sehr befriedigt gewesen sein.

Für das hiesige Kabinett sind aber diese russischen Minister willkommene Gäste.

Münster

---

* Vgl. Nr. 3891.

** Vgl. Bd. XV, Kap. C.

Nr. 3893

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 202 Paris, den 20. Oktober 1898

Der Bericht des Majors Marchand wird morgen, spätestens übermorgen erwartet.

Graf Murawiew, dem ein englisch-französischer Konflikt in diesem Augenblick sehr unerwünscht sein würde, hat dringend dazu geraten, Faschoda zu verlassen und das abhängig zu machen vom Beginn weiterer Verhandlungen über Ägypten und die Abgrenzung in Afrika. Rußland würde Frankreich dabei unterstützen. Bei der jetzigen Stimmung in England wird man dort nicht darauf eingehen und die bedingungslose Räumung Faschodas und Einziehung der französischen Flagge fordern. Sollte es dabei zu einem Ultimatum kommen, so kann die Lage eine sehr ernste werden.

Die hiesigen politischen Kreise sind sehr erbittert gegen England, die Stellung der Regierung sehr gefährdet. Die öffentliche Meinung ist noch ruhiger, läßt sich aber bekanntlich sehr leicht aufregen.

Über Vorbereitungen in der Marine erfährt man noch nichts Bestimmtes, ganz unbegründet scheinen die Gerüchte darüber nicht zu sein.

Münster

Nr. 3894

Der Generalkonsul in Kairo von Müller an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 174 Kairo, den 20. Oktober 1898

Ich nahm heute Veranlassung, dem Sirdar, welcher sich morgen nach England einschifft, meinen Besuch zu machen, um ihn nach meiner vor wenigen Tagen erfolgten Rückkehr nach Ägypten zu den glänzenden Erfolgen der Sudankampagne zu beglückwünschen. Ich fand Lord Kitchener bei vortrefflicher Gesundheit, vergnügt und mitteilsamer, als es seine Gewohnheit zu sein pflegt. Nachdem er mit einigen Seufzern der harten Aufgabe gedacht hatte, die ihm in den nächsten Wochen in England bevorstehe, wo ihn die Verpflichtung, sich in Versammlungen und Banketten gehörig feiern zu lassen, von der Wohltat des behaglichen Verkehrs mit Angehörigen und Freunden abhalten werde, wendete sich unser Gespräch bald der brennenden

Faschodafrage zu. Kitchener Pascha gedachte in freundlicher Weise des Franzosen Marchand, vor dessen Leistung als Afrikadurchquerer er allen Respekt habe. Er wiederholte mir dabei, daß er gleichsam als Retter erschienen sei; denn Marchand hätte sich, da ihm alle Subsistenzmittel ausgegangen, kaum mehr vierzehn Tage in Faschoda halten können und wäre sicherlich der Macht des Kalifa in Kürze erlegen, wenn dieselbe nicht durch den Sieg von Omdurman rechtzeitig gebrochen worden. Der Sirdar tut sich mit Recht etwas zugut auf sein chevalereskes Benehmen dem französischen Offizier gegenüber.

Im Laufe des gestrigen Tages war hier die Nachricht eingetroffen, daß einerseits die Bank von Frankreich ihren Diskont auf drei Prozent festgesetzt habe, und daß im Hafen von Toulon eine ungewöhnliche Rührigkeit herrsche. Auf dieses letztere alarmierende Symptom hinweisend bemerkte Kitchener Pascha lächelnd, es wäre doch unglaublich, wenn Faschodas wegen zwischen Großbritannien und Frankreich Krieg ausbrechen sollte.

von Müller

Nr. 3895

Der Geschäftsträger in London Graf zu Castell-Rüdenhausen an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 700 London, den 22. Oktober 1898

Bei einem ihm heute von mir im Foreign Office abgestatteten Besuch kam Sir Th. Sanderson auf die Faschodafrage zu sprechen und bezeichnete dabei die dadurch geschaffene Lage als unbedingt kritisch und ernst. Wie aus den betreffenden Mitteilungen des Unterstaatssekretärs hervorging, sieht sich die britische Regierung in die Unmöglichkeit versetzt, sich zu irgendwelchen Konzessionen herbeizulassen oder den in der Sache von vornherein eingenommenen Standpunkt aufzugeben. Von Verhandlungen mit der französischen Regierung ist keine Rede. Sir Th. Sanderson bemerkte mit großer Bestimmtheit, daß Lord Salisbury die ganze öffentliche Meinung Englands hinter sich habe, und daß ihm dies verbiete, auch nur einen Schritt zurückzuweichen. Sir Michael Hicks-Beach * habe durchaus nicht — wie man es im Auslande anzunehmen scheine — bei seiner neulichen Auslassung ** in den Tag hinein geredet. Wenn er erklärt habe, daß die

* Kanzler der Schatzkammer im Kabinett Salisbury.

** Am 19. Oktober hatte der Schatzkanzler eine scharfe Rede gehalten, in der es am Schlusse hieß: Es würde ein großes Unglück sein, wenn nach mehr als achtzigjährigem Frieden die freundlichen Beziehungen zu Frankreich gestört und England in einen großen Krieg gestürzt werden sollte. Allein es gebe größere Übel als den Krieg, und die Regierung werde vor nichts

Regierung vor nichts zurückschrecke, so habe er damit nur den Nagel auf den Kopf getroffen. Der Unterstaatssekretär ging so weit, zu bemerken, daß England selbst in dem Falle, daß es das Recht weniger auf seiner Seite habe, bezüglich des oberen Niltals keine andere Politik als die eingeschlagene befolgen könne, womit er wohl besonders betonen wollte, daß von hier aus jede Nachgiebigkeit als ausgeschlossen zu betrachten ist. Schließlich lenkte er meine Aufmerksamkeit auf den Umstand, daß Kapitän Baratier* mit demselben Schiffe als der Sirdar von Alexandrien aus nach Europa reise, sich augenscheinlich Günstiges von dem Einfluß des letzteren versprechend. Sir Th. Sanderson fügte hinzu, daß vor einigen Jahren der siamesische Grenzstreit namentlich deshalb zu keinen ernstlichen Komplikationen geführt habe, weil es Kitchener Pascha gelungen sei, dem mit ihm reisenden französischen Agenten in sehr drastischer Weise Respekt einzuflößen.

Daß das britische Kanalgeschwader bereits vor Brest demonstriert hat, darf ich als bekannt voraussetzen. Wie ich höre, wird alles für den Kriegsfall instandgesetzt. Der italienische Botschafter**, der mich vorhin besucht hat, ist wie ich der Ansicht, daß sich die Lage recht ernst gestaltet hat, und daß es sich um weit mehr als bloßes Rasseln mit dem Säbel handelt. Wie er mir mitteilte, hat er in diesem Sinne nach Rom berichtet.

Von einer privaten, aber mit verschiedenen maßgebenden Persönlichkeiten in Berührung stehenden und oft gut unterrichteten Seite erfahre ich, daß man sich hier mit dem Kriegsgedanken vollkommen vertraut gemacht habe, und daß ein kriegerischer Austrag des Faschodastreites manchen hiesigen Kreisen sogar nicht unwillkommen sein würde.

Castell

Nr. 3896

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 291 Wien, den 24. Oktober 1898

Graf Murawiew*** sagt mir, daß Frankreich die Faschodafrage nach dem Kongo hinüberspielen wolle, um den heißen Boden Ägyptens in diesem Falle für England freizugeben.

---

zurückschrecken, da sie wisse, daß sie durch ein geeintes Volk unterstützt werde.

* Kapitän Baratier hatte den Bericht des Majors Marchand nach Paris zu bringen.

** General Ferrero.

*** Graf Murawiew berührte auf seiner Rückreise von Paris am 24. Oktober Wien.

Graf Murawiew hat in diesem Sinne nach Möglichkeit gewirkt und ist der friedlichen Lösung sicher.

Eulenburg

Nr. 3897

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 188 Wien, den 24. Oktober 1898

Graf Murawiew äußerte sich mir gegenüber mit Wärme über die Haltung M. Delcassés in der Faschodafrage. Der französische Minister habe ihm gesagt: er berühre nicht die Faschodafrage, weil dieses eine Angelegenheit sei, die nur Frankreich und England, keine dritte Macht tangiere.

Graf Murawiew hat trotzdem in nachdrücklicher Weise versucht, dem Zwischenfall die Schärfe zu nehmen und Frankreich zu ruhiger Auffassung der Lage zu bewegen.

Auf das angenehmste war der Graf überrascht, als ihm M. Delcassé sagte, er wolle die Faschodafrage von Ägypten fort nach dem Kongo spielen. „Ägypten hat,“ äußerte Graf Murawiew, „seitdem England den ganzen Osten Afrikas für sich in Anspruch nimmt, heißen Boden. Besonders auch weil Rußland in dieser Frage völlig auf französischer Seite steht*.“

M. Delcassé fragte, ob er es wagen dürfe, von dieser Äußerung des Grafen Notiz in den nächsten Gelbbüchern zu nehmen. Der Graf hat zustimmend darauf geantwortet.

Für denjenigen, welcher die Vorgeschichte der Ernennung Herrn Delcassés zum Minister des Äußern kennt, dürften die „angenehmen Überraschungen“, die der Minister dem Grafen Murawiew in dieser Frage bereitet hat — keine Überraschungen sein.

P. Eulenburg

Nr. 3898

Bericht des Marineattachés in London Korvettenkapitäns Coerper

Abschrift

Nr. 363 London, den 25. Oktober 1898

Am Sonnabend, den 23. d. Mts., kam ich von einer Reise nach Barrow und Sheffield hierher zurück und fand, daß die zwischen England und Frankreich schwebende Faschodastreitigkeit allem Anscheine nach einen sehr viel ernsteren Charakter angenommen hatte, als bisher

* Vgl. auch Nr. 3924.

erwartet werden konnte. Beispielsweise hörte ich, daß maßgebende Personen — es wurden die Namen des Mr. Chamberlain und des Ersten Lords der Admiralität Mr. Goschen genannt — einem Kriege mit Frankreich durchaus nicht abgeneigt seien, vielmehr den Augenblick für günstig hielten, um einmal mit Frankreich gründlich abzurechnen. Ob dieses Gerücht irgendwelche tatsächliche Unterlage hat, vermag ich natürlich nicht zu kontrollieren, in privaten Kreisen habe ich aber Aussprüche wie, wir wollen die Franzosen verhauen und ihnen dann Tunis und was wir sonst haben wollen wegnehmen, und ähnliche wiederholt gehört.

Die zum ersten Male am 22. d. Mts. in die Erscheinung tretende Unsicherheit und Unruhe der Börse ließ mit Sicherheit darauf schließen, daß die Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen nicht ganz den erwarteten friedlichen Verlauf zu nehmen schienen. Unter diesen Umständen hielt ich es für angezeigt, Euerer Exzellenz am Sonnabend abend noch telegraphisch diejenigen Maßnahmen zu melden, welche Zeitungsnachrichten zufolge die englische Marineverwaltung getroffen hatte, um die Flotte und ihre Reserve bereitzustellen. Ich reiste dann am Montag nach Portsmouth, um, wenn möglich, selbst zu sehen, ob die Nachrichten der Zeitungen sich als zuverlässig erwiesen. Ich habe jedoch von dem Besuche der Werft abgesehen, da ich hierzu mich offiziell hätte dort anmelden müssen.

Im Ganzen habe ich den Eindruck gewonnen, als seien die Zeitungsberichte zutreffend und alle Maßnahmen zur Bereitstellung der nicht zur aktiven Flotte gehörigen Schiffe in aller Stille und ohne Aufsehen schon vor einiger Zeit getroffen und bis jetzt so weit gefördert worden, daß es nur noch des Mobilmachungsbefehls bedarf, um Material und Personal für den Ernstfall in kurzer Zeit bereit zu haben. Es steht dies ersichtlich im Gegensatze zu dem gelegentlich der Venezuela- bzw. Transvaalangelegenheit englischerseits beliebten Theatercoup der Indienststellung eines „Geschwaders für besondere Zwecke"; diesmal scheint man absichtlich nicht einschüchtern und abschrecken zu wollen. pp. (gez.) Coerper

Nr. 3899

Der Geschäftsträger in London Graf zu Castell-Rüdenhausen an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 709 London, den 27. Oktober 1898

In der Faschodaangelegenheit steht alles beim Alten. Es wird weiter gerüstet, und eine Rede, die Herr Ritchie gestern gehalten hat*, läßt nicht eben darauf schließen, daß die Regierung gewillt

* In einer öffentlichen Versammlung in Thornton-heath betonte der Präsident des Board of Trade Ritchie die Unmöglichkeit, in der sich die englische

ist, den in der Sache eingenommenen Standpunkt aufzugeben. Dafür spricht auch der Umstand, daß Baron de Courcel, welcher am Montag hier eingetroffen ist, nicht von Lord Salisbury, sondern von Sir Th. Sanderson empfangen worden ist. Ersterer hat für heute einen Ministerrat berufen, der sich — wie ich höre — ausschließlich mit der Faschodaangelegenheit beschäftigen wird. Weiter trifft im Laufe des Tages der Sirdar hier ein. Vor morgen oder übermorgen ist daher Entscheidendes jedenfalls nicht zu erwarten. Inwieweit die neuesten Vorgänge in Paris* geeignet sind, auf die weitere Entwicklung der Faschodasache einzuwirken, entzieht sich vorderhand meiner Beurteilung. Die Meinung der Presse ist in dieser Hinsicht geteilt. Was die allgemeine Stimmung anbetrifft, so muß sie als einigermaßen kriegerisch bezeichnet werden. Man ist sich hier der gegenwärtigen Schwäche Frankreichs wohl bewußt, kennt seine eigene maritime Überlegenheit und hält den Augenblick wohl nicht für ungünstig, einen immerhin gefährlichen Rivalen zu entkräften und unschädlich zu machen. Ich bin entfernt davon zu glauben, daß man hier einen Krieg mit Frankreich vom Zaune brechen wird, weiß aber, daß man mit der Möglichkeit eines solchen rechnet, und habe Grund zu der Vermutung, daß eine derartige Lösung manchen hiesigen Kreisen nicht unwillkommen wäre. Auffallend bleibt, daß sich die hiesige Presse bei Besprechung der Angelegenheit kaum mit Rußland beschäftigt. Man scheint der französisch-russischen Allianz nur geringe Bedeutung beizumessen und mit einem eventuellen Eintreten Rußlands für Frankreich im Kriegsfalle nicht zu rechnen [1].

Castell

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Nicht mit Unrecht wie Faschoda zeigt.

Nr. 3900

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow, z. Z. in Jaffa**, an das Auswärtige Amt*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 52 Jaffa, den 28. Oktober 1898

Das Folgende ist sofort in Ziffern an das Generalkonsulat Odessa

Regierung befinde, den in der Faschodaangelegenheit eingenommenen und von ganz England gebilligten Standpunkt aufzugeben.

* Am 26. Oktober war das Kabinett Brisson unmittelbar nach dem Zusammentritt der Kammern über der Dreyfusfrage gestürzt; bei der Neubildung des Ministeriums unter Dupuy (31. Oktober) blieb Delcassé nach anfänglichem Sträuben Minister des Äußern.

** Staatssekretär von Bülow begleitete das deutsche Kaiserpaar auf seiner Reise nach Konstantinopel und Palästina. Vgl. Bd. XII, Kap. LXXXIII nebst Anhang.

telegraphisch weiterzugeben und von [dort] * durch sicheren Expreßboten nach Livadia an seine hohe Adresse en clair zu befördern **:

„Sa Majesté Impériale l'Empereur de toutes les Russies Livadia. I have received news from London and Paris that both countries are mobilizing their fleets. Paris seems to be preparing for a coup d'état ***. In case a collision between the two countries should occur, your position vis-à-vis to them would be of greatest value for me. How do you look at the situation? Willy"

Bülow

Nr. 3901

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 211 Paris, den 29. Oktober 1898

Major Marchand ist auf englischem Kanonenboot nach Khartum gekommen, setzt seine Reise fort, angeblich um die Depesche, die bei der Abreise des Kapitäns Baratier nicht fertig war, selbst zu überbringen. Obgleich Sir E. Monson keinen Auftrag hatte, weil das englische Kabinett auf der Räumung Faschodas besteht und vorher nicht unterhandeln will, sah er Herrn Delcassé und fragte, was die Reise Marchands bedeute. Der Minister erklärte in großer Aufregung, er mißbillige Marchands Handlung sehr, er habe ihm keinen Befehl erteilt, und dieser hätte seinen Posten nicht verlassen dürfen.

Ich hatte angenommen, daß das der erste Schritt zur Räumung Faschodas sein solle; hiernach scheint das nicht zu sein. Herr Delcassé benutzte diese Gelegenheit, um dem Botschafter zu erklären, daß er den Befehl zur Räumung nicht geben werde, wobei er vertraulich äußerte, daß er deshalb nicht in das neue Kabinett eintreten wolle †. Die Bildung des Kabinetts wird Dupuy sehr schwer werden.

Münster

---

* Für fehlende Zifferngruppe eingefügt.

** Die Weitergabe des Telegramms an den Generalkonsul in Odessa erfolgte am 29. Oktober. Generalkonsul Focke antwortete am 30., daß der Bote mit dem Telegramm sofort abgegangen sei und noch am Abend desselben Tages in Livadia eingetroffen sein werde.

*** Vgl. Bd. XIII, Kap. LXXXIX, Anhang Nr. 3608.

† Tatsächlich trat Delcassé doch in das am 31. Oktober gebildete Kabinett Dupuy über.

Nr. 3902

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 217 Paris, den 2. November 1898

Das neue Kabinett wird Freitag vor die Kammer treten.

Die neuen Minister haben ihre Ämter übernommen, obgleich wegen des Festtags die amtliche Veröffentlichung erst morgen erfolgt.

Ich hatte mit Delcassé ein sehr langes, eingehendes Gespräch. Er selbst brachte die Rede auf Faschoda, die kriegerische Stimmung in England und das schwere Opfer, welches er bringt, indem er das Auswärtige Amt wieder übernommen hat. Schließlich sagte er, daß er niemals Marchand nach Faschoda geschickt haben würde, daß die Stellung an und für sich wenig Wert habe und er für sie die Verantwortung eines Krieges nicht übernehmen wolle. Beim Abschied sagte er mir im Vertrauen, daß er sich, so schwer es ihm auch werde, entschlossen habe, Faschoda zu räumen, und es im Ministerrat beantragen wolle; er glaube, daß derselbe ihm beistimmen werde, und so werde er in zwei Tagen diese Erklärung abgeben können *. Er bat mich, bis dahin nichts darüber zu sagen und seine Auseinandersetzungen streng vertraulich zu behandeln.

Ich hatte es vermieden, ihn darüber zu fragen.

Münster

Nr. 3903

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 218 Paris, den 3. November 1898

„Trop tard" paßt für Faschoda. Hätte Delcassé die unhaltbare Stellung nicht verteidigt und nicht erklärt, er werde sie nicht aufgeben, so würde er Frankreich und sich Demütigungen erspart, und England würde nicht gerüstet haben, das Kriegsgeschrei wäre vermieden. Das Ultimatum, welches schon vorbereitet war, wird jetzt nicht gestellt; die Ansprüche Englands sind aber gewachsen, und wird größere Sicherheit für das Niltal verlangt werden.

Hanotaux soll jetzt der Sündenbock werden.

---

* In der Tat erfolgte am 4. November eine Note der „Agence Havas", welche besagte: „Die Regierung hat beschlossen, die Mission Marchand in Faschoda nicht aufrechtzuerhalten. Dieser Beschluß ist vom Ministerrat nach eingehendster Prüfung der Frage gefaßt worden." Vgl. Nr. 3907.

Baron Courcel ist in London, um den Rückzug Delcassés vorzubereiten.

Morgen Kammersitzung mit Ministerprogramm. Die Interpellation über Faschoda will Delcassé auf Montag verlegen.

Das neue Kabinett glaubt, Faschoda und Dreyfus los zu sein, beide Fragen können aber noch sehr unbequem werden.

Münster

Nr. 3904

Der Geschäftsträger in London Graf zu Castell-Rüdenhausen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 285 London, den 3. November 1898

Bezüglich der militärischen Rüstungen Englands erklärt mir der Militärattaché*, als verbürgt sei zu erachten:

1. Die Berufung des Kommandeurs des Southern Districts zu Besprechungen in das War Office.

2. Die an sämtliche Tageszeitungen ergangenen Weisungen, aus patriotischen Gründen keine Nachrichten über Rüstungen zu verbreiten, welche den Franzosen von Nutzen sein könnten.

3. Die Mitteilung des mit den Mobilmachungsvorbereitungen im Kriegsministerium beauftragten Oberst Stopford an Vertreter der Presse: „Die über Mobilmachungsvorbereitungen der Volunteers verbreiteten Gerüchte seien falsch.“ pp.

Castell

Nr. 3905

Kaiser Nikolaus II. von Rußland, z. Z. in Livadia, an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Jerusalem

Telegramm. Unsignierte Abschrift

Vom russischen Botschafter Grafen von der Osten-Sacken am 3. November im Auswärtigen Amt zur Beförderung an Kaiser Wilhelm II. übergeben

Livadia, le 22 Octobre/3 Novembre 1898

I have no knowledge of an impending conflict between France and England. Mouravieff, who just returned from Paris**, reported

---

* Hauptmann Freiherr von Lüttwitz.

** Vgl. Nr. 3892, 3893, 3896, 3897.

that Delcassé had, on the contrary, told him he had no reason to think Faschoda incident could bring France and England to a serious misunderstanding. I think one might in this case await events before taking any decision, the more so, as it is always awkward to interfere withoud being asked with others business.

Nr. 3906

Der Geschäftsträger in London Graf zu Castell-Rüdenhausen an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 733 London, den 3. November 1898

Lord Salisbury ließ mir gestern im Foreign Office durch seinen Sekretär sein Bedauern darüber ausdrücken, mich wegen dringender Geschäfte nicht empfangen zu können. Wie ich erfuhr, hatte sich unerwarteterweise der Erste Lord der Admiralität bei ihm eingefunden. Gegenstand der langen Unterredung sowie einer weiteren mit dem Kriegsunterstaatssekretär* bildeten augenscheinlich die im Hinblick auf die Faschodaangelegenheit betriebenen Rüstungen. Der Sekretär bestätigte mir, daß die in jener gefaßten Beschlüsse des Kabinetts der Hauptsache nach richtig von der „Pall Mall Gazette" wiedergegeben worden seien, hinzugefügt, die Sache sei bis jetzt beim Alten. Der Premierminister werde Baron de Courcel nicht vor Freitag empfangen. Von dieser Begegnung schien sich mir mein Gewährsmann eine entscheidende Wendung zu erwarten. Die Sachlage bezeichnete er mir als kritisch. Daß die obenerwähnten Beschlüsse ziemlich nahe an ein Ultimatum herankommen, dürfte zweifellos sein. Es bleibt abzuwarten, wie sich die neue französische Regierung zu denselben stellen bezw. mit welchen Weisungen sie ihren hiesigen Botschafter versehen wird. Daß man sich englischerseits vor der bedingungslosen Räumung Faschodas in irgendwelche Verhandlungen mit Frankreich einlassen wird, glaube ich nach Lage der Verhältnisse als ausgeschlossen bezeichnen zu müssen. Einige der heutigen Morgenzeitungen veröffentlichen Telegramme aus Paris, wonach dort die englische Forderung bewilligt worden wäre. Dem Foreign Office war eine solche Nachricht bis gestern abend jedenfalls nicht zugegangen.

Castell

---

* Sir R. H. Knox.

Nr. 3907

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 223 Paris, den 5. November 1898

„Agence Havas“ zeigt heute an, daß der Ministerrat heute beschlossen habe, die Mission Marchand zurückzuberufen*. Delcassé sagt mir, daß dieselbe sich nach Djibuti zurückziehen solle. Die Engländer haben sich erboten, die Expedition den Nil herunter befördern zu lassen, dagegen sträubt sich auf Kosten Marchands und seiner armen Begleiter das sogenannte Nationalgefühl.

Die Franzosen fühlen zwar die Demütigung, trösten sich aber damit, daß sie sagen, die englischen Rüstungen seien keine Drohung gegen Frankreich gewesen, sondern ein Mobilisierungsversuch, gegen Rußland besonders gerichtet. Ich erlaube mir, eine etwas drastische Äußerung eines Franzosen wiederzugeben, da sie die Stimmung vieler Franzosen gut schildert: „J'aime mieux un coup de pied par derrière qu'un coup de poing dans la figure que les Anglais nous auraient donné.“

Münster

Nr. 3908

Der preußische Gesandte in Hamburg Graf von Metternich an den Stellvertretenden Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Richthofen

Eigenhändiger Privatbrief

Hamburg, den 6. November 1898

Aus London erhalte ich ferner folgende geheime Mitteilung eines Bekannten über ein Gespräch, welches derselbe am 4. d. Mts. mit Mr. Chamberlain geführt hatte.

Hiernach sagte Mr. Chamberlain:

„There are very few people who realise the gravity of the present situation. England is a peaceful, commercial nation, and has as far as yet always managed to avoid war. We have however arrived at a point where our patience is over, and public opinion is tired of so called gracious concessions. I do believe that France will evacuate Fashoda, but that will not settle the question, as France is certain to refuse to go out of the Bahr-el-Ghazal. France will try to play there the same

* Vgl. Nr. 3902, Fußnote.

trick as she did recently in West Africa, and before in Madagascar, Tunis and Siam. The time has come, where England and France have to settle all their differences once and for ever[1]. In fact, the English nation is in a mood where she will rather fight than give in a single iota. I as well as my colleagues are perfectly aware of the fact that giving in even an iota would mean the upset of the present government.“

Als mein Bekannter frug, ob Lord Salisbury wohl eine tatkräftige Politik einschlagen werde, erwiderte Mr. Chamberlain im engsten Vertrauen:

„I am afraid Lord Salisbury himself has not got the strength of mind to bring about the necessary crisis and choose the right moment to strike like Bismarck did at Ems. You may be certain however that all my colleagues, even Mr. Arthur Balfour are of the same opinion as I am, namely that Lord Salisbury's policy ‚peace at any price‘ cannot go on any longer, and that England has to show to the whole world that she can act. I consider that the present moment is very favourable for us and you will see what is going to happen as soon as our war preparations are finished.“

Auf die Frage meines Bekannten, „whether they meant to kick up a row,“ erwiderte Mr. Chamberlain:

„Certainly not, as I told you before, we are a peaceful, commercial nation, but as soon as we are ready, we shall present our bill to France not only in Egypt, but all over the globe and should she refuse to pay, then war. Christmas may pass over quietly, but what will happen in January or February nobody can foretell.“

Auf die Frage, wie sich Rußland im Falle eines Krieges stellen würde, antwortete Mr. Chamberlain:

„We have very good reason to believe that Russia will try to keep out of the row[2], if she possibly can help it, besides, in January and February her fleet will be frozen up in the Baltic and in China, the only fleet she would have to dispose of is the Black Sea fleet, of which we are not afraid. Russia will very likely assure France of her moral support, but that is all. This afternoon in fact we shall hear something of this kind, as Baron de Courcel and Monsieur de Staal* have anounced themselves to call together at the Foreign Office. We certainly shall not take any notice of what Russia says[3].“

Schließlich erwähnte Mr. Chamberlain noch, wie sehr er sich freue, daß die im vorigen April von ihm vorgeschlagene Anbahnung freundlicher Beziehungen zu Deutschland in dem afrikanischen Abkommen** einige Früchte getragen habe. Er drückte sich meinem Bekannten gegenüber folgendermaßen aus:

* Baron von Staal, der russische Botschafter in London.
** Vgl. Kap. XCII.

„In my oponion there is no material antagonism at all between England and Germany, but the Germans are sentimental people[4] and take sometimes offence without any material reason. Should it come to a blow between England and France I hope that we shall have the good wishes of the German Government and people. I am very much in favour of a still nearer rapprochement between the two nations. We know quite well that in case of hostilities Germany will keep out of it, but we hope that her neutrality will be benevolent towards us. I also sincerely hope that the German press will not give to our people any reason of offence, as a benevolent view of the German press towards England in case of a war would materially help to bring about a lasting good feeling between the two nations, and between the Teutonic and Anglo-Saxon race all over the world[2]. In fact I think that a war of England with France will unite all the English speaking people all over the world and bring about a lasting understanding among each other."

Mein Bekannter erwähnt schließlich, was die Tagesstimmung in London anbetreffe (also am 4. d. Mts.), so sei eine ganz entschiedene Besserung eingetreten. Der „City Spekulant" gehe wieder ins Zeug und tröste sich mit dem Gedanken, daß es vor der Pariser Weltausstellung keinen Krieg geben werde. Die Kabinettsminister, Rothschild, Courcel und Staal dächten aber anders darüber. Augenblicklich stiegen alle Kurse, in einigen Tagen liege aber wahrscheinlich wieder alles auf der Nase.

Ich persönlich sehe vorläufig auch noch dem Januar und Februar ohne Erwartung auf Blutvergießen entgegen, Salisburys Kopf scheint mir aber zu wackeln.

Ich bitte dringend auch bei diesem Briefe um vertrauliche Behandlung der persönlichen Stellen.

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Vom britischen Standpunkt aus unbedingt richtig
[2] yes
[3] !
[4] Na! Na!

Nr. 3909

Der Geschäftsträger in London Graf zu Castell-Rüdenhausen an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 746 London, den 8. November 1898

Wie mir die Marine- und Militärattachés mitteilen, werden die Kriegsvorbereitungen hier mit Eifer fortgeführt, und es deutet nichts

darauf hin, daß man sie einzustellen beabsichtigt. Nachdem Frankreich in der Faschodaangelegenheit nachgegeben hat, muß dies jedenfalls als auffallend und beunruhigend bezeichnet werden. Es gewinnt doch immer mehr den Anschein, als ob man hier Dinge im Schilde führt, die leicht einen kriegerischen Konflikt zur Folge haben können[1]. Hier in der City werden die Stimmen immer lauter, welche die Erklärung des Protektorats über Ägypten verlangen. Man hält den Augenblick als hierfür besonders günstig und glaubt — ob mit Recht, muß ich dahingestellt sein lassen —, daß Lord Salisbury bei einem morgen zu Ehren des neuen Lordmayor stattfindenden Bankett die Gelegenheit ergreifen wird, Farbe zu bekennen*. Daß sich Frankreich wegen Faschodas in einen Krieg werde drängen lassen, habe ich von vornherein nicht angenommen; ob es aber, wenn England die ägyptische Frage als solche heraufbeschwören sollte, ruhiges Blut bewahren würde, scheint mir mehr als zweifelhaft. Was Rußland anbetrifft, so glaubt man hier augenscheinlich nicht, daß es im Falle eines englisch-französischen Kriegs der alliierten Republik mehr als bloß moralischen Beistand gewähren werde. Bestimmend für diese Annahme sollen — wie ich erfahre — namentlich die schlimmen Erfahrungen sein, welche bei den letzten russischen Marinemanövern gemacht worden sind, sowie der Umstand, daß ein Teil der russischen Flotte einfrierend und daher für kriegerische Zwecke nicht verwendbar sei. In verschiedenen Zeitungen habe ich die Ansicht vertreten gefunden, daß es Deutschland sei, welches aus einem englisch-französischen Kriege Profit schlagen werde. Ich vermag dieselbe nicht zu teilen, befürchtend, daß bei der mehr oder weniger versteckten Eifersucht, mit welcher man hier unsern kommerziellen und kolonialen Aufschwung beobachtet, ein

---

* Tatsächlich hielt Lord Salisbury am 9. November beim Lordmayorsfeste in der Guildhall eine große Rede, in der er jedoch erklärte, daß zurzeit kein Grund für England gegeben sei, die Lage in Ägypten abzuändern. Über den Faschodastreit ließ sich Lord Salisbury in seiner Rede dahin aus: „Ganz neuerdings haben wir die Frage eines europäischen Krieges ins Auge fassen müssen. Die Angelegenheit nahm einen glücklichen Ausgang. Es schien einen Augenblick, daß sie in anderer Weise ausgehen werde, aber die große Weisheit und der gesunde Verstand, die Frankreich unter Umständen von außergewöhnlicher Schwierigkeit entfaltet hat, haben Europa, glaube ich, vor dem sehr gefährlichen drohenden Sturme gerettet. Der Krieg ist vielleicht nicht so nahe gewesen, wie die Zeitungen glauben machten. Aber diese Erwägungen und viele andere, die Sie leicht begreifen werden, verpflichteten die Regierung, Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen, damit sie nicht überrascht würde, wenn plötzlich irgendeine Gefahr eintreten sollte. Diese Vorsichtsmaßregeln wurden mit großer Raschheit und großem Erfolge getroffen... Man hat Erstaunen darüber ausgedrückt, daß die Vorsichtsmaßregeln nicht plötzlich wieder beseitigt worden seien; wir können jedoch nicht alle Vorsichtsmaßregeln im Augenblicke einstellen. Es darf jedoch nicht angenommen werden, daß diese Maßregeln, weil sie nicht sofort eingestellt wurden, jetzt noch die Gefühle anzeigen, von denen sie ursprünglich eingegeben waren."

nach Niederwerfung Frankreichs auf den Meeren übermächtig gewordenes England eine ständige Gefahr für die deutschen überseeischen Bestrebungen bilden würde. An einen möglichen französischen Sieg glaubt hier wohl mit Recht niemand. Man hat aus dem spanisch-amerikanischen Konflikt* gelernt und kennt[2] den Verlauf eines modernen Seekriegs.

Castell

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ja
[2] ungefähr!

Nr. 3910

Der Generalkonsul in Kairo von Müller an das Auswärtige Amt

Entzifferung

Nr. 191 — Kairo, den 9. November 1898

Die Nachricht vom Fortgang der englischen Rüstungen hat hier einigermaßen überrascht. Sie steht zwar im Einklang mit der gemeldeten Auffassung Lord Cromers, daß die Gefahr eines Krieges mit Frankreich abgewendet sei, manches aber noch zu regeln bleibe. Das Mißtrauen, daß die Rüstungen sich auf Ägypten beziehen könnten, ist noch nicht geweckt. Doch bin ich gelegentlich im Gespräch der Ansicht begegnet, daß der gegenwärtige Augenblick wohl geeignet wäre, Englands Verhältnis zu Ägypten endgültig festzulegen; nach dem jüngsten Zurückweichen Frankreichs und mit der mobilisierten Flotte im Hintergrunde sei es unwahrscheinlich, daß eine andere Macht England bei diesem Vorhaben in den Arm fallen würde.

von Müller

Nr. 3911

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 308 — Paris, den 9. November 1898

Das Kabinett Dupuy** ist im Parlament und einem großen Teil der Presse sehr gut aufgenommen.

---

* Vgl. Bd. XV, Kap. XCVII.
** Vgl. Nr. 3901, Fußnote †.

Die zwei brennenden Fragen Dreyfus* und Faschoda sind für diese Minister nicht mehr so gefährlich als für die Vorgänger. pp.

Über Herrn Delcassé habe ich noch kein bestimmtes Urteil; er hat entschieden die schwierigste Aufgabe, die durch seine Behandlung rücksichtlich Faschodas noch schwieriger geworden ist.

Die Stimmung in England hat er von vornherein nicht gekannt und hat daher eine militärisch und diplomatisch unhaltbare Stellung eingenommen. Wäre sofort für die Zurückziehung der Marchandexpedition Vorkehrung getroffen, hätte Herr Delcassé sich nicht auf das zu hohe Pferd gesetzt, so hätte er nicht den Rückzug antreten müssen. Die Engländer haben von vornherein erklärt, daß sie die Früchte ihrer längst vorbereiteten Expedition nach Khartum zur Wiedereroberung des ganzen Sudans und zur Sicherung des Niltales sich nicht würden rauben lassen.

Sir Edmund Monson, der mit großer Mäßigung, die auch Herr Delcassé rühmend anerkannte, seine schwierige Aufgabe erfüllt hat, hat den Minister von vornherein dringend gebeten, beizeiten nachzugeben, und hat ihm keinen Zweifel darüber gelassen, daß Herr Delcassé mit dem Feuer spiele.

Dieser blieb eigensinnig, suchte die Berechtigung Frankreichs nachzuweisen und wollte verhandeln, nachdem die Engländer jede Verhandlung abgelehnt und durch ihre Rüstungen gezeigt hatten, daß sie die Räumung Faschodas peremtorisch verlangten.

Es war, wenn auch nicht formell, doch dem Sinne nach ein Ultimatum.

Das formelle Ultimatum war vorbereitet, vielleicht schon im Depeschenkasten Sir Edmund Monsons, als Herr Delcassé endlich nachgab.

Ein Diplomat von Fach, ein wirklicher Staatsmann würde die Verhältnisse richtiger beurteilt und sich und seinem Lande eine solche Demütigung erspart haben.

Frankreich ist dadurch in die schwierigste Lage geraten. Das Selbstvertrauen ist zum großen Teil verloren gegangen. Es ist eine Niederlage im Frieden, und die werden oft schmerzlicher empfunden wie die des Krieges.

Daß Frankreich auf Rußland nicht rechnen konnte, auf keine andere Macht zählen kann und isoliert auf die eigenen Kräfte angewiesen ist, empfindet man hier schmerzlich und fürchtet sich vor weitergehenden Forderungen Englands.

Wenn die Franzosen auch bisher gehofft haben, Ägypten den Engländern zu entreißen, so sehen sie jetzt, daß es dazu zu spät ist.

Es hat sich gestern in der Kammer deutlich die Stimmung gezeigt.

Es waren vom Grafen de Mun und von dem Radikalen Brunet Interpellationen über die politische Lage und Faschoda gestellt. Sie

* Vgl. Bd. XIII, Kap. LXXXIX, Anhang.

standen auf der Tagesordnung. Graf Mun hatte vor der Sitzung erklärt, daß er sie zurückziehe; in der Sitzung wurde sie von Herrn Brunet zurückgezogen.

Man will die Regierung in diesem Augenblick nicht angreifen und behält sich vor, dies zu tun, wenn nach außen das Wetter wieder besser ist.

Die ganze Aufmerksamkeit ist auf England und die Reden gerichtet, die heute in der City beim Lordmayor-Diner gehalten werden *.

Daß die Rüstungen in England fortdauern, beunruhigt hier sehr.

Man glaubt, daß England das Protektorat über Ägypten erklären wird, oder daß die Rüstungen Rußland und China betreffen.

Die Stimmung hier ist sehr deprimiert, der Haß gegen England entschieden allgemein und größer, als er gegen uns war.

Es wird immer mehr erkannt, daß eine Annäherung an Deutschland im Interesse Frankreichs liegt [1].

Münster

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ein bischen spät! das hätte vor 3 Jahren in der Transvaalzeit gemacht werden müssen **

Nr. 3912

Der Botschafter in Rom Freiherr von Saurma an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 262 Rom, den 10. November 1898

Der italienische Minister der Auswärtigen Angelegenheiten *** teilte mir heute vertraulich eine Unterhaltung mit, welche er mit dem französischen Botschafter Barrère gestern gehabt habe.

In sehr geschickter und vorsichtiger Weise habe ihn letzterer auszuforschen gesucht, ob zwischen Italien und England irgendwelche Allianzverhältnisse beständen. Herr Canevaro habe dem französischen Botschafter sofort frei und offen erklärt, es existierten derartige Beziehungen mit England nicht; die einzige für Italien bestehende Allianz sei die jedermann bekannte Tripelallianz. Der Minister sagte mir, er habe aus der Art, wie ihn Herr Barrère auszuhorchen versuchte, den Eindruck gewonnen, daß Frankreich doch noch immer unter Umständen den ihm von England zugeworfenen Handschuh aufzunehmen geneigt sein könne, wenn es sich erst vergewissert hätte, daß England bei einem ausbrechenden Kriege nur auf sich allein angewiesen sei.

* Vgl. Nr. 3909, S. 390, Fußnote.
** Vgl. Bd. XI, Kap. LXIV.
*** Canevaro.

Dieser Eindruck stimme überein mit Depeschen des italienischen Konsuls in Toulon *, welcher meldet, daß die Oberstkommandierenden der daselbst befindlichen Land- und Seestreitkräfte telegraphisch nach Paris berufen seien.

Saurma

Nr. 3913

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow, z. Z. in Baalbek (Syrien), an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 128 Baalbek, den 11. November 1898

Ganz geheim

Das nachstehende ganz geheime Telegramm Seiner Majestät des Kaisers und Königs bitte ich durch den Kaiserlichen Geschäftsträger in St. Petersburg auf dem dortigen Ministerium des Äußern zur Weiterbeförderung an Seine Majestät den Kaiser von Rußland übergeben zu lassen:

„With best thanks for your telegram of the eighth ** I just received I hasten to answer it. The reports that have reached me from England yesterday announce that not only the British fleet but also since a few days the British land forces are being quietly prepared for war. The British channel fleet is said to be some where in the Mediterranean, a fact that has never happened before. This leaves no doubt that Great-Britain is preparing for a sudden coup; as I hear from a sure source probably the annexation of Egypt and also the whole of Bar-el-Ghazal which belongs to the French. The latters' retreat from Fashoda not having in any way satisfied the British aspirations. The ministers in London have uttered that England means to prepare for war unostentatiously and when ready (if not desturbed before) suddenly to „régler les comptes" with France on the whole globe at once. It was added with a sneer, that Russia could not help, France being short of money and therefore incapable of making war; and that in the winter Russia's fleet was frozen up ***. The German fleet not being worth talking of, France would be wholly at their mercy. I am most astonished that Count Mourawiew has seen and heard nothing of all this. You will own that the situation is extremely dangerous and has been rendered the more so through the most

* Baroli.

** Identisch mit Nr. 3905. Das Telegramm des Zaren war, wie Reichskanzler Fürst von Hohenlohe am 11. November richtig stellte (vgl. Nr. 3914), vom 3. nicht vom 8. November.

*** Vgl. Nr. 3908.

unhappy and untimely retreat of the French from Fashoda, which has given a strong impetus to British greed and unscrupulous overbearing. I don't dream of interfering but as I see storm brewing I am bound to take my precautions and want to conform my politics as far as possible to Yours in case difficulties should arise*. Willy"

Bülow

Nr. 3914

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow, z. Z. in Baalbek (Syrien)

Telegramm. Entzifferung

Nr. 164 Berlin, den 11. November 1898

Das Telegramm des Kaisers von Rußland ist nicht vom 8., sondern vom 3. d. Mts. Es ist nach Euerer Exzellenz Telegramm Nr. 119 höchstwahrscheinlich, daß dasselbe sich bereits am 7. d. Mts. in Händen des russischen Generalkonsuls in Beirut befand und dann zurückgefordert worden ist, um durch hiesigen russischen Botschafter und hiesiges Auswärtiges Amt befördert zu werden. Soll unter diesen Umständen

---

* Das Telegramm ist in dieser Form nicht nach Petersburg weitergegeben worden, da das Auswärtige Amt gegen die Fassung Bedenken erhob; vgl. Nr. 3915. Jedoch hatte Kaiser Wilhelm II. sich bereits am 9. November von Damaskus aus in einem Briefe an den Zaren im gleichen Sinne wie in dem Telegramm geäußert. Es hieß in dem kaiserlichen Briefe, der nicht ohne Vorwissen des Staatssekretärs von Bülow abgegangen sein dürfte (vgl. auch Nr. 3920): „Here people look upon them [the French] as on a dying nation, especially since the last and most ignominious retreat of the French from Fashoda! What on earth has possessed them?! After such a first rate well arranged and plucky expedition of poor and brave Marchand? They were in a first rate position and able to help us others all in Africa who are solely in need of strong help! The news here have come as a thunderbolt on the Eastern people, nobody would believe them! at all event if it is true, what the papers say, that Count Mouravieff councelled France to take this foolish step he was singularly and exceptionally ill advised, as it has given your ‚friends and allies' a mortal blow here and brought down their ancient prestige here never to rise again! The Moslems call it France's second Sedan." Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894—1914 ed W. Goetz. S. 317 f. Auf diesen Brief und einen voraufgehenden vom 20. Oktober, der über die Kretafrage handelte (vgl. Briefe Wilhelms II. a. a. O. p. 313 ff.), antwortete Kaiser Nikolaus II. mit einem Briefe vom 14. Dezember 1898 (siehe Bd. XIII, Kap. LXXXVIII, Nr. 3529). Mit Bezug auf den französisch-englischen Konflikt hieß es darin: „I hope Englands arrogant conduct is not going to last long. She seemed to by very earnest in the beginning of her war preparations, but now that she sees the effect she hoped to produce upon the Powers was not so great as she had hoped it would, be, I am sure martial mood will soon go down."

und bei der durch Lord Salisburys Rede* inzwischen wenigstens vorläufig etwas beruhigter gewordenen Situation das allerhöchste Telegramm dennoch in dem übermittelten Wortlaut nach St. Petersburg weitergegeben werden?

Hohenlohe

Nr. 3915

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Staatssekretär Bernhard von Bülow, z. Z. in Rhodos

Telegramm. Konzept

Nr. 165 Berlin, den 11. November 1898

Durch Wirklichen Legationsrat Klehmet zu entziffern:

Ew. pp. wollen verzeihen, wenn ich meinen lebhaftesten Bedenken gegen Ablassung des kaiserlichen Telegramms an Kaiser Nikolaus** aus der Situation, soweit sie hier zu übersehen, heraus Ausdruck zu geben mich für verpflichtet halte.

Meines Erachtens ist es, zumal bei dem in dem Telegramm gegen Graf Murawiew enthaltenen Vorwurf nicht bloß wahrscheinlich, sondern geradezu sicher, daß der Inhalt des Telegramms von Graf Murawiew bei nächster ihm nützlich scheinender Gelegenheit nach England hin mitgeteilt werden wird. Eine solche Mitteilung würde die Folge haben, unser ganzes zurzeit freundschaftliches Verhältnis zu England in Frage zu stellen. Andererseits dürften auch Zweifel darüber möglich sein, ob das Telegramm bei Kaiser Nikolaus eine sehr viel verständnisvollere und freundlichere Aufnahme finden würde als das erste***, zumal der schnelle Rückzug französischerseits aus der Faschodastellung sichtlich unter russischer Pression erfolgt ist.

Zudem sind die tatsächlichen Angaben in dem Telegramm nicht alle absolute sichere: Einmal ist Graf Metternichs Gewährsmann † nur von einem, und zwar von dem anscheinend zurzeit unterlegenen Teil des englischen Ministeriums inspiriert gewesen, sodann befindet sich laut Auskunft des Oberkommandos der Marine das englische Kanalgeschwader, entsprechend älterer Segelordre, wie alljährlich in dieser Jahreszeit gegenwärtig, und zwar seit dem 31. v. Mts., vor Gibraltar.

Selbstverständlich vermag ich nicht zu beurteilen, ob etwa höhere hier nicht zu übersehende Erwägungen die Absendung des Telegramms in jetziger Gestalt Ew. pp. geboten erscheinen lassen.

Richthofen

* Vgl. Nr. 3909, S. 390, Fußnote.
** Vgl. Nr. 3913.
*** Vgl. Nr. 3900 und Nr. 3905.
† Vgl. Nr. 3908.

Nr. 3916

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow, z. Z. in Rhodos, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 140 Rhodos, den 13. November 1898
Ganz geheim

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 164*.

Seine Majestät haben dem Telegramm an Seine Majestät den Kaiser von Rußland nunmehr die nachstehende Fassung zu geben geruht:

„Baalbeck, 10 th november

With best thanks for your telegram of the third I just received I hasten to answer it. The reports that have reached me yesterday announce that not only the British fleet but also since a few days the Britsh land forces are being quietly prepared for war. This leaves no doubt that the retreat from Faschoda has in no way satisfied the British aspirations. The ministers in London are said to have uttered that England means to prepare for war unostentatiously and when ready suddenly to „régler les comptes" with France on the whole globe at once. It was added with a sneer that Russia could not help France being short of money and therefore incapable of making war; and that in the winter Russia's fleet was frozen up. The German fleet not being worth talking of, France could be wholly at their mercy. You will own that the situation is rather dangerous. I don't dream of interfering but as I see storm brewing I am bound to take my precautions and want to conform my politics as far as possible to yours in case difficulties should arise. Willy"

Bülow

Nr. 3917

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe, z. Z. in Grabowo, an das Auswärtige Amt

Telegramm en clair. Ausfertigung

Grabowo, den 14. November 1898

Antwort auf Telegramm Nr. 21 vom 13. November**.

Mit Absendung einverstanden.

Fürst Hohenlohe

---

* Siehe Nr. 3914.

** Mittels Telegramm Nr. 21 vom 13. November war Fürst Hohenlohe von dem nunmehrigen Wortlaut des Kaisertelegramms an den Zaren (vgl. Nr. 3916) in Kenntnis gesetzt worden.

Nr. 3918

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe, z. Z. in Grabowo

Telegramm
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen von Pourtalès

Nr. 22 Berlin, den 14. November 1898

Fürst Radolin, der im Anschluß an die von Ew. pp. ihm vorgestern gemachten Mitteilungen die Kaisertelegramm-Angelegenheit soeben mit mir besprach, ist, wie er mir unter dem Anheimstellen der Meldung an Ew. pp. sagte, der Ansicht, daß auch die neue Fassung des Telegramms zu den gewichtigsten Bedenken Anlaß gebe. Fürst Radolin ist nach seiner Kenntnis der Verhältnisse in Rußland ohne jeden Zweifel darüber, daß das Telegramm sofort nach England werde mitgeteilt werden. Wenn Seine Majestät ungeachtet des Wortlautes des Zarentelegramms* Wert darauf lege, daß dem Kaiser Nikolaus Aufklärungen im Sinne des allerhöchsten Telegramms aus Baalbek** gemacht werden, so empföhle sich jedenfalls nur der mündliche Weg. In erster Linie würde ihm hierfür der Weg durch Osten-Sacken, in zweiter derjenige durch Tschirschky angezeigt erscheinen. Er selbst sei aber auch jederzeit bereit, sich aus seinem Urlaube heraus zu diesem Zwecke nach Livadia zu begeben.

Richthofen

Nr. 3919

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe, z. Z. in Grabowo, an den Stellvertretenden Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Richthofen

Telegramm en clair. Ausfertigung

Grabowo, den 14. November 1898

Antwort auf Telegramm von heute nachmittag***.

Entscheide mich trotz der erhobenen Bedenken, welche ich nicht teile, für Absendung †.

Fürst Hohenlohe

---

* Siehe Nr. 3905.
** Siehe Nr. 3916.
*** Siehe Nr. 3918.
† Dementsprechend erfolgte die Absendung des Kaisertelegramms nach Petersburg noch am 14. November.

Nr. 3920

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow, z. Z. in Malta, an den Generalkonsul in Kairo von Müller**

Telegramm. Konzept

Nr. 1 Malta, den 15. November 1898
Geheim

pp. Alle Meldungen der letzten Zeit wiesen darauf hin, daß England zu Wasser und zu Lande in weitem Umfange rüste. Das nächste Ziel dieser Rüstungen war, von Frankreich den Rückzug aus Faschoda zu erzwingen. Dieses Ziel ist rasch erreicht worden, indem die Franzosen vor den brutal formulierten englischen Forderungen glatt zurückwichen. Mit der französischen Kapitulation von Faschoda, die im Orient den Eindruck eines zweiten Sedan machte und ein zweites Sedan genannt zu werden verdient, sind die Engländer aber noch nicht zufrieden, sondern sie scheinen die Gelegenheit benutzen zu wollen, nicht nur um die Franzosen aus Bahr-el-Ghasal zu vertreiben, sondern um überhaupt auf dem ganzen Erdball mit den Franzosen abzurechnen. Frankreich findet in allen seinen Divergenzen mit England bei Rußland bisher nur eine matte Unterstützung. Da die Engländer überdies überzeugt sind, daß Rußland, selbst wenn es wollte, bei seiner gegenwärtigen Geldknappheit, und wo die russische Flotte im Winter eingefroren sei, England gegenüber ohnmächtig wäre, werden sie voraussichtlich die Franzosen immer fester an die Wand zu drücken trachten. Gegenüber allen diesen Verwickelungen und Gegensätzen zwischen den verschiedenen Mächten bleibt die Politik Seiner Majestät des Kaisers eine unabhängige, feste und gerade. Sie läßt sich in den Mahlstrom weder der englischen noch der russischen Tendenzen hineinziehen, sondern verfolgt, in gleich guten Beziehungen zu jenen beiden Mächten wie in intimer Fühlung mit den Dreibundsalliierten, nur deutsche Interessen. Daß dies im Inland und Ausland mehr und mehr anerkannt wird, ist ein schöner Lohn für die zehnjährige mühevolle Arbeit unseres kaiserlichen Herrn.

Bülow

---

* Das Telegramm an den Generalkonsul stellt sich dar als eine für den Prinzen Heinrich bestimmte Aufzeichnung über die gesamte außenpolitische Lage und sollte der Gemahlin des Prinzen bei ihrer demnächstigen Durchreise übergeben werden. Den ersten Teil der Aufzeichnung siehe in Bd. XII, Kap. LXXXIII, Nr. 3347.

Nr. 3921

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 240 Wien, den 12. Dezember 1898

Eine Unterhaltung, die ich mit meinem englischen Kollegen * hatte, warf ein grelles Schlaglicht auf die Stimmung, die bezüglich Frankreichs in gewissen Kreisen Englands herrscht. Sir Horace Rumbold kehrte erst vor kurzer Zeit von London auf seinen Posten zurück und erging sich in gewohnter Offenheit über die Politik, „die England fest entschlossen sei durchzuführen".

Ich knüpfte an seine Auslassungen die Bemerkung, daß danach wohl ein neues Faschoda nicht ausbleiben werde?

„O nein," sagte er, „denn die Franzosen fahren ruhig fort, ihre freche[1] Politik in Afrika fortzusetzen. Sie stecken überall, wohin sie kommen, ihre Fahnen auf und lassen Schildwachen in der Wüste stehen[2]. Das können und werden wir uns nicht gefallen lassen! Sie glauben nicht, wie nahe der Krieg war — und wir bleiben deshalb gerüstet."

In einer etwas naiven Art schwenkte Sir Horace nunmehr nach Rußland hinüber und stellte die Frage, ob ich an eine Abmachung, ein Bündnis zwischen Frankreich und Rußland glaube, bezüglich kriegerischer Eventualitäten mit England? Ich beruhigte ihn in dieser Hinsicht und ließ durchblicken, daß Graf Murawiew mir sehr geringen Eifer in bezug auf Ägypten gezeigt habe.

„Das freut mich," erwiderte Sir Horace, „weil es eine Bemerkung des Grafen Goluchowski in dieser Richtung bestätigt."

Der Vorgänger Sir Horace Rumbolds, Sir Edmund Monson, mit dem ich in besten und nahen Beziehungen stand, ist ein unendlich viel vorsichtigerer und überlegter Diplomat als mein jetziger Kollege. Ich kann mich deshalb dem Eindruck nicht verschließen, daß Sir Edward seine bekannte Rede in Paris nicht auf eigenen Antrieb, sondern in vollem Einverständnis mit seiner Regierung gehalten hat[3] ** — trotz aller Beteuerungen, die in dieser Hinsicht ausgesprochen wurden.

P. Eulenburg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] !
[2] Sie machen es gerade so
[3] richtig

---

* Sir Horace Rumbold.

** Am 6. Dezember 1898 hatte der englische Botschafter in Paris Sir Edmund Monson auf einem Jubiläumsfest der englischen Handelskammer in Paris eine Rede über die englisch-französischen Beziehungen gehalten, die sich zu einer „neuen diplomatischen Methode" des franc-parler bekannte und in diesem Sinne

Nr. 3922

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 498 St. Petersburg, den 16. Dezember 1898

Bei meinem gestrigen Besuche des Grafen Murawiew berührte der Minister im Laufe des Gesprächs die Zustände in Frankreich und suchte dieselben zu beschönigen. pp.

Er hob die große Klugheit und Besonnenheit der jetzigen Minister in der Faschodafrage rühmend hervor und meinte, die Regierung habe den Mut gehabt, den Fehler der früheren Machthaber in der afrikanischen Politik einzusehen und ohne Rückhalt einzulenken [1]. Ein Hintergedanke bei diesem Schritte, wie vielfach angenommen werde, läge dem französischen Minister fern. Graf Murawiew, der schwerlich das Gesagte glaubt, dürfte seine Gründe dafür haben. Es wird ihm vielleicht daran liegen, für jetzt die Schwäche Frankreichs zu verdecken und die Verpflichtung Rußlands, Frankreich aus dieser Lage herauszuhelfen, als nicht dringend hinzustellen [2]. Was später werden kann, ist freilich eine andere Frage.

Die auffallende Kleinmütigkeit und Niedergeschlagenheit des eben zurückgekehrten französischen Botschafters *, der das Verhältnis zwischen Frankreich und England mit dem Wolf und dem Lamm vergleicht, läßt darauf schließen, daß man in Frankreich die zugefügte Kränkung und die Haltung Rußlands in der Faschodafrage schwer empfindet [3]. Es läßt sich auch wohl annehmen, daß der Botschafter dem Minister keinen Zweifel über diese Stimmung gelassen hat und an die Trinksprüche auf dem „Pothuau" ** appelliert.

In diplomatischen Kreisen sieht man nicht ohne Besorgnis der Entwickelung der Dinge zwischen Frankreich und England entgegen und fragt sich, inwieweit Rußland, das absolut den Frieden will und braucht, jedenfalls aber nicht gesonnen ist, anders als moralisch zugunsten Frankreichs vermittelnd einzutreten [4], durch die Verhältnisse in Mitleidenschaft gezogen werden könnte.

---

die Mahnung an die französische Adresse richtete, daß man die schwebenden Streitfragen mit England ohne den Hintergedanken verhandeln möge, einen diplomatischen Sieg zu erfechten, und nicht eine Politik der Nadelstiche fortsetze, die in England als unerträglich empfunden werde.

* Comte de Montebello.

** Gelegentlich der Anwesenheit des französischen Präsidenten Faure in Petersburg im August 1897 hatte auf dem französischen Kriegsschiff „Pothuau" ein Frühstück stattgefunden (26. August), bei dem von seiten Kaiser Nikolaus II. das „erlösende" Wort von den beiden vereinten und alliierten Nationen gefallen war. Vgl. Bd. XIII, Kap. LXXXV, Nr. 3446.

Im Gegensatz hierzu fand ich meinen englischen Kollegen* durchaus beruhigt. Er schließt aus eingehenden Unterhaltungen, die er mit Graf Murawiew und Herrn Witte gehabt, daß irgendein Grund zu Verwickelungen, in die Rußland mit England gezogen werden könnte, ausgeschlossen ist. In China ständen die Verhandlungen zwischen England und Rußland so günstig, daß dort keine Reibung wahrscheinlich sei. Afrikanische Händel, in die sich Frankreich mischen könnte, tangieren Rußland nicht[5]. Wie Sir Charles Scott erfährt, hat Graf Murawiew während seines Aufenthalts in Paris** dem französischen Minister aufs unzweideutigste den gebieterischen Wunsch seines kaiserlichen Herrn zu erkennen gegeben, die Faschodaforderung fallen zu lassen[6] und sich ruhig zu verhalten.

Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

1 !

2 Dann braucht er ja Gallien auch nicht beizustehen wenn Britannien ihm einige Schiffe ruiniert.

3 gut

4 dann wird mein Gespräch mit Osten-Sacken ja beruhigend wirken.

5 Leontjew? ***

6 aber Bahr-el-Gazal? Et tout le reste?

Schlußbemerkung des Kaisers:

Der Mouraview lügt eben ein Zeug zusammen, daß es überhaupt keine Grenzen mehr giebt

Nr. 3923

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe†

Ausfertigung

Nr. 876 London, den 20. Dezember 1898

pp. Ich glaube schließlich kurz anführen zu dürfen, daß Graf Deym mir gegenüber auch die Entwickelung der Faschodafrage berührte, und daß seine Beobachtungen in dieser Hinsicht die Vermutungen bestätigen, die ich Euerer Durchlaucht in Berlin mündlich auszusprechen die Ehre gehabt habe. Nach seiner vertraulichen An-

---

* Sir C. S. Scott.

** Vgl. Nr. 3891, 3892, 3896, 3897.

*** Vgl. Bd. XI, Kap. LXVIII, Nr. 2768, S. 234, Fußnote *.

† Der Anfang des Berichts betrifft Äußerungen des österreichisch-ungarischen Botschafters Grafen Deym über angebliche englisch-russische Annäherungsversuche.

gabe hatte er schon vor längerer Zeit seine Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß es ein Irrtum sein würde, in diesem Fall auf schwächliche Nachgiebigkeit des englischen Kabinetts zu rechnen. Gleichzeitig bestätigte mir aber der Botschafter, wie ich es erwartet hatte, daß Lord Salisbury im Konseil zurzeit eine gewisse Geneigtheit gezeigt hat, den Franzosen für die tatsächliche Räumung von Faschoda nachträglich gewisse Kompensationen einzuräumen [1], und daß er durch den bestimmten Widerspruch seiner Kollegen, namentlich Mr. Chamberlains und des Herzogs von Devonshire *, daran verhindert worden ist. Maßgebend scheint dabei die Auffassung gewesen zu sein, daß die öffentliche Meinung in England keinerlei Nachgiebigkeit gestatten, und daß es für das Kabinett eine Lebensfrage sein würde, sich damit in Widerspruch zu setzen. Es kann daher nicht bezweifelt werden, daß eine etwaige Weigerung der Franzosen, den besetzten Punkt einfach zu evakuieren, den Kriegsfall zwischen beiden Nationen und ein sofortiges aggressives Vorgehen der englischen Flotte herbeigeführt haben würde.

Über die Frage, welchen Zweck das englische Kabinett im Auge hat, indem dasselbe die einmal begonnenen kostspieligen Rüstungen noch weiter aufrechthält, schien Graf Deym im Zweifel zu sein, obwohl er darin vollständig mit mir übereinstimmte, daß der Gedanke, etwa eine andere Gelegenheit zu einem Konflikt mit Frankreich zu provozieren [2], schon mit Rücksicht auf die friedenssüchtige öffentliche Meinung in England als ausgeschlossen zu betrachten ist [3]. Meinerseits glaube ich vorläufig an der Auffassung festhalten zu müssen, daß der Grund für die vorläufige Aufrechthaltung der Rüstungen vor allem in der Besorgnis zu suchen ist, daß Frankreich, dessen gereizte Stimmung infolge der erlittenen Niederlage unverkennbar ist, nachträglich mit unannehmbaren Kompensationsforderungen in Bahr-el-Ghasal oder anderwärts hervortreten wird. Man will offenbar darauf vorbereitet sein, solche Forderungen mit demselben Nachdruck zurückweisen zu können, wie dies bezüglich Faschodas geschehen ist, und hält dies für um so mehr geboten, als das Mißtrauen, daß Rußland sich schließlich noch zur Unterstützung französischer Wünsche bestimmen lassen könnte, hier, wie ich glaube, trotz aller Symptome, die auf friedfertige Absichten in St. Petersburg hindeuten, nicht vollständig geschwunden ist.

P. Hatzfeldt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Der alte Gallische Fuchs!
[2] ja
[3] da bin ich nun ganz andrer Ansicht

---

* Lord-Präsident des Geheimen Rats.

Nr. 3924

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 505 St. Petersburg, den 21. Dezember 1898

pp. Bezüglich der englisch-russischen Beziehungen wird hier in gewissen Kreisen auch der kürzlichen Anwesenheit Seiner Kaiserlichen Hoheit des Großfürsten Sergei Alexandrowitsch in England einiges Gewicht beigelegt. Man glaubt, daß es den Bemühungen des Großfürsten gelungen ist, in England für fortgesetzt freundliche Gestaltung der Auseinandersetzungen mit Rußland zu wirken und — was die Hauptsache ist — England für milderes Vorgehen Frankreich gegenüber in der Zukunft zu gewinnen.

Das Schwergewicht der politischen Lage dürfte jetzt und für die nächste Zeit in Paris liegen. Ist Frankreich von der eigenen Schwäche so durchdrungen, daß es über die Demütigung von Faschoda einfach und ohne Hintergedanken, wie sich Graf Murawiew ausdrückt, zur Tagesordnung übergeht — was man hier wohl wünscht, und wofür man arbeitet —, so wird für Rußland die peinliche Sorge der eventuellen Beteiligung an politischen Unternehmungen seines Verbündeten allerdings beseitigt; andererseits wird man sich hier klar gemacht haben, daß Frankreich durch die Dokumentierung seiner Schwäche viel von seinem Werte als Bundesgenosse verliert. Ist aber in Frankreich noch ein Rest des früheren Ehrgeizes übriggeblieben und das Vertrauen auf eine bessere Zukunft nicht ganz erloschen, so wird es den dortigen Staatsmännern ein Leichtes sein, etwaige Verwickelungen mit England wegen außereuropäischer Fragen in die Sphäre der europäischen Interessen Frankreichs überzuleiten und damit für Rußland einen casus foederis zu schaffen.

Graf Murawiew, den ich eben verlassen, wiederholte mir, daß gerade, während er in Paris gewesen*, die Wogen der Kriegsbefürchtung in der übrigen Welt sehr hoch gegangen wären. Nur in Paris habe er nichts davon gemerkt und alles ruhig gefunden[1].

Herr Delcassé habe ihm sogar versichert, daß er so wenig gesonnen sei, afrikanische Politik zu treiben, daß er nicht nur Faschoda fallen gelassen habe, sondern sich es zweimal überlegen würde, ob er die Finger rühren würde, wenn die Engländer in Ägypten Miene machten, das Provisorium in ein Definitivum umzuwandeln.

Irgendeine Gefahr meint Graf Murawiew nirgends zu erblicken, England würde sich übrigens hüten, eine Komplikation herbeizuführen, wobei Rußland hineingezogen werden könnte, trotz der britischen

* Vgl. Nr. 3891, 3892, 3896, 3897.

Übermacht zur See, denn es weiß, daß Indien ein schwacher Punkt werden könnte.

Radolin

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Da hat er sehr vieles nicht gemerkt, auch nicht, daß die Engländer mobil machten!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Der alte Optimist! der von Nichts eine Ahnung hat!

Nr. 3925

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 884 — London, den 22. Dezember 1898
Ganz vertraulich

Aus meiner vertraulichen Unterhaltung mit Lord Salisbury hatte ich den Eindruck, daß er vorläufig keine weiteren Verwickelungen mit Frankreich erwartet, wenn er auch nicht für ausgeschlossen hält, daß die Franzosen in Bahr-el-Ghasal oder anderwärts noch Ansprüche erheben werden, die zu schwierigen Unterhandlungen führen können. Nach meinem Gefühl, für dessen Richtigkeit ich jedoch keine Beweise anführen kann, würde der Premierminister, wenn dieser Fall eintritt, sich persönlich nicht abgeneigt zeigen, einige kleine Konzessionen zu bewilligen, um das französische Nationalgefühl zu schonen und zu beruhigen, und es wird sich dann nur fragen, ob er nicht bei einem Teil seiner Kollegen wieder auf denselben Widerstand stößt, welcher ihm schon während der Faschodafrage eine versöhnlichere Haltung Frankreich gegenüber unmöglich gemacht hat. Bemerkenswert war in dieser Hinsicht, daß Lord Salisbury, ohne dies direkt auszusprechen. mir durch Blicke und Mienen deutlich zu verstehen gab, daß er in Chamberlain mit einem Durchgänger zu tun habe, welcher weder Maß noch Ziel kenne, alles, was er für politisch wünschenswert halte, überstürzen wolle und daher schwer zu mäßigen sei.

Über die in der kontinentalen Presse zutage getretene Auffassung, daß die Aufrechthaltung der bisherigen englischen Rüstungen auf die Absicht schließen ließe, einen anderen Streitfall mit Frankreich zu suchen und dann über dasselbe herzufallen, bemerkte Lord Salisbury, daß eine solche Interpretation sich nur durch die vollständigste Unkenntnis hiesiger Zustände und der öffentlichen Meinung in England erklären lasse, welche vor allem die Aufrechterhaltung des Friedens

wolle, solange dies mit der Ehre und den wichtigsten Interessen des Landes irgend verträglich sei, und daher eine Politik der Provokation niemals gutheißen würde. Hierzu komme aber noch, daß die Auffassung, wonach hier ganz besondere Rüstungen vorgenommen und jetzt fortgesetzt würden, tatsächlich eine irrige sei. Die Sache läge vielmehr so, daß die sogenannten Rüstungen, um die es sich handle, schon im letzten Frühjahr, also v o r der letzten Verwickelung mit Frankreich, endgültig beschlossen worden seien. Von einer Mehrausgabe für solche Zwecke aus Anlaß der Faschodafrage könne daher nur insofern die Rede sein, als die Marine große Kohlenanschaffungen habe machen müssen, um für alle Eventualitäten bereit zu sein. Im Scherz fügte der Premierminister hinzu, daß Goschen, falls er wirklich noch andere Rüstungen vornehme, dies heimlich in seinem Zimmer tun müsse, da ihm, dem Premierminister, jedenfalls davon nichts bekannt sei.

Wenn die vorstehenden Angaben, die wohl mit der Wahrheit nicht ganz genau übereinstimmen, begründet wären, so würde der Schluß gerechtfertigt erscheinen, daß die bisherigen Rüstungen einen permanenten Charakter tragen sollen, und daß die anderen Mächte, namentlich Frankreich, auch in der Zukunft damit zu rechnen haben werden.

Von russischer Seite scheint Lord Salisbury vorläufig keine Schwierigkeiten und namentlich keine Unterstützung Frankreichs England gegenüber zu befürchten. Er nimmt an, daß man in Rußland schon aus dringenden finanziellen Gründen durchaus friedensbedürftig ist, und daß die inneren Zustände in Frankreich* das Vertrauen der Russen in die Zuverlässigkeit einer französischen Kooperation wesentlich erschüttert haben. Er kam dabei auf sein schon früher mir gegenüber häufig entwickeltes Thema zurück, daß ein Krieg zwischen England und Rußland überhaupt kaum denkbar sei, weil es an einem Schlachtfelde fehle, auf welchem beide Mächte sich bekämpfen könnten. Die mächtigste Flotte würde Rußland wenig schaden können, und es lasse sich dagegen kein Punkt denken, wo Rußland über England herfallen könnte. Der Gedanke eines russischen Angriffs auf Indien sei noch für lange Zeit unausführbar, und man hege hier nicht die geringste Besorgnis davor.

Seine Auffassung der politischen Situation in Europa faßte Lord Salisbury schließlich dahin zusammen, daß dieselbe zwar manches zu wünschen übrig lasse, daß im Laufe des Winters aber wohl kaum eine ernstliche politische Verwickelung zu erwarten sei. Ein schwarzer Punkt scheine ihm Mazedonien zu sein, wo uns das Frühjahr vielleicht Überraschungen bringen könnte.

H a t z f e l d t

---

* Vgl. Bd. XIII, Kap. LXXXIX, Anhang.

Nr. 3926

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 355 Paris, den 29. Dezember 1898

Die außerordentliche Sitzung der Kammern ist geschlossen, und die gesetzliche Tagung beginnt am zweiten Dienstage nach dem 1. Januar, am 10. Dann kommen die wirklichen Schwierigkeiten, die im Budget und in der projektierten Einkommensteuer liegen.

In der äußern Politik herrscht anscheinend Ruhe. Das Mißtrauen gegen England und die Befürchtung, daß die starke Kriegspartei in England doch wieder die Oberhand gewinnen könnte, ist aber noch immer da.

Die Nachrichten über die Stimmung in England und auch das, was mir einige sehr maßgebende englische Bekannte, die mich auf der Durchreise nach dem Süden besuchten, sagen, zeigen, daß dort mit der Möglichkeit eines baldigen Krieges mit Frankreich noch immer gerechnet wird.

Vom Abrüsten der Flotte ist keine Rede, alle Schiffe bleiben im Dienst, das Offizierkorps der Marine wird sehr stark vermehrt, und die Versicherungsprämien sind noch immer sehr hoch.

Hier will und hofft man entschieden den Krieg zu vermeiden.

Will man das, so muß die hiesige Regierung nach zwei Richtungen hin sehr vorsichtig sein; erstens in Beziehung auf den Nil und zweitens rücksichtlich der raschen Vermehrung der französischen Flotte.

Der jetzige Marineminister Herr Lockroy hatte in Beziehung auf vermehrten und rascheren Bau von Kriegsschiffen weitgehende Pläne und wollte sehr bedeutende Bewilligungen dafür vom Parlamente fordern.

Wie ich jetzt höre, und das hat mir im Vertrauen Herr Constans * bestätigt, soll davon Abstand genommen und vor allem das Augenmerk auf die Befestigung und Armierung der Küsten gelegt werden [1].

Daß die französische Flotte in offener Seeschlacht und auf der hohen See den Engländern nicht gewachsen sein würde, wird, wie ich glaube, mit Recht befürchtet, deshalb wird die Flotte zum Schutz der Küsten dienen [2].

Der Zweck eines Krieges mit Frankreich ist für die englischen Jingos vor allem der, für England die Oberhand zur See zu behaupten [3].

---

* Seit 28. Dezember 1898 Botschafter in Konstantinopel. Über die dort von ihm gespielte Rolle vgl. Bd. XII, Kap. LXXXIII, Nr. 3349.

Die rasche Vermehrung der übrigen Flotten beunruhigt die Engländer; sie trauen den Italienern nicht recht, fürchten, daß diese sich mit Frankreich verständigen könnten.

Die Idee, daß eine Koalition der übrigen stets stärker werdenden Seemächte bald möglich werden könnte, beunruhigt die Engländer[4].

Deshalb möchten sie die französische Flotte jetzt auf längere Zeit unschädlich machen und, wo möglich, vernichten.

Sie hoffen auf ein neues Trafalgar.

Bleiben die Franzosen bei ihrem Plan der Defensive und opfern sie nur einzelne Schiffe, um die englischen Küsten zu beunruhigen und den Handel zu stören, vermeiden sie eine Seeschlacht, so können sie den Engländern viel Schaden tun und diesen Seekrieg länger hinziehen, als die Engländer glauben[5].

Die Kolonien wird Frankreich schwerlich schützen können, und der Besitz fast aller Kabellinien nützt England sehr.

Der Schaden für den Handel wird für Frankreich, welches geringeren Seehandel hat, viel geringer sein als für England.

Die berechnenden Engländer werden sich das sagen, deshalb glaube ich, daß, wenn nicht durch Zwischenfälle die öffentliche Meinung in England von neuem erregt wird, der Krieg noch vermieden werden kann.

Ihre Majestät die Königin hat durch Sir Edmund Monson schon mitteilen lassen, daß Ihre Majestät wieder einen Monat in Nizza zubringen und die Reise am 9. März antreten wolle.

Das hat hier sehr beruhigt.

Ein anderes gutes Zeichen für die Erhaltung des Friedens ist, daß die Börsen trotz der hohen Versicherungsprämien Vertrauen zeigen und eine ruhige Haltung bewahren.

Hier ist die Erregung der öffentlichen Meinung gegen England sehr stark, sie hat aber einen mehr defensiven, wogegen die Englands einen mehr offensiven Charakter zeigt.

Die französische Riviera leidet schon sehr unter den jetzigen Zuständen. Die Schlafwagengesellschaft sagt, daß die Mehrzahl der englischen Reisenden, die früher in Cannes und Nizza ausstiegen, weiter nach der italienischen Riviera fahren, und ein Wirt in Cannes schreibt mir, daß die wenigen Familien, welche für diesen Winter Quartier bestellen, nur unter der Bedingung es tun, wenn es keinen Krieg mit England und keine Revolution in Paris gibt.

Die Idee einer Annäherung an Deutschland* wird immer allgemeiner, hat sozial einigen Wert, politisch keinen, solange dabei noch von Elsaß-Lothringen die Rede ist[4].

Kommen mir Franzosen damit, so sage ich ihnen: „Machen Sie sich keine Illusionen darüber, Sie haben Elsaß 200 Jahre besessen,

---

* Vgl. Bd. XIII, Kap. LXXXIX.

mindestens so lange lassen Sie es uns, und lassen Sie uns so lange im Frieden leben."

Dafür, daß das Stichwort „Alsace-Lorraine" nicht mehr die Wirkung hat und sie immer mehr verliert, gibt es schon viele Anzeichen.

Münster

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

1 !!! Armes Frankreich! Damit hat es ohne Kampf sich schon für geschlagen erklärt! Das ist auf der See die „Abdikation". Die haben Mahan * nicht gelesen!

2 Dann soll man sie abschaffen! Denn von diesem unerhört dämligen Prinzip sind wir eben erst mit Hülfe des Flottengesetzes abgekommen

3 also müßte Frankreich auf Tod und Leben bauen!

4 richtig

5 Nein! Dazu müßten sie erst alle Ihre Kreuzer draußen im Dienste haben. Nach der Kriegserklärung kommt nicht einer mehr hinaus.

Nr. 3927

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 10 Paris, den 6. Januar 1899

Die von England aus drohende Kriegsgefahr wird hier noch nicht als beseitigt angesehen[1]. Das größere Publikum glaubt noch an die Gefahr, wenn auch Herr Delcassé und seine Kollegen so tun, als seien die Kriegswolken ganz zerstreut.

Herr Felix Faure, der England und überhaupt das Ausland besser kennt als die meisten der hiesigen Minister, hält die Situation nach der englischen Seite hin für sehr ernst, besonders nachdem er doch endlich merken muß, daß „son ami Nicolas"[2] ihm nicht helfen würde.

Ich erfahre nachträglich, daß, als der Faschodakonflikt gefährlich schien, von hier aus in St. Petersburg angefragt wurde, ob Frankreich zur See auf Hülfe seitens der russischen Marine rechnen könne; es erhielt aber die Antwort, daß jede Mitwirkung der russischen Marine und russische Hülfe wegen des Eises und sonstiger Gründe für die nächsten sechs Monate unmöglich sei[3]. Die russische Regierung könne sich so weit im voraus, trotz der freundschaftlichen Gefühle für Frankreich, nicht binden und müsse deshalb dringend raten, England gegenüber nachzugeben[4].

Diese Antwort hat hier sehr verstimmt, eine Stimmung, welche ich meinem russischen Kollegen ** deutlich anmerken konnte.

---

* Alfred Thayer Mahan, bekannter amerikanischer Marineschriftsteller.

** Fürst Urussow.

Was nun die englischen Rüstungen und die kriegerische Stimmung dort betrifft, so habe ich Gelegenheit gehabt, von Engländern, die hier auf der Reise nach dem Süden durchkamen, und auch aus anderen Quellen vieles zu hören.

In Portsmouth und Plymouth wird Tag und Nacht gearbeitet[5], in allen Fabriken sind noch große Bestellungen für Kriegsmaterial vergeben.

Die Liberalen, deren Führer Lord Rosebery faktisch wieder ist, nachdem Sir William Harcourt zurückgetreten, wollen den Krieg, um einer möglichen Koalition der Seemächte zuvorzukommen[5].

Diese Ansicht wird durch Chamberlain, neuerdings besonders durch Lord Rosebery vertreten.

Mir sagte gestern ein mir befreundetes Mitglied des englischen Oberhauses, daß der Krieg unbedingt ausgebrochen wäre, wenn Lord Rosebery zur Faschodazeit Ministerpräsident gewesen wäre. Lord Salisbury allein habe ihn verhindert. Lord Rosebery habe, so setzte mein Gewährsmann hinzu, durch seine kriegerische Haltung den etwas verlorenen Einfluß wiedergewonnen und sei jetzt der populärste Mann in England[6].

Die hiesige Regierung fürchtet den Krieg sehr, obgleich Herr Delcassé mit der größten Zuversicht von der Erhaltung des Friedens spricht.

Will England einen Vorwand suchen, so wird es den schon in Neufundland oder Afrika finden[5].

Die Fischereien sind ein alter Zankapfel, und die größere Expedition, welche die Franzosen nach dem Tschadsee planen, wird die Engländer auch nicht angenehm berühren.

Die hiesigen Admirale sollen zum Teil an die Wahrscheinlichkeit des Krieges glauben. Der alte Admiral Duperré, der die Altersgrenze überschritten hat, aber noch öfters um Rat gefragt wird, hat neulich mit einem meiner Bekannten ein längeres Gespräch geführt und seine Ansicht über das, was von französischer Seite geschehen sollte, mitgeteilt.

Danach würde er, sowie der Krieg mit Sicherheit vorauszusehen sei, alle größeren Schlachtschiffe in das Mittelmeer schicken[7], um damit einen bedeutenden Teil der englischen Flotte dort festzuhalten[8].

Dabei würde er mit leichteren Schiffen die irländischen und englischen Küsten beunruhigen und den Handel möglichst stören[9], aber jede Seeschlacht vermeiden[10].

Daß in England selbst die Kriegsgefahr nicht ganz für beseitigt angesehen wird, zeigt sich darin, daß die französische Riviera, Nizza und Cannes von allen früheren englischen Gästen vermieden wird[11], wogegen die italienische Riviera stark besucht ist.

Hier spricht man viel von einer Annäherung an Deutschland; das verhindert aber nicht, daß man die Auflösung der Tripelallianz erhofft, sich sehr darüber freut, daß das Verhältnis zwischen Deutschland und

Österreich nicht mehr ganz ungetrübt scheine*, und alle Anstrengungen macht, mit Österreich[12] und Italien auf gutem Fuße zu stehen und von uns abzubringen.

Münster

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Mit Recht
[2] dessen Botschafter gestern zu mir von ce foutu President sprach!
[3] das war von England ausdrücklich vorausgesehen und bereits in Anrechnung gebracht.
[4] !
[5] richtig
[6] ! Volksgunst, leicht gewonnen, leichter verloren
[7] richtig! genau dasselbe was ich gesagt!
[8] Mittelmeerflotte sogar zu schlagen
[9] ausgeschlossen
[10] Unsinn! die muß natürlich geschlagen werden
[11] desswegen geht meine Mutter auch nach Bordighera
[12] Das würde Golu[chowski] schon gern thun wenn erst Napoleon in Paris sitzt!

Nr. 3928

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 11 Paris, den 10. Januar 1899

Gestern besuchte ich auf seinen Wunsch Herrn Felix Faure.

Der Präsident war sehr erfreut über den Besuch, durch welchen unser allergnädigster Herr den französischen Botschafter beehrt hat. Herr Felix Faure sprach seine Dankbarkeit und die Freude über die guten Nachrichten, welche Marquis de Noailles über das Wohlbefinden Seiner Majestät habe melden können, in warmen Worten aus.

Der Präsident brachte gleich das Gespräch auf England und konnte eine gewisse Besorgnis und Unruhe nicht verhehlen.

Die Veröffentlichung des englischen „Blue book"** in diesem Augenblick sieht er als eine absichtliche Rücksichtslosigkeit an. Es sei das wieder ein bedenkliches Zeichen der neuen Diplomatie, von der Sir Edmund Monson auf so unvorsichtige Weise gesprochen habe***.

Die öffentliche Meinung, die etwas ruhiger schien, sei durch die Veröffentlichung und die Kommentare der englischen und französischen

* Vgl. Bd. XIII, Kap. LXXXVII.
** France I (1899). Es betraf Madagaskar und die dortigen Beschränkungen des englischen Handels durch Frankreich.
*** Vgl. Nr. 3921, Fußnote **.

Presse wieder sehr aufgeregt, und sei die feindliche Stimmung gegen die Engländer sehr verschärft.

Den Krieg mit England würde er für ein großes Unglück halten. Von hier aus würde auch alles geschehen, um ihn zu vermeiden. Leider scheine aber in England eine sehr starke Kriegspartei den Krieg wirklich zu wollen[1].

Die Erhaltung des Friedens sei Ihrer Majestät der Königin Viktoria und auch Lord Salisbury allein zu verdanken, und darauf rechne er auch jetzt noch.

Besonders beruhige ihn die friedliche Haltung Deutschlands, und es könne mir nicht entgangen sein, wie sehr die Stimmung für Deutschland immer besser und die Wünsche für eine Annäherung an Deutschland immer allgemeiner werden.

Er, der Präsident, sei ein aufrichtiger Freund Deutschlands und, wie eine große Zahl der Franzosen, ein aufrichtiger Bewunderer des Deutschen Kaisers[2].

Münster

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ja
[2] Prosit!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Ein Verwandter von Mir aus England theilt mir mit, England wolle den Krieg.

Nr. 3929

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 33 London, den 13. Januar 1899

Der französische Botschafter *, welcher vor einigen Tagen aus Paris zurückgekehrt ist, hat am letzten Mittwoch eine längere Unterredung mit dem Premierminister gehabt. Da ich von letzterem unmittelbar nachher empfangen wurde, hatte ich Gelegenheit zu bemerken, daß er aufgeregter war, als dies sonst bei ihm der Fall zu sein pflegt. Selbstverständlich sprach er sich nicht näher über den Inhalt der fraglichen Unterredung aus, aber aus einigen von ihm hingeworfenen Äußerungen ließ sich erkennen, daß er sich in einer gereizten Stimmung befand. Er bezeichnete die in Paris zutage getretene Auffassung, daß man sich dort über die Veröffentlichung des Blaubuchs über Madagaskar ** beklagen könne, als geradezu absurd und erging sich in wenig

* P. Cambon seit 28. September 1898.
** Vgl. Nr. 3928, Fußnote **.

freundlichen Bemerkungen über den früheren französischen auswärtigen Minister Herrn Hanotaux, welchen er vertraulich mir gegenüber als „un tricheur“ bezeichnete[1].

Wie mir mein russischer Kollege* vertraulich mitteilt, hat Herr Cambon sich noch kürzlich dahin ausgesprochen, daß Frankreich keine Veranlassung habe, hier die Initiative zu einer Verhandlung über die mit England schwebenden Fragen — Madagaskar, Neufundland, Niger usw. — zu ergreifen. Er habe dazu bemerkt, daß für Frankreich kein Bedürfnis vorliege, in diesen Fragen eine Modifikation des bestehenden Zustandes herbeizuführen, und daß Frankreich sich auch ferner damit begnügen könne[2]. Der russische Botschafter versicherte mir gleichzeitig, daß er bisher nicht habe ermitteln können, ob irgendwelche Verhandlungen über jene Fragen bereits zwischen Frankreich und England im Gange seien. Er zeigte dabei eine gewisse Sympathie für Frankreich, indem er namentlich die Ansicht äußerte, daß man es den Franzosen doch nicht verübeln könne, wenn sie, nachdem die Annexion Madagaskars stattgefunden habe, diese Kolonie nunmehr auch im eigenen Interesse auszubeuten wünschten. Ich habe mich selbstverständlich enthalten, eine Ansicht darüber auszusprechen.

Vorläufig habe ich nicht den Eindruck, daß man hier Neigung zeigen wird, die Initiative zu Vorschlägen behufs Regulierung der schwebenden Fragen zu nehmen. Abgesehen davon, daß Lord Salisbury mit der öffentlichen Meinung zu rechnen hat, welche, soweit sich dies erkennen läßt, auch heute noch keine übergroße Nachgiebigkeit den Franzosen gegenüber sanktionieren würde, stellt sich auch immer mehr heraus, daß mehrere und hervorragende Mitglieder des Kabinetts auf einer festen Politik den Franzosen gegenüber bestehen[3]. Zu diesen sind außer Mr. Chamberlain Sir Michael Hicks-Beach und der Herzog von Devonshire zu rechnen, und es darf, so seltsam dies klingt, nicht übersehen werden, daß die Herzogin von Devonshire, deren Einfluß auf ihren Gemahl bekannt ist, nach allen mir zugehenden Nachrichten eine sehr franzosenfeindliche Sprache führt[4]. Hierzu kommt, daß man offenbar hier jetzt von der Überzeugung ausgeht, daß Frankreich eventuell an Rußland, welches in der Faschodafrage keinen Finger gerührt hat, auch in den übrigen Fragen keinen Rückhalt finden würde[5]. Die Haltung des russischen Botschafters, welcher vielleicht eine gewisse Sympathie für Frankreich zeigt, aber offenbar bis jetzt nicht angewiesen ist, französische Forderungen hier zu unterstützen, steht mit dieser Auffassung zum mindesten nicht im Widerspruch, die noch dadurch verstärkt wird, daß Rußland Geld braucht, und daß Herr Witte nach hiesiger Auffassung deshalb keinen Krieg zugeben wird.

Unter diesen Umständen darf, wie ich glaube, mit einer gewissen Sicherheit angenommen werden, daß Lord Salisbury, wenn es zu einer

* Baron von Staal.

Verhandlung über die einzelnen Fragen kommt, zwar eine Verständigung im Prinzip gewiß nicht ablehnen, daß er aber keine Zugeständnisse machen wird, die sich mit den Rechten, die man hier zu haben glaubt, nicht vereinbaren ließen.

P. Hatzfeldt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Wenn Salisbury das an Hatzfeld sagt, was müssen Männer wie Chamberlain ert denken! —
Also nicht blos Lobanow, Mohrenheim und Mouraview sind auf ihn hereingefallen, sondern auch der Große Salisbury! „Wir Wilden sind doch bessere Menschen."

[2] fernerhin Ohrfeigen einzustecken

[3] gut; mögen sie dabei bleiben

[4] bravo!

[5] richtig

Nr. 3930

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 63 London, den 26. Januar 1899

In bezug auf die Verhandlungen mit Frankreich ist Lord Salisbury sehr zurückhaltend, und keiner von meinen Kollegen hat bis jetzt ermitteln können, wieweit dieselben gediehen sind. Mir gegenüber stellte der Premierminister zwar nicht in Abrede, daß überhaupt verhandelt wird, bemerkte aber dazu, daß die Verhandlungen bis jetzt noch nicht weit gediehen seien. Es ist daher wohl anzunehmen, daß es sich vorläufig nur um Vorbesprechungen gehandelt hat, die voraussichtlich noch längere Zeit in Anspruch nehmen werden.

Im allgemeinen läßt sich nicht verkennen, daß sich hier die Stimmung gegen Frankreich in der letzten Zeit abgekühlt hat, und daß der Wunsch nach einer freundschaftlichen Lösung der bestehenden Schwierigkeiten wieder in den Vordergrund getreten ist. Aus der Haltung der französischen Presse wird der Schluß gezogen, daß Frankreich, welches in St. Petersburg keinen Rückhalt gefunden hat, einen Konflikt mit England zu vermeiden wünscht und deshalb zu annehmbaren Konzessionen geneigt sein wird.

Unter diesen Umständen ist eine neue Kriegsgefahr zwischen Frankreich und England fürs erste wohl nicht zu erwarten, vorausgesetzt, daß Rußland an seiner bisherigen Reserve festhält, und daß nicht im Laufe der Verhandlungen französische Prätensionen in irgendeiner Frage auftauchen, die man hier für unannehmbar halten würde. Mit Bestimmtheit ist anzunehmen, daß man hier auch für einen solchen

Fall vorbereitet ist, und daß die englische Flotte jeden Augenblick wieder in der Lage sein würde, die ihr zufallende Aufgabe auszuführen.

Hatzfeldt

Nr. 3931

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 18 Paris, den 31. Januar 1899

Seit meiner Rückkehr fand ich die Lage etwas geändert. Die Kriegsgefahr ist weniger drohend, wenn nicht ganz beseitigt, doch verschoben. Die französische Regierung wird Konflikt vermeiden und sich soviel gefallen lassen, daß es den englischen Jingos schwer werden wird, einen casus belli zu finden. Für den Augenblick handelt es sich um die Fragen Neufundland, Madagaskar und den Nil.

Die Fischereifrage wird sich wohl regeln lassen.

Die Regelung der kommerziellen Interessen in Madagaskar ist schwieriger, und dort kann der Konflikt entstehen. Die Engländer verlangen Revision der Verträge und wollen die Beschränkungen, die General Gallieni* dem fremden Handel auferlegt, sich nicht gefallen lassen. Was den Nil betrifft, so werden die Franzosen gut tun, in Beziehung auf die Nebenflüsse vorsichtig zu sein, denn dort werden die Engländer keinen Spaß vertragen. Die öffentliche Meinung ist ruhiger geworden. Die Franzosen sind Kinder, haben ein neues Spielzeug erfunden und glauben, durch das unterseeische Torpedoboot ihre Küsten zu schützen. Es erinnert dies an die Mitrailleusen vom Jahre 70, durch die sie Deutschland zu besiegen hofften. Geradezu lächerlich ist die Sammlung für ein solches Boot, durch welches die Franzosen ihren Patriotismus beweisen und ihre Küsten schützen wollen.

Münster

Nr. 3932

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

London, den 2. Februar 1899

Privat für den Herrn Staatssekretär.

pp. Ich habe keinerlei Symptom dafür, daß die französisch-englischen Verhandlungen sich mit einer Teilung des spanischen Kolo-

---

* Generalgouverneur von Madagaskar.

nialbesitzes* beschäftigen. Dagegen sagte mir Graf Deym, welchen ich gestern traf, daß, wenn auch Lord Salisbury sich begnüge, ihm zu sagen, daß er mit dem französischen Botschafter „des conversations là-dessus" habe, er (Graf Deym) den Eindruck habe, daß eine Verständigung über die Bahr-el-Ghasalfrage bevorstehe.

Hatzfeldt

Nr. 3933

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 28 London, den 17. Februar 1899

Graf Deym teilt mir mit, daß Lord Salisbury bezüglich der Pressnachrichten über den befriedigenden Verlauf der Verhandlungen mit Frankreich ihm gesagt habe, daß ihm die Tatsachen, auf welche sich diese Auffassung stütze, unbekannt seien. Er nehme an, daß diese Gerüchte vom Quai d'Orsay stammten. Man scheine dort bemüht, eine etwaige kommerzielle Zulassung Frankreichs zum oberen Nil als eine große Konzession seitens Englands darstellen zu wollen, während tatsächlich die hiesige Regierung, solange kein territorialer Besitzstand daran geknüpft sei, in dieser Frage keine Schwierigkeiten mache.

Streng vertraulich sagte mir der österreichische Botschafter ferner, daß, wie er aus anderer guter Quelle erfahre, Herr Cambon noch kürzlich darüber geklagt habe, wie schwer es falle, Lord Salisbury zur Formulierung irgendwelcher Vorschläge zu veranlassen. Graf Deym kann hierin kein Symptom für das angeblich befriedigende Fortschreiten der Verhandlungen erblicken.

Hatzfeldt

Nr. 3934

*Der Vizekonsul in Buschir Hauck an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe***

Entzifferung

Nr. A 16 Buschir, den 12. Februar 1899

Der Besuch des französischen Kriegsschiffs „Scorpion" in Maskat*** scheint nicht ohne Folgen für die politischen Verhältnisse am Persischen Golf bleiben zu sollen. Wie ich nämlich von meinem Kollegen, dem

* Vgl. Bd. XV, Kap. XCVIII.
** Hier eingereiht, des Zusammenhangs halber.
*** Er hatte bereits Ende November 1898 stattgefunden.

Vertreter der Republik, höre, ist der französischen Regierung von dem Sultan von Oman * bei dessen Hauptstadt Maskat ein Platz zur Errichtung einer Kohlenstation eingeräumt worden. Dieses Zugeständnis hat veranlaßt, daß der britische Resident die drei ständig im Golf befindlichen englischen Kriegsschiffe, zu denen noch die „Eklipse" mit 9000 Tonnen zugezogen worden ist, bei Maskat um sich vereinigt hat, um die Errichtung der Station und das Hissen der französischen Flagge, was durch zwei Schiffe der Republik erfolgen soll, gewaltsam zu verhindern.

Welche Folgen dieser Kampf haben wird, ist noch nicht abzusehen; jedenfalls geht aber aus der englischen Haltung deutlich hervor, daß Großbritannien den Persischen Golf als ausschließliches Eigentum betrachtet.

Der Kaiserliche Gesandte ** hat Abschrift des Berichts erhalten.

Dr. Hauck

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Gut

Nr. 3935

Der Konsul in Bombay Graf von Pfeil an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 1 Bombay, den 22. Februar 1899

Nach heutigen Zeitungen hat Sultan Maskat unter englischer Bombardementsdrohung französische Kohlenstationskonzession zurückgezogen, französischer Konsul hat protestiert.

Pfeil

Nr. 3936

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 143 London, den 24. Februar 1899

In bezug auf die englisch-französische Differenz in Maskat äußerte sich Lord Salisbury mir gegenüber dahin, daß man hier, wenn es Frankreich wirklich nur darauf ankomme, an Ort und Stelle über Kohlenvorräte verfügen zu können, einem solchen Wunsch gern entgegen-

* Seyzid Feysal bin Turki.
** Graf von Rex.

kommen werde, daß aber dabei weder von einer Landabtretung noch auch von einer pachtweisen Überlassung von Territorien (lease) durch den Sultan an Frankreich die Rede sein dürfe. Er halte nicht für wahrscheinlich, daß sich aus dieser Frage, die übrigens in erster Linie die indische Regierung angehe, eine erhebliche Schwierigkeit mit Frankreich ergeben werde.

Über die sonstigen Verhandlungen mit Frankreich äußerte sich der Premierminister gesprächsweise in dem Sinne, daß dieselben durch das Ableben des Präsidenten Faure* keinen Stillstand erfahren hätten und einen befriedigenden Verlauf zu nehmen schienen.

Hatzfeldt

Nr. 3937

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 70 Paris, den 27. Februar 1899

pp. Die Blicke richten sich aber mit einer gewissen Ängstlichkeit wieder über den Kanal.

Die Herkunft Ihrer Majestät der Königin** beruhigt zwar sehr, sonst steigen namentlich wieder am Persischen Meerbusen Wolken auf.

Wollte man nicht jeden Konflikt ängstlich vermeiden, so würden Regierung und Presse wegen der Vorgänge zu Maskat und der etwas brutalen Behandlung des Sultans mehr Lärm geschlagen haben, als sie es tun.

Sie wollen vorläufig diesen Lärm gern von Rußland ausgehen lassen.

Das Bedenkliche an diesem Vorgehen der Franzosen scheint mir zu sein, daß die Franzosen sich von den Russen haben vorschieben lassen, und daß, sowie das Publikum in England das merkt, die Jingos wieder die Kriegstrommel werden schlagen wollen. pp.

Münster

Nr. 3938

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 43 St. Petersburg, den 1. März 1899

Über den englisch-französischen Zwischenfall in Maskat äußerte sich Graf Murawiew durchaus beruhigt. Er meinte, die Sache werde

---

* Er war am 16. Februar 1899 einem Schlaganfall erlegen. Zu seinem Nachfolger wurde am 18. Emile Loubet gewählt.

** Vgl. Nr. 3926 und Nr. 3940.

sicherlich zu keinen unliebsamen Konsequenzen führen und im Wege friedlicher Verständigung erledigt werden.

Übrigens sei er über den Gang und Stand der Verhandlungen ebenso wie Graf Montebello noch ohne Nachricht aus Paris.

Radolin

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Ein merkwürdiger Alliierter! Sobald sein Freund und Alliierter Backpfeifen kriegt, ist er immer völlig beruhigt, daß der Geprügelte sie ruhig einstecken wird! Das muß man in vorsichtiger Weise den Galliern zu Gemüthe führen in der Presse und ihnen beweisen, wie sie mit ihrer Alliance hineingefallen sind.

Nr. 3939

Der Erste Sekretär bei der Botschaft in Paris von Below-Schlatau an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 89 Paris, den 9. März 1899

Herr Delcassé, der sonst, im Gegensatz zu seinem Vorgänger Hanotaux, über ein reichliches Maß von Gleichmut — namentlich nach außen hin — verfügt, kann eine gewisse Gereiztheit über das Verhalten des englischen Unterstaatssekretärs nicht verleugnen[1]*. Das ging ja auch aus den offiziösen Bemerkungen der „Agence Havas“ zu der Brodrickschen Erklärung zur Genüge hervor. Die Stimmung des französischen Ministers läßt sich verstehen, wenn man das gesamte Vorgehen der englischen Regierung in der Maskatfrage, so wie er es schildert, ins Auge faßt. Der Vorgänger des Herrn Delcassé hatte von dem Sultan die Konzession einer Kohlenstation bewilligt erhalten, genau unter denselben Bedingungen, wie vorher die großbritannische Regierung, doch hatte man hier bisher keinen Gebrauch davon gemacht. Durch einen Konsularagenten hatte das Kabinett von St. James von der erfolgten Konzession Kenntnis erhalten, und dem war noch die unrichtige Meldung von dem französischen Anspruch, die Flagge zu

---

* Am 6. März hatte Delcassé in der Deputiertenkammer Erklärungen über die Maskatfrage abgegeben, wobei er von einem „ebenso inkorrekten wie eigenmächtigen Eingreifen“ seitens eines englischen Beamten sprach, über das die englische Regierung ihr aufrichtiges Bedauern zum Ausdruck gebracht habe. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1899, S. 234 f. Am 7. März antwortete der parlamentarische Unterstaatssekretär im Foreign Office Brodrick im Unterhause. Nach ihm wäre die Schuld an den Vorkommnissen in Maskat dem Übereifer des französischen Agenten zuzuschreiben, während das Verhalten des englischen Agenten, der nicht in der Lage gewesen sei zu unterscheiden, ob der französische Agent auf eigene Verantwortung oder im Auftrage seiner Regierung gehandelt habe, zu billigen sei.

hissen und Befestigungen anzulegen, hinzugefügt. Bereits in den letzten Monaten des vorigen Jahres war der englische Botschafter bei Herrn Delcassé erschienen, um ihn an der Hand eines Zeitungsartikels zu fragen, ob es richtig sei, daß Frankreich auf einem vom Sultan erworbenen Gebietsstück eine Kohlenstation errichte, was der Minister verneinte, da von der Konzession bisher, wie gesagt, kein Gebrauch gemacht worden war und er auf dieselbe überhaupt erst durch die englische Anfrage aufmerksam gemacht wurde.

Wenn die großbritannische, oder vielmehr genauer, die indische Regierung trotzdem Kriegsschiffe nach Maskat schickte, so läßt das nicht auf besonders freundliche Gefühle für Frankreich schließen, und das Auftreten Brodricks, wenn es auch als auf einem unbedeutenden Mißverständnis beruhend entschuldigt wird, ist ebenfalls kein Zeichen dafür, daß die englisch-französischen Beziehungen wieder ganz normale geworden sind.

Im Auftrage:
Below

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Aha! Das war zu erwarten

Nr. 3940

Der Botschafter in Paris Graf Münster, z. Z. in Cannes, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow*

Privatbrief. Abschrift

Cannes, den 13. März 1899

Die Folgen der Influenza und meinen Husten habe ich trotz des ziemlich schlechten Wetters, das ich hier traf, so ziemlich beseitigt und denke bald an meine Rückreise, habe aber das angenehme Gefühl, daß ich in Paris jetzt nichts versäume. Am Mittwoch, den 15., gehe ich auf ein paar Tage nach Nizza, um mich bei der Königin Viktoria zu melden und zugleich Lady Salisbury in Beaulieu zu besuchen.

Ich war gestern nun in dem ganz überfüllten Nizza, Wohnung zu suchen. Ihre Majestät kam gerade an, fuhr nahe bei mir vorbei, erkannte mich aber doch. Die Königin wurde mit militärischen Ehren empfangen, die Bevölkerung war aber ganz auffallend kalt. Kein Zuruf, und sehr wenige grüßten. Die Franzosen haben der Königin gegenüber Unrecht, denn sie verdanken es Ihrer Majestät allein, daß es nicht zum Kriege kam. Die kriegerische Stimmung in England ist durchaus nicht vorüber. Sehr verständige, ruhige Engländer beklagten sich mir gegenüber bitter

---

* Graf Münster war am 2. März auf drei Wochen an die Riviera gefahren, von wo aus er die Geschäfte der Botschaft weiter leitete.

über Lord Salisbury, der sich der Königin gegenüber gebunden und ihr versprochen habe, solange sie lebe, den Krieg zu vermeiden. Diejenigen, die den Krieg wollen, solange sie noch die Mächtigen zur See sind, sagen, daß kein Minister das Recht habe, den richtigen Augenblick zu versäumen und die Interessen des Landes zu opfern. Ein so günstiger Augenblick komme vielleicht niemals wieder.

Der Prinz von Wales schmeichelt der Kriegspartei und ist den Franzosen gegenüber sehr unvorsichtig in seinen Äußerungen. So sagte er in einer ganz französischen Gesellschaft, Felix Faure wäre zwar ein Snob gewesen, habe aber anständige Manieren gehabt, wogegen Loubet die Manieren eines Schusters habe, was aber bei einer so herabgekommenen Nation nichts schade. Wenn auch die Franzosen, zu denen er das sagte, Monarchisten waren, so hat sie das so sehr empört, daß sie sich bitter darüber beklagen.

Durch den Tod des Nuntius * ist der Empfang des diplomatischen Korps beim Präsidenten verschoben worden. Bin ich nicht da, so wird Wolkenstein ** die Anrede halten, was ihm Vergnügen macht und mir wohl angenehm ist. Der Präsident nimmt es mir nicht übel, denn ich war am Tage meiner Abreise bei ihm, entschuldigte mich, und er bat mich dringend, mich im Süden erst ganz zu erholen und nicht daran zu denken, deshalb früher zurückzukommen.

Obgleich die Stimmung gegen uns sich außerordentlich gebessert hat, so kann, wenn die Hetzpresse das will, in einer so öffentlichen Anrede Stoff zu ungezogenen Bemerkungen gefunden werden, die in dieser so erregten Zeit besser vermieden werden. Ich vermute, daß der Empfang am Sonnabend stattfinden wird, und daß Sie mit meiner Auffassung einverstanden sein werden. pp.

(gez.) Münster

Nr. 3941

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow ***

Unsignierte Reinschrift

Ganz geheim — Berlin, den 14. März 1899

pp. In den für die europäische Politik im Vordergrund stehenden großen Gegensätzen, die einmal zwischen England und Frankreich und

---

* Monsignore Clari, der am 8. März in Paris einem Schlaganfall erlegen war.
** Graf Wolkenstein, österreich-ungarischer Botschafter in Paris.
*** Das Ganze der Bülowschen Aufzeichnung, die einen allgemeinen politischen Situationsbericht für den in Ostasien weilenden Prinzen Heinrich von Preußen darstellt, siehe in Kap. XC, Nr. 3778.

sodann wiederum zwischen England und Rußland vorliegen, kann es für uns auch in Zukunft einstweilen nur richtig sein, eine abwartende Mittelstellung einzunehmen.

Zum Verständnis der neuesten Abwandlungsphasen in dem englisch-französischen Gegensatz sind zwei Gegenströmungen zu beachten, die sich in der englischen Politik geltend machen. Auf der einen Seite steht Lord Salisbury, der auf gute Beziehungen zu Frankreich besonderen Wert legt[1], auf der andren Mr. Chamberlain und Mr. Curzon*, die, von den kühneren Ideen des britischen Imperialismus beherrscht, auf jene Beziehungen weniger Rücksicht zu nehmen geneigt sind. Lord Salisburys Stellung hat unter seinem Zurückweichen in der chinesischen Frage im Herbste v. Js.** gelitten, und mit dadurch gelang es Herrn Chamberlain, seinem schrofferen Standpunkt in der Behandlung der Faschodaangelegenheit in rücksichtsloser Ausnutzung der Lage zum Siege zu verhelfen. In dem Maskatzwischenfall trat jener innere Widerspruch in der englischen Politik klar zutage. Während in dem anfänglichen gewaltsamen Vorgehen Englands die persönliche Anschauung des indischen Vizekönigs sichtbar wurde, führte Lord Salisburys Eingreifen schließlich die vermittelnde Lösung herbei. pp.

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Besonders auf Wunsch I[hrer] M[ajestät] d[er] Königin.

Nr. 3942

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 44 London, den 15. März 1899

In vertraulicher Unterhaltung bestätigte mir Lord Salisbury die Richtigkeit der heutigen Zeitungsnachrichten, daß die Verhandlungen mit Frankreich eine befriedigende Wendung[1] genommen haben und wahrscheinlich bald zum Abschluß führen werden. Der Premierminister hofft im Laufe nächster Woche auf kurze Zeit nach Beaulieu[2] zu reisen

---

* Vizekönig von Indien.
** Bei dem sich im September 1898 abspielenden Kampfe zwischen dem Kaiser und der Kaiserin-Witwe von China um das Regiment hatte die russenfreundlich gesinnte Kaiserin-Witwe die Oberhand behalten, was allgemein als eine Niederlage Englands aufgefaßt wurde.

und meinte, daß der formelle Abschluß mit dem französischen Botschafter eventuell bis zu seiner Rückkehr vertagt werden würde.

Hatzfeldt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
1 !
2 desshalb!

Nr. 3943

Der Erste Sekretär bei der Botschaft in Paris von Below-Schlatau an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 56 — Paris, den 22. März 1899

Herr Delcassé sprach mir sichtlich befriedigt von der gestern in London unterzeichneten Verständigung mit England*. Das Abkommen werde beiden Teilen gerecht und dürfte auf keiner Seite den Wunsch, sich anderweit zu rächen, zurücklassen. Die französischen Posten im Bahr-el-Ghasalgebiet würden zurückgezogen, dafür aber sei englischerseits Freiheit für Handel und Schiffahrt nach und auf dem Nil zugesagt. Die Verschiebung der Grenzlinie nach Osten bedeute gegen das vorjährige Nigerabkommen** eine erhebliche Erweiterung der französischen Interessensphäre.

Im Auftrage:
Below

Nr. 3944

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 104 — Paris, den 24. März 1899

Gestern aus Monaco zurückgekehrt, besuchte ich gegen Abend

---

* Am 21. März 1899 war in London eine englisch-französische Deklaration über die Abgrenzung der beiderseitigen Besitzungen südlich und westlich vom Niger und der Interessensphären östlich vom Niger abgeschlossen worden. Danach behielt England Bahr-el-Ghasal und Darfur, Frankreich Wadai, Bagirmi und das Gebiet im Osten und Norden des Tschadsees. Beide Teile gestanden einander Gleichheit der Behandlung in kommerzieller Beziehung zu in dem Gebiete zwischen Nil und Tschadsee einerseits und dem fünften und fünfzehnten Breitengrade andererseits. Siehe den Text der Deklaration in: Das Staatsarchiv, Bd. 64, S. 333 f.

** Gemeint ist das am 14. Juni 1898 zwischen Hanotaux und Botschafter Monson abgeschlossene Abkommen über das streitige Gebiet am Niger, durch

Herrn Delcassé. Ich verließ die Riviera bei schönem Frühlingswetter, fand hier aber Frost, mehrere Grad unter Null.

Den Minister fand ich in der besten Laune. Das Abkommen mit England über Afrika gibt ihm das Gefühl eines Mannes, der einer großen Gefahr entronnen.

Herr Delcassé meinte, es sei dadurch auf längere Zeit eine stets drohende Ursache zu Konflikten beseitigt worden [1], darin allein liege der Vorteil für Frankreich, denn der Landerwerb selbst sei mehr eine Last als ein Gewinn für Frankreich.

Die Besorgnis, daß die englische Kriegspartei, die man hier nicht unterschätzt, noch immer nach einem Vorwand zum Kriege sucht, ist durchaus nicht verschwunden [2].

Durch dieses Abkommen hofft die Regierung es den englischen Jingos erschwert zu haben, einen solchen Vorwand zu finden.

Diesen Wunsch teilt auch Lord Salisbury, der Ihrer Majestät der Königin versprochen haben soll, solange sie regiert, jeden europäischen Krieg zu vermeiden [3]. Er wird gerade von seinen Parteigenossen, den Tories, deshalb sehr angegriffen [4]. Mir gegenüber ist von Bekannten, die ich an der Riviera traf, wiederholt geäußert worden, daß ein englischer Ministerpräsident vor allem Pflichten gegen das Land [5] habe und die Interessen desselben selbst der Königin gegenüber nicht opfern dürfe. Jetzt habe Lord Salisbury den für einen Krieg mit Frankreich so günstigen Augenblick nicht benutzt, und eine solche Gelegenheit werde nicht so leicht zurückkehren [6].

Die Freunde Lord Salisburys geben das nicht zu, und Lady Salisbury, bei der ich einen Tag in Beaulieu zubrachte, und die noch immer viel Einfluß hat, sagte mir geradezu, daß die Behauptung der Gegner Lord Salisburys, daß er die günstige Gelegenheit Frankreich gegenüber unbenutzt vorübergehen lasse, unverständig und unbegründet sei [7].

Warte England ruhig bis nach der großen Ausstellung von 1900, so werde dann ein für Frankreich gefährlicher Moment kommen.

England werde bis dahin, was die Marine betreffe, noch kriegsbereiter sein als jetzt. Die übrigen Mächte brauchten mehr Zeit zur Vergrößerung ihrer Seemacht, und die Gefahr einer Koalition der übrigen Seemächte gegen England würde 1901 nicht größer sein als jetzt. Offensiv als Seemacht wird Frankreich bis dahin nicht stärker werden, defensiv aber doch [8].

Was die inneren Verhältnisse Frankreichs betrifft, so hat die Republik durch den Tod des Präsidenten Felix Faure, die Wahl seines

---

das Frankreich das ganze Ostufer des Tschadsees von Barma bis zur Scharimündung erhalten hatte. Vgl. Kap. XCI, Nr. 3790, Fußnote und Nr. 3797, S. 234, Fußnote *.

Nachfolgers, den mißlungenen Streich Déroulèdes * gleichsam einen neuen längeren Pachtkontrakt erlangt.

Das jetzige Kabinett wird voraussichtlich Ende April nach Abschluß des Dreyfusprozesses fallen. Jedenfalls wird sich Dupuy nicht länger halten.

Man glaubt vielfach, daß Freycinet ihn beseitigen und sich an seine Stelle setzen wird.

Münster

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
1 Harmloser Mann! der kennt John Bull nicht
2 mit recht
3 ist äußerst ideal und Cavalièrement gehandelt, aber sehr unpraktisch. Er hat eine großartige Situation sich entschlüpfen lassen, die nie wiederkommt! nur weil die Königin in Cimiez ** sich amüsiren will!
4 sehr mit Recht!
5 richtig!
6 richtig
7 die redet wie sie es versteht
8 vollkommen falsch! Durch Englands Drohungen und Rüstungen kirre gemacht bauen in den nächsten Jahren Russland und Frankreich an Schiffen, was das Riemzeug nur halten kann. In Folge dessen werden beide allein — zumal Russland in Pazific — stärkre Geschwader halten können, sowie auch als coalition bedeutend gefährlicher werden. Zudem werden die Küstenvertheidigungen vollkommen ausgebaut und fertiggestellt, so daß thatsächlich die Lage für England viel ungünstiger ist wie jetzt.

Nr. 3945

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe ***

Entzifferung

Nr. 551 London, den 30. Juni 1899

pp. Ich erwiderte dem Marineminister, daß ich die von ihm angeführten militärischen Gründe vollständig zu würdigen wisse, daß

---

* Vgl. Bd. XIII, Kap. LXXXIX, Anhang, Nr. 3619.
** Villenvorort oberhalb Nizzas.
*** Der Bericht Hatzfeldts gibt ein Gespräch wieder, das er am 29. Juni mit dem englischen Marineminister über die Friedenskonferenz im Haag hatte. Goschen begründete darin seine ablehnende Haltung gegen ein ständiges und obligatorisches Schiedsgericht mit den Erfahrungen, die England im Faschodakonflikt gemacht habe. Hätte damals ein Schiedsgericht bestanden, dessen

er aber, wie mir schiene, in seinem Urteil über den Verlauf der Faschodafrage nicht hinreichend in Betracht ziehe, daß die Entschlüsse der französischen Regierung zu jener Zeit nicht bloß durch militärische, sondern wesentlich auch durch politische Erwägungen beeinflußt worden seien. Diese Entschlüsse wären wahrscheinlich anders ausgefallen, wenn die französische Regierung nicht zu der Erkenntnis gelangt wäre, daß Frankreich den Kampf nicht ohne die tatsächliche Unterstützung eines mächtigen Alliierten unternehmen könne, und daß es mit Rücksicht auf die damalige politische Gruppierung der Mächte in Europa darauf nicht rechnen dürfe. Ich glaubte mich in der Annahme nicht zu irren, daß namentlich die Stellung Deutschlands von entscheidender Bedeutung gewesen sei. Wolle man den Fall annehmen, daß Deutschland, durch die unfreundliche Haltung Englands in Samoa * gedrängt, damals aus seiner für England immer noch freundschaftlichen Reserve herausgetreten wäre und sich zu einer politischen Annäherung an Frankreich und seine Alliierten entschlossen hätte, so schiene mir kaum zweifelhaft, daß England nicht die gleiche Nachgiebigkeit bezüglich Faschodas in Paris gefunden hätte **.

Herr Goschen, welcher aufmerksam zuhörte und offenbar nachdenklich war, erkannte bereitwillig an, daß damals der etwaige Anschluß Deutschlands an die französisch-russische Politik mit Notwendigkeit zu einem England keineswegs erwünschten Kriege geführt haben würde, und wandte dagegen nur ein, daß es doch nicht im deutschen Interesse liegen könne, eine ernstliche Schwächung der englischen Macht herbeizuführen. Ich erwiderte ihm, daß ich diese Auffassung im allgemeinen zwar vollständig teile, aber selbstverständlich doch unter der Voraussetzung, daß wir unsererseits bei England das Entgegenkommen und die Rücksicht auf unsere Interessen finden, die wir beanspruchen könnten. pp.

Hatzfeldt

Bemühungen zur Schlichtung abzuwarten gewesen wären, so würde Frankreich, das mit seinen Rüstungen eingestandenermaßen im Rückstande war, in der Lage gewesen sein, mittlerweile seine Rüstung zu vervollständigen. Vgl. Bd. XV, Kap. C, Nr. 4330, wo der Anfang des Hatzfeldtschen Berichts abgedruckt ist.

* Vgl. Kap. XCVI.

** Ganz ähnlich hatte sich der russische Botschafter Graf von der Osten-Sacken am 4. Mai 1899 gegenüber dem Staatssekretär von Bülow dahin geäußert: nur dadurch, daß Deutschland und Frankreich nicht zusammen hielten, sei Faschoda erst möglich geworden (vgl. Kap. XCV, Nr. 4020 und 4021), was Bülow als unbestreitbar zugab.

Anhang

Die Dreibundmächte und das Englisch-Französische Abkommen über Zentralafrika 1899

Nr. 3946

Der Botschafter in Rom Freiherr von Saurma an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 73 Rom, den 29. März 1899

Das Bekanntwerden des englisch-französischen Abkommens betreffend das tripolitanische Hinterland* hat die italienische Regierung in große Bestürzung versetzt. Sie erblickt darin seitens Englands eine Art Perfidie, nachdem vor einiger Zeit Lord Cromer** ein derartiges Abkommen amtlich bestimmt in Abrede gestellt habe.

Trotzdem hat die italienische Regierung den festen Willen, die guten Beziehungen mit England im Interesse des Dreibundes aufrechtzuerhalten, ist sich aber über das „Wie" davon vorläufig nicht klar.

Ehe sie bestimmte Entschlüsse faßt, will sie erst den Wortlaut des Arrangements*** kennen, wäre aber inzwischen überaus dankbar, von der Kaiserlichen Regierung zu erfahren, wie diese über die durch den mit Frankreich geschlossenen Vertrag begangene Verletzung der von England anerkannten Grundsätze der Aufrechterhaltung des Status quo im Mittelmeer sowie der von England jederzeit betonten Souveränität des Sultans denke. Bericht folgt.

Saurma

Nr. 3947

Der Botschafter in Rom Freiherr von Saurma an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 77 Rom, den 1. April 1899

Im Anschluß an Telegramm Nr. 73 †.

Aus Andeutungen des italienischen Ministers der Auswärtigen An-

---

* Gemeint ist die englisch-französische Deklaration vom 21. März 1899 über die britische und französische Interessensphäre in Zentralafrika. Vgl. Nr. 3943, Fußnote *.

** Englischer diplomatischer Agent und Generalkonsul in Kairo.

*** Siehe denselben in: das Staatsarchiv Bd. 64, S. 333 f.

† Siehe Nr. 3946.

gelegenheiten* entnehme ich, daß er hoffen zu dürfen glaube, seitens der Kaiserlichen Regierung ein wirksames Eingreifen in der Angelegenheit des englisch-französischen Abkommens betreffend das Hinterland von Tunis zu erlangen**. Ich habe ausweichend geantwortet und würde mich, falls nicht andere Befehle ergehen, auch in Zukunft enthalten, Hoffnungen auf aktive Beteiligung der Kaiserlichen Regierung in dieser Sache hier zu erwecken.

Saurma

Nr. 3948

Der Botschafter in Rom Freiherr von Saurma an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 42 Rom, den 29. März 1899

Der italienische Minister der Auswärtigen Angelegenheiten sprach mir heute von dem neuerdings stattgehabten englisch-französischen Arrangement betreffend das Hinterland von Tripolis, welches Gebiet damit vollständig den Franzosen überliefert werde. Schon vor Monaten habe er Kenntnis von dieser Absicht Englands gehabt, Frankreich diese Gebietsabtretung als eine Entschädigung für Faschoda zuteil werden zu lassen, habe indessen durch Lord Cromer ein so bestimmtes Dementi derartiger Absichten erhalten, daß er glaubte, sich über diesen Italien stark interessierenden Punkt für beruhigt halten zu dürfen.

Um so peinlicher habe ihn die ihm jetzt zugekommene Nachricht berührt, wonach die Angelegenheit doch ihre Richtigkeit habe. Es sei dies eine Unehrlichkeit von England und zugleich ein empfindlicher Schlag ins Gesicht, welchen dasselbe der italienischen Regierung versetze, welche stets den Interessen Englands mit Treue und Opferwilligkeit gedient habe.

Admiral Canevaro sagte mir, er wolle nicht unterlassen, den Verbündeten Italiens von dieser Sachlage Kenntnis zu geben, durch welche sowohl die Abmachungen in betreff des Status quo im Mittelmeer ignoriert als auch die Souveränitätsrechte des Sultans verletzt würden.

England, so fuhr der Minister fort, sei dem befreundeten Italien jedenfalls eine Entschädigung für die ihm zugefügte Unbill schuldig; denn wenn Italien auch zurzeit keine Ansprüche für sich an Tripolis

* Admiral Canevaro.
** Tatsächlich begnügte die deutsche Regierung sich, durch eine von Graf Hatzfeldt am 3. Mai in London überreichte Note in aller Form ihre Rechte in Afrika zu wahren. Lord Salisbury erwiderte darauf, es sei selbstverständlich, daß den etwaigen Rechten der deutschen Regierung durch die bezüglichen Abkommen zwischen England und Frankreich nicht präjudiziert werden könne.

mache, so könne es ihm nicht gleichgültig sein, wenn dieses Land, respektive das dazugehörige Hinterland, von der Türkei abgelöst würde und in andere Hände käme.

Eine Entschädigung für Italien würde z. B. daher von England dadurch geleistet werden können, daß es eine geheime Erklärung abgäbe, wonach Italien in den Besitz der Verwaltung und Oberaufsicht von Tripolis gelangen könne, falls letzteres einst von dem Türkischen Reiche abgelöst werden sollte. Eine andere Entschädigung seitens Englands böte sich für Italien beispielsweise dadurch, daß das britische Kabinett die italienischen Wünsche in China alsbald zur Anerkennung daselbst brächte.

Für das hiesige Kabinett wäre ein wie auch immer gearteter Erfolg jetzt allerdings sehr wichtig, da die italienische Presse bereits beginnt, der Regierung wegen ihrer jüngsten politischen Mißerfolge sehr heftig den Krieg zu erklären. Am 25. April d. Js., dem Zeitpunkt des Wiederbeginns der Parlamentssitzungen, dürfte der Kampf, den das Ministerium mit Recht scheut, entbrennen.

Admiral Canevaro sprach die Bitte aus, die Ansicht der Kaiserlichen Regierung in betreff dieser Angelegenheit sowie deren Rat bezüglich der von der italienischen Regierung dabei einzunehmenden Haltung zu erhalten, da die Sache, welche einen Sieg der französischen Politik zum Nachteil eines Dreibundstaates darstelle, auch der Kaiserlichen Regierung nicht gleichgültig sein dürfte.

Saurma

Nr. 3949

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 125 Pera, den 1. April 1899

Tewfik Pascha*, den ich heute wegen einer Zollreklamation aufsuchte, fing mir von der jüngsten englisch-französischen Konvention zu sprechen an. Er habe in London und Paris deswegen nicht „protestiert", aber Reserven gemacht. Von London stehe die Antwort noch aus; Herr Delcassé habe dem Botschafter** erwidert, daß die Frankreich zugewiesenen Länder bisher von niemanden okkupiert gewesen, also auch niemand ein älteres Recht darauf besitze. Dieses Argument kann nach Ansicht Tewfik Paschas gegen die Pforte nicht geltend gemacht werden, da die letztere seinerzeit gegen die auf die Okkupation bezüglichen Bestimmungen des Berliner Vertrags unter spezieller Hinweisung auf die hier fraglichen Territorien Reserven

* Türkischer Minister des Äußern.
** Munir Bey.

gemacht und auch dem englisch-französischen Übereinkommen von 1890 gegenüber ihre Rechte gewahrt habe.

Der Minister vertrat die Ansicht, daß alle Staaten, die in Afrika und speziell am Tschadsee Besitzungen hätten, also auch Deutschland, an dieser Frage interessiert seien. Wenn man gestattet, daß Frankreich alle die Länder vom Süden Marokkos an bis zur ägyptischen Grenze und ebenso diejenigen im Osten des Tschadsees an sich reißt, so sei bei der bekannten Feindseligkeit der französischen Kolonialpolitik gegen den Handelsverkehr fremder Nationen mit Sicherheit zu erwarten, daß die südlich und westlich von den neuen französischen Besitzungen gelegenen Territorien anderer Staaten von dem Verkehr nach den Küstenländern des Mittelländischen Meeres vollständig abgeschnitten würden. Die Türkei werde wegen der Schädigung des Handels von Tripolis nach dem inneren Afrika besonders schwer betroffen.

Tewfik Pascha sagte mir endlich, daß er die Frage auch in Berlin und Rom zur Sprache gebracht habe und man dort zunächst den Wortlaut der Konvention abwarten wolle.

Ich habe mich beiden Mitteilungen des Ministers gegenüber lediglich zuhörend verhalten.

Mein italienischer Kollege *, der mich gestern auf die Sache anredete, hält die Konvention für den italienischen Interessen nachteilig, Er äußerte sich dahin, daß Frankreich durch den Besitz des Hinterlandes von Tripolis den Handel dieser Provinz nach dem Innern Afrikas in seine Gewalt bekommt und damit auch der politische Einfluß Frankreichs in Tripolis der maßgebende werden müsse. Für Italien bleibt dann von der afrikanischen Mittelmeerküste überhaupt nichts mehr übrig, und sei damit das Gleichgewicht am Mittelmeer endgültig zum Nachteil Italiens aufgehoben.

Marschall

Nr. 3950

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 263 London, den 4. April 1899

Der hiesige italienische Botschafter ** teilt[1] die Unzufriedenheit der öffentlichen Meinung seines Landes mit dem englisch-französischen Abkommen über Nordafrika. Er äußerte kürzlich recht bittere Empfindungen über Lord Salisbury, welcher zur guten Stunde abgereist

* A. Pansa.
** Baron de Renzis.

sei[2], um sich allen Vorstellungen über seine Handlungsweise in dieser Frage Italien gegenüber zu entziehen. Der Beschwichtigungsartikel der „Times", meinte Baron de Renzis weiter, stehe nicht auf dem Boden der Tatsachen; denn der kommerzielle Ruin von Tripolis, welcher durch jenes Abkommen herbeigeführt werde, verschiebe ohne Zweifel das Gleichgewicht im Mittelmeer zugunsten Frankreichs.

Die Berechtigung dieser Auffassung wird übrigens auch von der heutigen „Morning Post" zugegeben, welche unter anderem bemerkt: „Das Abkommen schwächt ernstlich die kommerzielle Bedeutung von Tripolis für Italien; und wir haben nie behauptet, besonderen Enthusiasmus zu empfinden für die Kontrolle, welche Frankreich sich über die Handelsstraßen vom Mittelmeer nach dem Süden und vom Westen nach dem Senegal gesichert hat."

P. Hatzfeldt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ebenso wie Lanza! *
[2] das thut er ja immer
Schlußbemerkung des Kaisers:
Die Herren Italiener werden nun wieder einmal praktisch darüber belehrt, wohin man kommt wenn man England gute Dienste leistet ohne vorherige klare, bindende Abmachungen, nur aus gutem Herzen! Wir haben sie genügend gewarnt

Nr. 3951

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 143 — Pera, den 13. April 1899

Im Anschluß an Telegramm Nr. 125 **.

Tewfik Pascha erzählt mir heute, die englische Antwort auf seine Anfrage wegen des jüngsten englisch-französischen Abkommens besage, daß Frankreich und Italien in direkte Verhandlungen über diese Frage eingetreten seien. Der Minister findet diese Antwort unbefriedigend, da dabei in erster Reihe die Türkei und nicht Italien interessiert sei; er hat die Botschafter in Paris und Rom *** telegraphisch beauftragt, Auskunft über die zwischen Frankreich und Italien schwebenden Verhandlungen zu erbitten.

Marschall

---

* Italienischer Botschafter in Berlin.
** Siehe Nr. 3949.
*** Reschid Bey.

Nr. 3952

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 66 Pera, den 14. April 1899

Mein italienischer Kollege hat mir gestern wiederum über die durch das jüngste englisch-französische Abkommen geschaffene Lage gesprochen und dabei ungefähr folgenden Gedankengang entwickelt: Von dem Gesichtspunkte ausgehend, daß das Gleichgewicht am Mittelmeere nicht zum Nachteile Italiens verschoben werden dürfe, erkenne er in jenem Abkommen eine doppelte Gefahr. Einmal werde die Festsetzung Frankreichs im Hinterlande von Tripolis etwaige französische Okkupationspläne bezüglich dieser Provinz militärisch erleichtern. Er gebe zu, daß diese Gefahr insofern keine unmittelbare sei, als die Okkupation von Tripolis nicht wie diejenige von Tunis „par un acte de piraterie“ erfolgen könne, sondern ernste militärische Vorbereitungen erfordere, aber immerhin komme Frankreich, wenn es Absichten auf Tripolis habe, seinem Ziele durch Besetzung des Hinterlandes wesentlich näher. Viel ernster erscheine ihm aber die andere Gefahr, daß Frankreich, wenn es sich in der ihm von England überlassenen Einflußsphäre ausdehne, die Provinz Tripolis wirtschaftlich und damit auch politisch in seine Hand bekomme. Die wirtschaftliche Existenz von Tripolis hänge zu einem erheblichen Teile von dem Handel ab, der von da aus auf den großen, dahin mündenden Karawanenstraßen mit dem Innern Afrikas getrieben werde. Nun sei es nach den anderwärts gemachten Erfahrungen ganz zweifellos, daß, wenn die Franzosen erst an diese großen Straßen gelangten, sie sofort durch Errichtung von Zollgrenzen und durch andere Hemmnisse jenen Handel unterbinden würden. Dann werde Tripolis sich „à la merci“ Frankreichs befinden und letzteres auf diese Art ohne Aufwendung militärischer Machtmittel ein faktisches Protektorat über jene Provinz begründen.

Herr Pansa sieht voraus, daß die Pforte, welche durch jene Gefahren doch in erster Reihe bedroht werde, wenn sie überhaupt etwas tue, wieder eine jener Protestnoten erlassen werde, die stets das Ganze verlangten, um das Ganze zu verlieren. Er habe in Rom den dringenden Rat gegeben, eine derartige Aktion der Pforte vollkommen zu ignorieren, da Italien durch Unterstützung derselben nur in die Niederlage verwickelt werden würde, die jener Aktion sicher bevorstehe. Der einzige Weg, den die Pforte vernünftigerweise einschlagen sollte, wäre nach Ansicht des Botschafters ein an Frankreich zu stellendes Verlangen, die geographischen Grenzen zwischen der französischen Einflußsphäre und der Provinz Tripolis festzustellen und die Freiheit

des Handelsverkehrs von da nach dem Innern Afrikas in bindender Form zuzusagen. Wenn Italien für den Abschluß einer derartigen türkisch-französischen Konvention eintrete, werde es auf die Unterstützung Deutschlands und Englands rechnen dürfen.

Herr Pansa glaubt, daß seine Regierung irgendetwas tun müsse, um der öffentlichen Meinung gerecht zu werden. Wenn, wie vorherzusehen, die Pforte den oben angedeuteten Weg nicht beschreite, so werde Italien den Versuch einer direkten Verständigung mit Frankreich unternehmen müssen.

Marschall

Nr. 3953

Der Botschafter in Rom Freiherr von Saurma an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 98 Rom, den 28. April 1899

Die französische Regierung, welche seit längerer Zeit stets jede Gelegenheit sucht, um Italien durch Gefälligkeiten für sich zu gewinnen, hat durch den hiesigen französischen Botschafter* erklären lassen, daß, wenn sie auch mit England ein Abkommen betreffend das Hinterland von Tripolis geschlossen habe, Italien in keiner Weise zu fürchten habe, Frankreich auf seinem Wege zu finden, wenn es einst Absichten auf Tripolis selbst haben sollte.

Herr Canevaro bemerkte Herrn Barrère gegenüber, daß, wenn eine solche Erklärung von Wert sein solle, sie schriftlich gemacht werden müsse.

Hierzu habe sich die französische Regierung nicht herbeilassen zu können geglaubt, da mit einer solchen schriftlichen Erklärung gewissermaßen Anrechte Italiens an ein türkisches Gebiet anerkannt würden, welche doch nicht beständen. Trotzdem wolle Delcassé versuchen, unter Umständen in einer noch zu findenden anderen Form den italienischen Wünschen möglichst gerecht zu werden.

Hierauf ist Herr Canevaro nicht eingegangen, da er die von Frankreich angedeutete politische Gegenleistung, wie immer letztere geartet sein könne, prinzipiell perhorresziere.

Der italienische Minister hofft sehr auf eine Kundgebung seitens der Kaiserlichen Regierung in Gemeinschaft der österreichisch-ungarischen im Sinne der von ihm im Senate als Antwort auf die Tripolisinterpellation abgegebenen Erklärung**.

Saurma

---

* Barrère.

** Am 24. April hatte sich Minister Canevaro in Senat eingehend über das englisch-französische Abkommen vom 21. März ausgelassen. Nach seiner Dar-

Nr. 3954

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Geschäftsträger in Wien Freiherrn von Romberg

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 68 Berlin, den 29. April 1899

Italienischer Botschafter hat hier den Antrag gestellt, daß der Minister Canevaro in die Lage gesetzt werden möge, bei Beantwortung der übermorgen, Montag, bevorstehenden Interpellation wegen des französisch-englischen Abkommens sich im Sinne der Dreibundabmachungen auf eventuelle Billigung des italienischen Standpunkts durch Deutschland und Österreich-Ungarn zu beziehen.

Ew wollen die Anschauung des Grafen Goluchowski umgehend feststellen. Seine Zustimmung vorausgesetzt, würde diesseits kein Bedenken dagegen bestehen, bekannt werden zu lassen, daß wir es als berechtigtes Interesse Italiens ansehen, den gegenwärtigen Besitzstand in Tripolis nicht ohne italienische Zustimmung verändern zu lassen. Drahtantwort.

Bülow

Nr. 3955

Der Geschäftsträger in Wien Freiherr von Romberg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 109 Wien, den 30. April 1899

Antwort auf Telegramm Nr. 68*.

Auftrag ausgeführt.

Graf Nigra hat hier den gleichen Antrag gestellt. Nachdem die Übereinstimmung in den Anschauungen der Kaiserlichen und der hiesigen Regierung durch heutige Meldung des Herrn von Szögyény hier bereits bekannt geworden war, hat Graf Goluchowski soeben

---

stellung hätte er von der französischen und englischen Regierung freundschaftliche Aufschlüsse verlangt, und es seien ihm die beruhigendsten Versicherungen dahin gegeben worden, daß weder jetzt noch in Zukunft eine Unternehmung der beiden Mächte gegen Tripolis als integrierenden Teil des Türkischen Reiches zu befürchten wäre, und daß nichts geschehen würde, was die Handelsbeziehungen zwischen Tripolis und dem inneren Afrika unterbinden könne.

* Siehe Nr. 3954.

den österreichisch-ungarischen Botschafter in Rom* ermächtigt, dort zu erklären, daß die hiesige Regierung den italienischen Standpunkt durchaus billigt und mit Befriedigung und Wohlwollen von den bisherigen Erklärungen des Ministers Canevaro Kenntnis genommen habe und auch kein Bedenken habe, daß der Minister bei der Interpellationsbeantwortung diese Erklärung verwertet.

Romberg

Nr. 3956

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Rom Freiherrn von Saurma

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 60 — Berlin, den 30. April 1899

Infolge einer Anfrage des italienischen Botschafters ersuche ich Ew., dem Grafen Canevaro umgehend mitzuteilen, daß die Kaiserliche Regierung kein Bedenken dagegen hat, wenn der Graf in seiner morgigen Parlamentsrede erklärt, daß wir mit dem in seiner neulichen Senatsrede eingenommenen Standpunkt einverstanden sind.

Bülow

Nr. 3957

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 192 — Therapia, den 3. Juni 1899

Wie mir Tewfik Pascha erzählt, hat Lord Salisbury der Pforte geantwortet, daß das jüngste Abkommen mit Frankreich auf englischer Seite ausschließlich den Zweck verfolge, Unternehmungen wie diejenige des Majors Marchand in den zu Ägypten gehörigen Gebieten zu verhindern. An der bestehenden Rechtslage werde durch jenes Übereinkommen weder bezüglich Ägyptens noch des Hinterlandes von Tripolis irgendetwas geändert. Da England ausdrücklich die Verpflichtung übernommen habe, sich jedes Vorgehens in diesem letzteren Gebiet zu enthalten, so müsse er der Pforte anheimstellen, sich mit ihren diesbezüglichen Reklamationen an Frankreich zu wenden.

---

* Freiherr von Pasetti.

Herr Delcassé hat eine schriftliche Antwort noch nicht gegeben und dem türkischen Botschafter nur vorläufig mündlich gesagt, daß Frankreich die Theorie des Hinterlandes*, die weder im Kongo- noch im Nigerabkommen eine rechtliche Grundlage habe, nicht anzuerkennen vermöge.

Vertraulich sagt mir Tewfik Pascha, daß die Pforte seit zwei Monaten mit der Vornahme von Besitzergreifungsakten im Hinterlande von Tripolis beschäftigt sei. An einigen Punkten seien militärische Posten unter Hissung der türkischen Fahne errichtet worden, auch schwebten Verhandlungen mit Scheichs, um von diesen die Erklärung zu erhalten, daß sie die Oberhoheit der Pforte anerkennen.

Marschall

* Nach der „Theorie des Hinterlandes" steht dem Staate, in dessen Hoheitsgebiet der Küstenstreifen fällt, im Hinterlande neben dem ausschließlichen Okkupationsrecht das Recht zu, die Ausübung fremder Staatsgewalten auszuschließen.

Kapitel XCIV

Bagdadbahn 1890—1900

Nr. 3958

Der Botschafter in Konstantinopel von Radowitz an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 95 Pera, den 4. Juni 1890

Am 2. d. Mts. hat die feierliche Übergabe der ersten fertiggestellten Sektion der kleinasiatischen Bahn * Ismid—Angora, auf der neugebauten Strecke von Ismid bis Adabasar, ca. 50 Kilometer, stattgefunden. Es

* Der Abschluß des ersten Konzessionsvertrages zwischen der Pforte und einer von der Deutschen Bank in Berlin geführten Finanzgruppe über den Bau der Strecke Ismid—Eski-Schehir—Angora (486 Kilometer) und den Ankauf der (von der türkischen Regierung gebauten und 1873 vollendeten) Strecke Haidar Pascha—Ismid war am 4. Oktober 1888 erfolgt und durch kaiserlichen Firman vom 6. Oktober 1888 (siehe den Text bei Young, Corps de droit ottoman, Bd. IV) genehmigt worden. Am 23. März 1889 war für die Bauausführung die Anatolische Eisenbahngesellschaft begründet worden. Soweit sich aus den Akten des Auswärtigen Amtes ersehen läßt, hat Fürst Bismarck in der Frage der türkischen Bahnkonzessionen, als außerhalb der deutschen Interessensphäre liegend, Zurückhaltung geübt. Zu einem Bericht des deutschen Botschafters von Radowitz d. d. Konstantinopel, den 30. Juli 1888, der von den Bemühungen französischer und englischer Konsortien um Konzessionen für das asiatische Bahnnetz Mitteilung macht, schreibt Fürst Bismarck am Rande: „In den Sachen wird unsre Aufgabe sein, die Rivalität zwischen England und Frankreich ihren Weg gehn zu lassen, grade wie in Ägypten." Auf eine Eingabe des Direktoriums der Deutschen Bank vom 15. August 1888, die um eine Unterstützung bei der Erlangung der Bahnkonzession bat, sagte Fürst Bismarck diese am 2. September zwar zu, betonte aber ausdrücklich, daß das Deutsche Reich die Deutsche Bank nicht „gegen die mit gewagten Unternehmungen im Auslande verbundenen Wechselfälle" sicherstellen könne. Vgl. Karl Helfferich, Georg von Siemens III, 28, 33 ff. Dagegen verdächtigte die französisch-russische Presse sofort das rein kommerzielle deutsch-türkische Bahnabkommen vom 4. Oktober 1888, das aller politischen Hintergedanken bar war, und fabelte von einer „germanisation de la Turquie". Im Gegensatz zu Frankreich wurde das deutsche Unternehmen von englischer Seite unterstützt. Englisches Kapital übernahm von der ersten, 1890 begebenen Obligationsanleihe der Anatolischen Eisenbahngesellschaft (in Höhe von 80 Millionen Franken) 1 Million Pfund Sterling. Vgl. Stock Exchange Yearbook for 1913, und Hermann Schmidt, Das Eisenbahnwesen in der asiatischen Türkei (Berlin 1914), S. 67 ff.

nahmen daran der türkische Bautenminister sowie eine größere Anzahl türkischer Beamter und Eingeladener der Eisenbahndirektion teil. Von den deutschen Leitern der Unternehmung waren Dr. Siemens aus Berlin *, Herr Kaulla aus Stuttgart ** und der Generaldirektor von Kühlmann *** zugezogen.

Die bisherige ruhige und sichere Entwicklung dieses großen Unternehmens unter deutscher Leitung hat längst alle gehässigen Angriffe der vor zwei Jahren hier aus dem Felde geschlagenen französisch-levantinischen Konkurrenz zum Schweigen gebracht. Jetzt herrscht nur eine Stimme der Anerkennung für den Erfolg der Arbeiten, die allerdings in so guter Ausführung in der Türkei noch nicht geliefert worden sind. Selbst diejenigen hiesigen Lokalblätter, die früher in französisch-russischem Interesse auf alle Weise die neue Gesellschaft angefeindet hatten, haben dies ganz eingestellt.

Der Großwesir † hat bei unserer letzten Unterredung Anlaß genommen, mir gegenüber die vollste Befriedigung des Sultans und der Pforte über die Leistungen der deutschen Gesellschaft auszusprechen und uns dafür zu danken, daß wir seinerzeit die Verhandlungen mit derselben gefördert hätten.

Es ist sehr bemerkt worden, daß der neue türkische Bautenminister Raif Pascha, der im Namen des Sultans der Eröffnungsfeier beiwohnte und bei dem Frühstücke den einzigen zugelassenen Toast auf den Sultan ausbrachte, dabei ausdrücklich erklärte: „Nous espérons que la Compagnie, répondant au désir de Sa Majesté, parviendra à prolonger la voie jusqu'à Bagdad.“ Danach wird wohl mit der deutschen Gesellschaft bald wegen der weiteren Übernahme des Baues für den großen geplanten Schienenweg bis zum Euphrat und Tigris hier in Verbindung getreten werden[1]. Radowitz

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Gut

Nr. 3959

Der Botschafter in Konstantinopel von Radowitz an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 114 Pera, den 7. Oktober 1891

Der Sultan hat Tewfik Pascha †† telegraphisch beauftragt, Seine Majestät den Kaiser und König um moralische Unterstützung für das Eisenbahnprojekt Angora—Bagdad zu ersuchen, welches aus persön-

* Dr. Georg Siemens, Direktor der Deutschen Bank.
** Alfred Kaulla, Direktor der Württembergischen Vereinsbank.
*** Generaldirektor der Anatolischen Bahn.
† Kiamil Pascha.
†† Türkischer Botschafter in Berlin.

licher Initiative des Sultans hervorgegangen, und über das Seine Majestät gegenwärtig mit Herrn Kaulla hier verhandelt. Herr Kaulla hat bereits, um die günstigen Dispositionen des Sultans nicht zu verschlagen und nicht andere Einflüsse aufkommen zu lassen, auf meinen Rat soweit als möglich Entgegenkommen gezeigt und sich erboten, die technischen Vorstudien von Angora nach Siwas auf eigene Rechnung, von Siwas bis Bagdad mit einem Zuschuß der türkischen Regierung von 5000 türkischen Pfund zu machen. Zurzeit ist darüber hinaus überhaupt nichts anderes zu tun, weil jede fernere Abmachung erst von diesen Vorstudien abhängen würde. Es wird auch zur Befriedigung des Sultans für jetzt genügen, die Vorarbeiten definitiv in Angriff zu nehmen. Ich stelle ehrerbietigst anheim, eventuell in . . .* an Sultan das Interesse Seiner Majestät des Kaisers und Königs an der Sache und Befriedigung über das Vertrauen des Sultans in die deutschen Unternehmer auszudrücken, darauf zu verweisen, daß zunächst umfassende Vorstudien erforderlich seien, welche, wie Seine Majestät hofften, Herr Kaulla und seine Genossen übernehmen und zur Zufriedenheit des Sultans ausführen würden.

Bericht folgt**. Radowitz

Nr. 3960

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Konstantinopel von Radowitz

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 68 Berlin, den 9. Oktober 1891

Von dem Inhalte Euer pp. Telegramm Nr. 114*** ist Seiner Majestät dem Kaiser Meldung erstattet worden. Allerhöchstderselbe hat sich bereit erklärt, die Anfrage entsprechend dem Vorschlage Euer pp. zu beantworten.

Marschall

Nr. 3961

Der Botschafter in Konstantinopel von Radowitz an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 167 Therapia, den 11. Oktober 1891

Vertraulich

In früherer Berichterstattung hatte ich wiederholt zu erwähnen Anlaß gehabt, daß der Sultan und die Pforte besonderes Interesse an

* Gruppe fehlt.

** Siehe Nr. 3961.

*** Siehe Nr. 3959.

der Ausführung der bei Konzession der Anatolischen Eisenbahn Ismid—Angora schon in Aussicht genommenen weiteren Linie Angora—Bagdad nehmen. Ich darf darüber namentlich auf die Berichte Nr. 77 vom 30. April 1890, über das englische Euphratbahnprojekt, und Nr. 112 vom 3. August d. Js., über die Staniforthschen Vorschläge, verweisen. Die Anatolische Eisenbahngesellschaft (Konzession Kaulla) hatte bisher sich diesen Anregungen gegenüber passiv verhalten und abwarten wollen, ob und wie darüber ihr amtliche Eröffnungen zugehen würden. Dies ist nunmehr durch ein persönliches Eingreifen des Sultans erfolgt, der im August d. Js. Herrn Kaulla hatte auffordern lassen, sich möglichst bald zu Besprechungen hier einzufinden. Der Botschafter Tewfik Pascha hatte sogar den Auftrag erhalten und ausgeführt, selbst nach Stuttgart zu reisen, um Herrn Kaulla, der anfänglich nicht die Absicht hatte, jetzt nach Konstantinopel zu kommen, zur beschleunigten Abreise zu bewegen.

Bevor aber diese dringliche Aufforderung an den deutschen Unternehmer erging, hatte der Sultan, wie ich aus sicherster Quelle weiß, wegen der eventuellen Übernahme dieser Bahn mit der hiesigen französischen Botschaft in Verhandlung gestanden. Es war dies in der Zeit, wo der vielgenannte und vielgeschäftige französische Militärattaché, Kapitän Berger, gestützt auf seine Freunde in der Umgebung Seiner Majestät, in Jildis alle möglichen Projekte betrieb: Armeelieferungen, Anleihen, Panzerschiffe, Konzessionen, und schließlich auch, als er von dem lebhaften persönlichen Interesse des Sultans für die Bagdadlinie hörte, schnell einen Plan und eine Gesellschaft dafür zu improvisieren suchte. Die französische Botschaft wendete sich an den bekannten großen französischen Bauunternehmer Grafen Vitali, der mit der Anatolischen Eisenbahngesellschaft assoziiert ist, und verlangte unter Appell an seinen Patriotismus schleunig Mitwirkung für das dem Sultan zu unterbreitende Projekt. Derselbe scheint aber ziemlich unverhohlen die Bergersche Initiative in dieser Sache als Schwindel bezeichnet zu haben, und jedenfalls hat nichts Brauchbares von französischer Seite dem Sultan vorgeschlagen werden können, sodaß Seine Majestät sich nur noch mit der deutschen Gesellschaft, die ohnedies durch ihre Konzession das Vorrecht für den Weiterbau nach Bagdad hatte, in Verbindung setzen wollte.

Nachdem Herr Kaulla hier eingetroffen, wurde er sofort von dem Sultan empfangen und mit besonderer Auszeichnung behandelt. Ich hatte ihm geraten, auch wenn seine Gruppe noch nicht gesonnen sei, Verpflichtungen für dieses große und voraussichtlich finanziell wenig einträgliche Unternehmen einzugehen, doch keinenfalls dem Sultan gegenüber sich ablehnend zu verhalten, sondern formell alles mögliche Entgegenkommen zu zeigen und zunächst die Angelegenheit auf das Terrain der technischen Vorstudien zu bringen, an denen es noch gänzlich fehlt. Herr Kaulla teilte ganz diese Auffassung und erbot sich

gleich, zunächst für die Strecke Angora—Siwas mit einem Kostenaufwand von 50 000 francs auf seine Kosten die Vorarbeiten durch tüchtige Ingenieure, die er aus Deutschland kommen lassen werde, in Angriff zu nehmen. Damit zeigte sich der Sultan sehr befriedigt, kam aber bald wieder auf die Notwendigkeit zurück, schon jetzt in der Sache weiterzugehen, und erklärte, daß er selbst in großem Umfange sich an dem Unternehmen finanziell beteiligen, auch jede Art von Partizipation und Unterstützung durch seine Regierungsorgane veranlassen werde. Herr Kaulla bot dann, um dem Drängen des Sultans noch mehr nachzugeben, die Ausdehnung der Vorstudien auf die ganze Linie bis Bagdad an, freilich nur mit einem auf 5000 Ltq. zu normierenden Kostenbeitrag von türkischer Seite.

In diesem Stadium hat der Sultan sich entschlossen, die wohlwollende Intervention Seiner Majestät des Kaisers und Königs für die Sache anzurufen, und zu diesem Behufe am 6. d. Mts. ein Telegramm an Tewfik Pascha in Berlin gerichtet, von dem ich auf ganz vertraulichem Wege die gehorsamst beiliegende Abschrift* erhalten habe. Ich gestatte mir hinzuzufügen, daß alle Verhandlungen direkt zwischen dem Sultan und Herrn Kaulla erfolgten, ohne Kenntnis der Pforte und auch ohne daß mir bisher von Seiner Majestät eine Mitteilung zugegangen wäre. Ich bin nur durch Herrn Kaulla davon unterrichtet.

Tewfik Pascha hat auf die erhaltene Weisung am 7. gemeldet, daß er bei Seiner Majestät dem Kaiser um Audienz nachgesucht habe und über den Erfolg berichten werde.

Seitdem hat der Sultan das erweiterte Anerbieten des Herrn Kaulla für die Vorarbeiten angenommen und die Auszahlung eines Zuschusses von 5000 Ltq. in zwei Raten genehmigt.

Die Kommission von Technikern zur Ausführung dieser Studien ist gestern schon abgegangen. Herr Kaulla berechnet, daß sie reichlich sechs Monate zur ordentlichen Erledigung ihrer Aufgabe brauchen werde.

Damit ist vorläufig die Angelegenheit, soweit es jetzt überhaupt möglich war, praktisch in die Wege geleitet und den Wünschen des Sultans entsprochen worden.

Herr Kaulla hat mir nun das gehorsamst beigefügte Promemoria übergeben**, in welchem er sich über die Eventualität äußert, daß nach einem günstigen Resultate der technischen Vorstudien es erforderlich werden würde, zur wirklichen Durchführung des jetzt von dem Sultan mit so großem Eifer ergriffenen Planes Stellung zu nehmen. Er hält die Bahn nur bis Bagdad in jedem Falle für ein finanziell ganz schlechtes Unternehmen, während die Lage eine andere sein würde bei Fortsetzung der Bahn von Bagdad bis zum Persischen Meerbusen, und wirft die Frage auf, welches Interesse eventuell Deutschland daran

* Siehe Anlage.
** Hier nicht abgedruckt.

haben könne, die Herstellung eines solchen großen neuen Verkehrswegs nach Indien zu unterstützen. Herr Kaulla bemerkte mir dazu, er halte zurzeit diese Frage noch nicht für reif genug zu einer gründlichen Erörterung und habe nur summarisch seine Ansicht darüber andeuten wollen.

Ich gestatte mir, in dieser Hinsicht mich auf die Ausführungen in meinem gehorsamen Bericht Nr. 77 vom 30. April 1890 über das Euphratbahnprojekt zu beziehen, soweit das, wie mir scheint, hierbei am meisten berührte englisch-indische Interesse in Betracht kommt. England resp. die indische Regierung muß von der Herstellung eines solchen Weges den größten Vorteil, würde also auch in erster Linie dafür das Geld zu beschaffen haben. Die Erwerbung der türkischen Konzession für die ganze Linie Angora—Bassorah würde, bei den jetzigen hiesigen Dispositionen, für die deutsche Gesellschaft bald erlangt sein, eine englische würde sie aber nie erhalten. Es müßte sich also wesentlich für England darum handeln, den deutschen Unternehmern genug englisches Kapital zur Verfügung zu stellen, um das Projekt lebensfähig zu machen. Radowitz

Anlage

Sultan Abdul Hamid II. an den türkischen Botschafter in Berlin Tewfik Pascha

Telegramm. Unsignierte Abschrift

[Constantinople, le] 6 octobre 1891

Sa Majesté le Sultan désireux de voir la capitale reliée aux corps d'armée jusqu'à Bagdad et ne voulant pas accorder cette entreprise à d'autres personnes que M. Kaulla, représentant son groupe allemand, a chargé M. Kaulla de réaliser cette œuvre en lui promettant tout son concours et en lui assurant de prendre une très grande participation personelle. Sa Majesté le Sultan se confiant à l'amitié de Sa Majesté l'Empereur le prie de vouloir bien accorder sa haute protection et son appui moral à la réalisation de cette entreprise auprès des banques et des capitalistes allemands.

Nr. 3962

Der Botschafter in Konstantinopel von Radowitz an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 177 Therapia, den 24. Oktober 1891

Der Sultan hat gestern mit mir eingehend über die Bagdadbahn gesprochen. Seine Majestät sagte, die Verlängerung der Eisenbahn von

Angora nach Bagdad beschäftige ihn schon lange. Er lege dem Projekt einen ganz besonderen Wert bei und betrachte dessen Durchführung als eine der Hauptaufgaben seiner Regierung. Nachdem nun die Fertigstellung der Linie Ismid—Angora gesichert sei, habe er keine Zeit mehr verlieren wollen, um mit der Weiterarbeit vorzugehen und sich deswegen an Herrn Kaulla gewandt. Er habe ferner das wohlwollende Interesse Seiner Majestät des Kaisers und Königs dafür zu gewinnen gesucht, weil er nur zur deutschen Unterstützung für die Durchführung der Sache Vertrauen habe. Zu seiner großen Freude hätten Seine Majestät der Kaiser ihm in freundlichster Weise auf seine Mitteilung* antworten lassen, und er ersuche mich, dafür seinen besonderen, wärmsten Dank allerhöchstdemselben zum Ausdruck zu bringen. Ebenso danke er mir dafür, daß ich, wie er vernommen, auch meinerseits seine Wünsche in dieser Richtung zu fördern bestrebt gewesen, und er bitte mich ausdrücklich, ihn weiter dabei zu unterstützen. Es gäbe jetzt kaum eine Angelegenheit, die ihn mehr interessiere, und für deren Förderung er mehr dankbar sein würde. Er selbst wolle sich in erheblicher Weise später an dem Unternehmen beteiligen und dafür sorgen, daß es überall im Lande tatkräftige Hülfe fände.

Zunächst schien Seine Majestät mit dem, was jetzt geschehen, um die Sache in die weiteren Wege zu leiten, ganz zufriedengestellt zu sein und die Ergebnisse der bereits begonnenen Vorstudien abwarten zu wollen.

Ich habe mich aber davon überzeugen können, daß diese eine der Fragen ist, an denen der Sultan mit zäher Beharrlichkeit festhalten und in der es sich sehr empfehlen wird, ihm auch fernerhin jedes mögliche Entgegenkommen zu zeigen. Auch der Großwesir Djewad Pascha hat sich mir vertraulich in diesem Sinne geäußert und hinzugefügt, der Sultan wolle nur mit Deutschen in dieser Sache zu tun haben. Er habe allein zu uns das Vertrauen, daß wir eine solide Arbeit liefern und übernommene Verpflichtungen anständig durchführen würden, und befürchte nicht eine politische Ausbeutung der Sache, wenn sie sich in deutschen Händen befinde. Radowitz

Nr. 3963

Der Botschafter in Konstantinopel Fürst von Radolin an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 199 Pera, den 23. Dezember 1892

Die Verhandlungen über die Fortsetzung der Eisenbahn von Angora nach Bagdad, welche bekanntlich eine Lieblingsidee des Sultans

* Vgl. Nr. 3961, Anlage.

ist, bilden gegenwärtig den Brennpunkt des hiesigen Interesses. Die Vertreter der drei am meisten dabei interessierten Mächte arbeiten mit mehr oder weniger Glück und Rückhalt an der Durchführung der ihnen vorliegenden Projekte. —

Es liegt in erster Linie das deutsche Projekt vor, über welches Herr Kaulla als Vertreter einer mächtigen Finanzgruppe mit Seiner Majestät dem Sultan bis jetzt direkt verhandelt hat. —

In zweiter Linie kommt das von einer französischen Finanzgruppe durch Herrn Nagelmakers (einen Belgier) vertretene Projekt einer Bahn von Eski-Schehir über Kutahia nach Konia, welches, unterstützt von dem französischen Botschafter*, der Pforte und somit dem Großwesir vorgelegt worden ist. In dritter Linie unterstützt der englische Botschafter** den englischen Eisenbahnunternehmer Herrn Staniforth, der, als Konkurrent von Herrn Kaulla, ebenfalls die große Linie nach Bagdad zu bauen sich anheischig macht, jedoch mit Umgehung der bereits bis Angora bestehenden Bahn. Sein Plan wäre, von Heraklea (den Kohlenminen am Schwarzen Meere) nach Angora und von dort weiterzubauen. — Sein Projekt ist ebenfalls an die Pforte gegangen.

Beide vorgenannte Projekte sind dem Ministerrat zur Prüfung zugegangen und von dem Großwesir als beachtenswert dem Sultan empfohlen. — Der Sultan aber hält an dem Kaullaschen Projekt fest, und da er Herrn Kaulla nach Konstantinopel berufen hat und mit ihm selbst verhandeln wollte, hatte er ihm verboten, weder mit dem Großwesir noch mit den anderen Ministern über sein Projekt zu sprechen. Erst nachdem der Sultan mit Herrn Kaulla über die hauptsächlichen Punkte einig war, durfte letzterer seinen Plan dem Bautenminister Tewfik Pascha unterbreiten, der ihn dem Großwesir vorlegte zur weiteren offiziellen Behandlung wie die übrigen Projekte. —

Der Großwesir, den es verletzen mußte, daß der Sultan mit Umgehung von ihm die Hauptverhandlungen mit Herrn Kaulla geführt hatte, mag wohl zum Teil aus diesem Grunde, zum Teil, weil er mit einzelnen Punkten des Projekts nicht völlig einverstanden war, der Annahme desselben Schwierigkeiten gemacht haben, und dies um so mehr, als der Sultan in letzter Zeit vielfach ohne Wissen seiner Minister Verhandlungen anzuknüpfen pflegt, sich engagiert, aber, um im entscheidenden Moment nicht die Verantwortung zu tragen, dieselbe auf die Minister abzuwälzen sucht, indem er sie durch alle Art Mittel zu zwingen oder zu bewegen sucht, ihm, als aus ihrer Initiative kommend, diejenigen Vorschläge, die er wünscht, zu machen. — Der Sultan gibt sich dann gern den Anschein, als hätten seine Minister ihn genötigt, eine Sache anzunehmen, die

---

* P. Cambon. Vgl. dazu auch Helfferich, Georg von Siemens III, 63 f.
** Sir Francis Clare Ford.

er selbst ins Leben gerufen. — Der Gang ist gewöhnlich folgender: Die Minister wissen, daß der Sultan hinter ihrem Rücken ein Projekt mit irgendeinem Unternehmer oder Lieferanten macht. Dasselbe scheint den Ministern aus diesem oder jenem Grunde nicht annehmbar, infolgedessen machen sie, wenn das Projekt amtlich zu ihrer Kenntnis gelangt, einen ungünstigen Bericht an Seine Majestät. Diesen Bericht schickt er dann so oft ans Staatsministerium zurück, bis die Minister, des Widerspruchs müde, und um nicht die Ungunst des hohen Herrn auf sich zu laden, ihre Ansicht nicht nur ändern, sondern sogar die Annahme des Projekts empfehlen. — Dann läßt sich der Sultan etwas nötigen, akzeptiert den Vorschlag und läßt die Minister die Verantwortung tragen. — So steht es jetzt mit dem Kaullaschen Eisenbahnprojekt. Nun hat der Großwesir, nachdem dasselbe mehrfach vom Bautenminister empfohlen ans Staatsministerium gegangen und dem Bautenminister wieder zugegangen ist, noch bevor der Ministerrat einen Beschluß gefaßt hatte, die Sache dem Sultan direkt mit einem längeren Bericht über einige angeblich unannehmbare Punkte zugestellt, vielleicht in der Erwartung, daß der Sultan die Unannehmbarkeit der letzteren einsehend das ganze Projekt verwerfen und dann auf die beiden anderen Projekte zurückgreifen würde. — Der Großwesir scheint aber die Intentionen des Sultans nicht genau zu kennen und nicht zu wissen, wie weit sich der Sultan für das Kaullasche Projekt engagiert hatte, und namentlich darüber vollständig in Unkenntnis zu sein, daß der Sultan mir insgeheim und hinter seinem Rücken durch den vertrauten, uns sehr günstig gesinnten Kammerherrn Raghib Bey zu wiederholten Malen hat sagen lassen, wie sehr er auf die Fortsetzung der Bahn von Angora nach Bagdad durch die deutsche Gruppe und Herrn Kaulla rechnete, der seinen Verpflichtungen bei dem Bahnbau von Haidar Pascha nach Angora so musterhaft nachgekommen ist, und wie dankbar er Seiner Majestät dem Kaiser dafür sei, daß allerhöchstderselbe in so wirklich freundschaftlicher Weise ihm dazu verholfen habe, die nötigen Mittel zu diesem großen Unternehmen zu finden, auf dessen Durchführung der Sultan Wert legt. So hat auch der Sultan, um nicht selbst vorzutreten und doch auf den Großwesir eine Pression ausüben zu lassen, mich dringend gebeten, Euere Exzellenz zu bewegen, Tewfik Pascha in die Lage zu setzen, an die Pforte zu telegraphieren, welche mächtige Finanzgruppe hinter Herrn Kaulla stehe, und daß er unzweifelhaft in der Lage ist, den großen Bahnbau durchzuführen.

Als die entsprechende telegraphische Mitteilung des türkischen Botschafters an die Pforte gelangte, hat der Großwesir einige Tage gezögert, sie Seiner Majestät vorzulegen, erstens, da eine Übersetzung anzufertigen sei, und dann um neue, nicht ganz unberechtigte Bedenken gegen die einzelnen Detailforderungen Kaullas zu erheben.

Infolge meiner fortwährenden direkten Beziehungen mit dem Sultan durch Raghib Bey war ich in der Lage, den Inhalt des Tewfikschen

Telegramms sofort zur Kenntnis des Sultans zu bringen. — Gelegentlich eines Galadiners, welches ich dem Großwesir vor zwei Tagen gab, hatte ich Gelegenheit, mit ihm ein eingehendes Gespräch über die ganze Eisenbahnangelegenheit zu halten, welches er provozierte. — Während ich direkt mit dem Sultan in dieser Sache verhandelte, hatte ich es vermieden, mit ihm bisher über diese Angelegenheit zu sprechen. Ich konnte um so unbefangener ihm jetzt meine Ansicht sagen. — Als ich ihm gegenüber hervorhob, daß, da der Sultan so sehr für das Kaullasche Projekt eingenommen sei (wie er es mir seinerzeit in seiner Gegenwart kurz nach meiner Ankunft gesagt hatte), und nur er (der Großwesir) dem Sultan unaufhörlich Schwierigkeiten mache und immer neue Bedenken dagegen vorbrächte, ich den Eindruck hätte, daß er prinzipiell und voreingenommen gegen das Unternehmen sein müßte, was doch wohl eine begreifliche Verstimmung in Berlin gegen ihn hervorrufen würde, erwiderte er mir, er gebe mir sein Ehrenwort als Soldat, daß er der erste sein würde, dem Sultan das Kaullasche Projekt zur Annahme zu empfehlen, wenn nur Herr Kaulla einzelne Punkte seiner Forderung modifizieren würde, die er, so wie sie sind, als treuer Diener seines Herrn nicht annehmen könne. — Ich behalte mir vor, auf diese Punkte später näher einzugehen.

Ich entgegnete darauf, ich würde im allgemeinen trachten, Herrn Kaulla zu bewegen, jede nur mögliche Konzession der Regierung zu machen, ich müßte es ihm aber überlassen, diese Detailfragen durch Techniker zu regeln, mir käme es nur darauf an, festzustellen, ob er nur Ausflüchte suche, das Kaullasche Projekt zu verwerfen, wiewohl er mir zugeben müsse, daß alle Verpflichtungen, die Herr Kaulla übernommen hatte, aufs pünktlichste ausgeführt seien, oder ob er aufrichtig gesonnen sei, das Projekt dem Sultan zur Annahme zu empfehlen, wenn gewisse unerhebliche Detailfragen geregelt wären. Ich fügte hinzu, daß, nachdem der Sultan sich um das Wohlwollen Seiner Majestät des Kaisers erfolgreich beworben und die Kaiserliche Regierung alle nur möglichen Schritte getan hat, um die Pforte von der Sicherheit des Unternehmens zu überzeugen, ich nicht annehmen könne, daß er, der Großwesir, ohne sehr gewichtige Gründe die Verantwortung übernehmen würde, eine unvermeidliche, ernste Verstimmung in Berlin zu provozieren[1].

Dies alles sagte ich ihm in der liebenswürdigsten, aber sehr entschiedenen Weise, sodaß er es nicht nur nicht übelnahm, sondern mich aufs feierlichste versicherte, er würde alles tun, um das Projekt annehmbar zu machen, und er wäre im Prinzip durchaus nicht gegen den Bahnbau.

So weit liegen die Dinge heute.

Ich hielt es für nötig, diese entschiedene Sprache gerade an jenem Tage dem Großwesir gegenüber zu führen, 1. da der Sultan mich am selben Morgen hatte dringend bitten lassen, ihm (dem Großwesir)

entschieden und energisch die Annahme zu empfehlen, mit Rücksicht darauf, daß am folgenden Tage die weitere Beratung stattfinden sollte, — 2. weil ich genau festgestellt habe, wie sehr seitens des französischen und englischen Botschafters der Großwesir gedrängt wird, ihre respektiven Projekte durchzubringen.

Es ist ganz unglaublich, wie von allen Seiten namentlich die französischgesinnte Partei in Jildis und im Lande auf den Sultan und wohl auch auf den Großwesir durch allerlei Petitionen, Memoires zu wirken sucht, das deutsche Projekt zu verwerfen. Bekanntlich ist Baron Hirsch nach seinen Bauten in Rumelien dem Sultan in der Seele verhaßt. Da man dies genau weiß, wird ihm eingeflüstert, Baron Hirsch stehe hinter der Deutschen Bank, letztere sei nur von ihm vorgeschoben, er sei ein naher Verwandter von Kaulla usw., Baron Hirsch wolle, da es ihm mißglückt sei, Palästina zu erobern, mittelst der Bahn aus Anatolien eine deutsch-jüdische Kolonie machen. Zum Glück haben all diese Drohungen bis jetzt auf den Sultan keinen Einfluß gehabt, aber bei der hiesigen Unberechenbarkeit kann man nie wissen, ob nicht plötzlich ein anderer Wind weht. — Bei der großen Wichtigkeit dieser ganzen Anlage für die deutschen Interessen und das deutsche Prestige schien es mir daher ratsam, zu suchen, möglichst bald ein Resultat zu erzielen und bei dem Großwesir die bestehenden Bedenken zu heben.

Wie die Sachen jetzt stehen, dürfte demnächst eine Entscheidung zu erwarten sein.

Radolin

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Sehr gut
Schlußbemerkung des Kaisers:
Radolin hat seine Sache sehr gut gemacht! Ich bin mit ihm zufrieden

Nr. 3964

Der Botschafter in Konstantinopel Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 129 Pera, den 29. Dezember 1892

Nachdem der englische Botschafter erfahren, daß der Sultan die Übertragung der Konialinie an Kaulla dem Großwesir anbefohlen, hat Sir Clare Ford demselben erklärt, er bäte Entscheidung hinauszuschieben bis nach Eintreffen der von seiner Regierung erbetenen Weisungen.

Er hat zugleich auf die Gefahr aufmerksam gemacht, die öffentliche Meinung in England zu indisponieren und die Zusammenrottung

von Protestmeetings angekündigt. Bei der Impressionabilität des Sultans ist es nicht unwahrscheinlich, daß diese Sprache die Entscheidung verzögern wird. Radolin

Nr. 3965

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 4 Berlin, den 6. Januar 1893

Der Kaiserliche Botschafter in Konstantinopel telegraphiert vom 5. d. Mts.: „Englischer Botschafter hat heute namens seiner Regierung wegen Konzessionserteilung an Kaulla bei der Pforte den angekündigten Einspruch erhoben mit der Begründung, daß englische Interessen geschädigt würden, wogegen er sich verwahren müsse.“ *

Die Sache gewinnt für uns durch den Umstand an Bedeutung, daß Seine Majestät der Kaiser und König auf speziellen, unserem allergnädigsten Herrn durch den hiesigen türkischen Botschafter übermittelten Wunsch des Sultans allerhöchstsein Interesse für die Übernahme des fraglichen Eisenbahnbaus durch die deutschen Unternehmer betätigt hat **. In der nunmehrigen Nichterteilung der Konzession an die deutschen Bewerber müßten wir daher eine Bloßstellung der Person Seiner Majestät erblicken.

Wir haben bisher die englischen Wünsche, selbst wo deutsche Interessen in Frage kamen, wie dies der ostafrikanische Vertrag gezeigt hat, stets in objektivem Sinne und mit Entgegenkommen behandelt. Zu diesem Entgegenkommen steht die Stellungnahme der englischen Regierung in der vorliegenden Angelegenheit in derartigem Mißverhältnis, daß wir in Erwägung ziehen müssen, ob wir in Zukunft dies Mißverhältnis nicht durch eine andere Gruppierung der Interessen bei vorkommenden Fragen auszugleichen haben werden.

In vorstehendem Sinne habe ich mich soeben vertraulich Sir Edward Malet *** gegenüber ausgesprochen und stelle anheim, dasselbe auch Lord Rosebery gegenüber zu tun †. Marschall

* Vgl. dazu auch Helfferich, Georg von Siemens III, 66 ff.

** Es war durch ein direktes Telegramm des Kaisers an den Sultan geschehen.

*** Englischer Botschafter in Berlin.

† Um diese Lektion desto eindringlicher für das englische Kabinett zu gestalten, leitete die deutsche Regierung am gleichen 6. Januar einen Frontwechsel in bezug auf ihre Haltung in der ägyptischen Frage ein, indem sie ihr bereits angekündigtes Einverständnis mit der von England gewünschten Vermehrung der anglo-ägyptischen Armee wieder zurückzog. Vgl. Bd. VIII, Kap. LIII A, Nr. 1816 ff. Diese Maßnahme verfehlte ihre Wirkung nicht; vgl. Nr. 3967, 3968 und 3972.

Nr. 3966

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 5 Berlin, den 7. Januar 1893

In Ergänzung von Nr. 4*. Ich habe Sir Edward Malet unter anderm gesagt, daß wir England so wenig wie irgendeiner andern Macht das Recht bestreiten wollten, mit den ihr gut scheinenden Mitteln der Überredung oder selbst der Pression unter der Hand dahin zu wirken, daß der Bewerbung einer englischen Gesellschaft stattgegeben werde; wenn dagegen der englische Botschafter, wie das hier geschehen, amtlich Einspruch gegen die Konzessionserteilung an Deutsche mit der Begründung erhebe, daß dadurch englische Interessen geschädigt würden und er sich hiergegen verwahren müsse, so werde damit die Frage auf das politische Gebiet und zwar in einer Weise übergeführt, der wir nicht gleichgültig gegenüberstehen könnten. Ein Einspruch in dieser Form gegen die Konzessionserteilung an Deutsche sei nicht nur eine Unhöflichkeit gegen uns, sondern ein feindseliger Akt, der die Voraussetzungen aufhebe, auf denen unser bisheriges Zusammengehen, zumal in orientalischen Dingen, beruhe. Wir seien bisher von der Anschauung ausgegangen, daß wir, weil in orientalischen Fragen nicht direkt interessiert, englischen Wünschen entgegenkommen könnten, um die bestehende Gruppierung der Mächte zu erhalten; eine solche Politik werde unmöglich, wenn England seine durch jene Gruppierung verstärkte Machtstellung dazu benutze, um deutsche, völlig unpolitische Wünsche als ihm nachteilig zu bekämpfen. Glaube die englische Regierung, daß der Bau einer Eisenbahn in der Türkei mit deutschem Gelde ihren Interessen nachteilig sei, und gebe sie dieser Anschauung amtlichen Ausdruck, so könne sie sich nicht wundern, wenn auch wir künftig die Unterstützung englischer Wünsche für unsere Interessen nicht mehr als vorteilhaft erachteten. Auf die Bemerkung Sir Edwards, der übrigens von der Sache noch keine Kenntnis hatte, daß die Erbauung der fraglichen Eisenbahnen für England als des zukünftigen Wegs nach Indien große Bedeutung habe, entgegnete ich, daß dieser Umstand doch nur dann das Vorgehen Englands rechtfertigen würde, wenn es sich um die Erbauung der Linien mit dem Gelde eines Rivalen handeln würde, während die Erbauung mit deutschem Kapital für England vielleicht ein lucrum cessans in materieller Beziehung, aber niemals eine Schädigung irgendeines politischen Interesses enthalte. Ich machte Sir Edward endlich darauf aufmerksam, daß bei der bekannten Indis-

* Siehe Nr. 3965.

kretion in Konstantinopel der Schritt des englischen Botschafters demnächst publici iuris sein und dadurch angesichts der Haltung Deutschlands gegenüber England eine Situation für uns geschaffen werde, die den bekannten Gegnern eines guten Einvernehmens zwischen beiden Ländern ausgiebigen Stoff darbiete.

M a r s c h a l l

Nr. 3967

Der Generalkonsul in Kairo Graf Leyden an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 2 Kairo, den 8. Januar 1893
Vertraulich

Auf ein eindringliches Telegramm Lord Cromers *, in welchem derselbe den Wert der gegenseitigen Unterstützung Deutschlands und Englands sowohl in Ägypten als in der allgemeinen Politik hervorhob, hat Lord Rosebery geantwortet, er sei durch den Streitfall in Konstantinopel vollständig überrascht und strebe dessen befriedigende Beilegung ernstlich an.

Chiffrierter Bericht folgt übermorgen.

L e y d e n

Nr. 3968

Der Generalkonsul in Kairo Graf Leyden an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Entzifferung

Nr. 6 Kairo, den 8. Januar 1893

Mein englischer Kollege **, welchem ich gestern den Inhalt des Telegramms Nr. 2 ***, betreffend die Eisenbahnbauten in Kleinasien, mitgeteilt habe, sprach mir über den Vorfall, über welchen ihm sonst nichts bekannt sei, sein aufrichtiges Bedauern aus. Lord Cromer bemerkte, ich müsse mich aus unseren mehrjährigen Beziehungen überzeugt haben, daß seine deutschen Sympathien, auch abgesehen von seinen politischen Überzeugungen, warme und aufrichtige seien. Um so härter würde ihn ein Wechsel unserer Politik in Ägypten berühren, welcher nach seiner Ansicht n u r F r a n k r e i c h in die Hände spielen würde, und für welchen namentlich Ägypten „les pots cassés" bezahlen müßte. Erst jüngst bei der Frage der Sudanesenanwerbung habe es ihm Freude bereitet, der Kaiserlichen Regierung einen Dienst erweisen

* Englischer diplomatischer Agent und Generalkonsul in Kairo.
** Lord Cromer.
*** Vgl. Bd. VIII, Nr. 1816.

zu können; denn er betrachte die deutsch-englische Freundschaft als festeste Stütze des Friedens.

Lord Cromer wiederholte mir diese Versicherungen, als er mir soeben die Antwort Lord Roseberys auf sein dringendes Telegramm von gestern mitteilte. Vertraulich fügte er hinzu, er wisse, daß Lord Rosebery sich hinsichtlich Deutschlands in denselben Ideen wie Lord Salisbury bewege. Sir Clare Ford habe zu wenig im Orient gelebt. Seine, Cromers, Vermutung sei, daß Ford möglicherweise von Cambon, der ihm geistig überlegen und mit dem er lange bekannt sei, ausgenutzt werde. Er hoffe zuversichtlich, daß direkter Meinungsaustausch in London die bestehenden Schwierigkeiten, zu deren Beilegung er übrigens nach seinen schwachen Kräften gern mithelfen würde, beseitigen werde.

Leyden

Nr. 3969

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Eigenhändig

Berlin, den 9. Januar 1893

Telegramm Lord Roseberys.

„Her Majesty's Government have no desire whatever to obstruct a concession to the German group for the railway from Angora to Bagdad. Her Majesty's ambassador has only represented to the Porte that a concession for extension of the Haider-Pascha—Ismid line to Konieh would be most injurious to the two British lines which run from Smyrna to the interior and which look to the Konieh district as their natural field of operation. Even in regard to this matter he has only pressed for delay, in order that the interests of the British Companies may be considered.

Her Majesty's Government have no desire to take any step inimical to German influence or interest at Constantinople."

Wunsch, daß beide Botschafter sich mündlich besprechen.

Marschall

Nr. 3970

Der Botschafter in Konstantinopel Fürst von Radolin an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Privatbrief. Abschrift

Pera, den 9. Januar 1893

Euere Exzellenz wissen, welche neuen Schwierigkeiten die Ottomanbank in Szene setzt, wenn und weil sie zur Beteiligung an dem Kaullaschen Projekt nicht zugelassen wird. Es ist ein ganzes Nest von

Intrigen. Wie mir Raghib Bey mitteilt, und wie es auch Kaulla bestätigt, hat Sir E. Vincent, der Direktor der Ottomanbank (nachdem seine Versuche gescheitert waren, die Deutsche Bank zur Beteiligung zu gewinnen), erklärt, er würde alles tun, um unser Projekt zu Fall zu bringen, und daß er das auch schon dadurch ausgeführt habe, daß er die englische Regierung und ebenso die französische Regierung so weit gebracht hat, durch die beiden Botschafter Drohungen auf der Pforte zu machen [1], wenn nicht das englische und französische Projekt zur Annahme gebracht würde, sondern das deutsche. — Der englische Botschafter ist so weit gegangen, daß er auf der Pforte durchblicken ließ (ohne es direkt auszusprechen), eine englische Flottendemonstration würde in Smyrna erfolgen, um das englische Eisenbahnprojekt durchzudrücken [2]. (Das sagte mir Raghib Bey im Auftrage des Sultans.) —

Nachdem dem Sultan gemeldet worden war, daß die Engländer, Franzosen und schließlich auch die Russen ihn bedrohen, wenn er den Deutschen die Konzession geben würde, und auch die dem Palais nahestehenden hohen Würdenträger ihn darauf aufmerksam gemacht hatten, wie sehr die öffentliche Meinung aufgeregt sei, daß er immer nur die Deutschen berücksichtigt — was auch auf Intrigen der Ottomanbank zurückzuführen ist —, hat er (der Sultan) es für nötig befunden, die Entscheidung zugunsten des Kaullaschen Projekts hinzuhalten, um Zeit zu haben, die öffentliche Meinung zu beruhigen und zu prüfen, wieweit die Drohungen der drei Mächte ernst zu nehmen seien. — Bei seinem Charakter ist eine resolute Entscheidung unmöglich zu erlangen. Bei jedem Drohbrief und jeder neuen Einwendung der Botschafter wird er ängstlich und zaghaft, nicht, daß er selbst einen Augenblick wankend wird, schließlich doch die Projekte Kaullas zur Annahme zu bringen, aber er hofft, alle kollidierenden Interessen durch Warten und Hinhalten zu besänftigen, und begreift nicht, daß, je länger er wartet, desto schlimmer die Intrigen werden. — Er schickt mir fortwährend Raghib, um mir zu sagen, wie wütend er gegen die Engländer, Russen und Franzosen sei, daß er fest entschlossen ist, ihnen (Engländern und Franzosen) keine Konzession zu geben, und fest an Kaulla halte, dessen Leistungen ihm die besten scheinen. Er bäte mich, nur etwas Geduld zu haben, er würde schon allen Widerstand brechen. Zum Glück ist nun auch der Großwesir überzeugt, daß das Kaullasche Projekt das günstigste ist, nachdem er in der Garantiefrage heruntergehen wird. — Also hat der Sultan das erreicht, was er wollte, daß nämlich der Großwesir ihm befürwortend das Kaullasche Projekt zur Annahme empfohlen hat. Das Iradee wäre auch schon erteilt und die Sache erledigt, wenn nicht Sir Clare Ford mit seinen Drohungen hervorgetreten wäre, die von den Franzosen und Russen unter der Hand unterstützt werden.

1. Die Engländer verlangen, 1. daß ihren Unternehmern die

Linie Kassaba oder Aïdin nach Konia gegeben werde mit der Aussicht, von dort weiter nach Bagdad hin zu bauen (immer, um von Smyrna nach dem Innern Kleinasiens und dem Persischen Golf zu gelangen); 2. daß, wenn der Sultan dies nicht tun wolle, der Bau der Linie überhaupt zurzeit unterbleiben solle, daß aber keinenfalls der Bau an Herrn Kaulla gegeben werde[3]; 3. haben die Engländer erklärt, sie würden schon die nötigen Mittel und Wege finden, um ihre Forderungen durchzudrücken (mündlich soll dabei die Andeutung der Flottendemonstration erfolgt sein).

2. Die Russen machen dem Sultan damit Angst, daß sie erklären, sie erlaubten den Bau der Bahn im Wilajet Konia nicht, weil die Zehnten dieses Wilajets wegen der Kriegsschuld verpfändet seien. (Das ist nicht der Fall; denn die von Kaulla verlangte Garantie wird nicht von diesem Wilajet genommen.) Es genügt aber, um den Sultan zu erschrecken. — Im übrigen tun die Russen alles, was sie können, um jede Entwickelung des Türkischen Reiches zu hindern, und arbeiten ebensogut gegen die Engländer als gegen uns.

3. Die Franzosen bestürmen die Pforte, aber sind weniger drohend in ihrem Auftreten als die Engländer, und legt der Sultan infolgedessen auch weniger Gewicht auf ihre Wünsche. — Das Hauptagitationsmittel der Franzosen ist die Presse, und sie lancieren Brandartikel gegen uns.

4. Die Ottomanbank treibt nun, was sie kann, gegen uns, einesteils durch ihre Einflüsse bei der Londoner Regierung, anderenteils durch alle möglichen Intrigen bei der hiesigen Bevölkerung. Alle Mittel sind ihr gut. — So ist momentan die Lage unserer Gegner in der Sache. —

Um nach Empfang der mir erteilten Weisung, die ich vorgestern abend erhielt, in unauffälliger Weise den Sultan zu sehen und ihm etwas Rückgrat und Mut zu geben, ließ ich ihm durch Raghib Bey sagen, ich möchte ihn sehen, um ihm die Grüße Seiner Majestät des Kaisers und den Dank für die Neujahrsgratulation zu überbringen. — An Raghib habe ich zur gelegentlichen Verwertung bei seinem Herrn den Inhalt der mir erteilten Weisungen zum Teil mitgeteilt und behielt mir den Rest für den Notfall d. h. für den Moment, wo ich fürchten mußte, daß der Sultan auch nur im geringsten schwankend würde, was bis jetzt absolut nicht der Fall ist. — Es kommt nur darauf an, ihm Mut zu geben, und so habe ich die mir gestern früh erteilte Audienz dazu benutzt. — Raghib wird ihm je nach Bedarf das Weitere sagen. Wie ich den hohen Herrn kenne, würde er gegen uns und unsere Uneigennützigkeit mißtrauisch geworden sein, wenn ich ihm schon jetzt alle Konsequenzen direkt gesagt hätte, die aus der Konzession an andere (wovon absolut nicht die Rede ist) erwachsen würden, und könnte er leicht à corps perdu sich bei den anderen (z. B. Russen, mit denen er es doch niemals ganz verderben will) Rat gegen uns holen[4].

Meine gestrige Audienz hatte also folgenden Verlauf: Er empfing mich sehr freundlich, erkundigte sich mit lebhaftem Interesse nach dem Befinden Seiner Majestät des Kaisers, sagte mir, wie glücklich er gewesen, ein so liebenswürdiges Telegramm vom Kaiser erhalten zu haben. — Ich sagte ihm, daß Seine Majestät der Kaiser sehr gerührt gewesen sei und sich überaus freue, daß der Sultan eine so große Zuversicht zu dem deutschen Eisenbahnprojekt habe, der Kaiser bedaure lebhaft, daß dem Sultan soviel Schwierigkeiten und Intrigen gegen unser Eisenbahnprojekt gemacht würden, daß der Kaiser aber hoffe, daß er alle diese Intrigen überwinden würde[5] und das ihm für das Wohl des Reichs am günstigsten scheinende deutsche Projekt zur Durchführung bringen würde. Ich fügte hinzu, daß, je länger mit der Entscheidung gewartet würde, die Intrigen nur um so mehr Wurzel fassen würden. (Auf Raghibs Rat wälzte ich diese ganzen Intrigen auf die Ottomanbank, die ihm [Sultan] verhaßt ist und sagte ihm): Wie ich höre, wünscht die Ottomanbank das ganze Türkische Reich zu monopolisieren, wolle kein anderes Unternehmen aufkommen lassen, und wolle auch nur eine Eisenbahngesellschaft dulden, die die Hälfte des Verdienstes ihr gibt. — Ich wüßte, daß die Ottomanbank erklärt hätte, sie würde das vom Sultan gewünschte Projekt durch alle Mittel hindern, sie würde die *englische* Regierung, die *französische* Regierung und die Russen sowie auch die hiesige öffentliche Meinung zum Äußersten treiben. Darauf fiel er mir ins Wort, sagte mir, wie sehr er von den *Engländern* bedrängt würde — die sogar mit einer Flotte drohten, ohne daß Ford das Wort *selbst* ausgesprochen habe; wie sehr die *Russen* ihn bedrängten, indem sie ihm den Bahnbau unmöglich machen wollen und behaupten, die Gelder von Konia seien ihnen für die Kriegsentschädigung verpfändet; wie die *Franzosen* ihn mit ihrem Projekt verfolgen, und wieviel Briefe er bekommt, die ihn beschwören, die Deutschen nicht ins Land zu lassen, da sie nur eigennützige Zwecke verfolgen. Er sei ganz verzweifelt; aber *nichts würde ihn wankend* machen, er hätte das größte Vertrauen in uns und unsere Bahn, er wolle nur das Wohl seines Reiches und die *Hauptstadt* mit den Provinzen verbinden, und dies könne nur Kaulla machen, während die Engländer alles aufbieten, um für *ihre* bekannten Zwecke *Smyrna* mit *Konia und Bagdad* zu verbinden. — Wenn gesagt würde, er fürchte sich vor einer *Kolonisation der Deutschen* in Kleinasien, so sei dies nicht der Fall, er würde glücklich sein, wenn das Land von dem ihm so sympathischen, fleißigen und ehrlichen deutschen Element bebaut würde. — Er fragte mich nun, was er tun solle, um die Engländer sich vom Hals zu halten mit ihren Drohungen. — Um die öffentliche Meinung, die entschieden von der Ottomanbank aufgehetzt ist, zu beruhigen, wolle er sofort ein Memoire ausarbeiten lassen, in dem er alle Vorteile des *deutschen* Projekts für das Wohl des Reiches auseinandersetzt, und in dem er alle

feindlichen Anspielungen zunichte macht. Dies Memoire wolle er den Ministern vorlegen, die doch jetzt schon eingesehen haben, wieviel besser das deutsche Projekt ist als die anderen, und dann soll es publiziert werden. Er hoffe, daß er in der Lage sein würde, schon in acht Tagen die Sache zu Ende zu führen. Ich nahm hierbei Anlaß, ihm zu sagen, er möchte sich doch um Gottes willen nicht von den Engländern intimidieren lassen; die Drohungen mit der Flotte seien nicht ernst zu nehmen, er wüßte ja auch, daß das jetzige englische Ministerium am allerwenigsten an auswärtige Demonstrationen denkt; ich könne seine Furcht, eine englische Bahn von Smyrna gegen Bagdad zu geführt, wohl begreifen, namentlich, da sie nicht den Zweck erfüllt, den er wünscht, die Hauptstadt (Konstantinopel) mit dem Innern Kleinasiens und Bagdad zu verbinden. Ich überzeugte ihn auch, daß das englische Flottengerassel doch nur eine künstlich durch die Ottomanische Bank hervorgerufene Pression sei[5], der der englische Botschafter nur mit Widerwillen nachgibt. — Was Rußland anlange, so wisse er doch, daß Rußlands Politik darin liegt, alles zu hindern, was sein Reich heben könne. Die Russen seien aber ebenso gegen die englische Bahn wie gegen jede andere Unternehmung; die Drohung mit dem verpfändeten Zehnten in Konia sei auch nur ein Mittel, ihm Besorgnis zu machen, er wisse ja, daß Kaullas Garantie gar nichts mit den Zehnten dieses Wilajets zu tun habe. — Ich sagte ihm schließlich, uns wäre es nur darum zu tun, ihm gefällig zu sein, deshalb habe sich der Kaiser bereit erklärt auf seinen Wunsch, ihm zu helfen, und es tatsächlich dadurch getan, daß die Bildung einer kräftigen deutschen Gruppe erfolgt ist. Würde nun die Verleihung der Konzession an eine nichtdeutsche Gruppe (ganz gleich ob an eine französische oder englische) gegeben werden, anstatt an eine deutsche, die so mächtig unterstützt sei, so läge darin eine Beleidigung des Kaisers, die dieser sehr übelnehmen müßte[6] und bedenkliche Folgen haben könnte. Nach den gnädigen Äußerungen des Sultans, fügte ich Letzterem hinzu, halte ich dies für ausgeschlossen, und würde sich Seine Majestät der Kaiser freuen zu hören, wie warm und energisch er (der Sultan) an der von Seiner Majestät dem Kaiser ihm empfohlenen Gruppe trotz aller Intrigen festhält. — Die gestrige Unterredung schloß damit, daß der Sultan mir die Versicherung gab, gegen Ende der Woche würde wohl die Angelegenheit in der von ihm so sehnlich gewünschten Weise ihre Erledigung finden. —

Heute früh erschien Raghib wieder bei mir im allerhöchsten Auftrag und sagte mir, der Sultan habe sofort den Großwesir zu sich kommen lassen und ihm befohlen, die Erledigung der Sache im Sinne des Kaullaschen Projekts zu beschleunigen. Raghib fügte hinzu — ohne Auftrag —, der Sultan sei so wütend auf die Engländer und die Andern, daß er unbekümmert über deren Drohungen nunmehr die Sache abschließen wolle. — Ich hätte bald vergessen, noch ein Kuriosum zu erzählen. Raghib sagte an Kaulla neulich, der Sultan sei in seiner

Aufgebrachtheit gegen die Engländer etc. so weit gegangen, daß er sagte, er wolle die drei Friedensmächte bitten, ihn zur Tripelallianz als vierten zuzulassen[7]. — Zum Glück hat Seine Majestät mir das nicht gesagt. Es könnte uns wohl einige Unbequemlichkeiten verursachen, wenn es ja auch schmeichelhaft klingt. Der arme Sultan tut mir persönlich leid. Er sagte mir, er habe die letzten Nächte nicht schlafen können vor Ärger und Sorge und hätte so bitter geweint, daß seine Augen ganz angeschwollen gewesen seien. — Er sah in der Tat sehr gedrückt und unglücklich aus. Wiederholt sagte er mir im Laufe des Gesprächs, daß wir seine einzigen wahren Freunde seien, und daß er ein unbegrenztes Vertrauen und Liebe zu Seiner Majestät dem Kaiser habe. —

Wie mir Raghib heute früh mitteilte, hat der Sultan gestern abend noch nach Berlin telegraphiert, um Seiner Majestät dem Kaiser nochmals für alle seine Güte ihm gegenüber zu danken und ihm zu versichern, daß er in der Eisenbahnfrage keine bessere Lösung finden könne, als indem Kaulla sie baut. — Ich bin begierig, ob Tewfik das richtig wiedergegeben haben wird[8]. — So weit für heute. —

(gez.) Radolin

Pardon für diese flüchtigen Zeilen, ich möchte die Post nicht versäumen.

P. S. Eine von den Finessen der Engländer besteht darin, daß sie ihre Projekte schon deshalb als günstiger für das Reich hinstellen, weil sie gar keine Staatsgarantie haben wollen, während Kaulla auf einer solchen besteht. Mit diesem Argument werden die mächtigen Leute im Palais und die öffentliche Meinung kaptiviert. — Sie sagen aber natürlich nicht, daß sie alle diese verlockenden Propositionen machen, nur um die Deutschen als geldgierig und interessiert hinzustellen und aus dem Felde zu schlagen, daß sie aber, wenn dies ihnen gelungen wäre, sicherlich nicht dazu kommen werden, den Bahnbau auszuführen. — Ein hoher Beamter der Ottomanischen Bank hat sogar erklärt, daß, um die Konzession für die Engländer zu erhalten, an die Regierung eine hohe Kaution gezahlt werden würde, quitte à la perdre, wenn sie nur erst die Deutschen aus dem Felde geschlagen hätten. — Die englischen Unternehmer sind übrigens gar nicht stark genug, um den Bahnbau auszuführen. — Alles das habe ich dem Sultan auch noch erzählt. — Meine Unterredung mit ihm hat über eineinhalb Stunden gedauert. —

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Hatzfeld zum Gebrauch mitth[eilen]
Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Ist doch unerhört!
[2] Hatzfeld soll Rosebery darüber Liebenswürdigkeiten sagen
[3] !
[4] richtig
[5] gut

[6] ja
[7] Himmel!
[8] Nein! ist ihm gar nicht eingefallen
Schlußbemerkung des Kaisers:
Bin sehr zufrieden über die Art, wie Radolin die Geschichte leitet

Nr. 3971

Der Botschafter in Konstantinopel Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 7 Pera, den 11. Januar 1893

Englischer Botschafter hat mich Dienstag auf Eisenbahnangelegenheit sehr freundschaftlich angeredet und Fortsetzung der von Smyrna ausgehenden Bahn nach dem Innern als Lebensinteresse englischen Kapitals und als exklusives englisches Recht bezeichnet, das durch Kaulla vernichtet würde. Letzteres sei ein unbefugtes Eindringen in englische Sphäre und mache die Entwickelung und das Vordringen des englischen Einflusses in Kleinasien unmöglich; er solle sich mit Angora—Bagdadlinie begnügen und den Engländern das Gebiet Konia überlassen. Er übersieht dabei, daß für Kaulla die Linie Konia nach Ismid eine conditio sine qua non für sein ganzes Unternehmen ist.

Ich glaube, Sir C. Ford überzeugt zu haben, daß die Ansprüche der an der Sache interessierten englischen Kapitalisten doch nicht ganz zu rechtfertigen sind und keine Berücksichtigung beim Sultan finden könnten, weil dem Sultan in erster Linie die Verbindung der Hauptstadt mit dem Innern und nicht mit Smyrna wesentlich ist. Mein Eindruck ist, daß englischer Botschafter gegen seine eigene Überzeugung unter dem Druck der englischen Kapitalisten handelt. Er hat mir vorgeschlagen, die Besprechung am Freitag fortzusetzen, bis dahin niemand von der zwischen uns bestehenden Divergenz zu sprechen und die Verhandlungen mit den Türken ihren Gang gehen zu lassen. — Bis dahin dürfte ein fait accompli vorliegen.

Radolin

Nr. 3972

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 9 London, den 14. Januar 1893

In längerer vertraulicher Unterredung zeigte sich Lord Rosebery zur Verständigung geneigt und bemerkte, daß er persönlich kein besonderes Interesse für die kleinasiatischen Bahnen fühle, obwohl er

das mit etwa zwei Millionen Pfund Sterling an denselben beteiligte englische Kapital mit Rücksicht auf seine Stellung dem Parlament gegenüber nicht habe gänzlich unberücksichtigt lassen können. Auch habe er bis vor kurzem nicht gewußt, welchen Wert wir auf die Frage legten, noch daß Seine Majestät der Kaiser sich persönlich für dieselbe erwärmt habe. Er habe kürzlich erfahren, daß die eine der beiden von Smyrna in die Richtung von Konia führenden Bahnen nur nominell englisch, das Kapital derselben aber hauptsächlich französisches sei. Er habe daher gar keinen Grund, sich für diese Strecke zu interessieren, noch auch im allgemeinen französische Wünsche in der Türkei oder anderswo zu begünstigen.

Lord Rosebery bemerkte hierzu ganz vertraulich, indem er besonders hervorhob, daß er jetzt als Privatmann und nicht als Minister spreche, daß er trotz aller Anfeindungen sowohl im Kabinett als außerhalb stets die Anlehnung Englands an den Dreibund verteidigt habe. Er könne sich der Besorgnis nicht erwehren, daß unsere veränderte Haltung in Ägypten, die, ohne von uns darauf vorbereitet zu sein, er nicht habe erwarten können, und die von den Franzosen gewiß ausgebeutet werden würde, ihm dieses Bestreben außerordentlich erschweren werde*.

Ich erwiderte, ich könne ihm versichern, daß sich unsere Haltung durchaus nicht gegen seine Person richte, daß wir vielmehr stets großen Wert darauf gelegt hätten, daß er augenblicklich die auswärtige Politik Englands leite. Er möge mir nur die Hand bieten, um die vorliegenden Schwierigkeiten zu beseitigen, und ich sei überzeugt, daß wir dann nach wie vor seine Freundschaft zu würdigen wissen würden.

Bitte mich baldmöglichst über Inhalt und Erfolg der Besprechungen zwischen Fürst von Radolin und Sir Clare Ford in Kenntnis zu setzen, um eventuell bei Lord Rosebery auf entgegenkommende Haltung des englischen Botschafters einwirken zu können.

Hatzfeldt

Nr. 3973

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Kiderlen

Nr. 15 Berlin, den 16. Januar 1893

Der Kaiserliche Generalkonsul in Kairo meldet vom 8. pp.**

Die Vermutung Lord Cromers ist richtig; der englische Botschafter

* Vgl. Nr. 3965, Fußnote †.

** Folgt Einschaltung des Inhaltes von Nr. 3968.

in Konstantinopel unterstützt in der Tat das französische Projekt Nagelmakers und erfreut sich dafür der Unterstützung des französischen Botschafters bezüglich der englischen Projekte, während wir bisher an allen Punkten, wo englische und französische Interessen kollidieren, England unterstützt haben.

Marschall

Nr. 3974

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 12 London, den 17. Januar 1893

Mit Bezug auf Telegramm Nr. 15*.

Lord Rosebery wiederholte mir heute unter der Zusage ganz vertraulicher Behandlung seiner Äußerungen auf das bestimmteste, daß er weder den Wunsch noch ein Interesse daran habe, unsere Eisenbahnprojekte in Kleinasien zu durchkreuzen und die ihm so wertvolle deutsche Freundschaft, für die er stets und überall eingetreten sei, aufs Spiel zu setzen. Wo immer er bisher Gelegenheit gehabt habe, diese Freundschaft zu beweisen, wie z. B. in Samoa**, habe er dies auf das bereitwilligste getan. In der vorliegenden Frage sei er überrascht worden. Er habe niemals an Sir Clare Ford die Instruktion erteilt, die kommerzielle Konkurrenzfrage auf das politische Gebiet hinüberzuspielen, und könne es sich gar nicht erklären, daß derselbe, wie ich es ihm mitteile, sich im Verein mit Herrn Cambon gegen unsere Interessen wende, da Sir Clare Ford dies auf das entschiedenste in Abrede stelle. Der Minister habe seit seiner letzten Unterredung mit mir keine neuen Instruktionen nach Konstantinopel gesandt, da er das anscheinend noch nicht abgeschlossene Resultat der Besprechungen zwischen dem Kaiserlichen und dem englischen Botschafter habe erwarten wollen. Lord Rosebery beklagte sehr, daß trotz der von ihm gezeigten entgegenkommenden Gesinnung unsere veränderte Haltung in Kairo immer noch nicht rückgängig gemacht worden zu sein scheine.

Auf den von dem Minister erhobenen Einwand, er sei überrascht worden, entgegnete ich, wir seien berechtigt gewesen anzunehmen, daß Sir Clare Ford in einer so wichtigen Frage nicht eigenmächtig, und ohne von hier aus ermächtigt worden zu sein, habe vorgehen können. Wir schätzten zwar seine Freundschaft, hätten uns aber bei dem feindlichen Vorgehen des englischen Botschafters die Frage vorlegen müssen,

---

* Siehe Nr. 3973.
** Vgl. Bd. VIII, Kap. LIV, B.

ob die Lasten der englischen Freundschaft nicht allzu einseitig von uns getragen würden, und er dürfe sich daher über das, was geschehen sei, nicht wundern. Bei seinem jetzigen freundschaftlichen Entgegenkommen schiene mir aber nichts leichter, als das vorliegende Mißverständnis dadurch zu beseitigen, daß er Sir Clare Ford bestimmte Instruktionen erteile, den deutschen Bestrebungen fernerhin nicht entgegenzutreten.

Wir kamen dann dahin überein, daß er Sir Clare Ford telegraphisch anweisen will, die englischen Ansprüche auf die Linie Smyrna—Kassaba, für die er, Lord Rosebery, weil hauptsächlich französisch, gar kein Interesse habe, ganz fallen zu lassen, noch auch überhaupt der Konzessionserteilung von kleinasiatischen Bahnen an Kaulla entgegenzuwirken. Nur mit Bezug auf die ganz in englischen Händen befindliche Bahn Smyrna—Aïdin und deren etwaige Weiterführung in das Gebiet von Konia wünsche er eine, wenn auch noch so geringfügige satisfaction d'amour propre zu erhalten, um sich damit vor dem Parlament und der öffentlichen Meinung decken zu können. Die technische Seite der Frage sei ihm nicht geläufig genug, um selbst einen Ausweg vorzuschlagen. Er hoffe aber auf die Unterstützung des Fürsten von Radolin, um ihm bei der Linie Smyrna—Aïdin eine, wenn auch nur kleine persönliche Genugtuung zu verschaffen.

Im engsten Vertrauen sprach Lord Rosebery schließlich die Ansicht aus, daß es ihm fast scheine, als ob Sir Clare Ford sich habe unbewußt vom Sultan vorschieben lassen, weil es dem letzteren überhaupt mit irgendeiner Eisenbahnkonzessionserteilung leid geworden sei.

Hatzfeldt

Nr. 3975

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe*

Ausfertigung

Nr. 93 Pera, den 9. April 1898

Der lebhafte Wunsch des Sultans, daß möglichst bald die Verlängerung der Anatolischen Bahn in der Richtung von Bagdad in Angriff genommen werde, in Verbindung mit der Tatsache, daß zurzeit verschiedene Eisenbahnprojekte nichtdeutscher Unternehmungen in Vorbereitung sind, die schon insofern unseren Interessen zuwiderlaufen, als sie geeignet sind, die Garantielast des türkischen Staates zu ver-

* Freiherr von Marschall war als Nachfolger des Freiherrn von Saurma seit 15. November 1897 Botschafter in Konstantinopel.

mehren und staatliche Einnahmen anderwärts festzulegen, die wir für das deutsche Unternehmen bedürfen, — alle diese Umstände haben in mir die Überzeugung bekräftigt, daß für uns die Zeit des Zuwartens zu Ende geht und wir den Wünschen des Sultans nicht mehr wie bisher durch Ausdruck des guten Willens für die Zukunft, sondern durch tatsächliche Inangriffnahme gewisser Vorarbeiten, natürlich im Austausch gegen Konzessionen von türkischer Seite, entgegenkommen müssen. Dabei handelt es sich um zwei Unternehmungen, einmal die Verlängerung der Anatolischen Bahn um einige hundert Kilometer in der Richtung von Bagdad und dann um das von dem Sultan befürwortete Projekt der Korrektur des Tigris und Euphrat und der Errichtung einer Schiffahrtsgesellschaft auf beiden Flüssen. Diese beiden Projekte stehen insofern in einem materiellen Zusammenhange, als die Herstellung einer sicheren Wasserstraße etwa von Mossul bis zum Persischen Golf die Möglichkeit bieten wird, von dem Endpunkte der Schiffahrt aus in nordwestlicher Richtung der Anatolischen Bahn entgegenzubauen. Sobald wir dem Sultan zeigen, daß wir de facto — wenn auch nur in ganz vorsichtiger Weise — die Erfüllung seiner Lieblingswünsche anbahnen, würden wir in der Lage sein, die Erteilung der gegenwärtig von nichtdeutschen Unternehmern verlangten Eisenbahnkonzessionen in Anatolien mit dem Argumente zu bekämpfen, daß die Erfüllung seines Lieblingswunsches erschwert werde.

Da ich wußte, daß der Direktor der Anatolischen Bahngesellschaft Herr Zander nach Berlin zu reisen beabsichtigte, um dort mit der Direktion der Deutschen Bank die betreffenden Fragen zu erörtern, habe ich die letzteren wiederholt mit ihm vor seiner Abreise eingehend besprochen. Herr Zander wird jedenfalls auf dem Auswärtigen Amte vorsprechen, und ich erlaube mir daher über die Gesichtspunkte, welche bei unseren Unterredungen erörtert wurden, nachstehendes zu berichten.

Die Deutsche Bank würde bei einer Verlängerung der Anatolischen Bahn der Route Konia—Eregli—Alexandretta und von da weiter ins Innere den Vorzug geben. Herr Zander hat sich jedoch überzeugt, daß der Sultan aus politisch-militärischen Gründen diese — auch technisch schwierige Route — niemals genehmigen wird, und für die Verlängerung der Bahn ernstlich nur die Route Angora—Caesarea in Betracht kommen kann, welche von den Militärs gewünscht wird und auch den persönlichen Interessen des Sultans entspricht. Die Erbauung dieser Linie, welche der Anatolischen Bahn bereits konzediert ist, würde einen Aufwand von 60 bis 80 Millionen Franken erfordern. Herr Zander ist der Inangriffnahme dieser Linie geneigt, hat aber gewisse Sorgen bezüglich der Finanzierung, die um so begreiflicher sind, als die Anatolische Bahngesellschaft für den Bau der bisherigen 1023 Kilometer ihres Bahnnetzes ein Kapital von 160 Millionen franks Obligationen und ein eingezahltes Aktienkapital von 36 Millionen aufgebracht hat.

Selbstverständlich müssen für die neue wie für die bisherige Linie türkischerseits Garantien gegeben werden; allein diese Garantien sind trotz aller Kautelen eben doch nur auf den allgemeinen Kredit des türkischen Staates gegründet. Als mir Herr Zander davon sprach, daß in Berlin vielleicht der Gedanke angeregt werden würde, sich an den Londoner Markt behufs Mitbeteiligung englischen Kapitals zu wenden, habe ich dies sofort schon aus dem politischen Grunde als unmöglich bezeichnet, weil dadurch das Mißtrauen des Sultans gegen das ganze Unternehmen wachgerufen würde. Meine Ansicht habe ich dahin kundgegeben, daß die Anatolische Bahn auch in ihrer Fortsetzung ein deutsches Unternehmen bleiben muß und etwaige Schwierigkeiten der Finanzierung besser durch vorsichtiges allmähliches Weiterbauen als durch Beiziehung fremden Kapitals und damit Zulassung fremden Einflusses überwunden werden. Herr Zander, der dies anerkannte, führte darauf aus, daß die Deutsche Bank ihrer Tradition gemäß gerne bereit sein werde, sich in den Dienst der nationalen Sache zu stellen, das oben angedeutete Programm aber nur durchführbar erscheine, wenn irgendeine erleichternde Hülfe seitens des Reichs eintrete. Bei Prüfung dieses Punktes wurde sowohl eine direkte Reichsbezw. Staatsgarantie als auch eine indirekte, durch Beteiligung einer Staatsanstalt, z. B. der Seehandlung, an dem Unternehmen, als unerreichbar anerkannt, dagegen glaubte Herr Zander, daß die Deutsche Bank sich auch damit begnügen werde, wenn die Regierung dadurch ihren dem Unternehmen günstigen Standpunkt öffentlich dokumentierte, daß z. B. die Seehandlung bei der Ausgabe von Obligationen der Anatolischen Bahn zur Beschaffung der erforderlichen Baumittel als Emissionsstelle mitwirkt, wobei jene Anstalt sich nach ihrem freien Willen an dem Geschäfte beteiligen könne oder nicht. — Da, wenn ich mich recht erinnere, die Seehandlung in früherer Zeit bei einzelnen russischen und chinesischen Anleihen als Emissionsstelle mitgewirkt hat, glaubte ich Herrn Zander anheimstellen zu sollen, seinen Gedanken an zuständiger Stelle in Berlin vorzubringen.

Hiernach bestand zwischen Herrn Zander und mir — soweit unsere persönlichen Anschauungen überhaupt in Betracht kommen — Übereinstimmung über folgende Punkte:

1. daß der Moment für die Vorbereitung der Verlängerung der Anatolischen Bahn zunächst von Angora nach Caesarea gekommen ist.

2. daß gleichzeitig die Anatolische Bahngesellschaft sich das Vorrecht für den Weiterbau nach Bagdad unter Ausschluß jeder fremden Konkurrenz sichern muß;

3. daß, wenn diese Voraussetzung erfüllt ist, dem vom Sultan gewünschten Projekte der Schiffbarmachung des Euphrat und Tigris, sowie der Gründung einer Schiffahrtsgesellschaft auf beiden Flüssen ernstlich nähergetreten werden sollte. pp.

Marschall

Nr. 3976

Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt Mumm von Schwarzenstein an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Privatbrief. Konzept

Berlin, den 17. Mai 1898

Bisher hat die Deutsche Bank bezw. die Anatolische Eisenbahngesellschaft einen Antrag auf Unterstützung des Weiterbaues der Bahn nach Bagdad dadurch, daß die Seehandlung als Zeichnungsstelle fungiert, beim Auswärtigen Amte nicht gestellt. Mündlich ist Zander mir gegenüber auf die Angelegenheit zu sprechen gekommen, und habe ich ihm erwidert, das Auswärtige Amt sei bereit, den Wunsch der Bank, wenn er an dasselbe heranträte, dem Finanzminister * mit dem Hinzufügen zu übermitteln, daß ein Gelingen des Unternehmens vom politischen Standpunkte aus uns erwünscht sein würde. Die Entscheidung darüber, ob die Seehandlung auf Grund der finanziellen Unterlagen des Unternehmens als Zeichnungsstelle fungieren könnte, müßte das Auswärtige Amt jedoch ausschließlich dem Finanzminister überlassen.

Herr Zander möchte gern noch mehr aus dem Amte herausdrücken. Er scheint zu wünschen, daß das Auswärtige Amt proprio motu der Deutschen Bank den Wunsch nach Fertigstellung der Bahn ausspricht, und er erwartet dies auf Grund von Mitteilungen, die ihm, wie er sagt, Hauptmann Morgen ** über das Interesse Seiner Majestät an der Angelegenheit gemacht habe. Die Verantwortung einer solchen Aufforderung an die Deutsche Bank, durch welche sich die Regierung gewissermaßen verpflichtet, auch fernerhin mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dies Unternehmen zu fördern, können wir aber meo voto nicht gut übernehmen. Ich glaube auch nicht, daß Herr Zander auf dieser Initiative des Auswärtigen Amts bestehen wird, da die Anatolische Eisenbahngesellschaft selbst mit Rücksicht auf die ihr drohende Konkurrenz ein starkes Interesse daran hat, behufs Wahrung ihres gegenwärtigen Besitzstandes den Weiterbau in Angriff zu nehmen.

Herr Zander scheint seine Entschließungen von dem Eindrucke abhängig machen zu wollen, den er bei seiner demnächstigen Rückkehr nach Konstantinopel dort empfangen wird. Ich habe daher die Genehmigung des Herrn Staatssekretärs dafür eingeholt, Euere Exzellenz von dem Stande der Angelegenheit in Kenntnis zu setzen.

Richtig ist, daß der Kaiser auf Grund von Berichten des Hauptmanns Morgen dem Auswärtigen Amt hat mitteilen lassen, daß er

* von Miquel.
** Deutscher Militärattaché an der Botschaft in Konstantinopel.

sich lebhaft für das Zustandekommen des Ausbaues der Bahn in der Richtung nach Bagdad zu interessiere. Wenn wir daher der Deutschen Bank gegenüber auch nicht die Initiative ergreifen, so wird es doch, um den allerhöchsten Intentionen zu entsprechen, und um Zander nicht zu sehr abzuschrecken, vielleicht nützlich sein, wenn Ew. Exzellenz ihm bei Ihrer ersten Besprechung ein gewisses Wohlwollen für die Sache zu erkennen geben. Denn tritt die Anatolische Gesellschaft mit dem Antrage auf Unterstützung an uns nicht heran, so ist anzunehmen, daß Seine Majestät binnen kurzem seinerseits auf die Angelegenheit zurückkommt, wodurch wir genötigt werden könnten, der Deutschen Bank unerwünschte Avancen zu machen.

Der Finanzminister scheint, wie ich auf Grund mündlicher Äußerungen desselben annehmen zu dürfen glaube, nicht abgeneigt, die Seehandlung zu ermächtigen, als Zeichnungsstelle zu fungieren. pp.

Daß das Iradee für den Hafenbau von Haidar Pascha nunmehr erteilt ist*, ist ja sehr erfreulich. Kleine Schwierigkeiten bei der Ausführung werden Euere Exzellenz freilich gleichwohl vermutlich noch eine Menge zu überwinden haben.

Mumm

Nr. 3977

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Rominten

Ausfertigung

Berlin, den 30. September 1898

Euere Kaiserliche und Königliche Majestät haben die Gnade gehabt, mir im April d. Js. durch den Chef von Euerer Majestät Militärkabinett von den Euerer Majestät zugegangenen Mitteilungen über die beabsichtigte Fortführung der Anatolischen Eisenbahn mit dem Hinzufügen huldvollst Kenntnis geben zu lassen, daß Euere Majestät Allerhöchstsich für die Sache zu interessieren geruhten.

Ich habe nicht verfehlt, mich umgehend mit den Direktoren der an dem Unternehmen in erster Linie interessierten Deutschen Bank in Verbindung zu setzen, welche mir unter dem 20. Mai d. Js. mitteilten, die Deutsche Bank sei nur dann imstande, den Weiterbau der Anatolischen Eisenbahn über Angora hinaus — zunächst bis Caesarea — in Angriff zu nehmen, wenn ihr die moralische Unterstützung der Regierung in der Weise zuteil würde, daß die Seehandlung sich zur Mitemission der von der Anatolischen Bahngesellschaft dem deutschen

---

* Am 13. Mai 1898 war das vorläufige Iradee erteilt worden; am 29. Januar 1899 folgte das definitive Iradee. Vgl. Nr. 3978.

Publikum anzubietenden, für den Weiterbau erforderlichen Obligationen bereit erkläre.

Da die Seehandlung ressortmäßig Euerer Majestät Finanzminister untersteht, habe ich mich sodann an diesen mit dem Ersuchen gewandt, dem in Rede stehenden Wunsche der Deutschen Bank zu entsprechen. Dabei habe ich betont, daß, wenn das nicht möglich sein sollte, sich wenigstens der Ausweg bieten würde, daß die Seehandlung, ebenso wie sie dies bei den chinesischen Anleihen getan habe, zwar nicht als auflegende Firma die Obligationen dem Publikum anbiete, wohl aber sich bereit erkläre, als Zeichnungsstelle bei einer Neuausgabe von Obligationen der Anatolischen Eisenbahngesellschaft zum Zwecke von deren Verlängerung in östlicher Richtung zu fungieren. Auf diese Weise würde jede Haftbarkeit der Generaldirektion der Königlichen Seehandlung ausgeschlossen bleiben, während allerdings die moralische Unterstützung zum Ausdruck gebracht würde, welche dem Unternehmen aus nationalen Gründen zu leihen die Seehandlung gewillt sei.

Dabei habe ich hervorgehoben, wie ich vom Standpunkte des Auswärtigen Amtes aus im Interesse der politischen Stellung Deutschlands in der Türkei und insbesondere des deutschen Einflusses in Kleinasien besonderen Wert darauf legen müsse, daß auch die geplante Fortsetzung der Anatolischen Eisenbahn, welche, wie die Deutsche Bank betone, in ihrer Vollendung den kürzesten Verkehrsweg von Europa nach Indien darstellen werde, unter deutschen Einfluß gelange. Hierzu komme, daß die Deutsche Bank auf meine Anfrage hin die Verpflichtung übernommen habe, die deutsche Industrie bei den Lieferungen für den Bau und die Ausrüstung der projektierten Verlängerungsstrecke von Angora nach Caesarea möglichst ausschließlich, jedenfalls aber in Höhe von mindestens $^7/_8$ der zu vergebenden Lieferungen zu berücksichtigen, so daß also eventuell nicht nur die deutsche Finanz, sondern auch die deutsche Industrie aus dem Unternehmen bedeutenden Vorteil ziehen werde.

Auf diese Mitteilung hat mir der Finanzminister nunmehr erwidert, daß mein Schreiben ihm Veranlassung gegeben habe, zunächst den Präsidenten der Seehandlung* über eine Mitwirkung dieses Instituts bei der Finanzierung des Weiterbaues der Anatolischen Eisenbahn zu hören. Dieser habe sich unbedingt gegen eine derartige Mitwirkung ausgesprochen und seine Auffassung folgendermaßen begründet: Die gefestete, vom Vertrauen weiter Kreise getragene Stellung der Seehandlung, kraft deren allein ihre Unterstützung der Finanzwelt wie im allgemeinen so auch im vorliegenden Falle wünschenswert erscheine, beruhe im wesentlichen darauf, daß die Seehandlung eine Beteiligung grundsätzlich überall da ablehne, wo die Grundlagen der ihr angetragenen Geschäfte nicht volle Gewähr für

* von Burchard.

die Sicherheit und Rentabilität der in Anspruch genommenen Kapitalien darböten. Von allen spekulativen Geschäften, insonderheit solchen auf dem Gebiete industrieller Unternehmungen, habe die Seehandlung sich daher seit Menschenaltern ferngehalten. Ausnahmsweise sei die Seehandlung aus dieser Zurückhaltung nur dann herausgetreten, wenn die Förderung nationaler Interessen ein Eintreten habe geboten erscheinen lassen. Aber auch in diesen Fällen sei die Beteiligung der Seehandlung auf Geschäfte im Inlande oder doch wenigstens in Europa beschränkt worden. Die einzige Ausnahme bilde das erwähnte chinesische Geschäft, und den schweren hiergegen obwaltenden Bedenken gegenüber hätten folgende Erwägungen den Ausschlag gegeben. Es habe sich damals 1. um eine unmittelbare Staatsanleihe gehandelt. 2. Die Emission, um welche sich in lebhafter Konkurrenz auch Frankreich, Rußland und andere Staaten beworben hätten, sei durch die Deutsch-Asiatische Bank in Verbindung mit der, englische Interessen vertretenden, Hongkong- und Schanghaibank erfolgt und hierdurch eine Interessengemeinschaft Deutschlands und Englands herbeigeführt worden, die für die Anleihe um so wertvoller gewesen sei, als deren Sicherung in Abgaben bestanden hätte, welche der europäischen und speziell englischen Kontrolle unterlägen. 3. Als Mitbegründerin der Deutsch-Asiatischen Bank sei die Seehandlung ohnehin an dem finanziellen Erfolge der Anleihe beteiligt gewesen und ihre Ausschließung — im Gegensatz zu dem Verhalten aller sonstigen Mitbegründer — würde den Anschein einer gewissen Hostilität hervorgerufen haben. 4. Die Beteiligung an der Anleihe habe die Seehandlung in die Lage versetzt, für die Erreichung größtmöglicher Sicherheiten ihre volle Autorität einzusetzen und hierdurch den wirtschaftlichen Interessen Deutschlands wesentliche Dienste zu leisten. Trotz aller dieser Gründe habe sich die Seehandlung zur Beteiligung nur widerstrebend entschlossen, weil das chinesische Geschäft ganz außerhalb ihres traditionellen Geschäftskreises gelegen habe, und schwer abzuweisende Berufungen hätten befürchtet werden müssen. Alle sonstigen ähnlichen Anträge, wie z. B. die Mitwirkung bei der Begründung der Palästinabank, habe die Seehandlung indessen abgelehnt. Bezüglich des vorliegenden Antrages träfen die für die Beteiligung an der chinesischen Anleihe maßgebend gewesenen Voraussetzungen nicht zu, da es sich weder um eine direkte Staatsanleihe handele, noch die für die auszugebenden Obligationen in Betracht kommenden Sicherheiten gegenüber den von China gewährten gleichwertig seien. Es komme hinzu, daß die Seehandlung bei der ursprünglichen Begründung des Anatolischen Eisenbahnunternehmens nicht mitgewirkt habe, und daß ihr daher ein Eintreten unter den gegenwärtigen, jedenfalls wesentlich ungünstigeren Verhältnissen nicht zugemutet werden könne. Die Bedeutung der Mitwirkung der Seehandlung würde im wesentlichen darin bestehen, daß das Anlage suchende Kapital im Vertrauen auf dieses

Institut die auszugebenden Obligationen höher bewerten würde, der dadurch für die Gesellschaft und indirekt für die deutsche Industrie erzielte Gewinn stände indes, wie auch ein Bericht des Kaiserlichen Generalkonsuls zu Konstantinopel* vom 22. April d. Js. zutreffend ausführe, in keinem richtigen Verhältnis zu den Gefahren, welche gleichzeitig für die Seehandlung durch die Erschütterung des ihr bisher entgegengebrachten Vertrauens wie für die wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands im allgemeinen heraufbeschworen würden. Auch eine Mitwirkung der Seehandlung zunächst nur für den Weiterbau einer kürzeren Bahnstrecke sei nicht rätlich, weil es ohne eine tiefgehende Erschütterung des ganzen Unternehmens nicht tunlich sein würde, später bei weiteren Verlängerungen der Bahn ihre helfende Hand zu versagen.

Gegenüber diesem entschiedenen Widerspruche des in erster Linie für die Leitung des Seehandlungsinstituts verantwortlichen Beamten hat der Finanzminister Anstand genommen, die Beteiligung der Seehandlung bei der Finanzierung des Weiterbaus der Anatolischen Eisenbahn, wenn auch nur als Zeichenstelle, anzuordnen, da er die vorgetragenen Bedenken nicht für unbegründet erachten könne. Der alleinige Zweck, zu welchem die Beteiligung der Seehandlung gewünscht werde, sei, das Publikum glauben zu machen, daß das Unternehmen sicher rentabel sein werde, und diese Sicherheit sei zweifellos äußerst problematisch. Er — der Finanzminister — teile zwar die diesseitige Auffassung, daß es die Aufgabe der Seehandlung sei, sich stets die Förderung nationaler Unternehmungen, selbst mit finanziellen Opfern, angelegen sein zu lassen. Er nehme indes Anstand, eine Mitwirkung der Seehandlung bei immerhin spekulativen und einstweilen nicht ausreichend fundierten Unternehmungen zu empfehlen und hierdurch das Anlage suchende Publikum zur Beteiligung zu ermutigen. Das Vertrauen, welches die Seehandlung bisher mit Recht genieße, könne andernfalls leicht untergraben und ihr damit unmöglich gemacht werden, in gebotenen und geeigneten Fällen wirksam einzugreifen. Endlich gehe die Deutsche Bank, wie der Finanzminister sich aus den mündlichen Mitteilungen von Direktoren dieser Bank habe überzeugen müssen, offenbar selbst nur ungern an die Fortführung der Anatolischen Bahn bis Caesarea. Einesteils die Wünsche der türkischen Regierung, andernteils die Befürchtung anderweiter Konkurrenzunternehmungen seien wohl die Hauptmotive, welche die Deutsche Bank veranlaßten, sich mit dem Unternehmen ernstlich zu beschäftigen, von welchem sie sich selbst keinerlei wesentliche Vorteile verspreche; es sei nicht entfernt mit einiger Sicherheit vorherzusehen, ob und wann diese neue Bahnstrecke das auf sie verwendete Kapital, wenn auch nur zum Teil, werde verzinsen können. Möglicherweise werde sogar das alte Unternehmen durch die in Betracht kommende Fortführung bis Caesarea in

* Stemrich.

Mitleidenschaft gezogen werden. Die Dividende der Aktionäre und die Verzinsung der Obligationen würden daher wohl allein von der seitens der türkischen Regierung zu gebenden Garantie abhängen. Die Deutsche Bank halte selbst die einfache Garantieerklärung der türkischen Regierung nicht für ausreichend und verlange für die richtige Erfüllung derselben noch besondere Pfandobjekte. Letztere seien bisher nicht gegeben, und es schwebten darüber Verhandlungen der Deutschen Bank mit der türkischen Regierung. Unter diesen Umständen würde es für die Seehandlung nicht möglich sein, gegenwärtig schon zu einer definitiven Stellungnahme zu gelangen. Erst wenn nach erzieltem Einvernehmen der Deutschen Bank mit der ottomanischen Regierung die Sicherheit genau übersehen werden könne, welche den Käufern der auszugebenden neuen Obligationen gewährleistet werde, werde die Seehandlung mit einiger Zuverlässigkeit beurteilen können, ob sie es mit ihrer Stellung und ihren sonstigen Aufgaben werde vereinigen können, dem deutschen Publikum den Erwerb der Obligationen durch die Übernahme einer Zeichnungsstelle indirekt zu empfehlen. Mit Rücksicht auf die diesseits betonte nationale Seite des Unternehmens sei er — der Finanzminister — geneigt, der Seehandlung eine entgegenkommende Behandlung der Frage für den bezeichneten Fall zu empfehlen. Bei der Unsicherheit des schließlichen Ausgangs der Sache möchte er aber dringend befürworten, insbesondere mit Rücksicht auf die Reise Euerer Majestät nach dem Orient*, den türkischen Behörden gegenüber die Angelegenheit möglichst dilatorisch, als noch nicht spruchreif zu behandeln und höchstens eine wohlwollende Erwägung, auf welche Weise das Unternehmen von der Königlich Preußischen Regierung gefördert werden könnte, in Aussicht zu stellen**.

B. von Bülow

Nr. 3978

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 39 Pera, den 29. Januar 1899

Das definitive Kaiserliche Iradee***, welches der Anatolischen Eisenbahngesellschaft die Konzession zur Erbauung eines großen Handelshafens in Haidar Pascha nach Maßgabe des zwischen der Pforte und Dr. Zander verabredeten Konventionsentwurfs erteilt, ist heute ergangen.

* Vgl. Bd. XII, Kap. LXXXIII, Anhang.

** Beteiligung und Mitwirkung als Zeichnungsstelle wurde schließlich von der Seehandlung und dem Finanzminister abgelehnt.

*** Vgl. Nr. 3976, S. 468, Fußnote *.

Als ich in meiner Audienz vom 23. v. Mts. auf die Notwendigkeit der sofortigen Erledigung dieser Frage hinwies, erklärte der Sultan sich bereit, der Gesellschaft den Hafenbau zu konzedieren, wünschte jedoch den Hafen lieber in Skutari als in Haidar Pascha zu haben. Ich entgegnete, daß, wie dem Sultan bekannt, die Gesellschaft sich lange Zeit hindurch um die Konzession für Skutari beworben habe, die auch sie vorzieht, aber ohne Erfolg. Nachdem die Pforte selbst sich für Haidar Pascha ausgesprochen, sei es unmöglich, wegen Skutari jetzt wieder von vorn anzufangen. Ich wolle suchen, den Wünschen des Sultans in der Weise entgegenzukommen, daß ich bei der Gesellschaft den Gedanken befürworte, sie möge auf die bedingungslos zu erteilende Konzession Haidar Pascha wieder verzichten, wenn in einer bestimmten kurzen Frist von etwa zwei oder drei Monaten ein neuer Vertrag bezüglich Skutari perfekt werde. Der Sultan erklärte sich mit diesem Gedanken, welchen ich vorher mit Herrn Zander besprochen hatte, einverstanden. Infolgedessen ist dann zwischen der Pforte und Herrn Zander vereinbart worden, daß die Konzession für Haidar Pascha bedingungslos erteilt wird, die Gesellschaft aber auf dieselbe verzichtet, wenn innerhalb drei Monaten ein neuer Vertrag bezüglich der Weiterführung der Bahn nach Skutari und der Erbauung eines Hafens daselbst perfekt wird. Diese Vereinbarung hat gleichzeitig mit dem Konventionsentwurf wegen Haidar Pascha die definitive kaiserliche Sanktion erhalten.

Damit ist ein großes Werk sichergestellt, welches für die Zukunft der Anatolischen Bahn, für den deutschen Handel und auch für die deutsche Schiffahrt von großer Bedeutung werden wird. Die endgültige Entscheidung zu unseren Gunsten enthält zugleich einen Erfolg gegenüber den französischen Treibereien, mit denen ich während eines ganzen Jahres zu kämpfen hatte, und die sogar in wiederholten Protestnoten des Herrn Cambon auf Grund angeblicher Benachteiligung der hiesigen französischen Quaigesellschaft ihren Ausdruck gefunden hatten.

Marschall

Nr. 3979

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 49 Pera, den 3. Februar 1899

Im Anschluß an Telegramm Nr. 39*.

Der französische Botschafter** hat in einer an die Pforte gerich-

---

* Siehe Nr. 3978.

** Constans, Nachfolger von P. Cambon seit Anfang Februar 1899. Über ihn siehe Bd. XII, Kap. LXXXIII, Nr. 3349.

teten Note gegen die der Anatolischen Eisenbahngesellschaft erteilte Konzession des Hafenbaus in Haidar Pascha protestiert und im Namen der hiesigen Quaigesellschaft die Pforte für allen Schaden, der dieser Gesellschaft aus dem Hafenbau entstehen wird, verantwortlich gemacht.

Tewfik Pascha, der mir dies mitteilt, wird die Note nicht beantworten, aus dem doppelten Grunde, weil der französischen Botschaft jedes Recht abgeht, im Namen einer ottomanischen Gesellschaft aufzutreten, und weil der Protest sachlich geradezu frivol ist. In der Tat ist nach dem klaren Wortlaut der seinerzeit der hiesigen Quaigesellschaft erteilten Konzession die letztere auf einen genau abgegrenzten Rayon auf der europäischen Seite des Bosporus beschränkt.

Marschall

Nr. 3980

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 17. März 1899

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät bitte ich über den gegenwärtigen Stand des Projektes einer Verlängerung der Anatolischen Bahnen bis Bagdad nachfolgendes alleruntertänigst melden zu dürfen.

Seit Euerer Majestät Rückkehr aus dem Heiligen Lande ist dieser Plan fortdauernd Gegenstand von Besprechungen und Verhandlungen zwischen dem Auswärtigen Amt und Herrn Siemens gewesen. Dem letzteren wurde eröffnet, daß von unserer Seite nicht nur keinerlei Bedenken gegen die Erweiterung des anatolischen Bahnnetzes bestünden, sondern daß wir im Gegenteil vollständig bereit seien, den Eisenbahnplan nach allen Richtungen hin zu fördern und bei der Pforte nachdrücklich zu unterstützen. Auch das preußische Finanzressort ist von mir in diesem Sinne verständigt und somit in die Lage versetzt worden, ausschließlich vom finanziellen Standpunkt aus den Antrag der Deutschen Bank zu prüfen, welcher dahin geht, die Mitwirkung der Königlichen Seehandlung bei der Emission des Aktienkapitals zu erlangen. Herr Siemens selbst glaubt erst dann auf eine endgültige Entscheidung der Königlichen Seehandlung rechnen zu dürfen, wenn er in der Lage gewesen sein wird, derselben die notwendigen Unterlagen vorzulegen, d. h. die Höhe der erforderlichen Geldmittel, die Art der Beschaffung und Verzinsung des Kapitals und die von der türkischen Regierung gegebenen Garantien näher zu bezeichnen. In letzterer Beziehung hat die Deutsche Bank bereits Anweisung erteilt, Verhandlungen mit der Pforte einzuleiten. Ebenso sind Beauftragte der Bank im Begriff, die Gegenden, welche die Bahn durchschneiden soll, zu bereisen und deren

merkantile Leistungsfähigkeit festzustellen. In Befolgung eines ihm erteilten Winkes hat Herr Siemens es ferner nicht unterlassen, sich mit englischen Regierungskreisen in Verbindung zu setzen und dieselben wegen Beförderung der englischen Post, auf deren Zuweisung die zukünftige Bahn hofft, zu sondieren.

Endlich gedenkt Herr Siemens noch vor Ostern Fühlung mit der englischen Finanz zu nehmen, um auch in diesen Kreisen Freunde für das Unternehmen zu gewinnen und eine systematische Gegnerschaft nicht aufkommen zu lassen.

Die letzte Besprechung über das Bahnprojekt hat auf Euerer Majestät Befehl am gestrigen Tage im Auswärtigen Amt stattgefunden. Nachdem Herrn Siemens mitgeteilt worden war, daß Euere Majestät sowohl bei Mr. Cecil Rhodes * als auch bei Sir Frank Lascelles Verständnis für die Allerhöchsten auf Kleinasien bezüglichen Pläne gefunden hätten, bestätigte Herr Siemens im wesentlichen die vorstehend ehrfurchtsvollst dargelegte Lage der Angelegenheit. Herr Siemens fügte indes im Hinblick auf die ihm gewordene Ermunterung zur rüstigen Inangriffnahme des Bahnbaues hinzu, daß er sich auf eine vorübergehend verlangsamte Realisierung seiner Pläne gefaßt machen müsse. Zwei Gründe seien es, welche ihn in diese Zwangslage versetzten. Erstens stehe Kleinasien unter dem Unglück einer durch Kälte und Trockenheit hervorgerufenen vollständigen Mißernte. Infolge derselben hätten sich die Betriebseinnahmen der Anatolischen Bahnen auf den dritten Teil gegen das Vorjahr vermindert. Die Mißernte äußere ihre verderbliche Wirkung nicht allein auf die Einnahmen unserer Bahnen, sondern auch in besonders schädigender Weise auf die Eingänge der türkischen Steuern. Da diese zum Teil in Zehnten beständen, so fielen sie an manchen Orten ganz aus. Der Augenblick sei deshalb schlecht gewählt, um mit Vorschlägen wegen Leistung von Garantien, ohne welche der Bau nicht unternommen werden könne, an die Pforte heranzutreten.

Zweitens, so führte Herr Siemens weiter aus, lägen unsere heimischen Finanzverhältnisse gerade gegenwärtig nicht glücklich für das Unternehmen. Abgesehen von der bestehenden Versteifung des Geldmarktes vermag sich Herr Siemens der Befürchtung nicht zu erwehren, daß die von gewissen Kreisen ausgehende fortdauernde Bekämpfung ausländischer Anlagen einen abschreckenden Einfluß auf das Kapitalistenpublikum ausübe und dessen Aufnahmefähigkeit für Werte, wie die Anatolische Eisenbahn sie repräsentiert, schwäche. Im Interesse des Unternehmens hielte er deshalb ein gewisses Temporisieren für angebracht. Auf die Herrn Siemens ausgesprochene Erwartung auf

---

* Cecil Rhodes hatte gegen den 10. März in Berlin geweilt, um mit dem Auswärtigen Amt über die Anlage zunächst einer Telegraphenlinie vom Kap bis zum Nil, die Deutschostafrika berühren sollte, zu verhandeln. Vgl. Kap. XCVI, Nr. 4045 nebst Fußnote *, S. 581.

das bestimmte und möglichst baldige Zustandekommen des Projekts erwiderte derselbe, daß er nach wie vor unentwegt das Ziel verfolge, und daß er es um so sicherer zu erreichen hoffe, wenn er den zurzeit bestehenden ungünstigen Verhältnissen Rechnung trüge.

Euere Majestät hatten die Gnade, mir durch General von Hahnke ein Schreiben des Major Morgen huldreichst übermitteln zu lassen, in welchem letzterer vorschlägt, von der Türkei das Fluß- und Mündungsgebiet des Euphrat-Tigris als exklusive Interessensphäre für uns zu verlangen. Die Frage der Errichtung einer deutschen Schiffahrtsgesellschaft auf dem Tigris habe ich gleichfalls mit Herrn Siemens erörtert. Derselbe machte darauf aufmerksam, daß, bevor nicht die Bahnkonzession bis Bagdad sicher in unseren Händen sei, und bevor wir nicht mit dem Bau begonnen hätten, es seines Erachtens dringend ratsam sei, die Herstellung einer deutschen Schiffslinie auf dem Tigris nicht zu berühren; die Aktien der jetzt außer einer sehr mangelhaften türkischen Gesellschaft den Schiffsverkehr zwischen Bagdad und Basra unterhaltenden englischen „Euphrates and Tigris Steam Navigation Company" befänden sich nämlich zum größten Teil im Besitz der indischen Regierung. Mit Sicherheit würde dieselbe, falls sie ihren Schiffsbesitzstand auf den mesopotamischen Strömen durch unsere Konkurrenz jetzt bedroht sähe, Front gegen unsere Eisenbahnpläne machen und das Colonial Office gegen uns in Harnisch bringen. Herr Siemens hält es deshalb für taktisch zweckmäßig, erst nach Lösung der Eisenbahnfrage der Schiffahrtsfrage näherzutreten. Neben diesen auf praktischem Gebiete sich bewegenden Gründen des Herrn Siemens, welche gegen den Vorschlag des Major Morgen sprechen, wage ich alleruntertänigst noch hervorzuheben, daß sich dieser Vorschlag nicht in Einklang befindet mit der von Euerer Majestät Allerhöchst vorgezeichneten und erfolgreich eingeleiteten Politik der „offenen Türen". Durch die Proklamierung des entgegengesetzten Prinzips für Mesopotamien würden wir uns in Widerspruch mit den englischen Anschauungen setzen und statt englischer Mithülfe zu begegnen, würden wir ohne zwingende Not einen Widerstand hervorrufen, welcher uns die Erreichung der vorgesteckten Ziele erschwerte. Denn als erste Aufgabe, die unserer in Kleinasien harrt, muß wohl die Verlängerung der Anatolischen Bahnen bis Bagdad angesehen werden. Auf der glücklichen Lösung dieser Frage, deren Herbeiführung ich auf das angelegentlichste weiter verfolgen werde, wird sich in Zukunft die Erweiterung unseres Handelsverkehrs und die Erschließung des Landes für die deutschen Gesamtinteressen aufzubauen haben.

B. von Bülow

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Einverstanden 18/III 99 W.

Nr. 3981

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 108 Pera, den 23. März 1899

Heute mittag ist gemäß eines Kaiserlichen Iradees von dem Bautenminister und Dr. Zander die Konvention samt Tarifen, Bedingnisheft und Plänen unterzeichnet worden, auf deren Grund der Anatolischen Bahngesellschaft die Konzession zur Erbauung eines Hafens in Haidar Pascha sowie die Errichtung von Docks und Entrepôts daselbst unter den von der Gesellschaft gewünschten Bedingungen erteilt wird. Der Rückkauf des Hafens seitens des türkischen Staats kann erst nach 30 Jahren und nur gleichzeitig mit dem Rückkauf der gesamten Anatolischen Bahnlinie erfolgen.

Die französische Botschaft hat bis zum letzten Augenblick alles aufgewandt, um die Unterzeichnung der Konvention zu hintertreiben, die mehrfachen Demarchen des französischen Geschäftsträgers* sind jedoch im Palais und bei der Pforte ebenso erfolglos geblieben wie die verschiedenen sehr energischen Telegramme en clair, die zwischen hier und Paris gewechselt wurden. Der neue Bautenminister Zihni Pascha hat von Anfang an die Gerechtigkeit der deutschen Forderungen anerkannt und dieselben in der uneigennützigsten Weise und mit großer Energie gegen den franzosenfreundlichen Teil seiner Kollegen vertreten. Der giftige Leitartikel, welchen der „Temps“ vom 20. d. Mts. gegen den Sultan und die Pforte enthält, ist wohl schon als eine Quittung der erlittenen Niederlage zu betrachten.

Die von der englischen Botschaft gewünschte Klausel zum Schutz des englischen Kirchhofs ist in die Verabredungen n i c h t aufgenommen worden, nachdem Dr. Zander ein bezügliches Ansinnen unter Hinweis darauf abgelehnt hatte, daß der deutsche Botschafter mit dieser Angelegenheit befaßt sei und die Gesellschaft sich den Wünschen fügen werde, die von dieser Seite an sie gelangen werden.

Die Gesellschaft wird sofort mit dem Bau beginnen, für den die Lieferungsgeschäfte bereits abgeschlossen sind. Sie wünscht angesichts der für Anatolien in diesem Jahr zu erwartenden reichen Ernte bereits bis zum Eintritt des Winters einen schützenden Damm gegen den Südwind herzustellen, um die Einschiffung des Getreides sicherzustellen. Die Klausel, daß, wenn innerhalb dreier Monate eine Vereinbarung wegen Erbauung des Hafens in Skutari zustande kommt, auf diejenige in Haidar Pascha verzichtet wird, hat keine praktische Bedeutung, da

* Botschaftsrat Bapst.

dieselbe lediglich dem Kriegsminister zuliebe aufgenommen wurde, und sich außer diesem niemand für Skutari interessiert.

Absatz 1 dieses Telegramms wäre als Konstantinopler Telegramm für Wolff geeignet.

Marschall

Nr. 3982

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 167 St. Petersburg, den 5. April 1899

Graf Murawiew nahm heute Gelegenheit, die Frage wegen der an deutsche Unternehmer erteilten Konzession des Hafenbaus in Haidar Pascha * zu berühren.

Der Minister leitete das Gespräch damit ein, daß er fragte: „Qu'est-ce-que c'est avec votre concession là à Haidar Pascha?" Sie, die Deutschen, schaffen sich in jenen Gegenden immer mehr ökonomische Interessen, und ich kann mich der Besorgnis nicht entschlagen, daß sie eines Tages mit den russischen Interessen dort in Kollision treten könnten [1], was ja bisher glücklicherweise noch nirgends der Fall gewesen ist. Deutschland werde im gegebenen Moment seine wirtschaftlichen Unternehmungen zu verteidigen genötigt sein, und diese Verteidigung werde sich dann gegen Rußland richten, welches in den in Frage stehenden Gegenden seinerseits wichtige Interessen zu verfolgen habe [2]. Graf Murawiew fügte hinzu, er spreche hier allerdings nicht von der unmittelbaren Gegenwart, doch halte er es für seine Pflicht, schon jetzt unsere Aufmerksamkeit auf diesen Punkt zu lenken.

Ich war durch den hohen Erlaß Nr. 172 vom 24. v. Mts. ** in den Stand gesetzt, den Minister über unsere Absichten bei der Erwerbung der Konzession in Haidar Pascha und über die etwa von ihm befürchteten nachteiligen Folgen in bezug auf unser gegenseitiges politisches Verhältnis zu beruhigen.

Daß wir nur kommerzielle Ziele bei unseren Unternehmungen in der Türkei im allgemeinen und in Haidar Pascha im besonderen verfolgten, gebe er selbst zu, entgegnete ich. Wie könne er Deutschland daraus einen Vorwurf machen? Sollten wir, die wir neuer Absatzgebiete für unsere Industrie und Anlagen für unsere Kapitalien bedürften, mit verschränkten Armen zusehen, wie England und Frankreich die besten Unternehmungen vor unseren Augen wegnehmen?

---

* Vgl. Nr. 3981.

** Siehe Kap. XCV, Nr. 4015.

Wenn er, der Minister, die Ansicht ausgesprochen habe, er fürchte, wir würden in Zukunft einmal gezwungen sein, unser Unternehmen in Haidar Pascha und andere in diesen Gegenden zu verteidigen und dadurch in einen politischen Gegensatz zu Rußland hineingezogen werden, so könne ich die Richtigkeit dieser Voraussicht nicht anerkennen. Gesetzt den Fall — um gleich die äußerste Konsequenz der russischen Interessenansprüche zu ziehen — Rußland setze sich mit Gewalt in den Besitz der Länder um Konstantinopel, so würden meines Erachtens die Aktionäre der Unternehmungen von Haidar Pascha und der Anatolischen Bahn dieses Ereignis in seinen Folgen im Gegenteil mit Freuden begrüßen [3], da mit dem Übergang der Herrschaft über jene Länder aus türkischem in russischen Besitz der Verkehr auf der Bahn und im Hafen sich jedenfalls besser entwickeln und reicheren Gewinn abwerfen werde. Die Anatolische Bahn und ihr Hafen seien Unternehmungen deutscher privater Aktiengesellschaften, die gewiß unter russischer Herrschaft ebenso prosperieren würden wie die schon jetzt in Rußland bestehenden gleichen Etablissements [4].

Graf Murawiew verließ, ohne hierauf mit etwas anderem zu entgegnen als mit dem selbstverständlichen Protest gegen etwaige russische Eroberungsabsichten, das allgemeine Thema und fragte mich speziell, um was es sich bei der Konzession in Haidar Pascha handele. Ich fragte meinerseits, ob er die dortigen geographischen Verhältnisse aus eigener Anschauung kenne, und als er dies verneint, bat ich den Minister um die Erlaubnis, ihm, falls er keinen Atlas zur Hand habe, die Lage, wenn auch nur unvollständig, aus dem Gedächtnis aufzeichnen zu dürfen.

Ich setzte hierauf dem Grafen Murawiew eingehend auseinander, welche Unzuträglichkeiten dem Handel daraus erwachsen seien, daß die Bahn in einen völlig flachen Meerbusen einmünde, der kostspielige Umladung und weiten Transport in Mahonen nötig mache usw.

Besonders aufmerksam machte ich den Minister auf die weite Entfernung zwischen den Hafenanlagen in der Bucht von Haidar Pascha und den europäischen Ufern des Bosporus und dem Goldenen Horn, nachdem er die Quelle, woher die ganze Anregung stammt, durch die Frage verraten hatte, ob wir auch Quais bauen wollten [5]!

Weiter fragte Graf Murawiew, ob wir nicht in Haidar Pascha einen großen Tunnel bauen müßten, worauf ich auseinandersetzte, daß, soviel ich wisse, diese Tunnelfrage mit der Hafenanlage nichts gemein habe, sondern mit der weiteren Frage im Zusammenhange stehe, ob außer dem Bahnhofe in Haidar Pascha noch ein anderer Bahnhof in Skutari anzulegen sein würde, um den Passagieren die lästige, lange und bei Südwind nicht immer ausführbare Fahrt von Stambul nach Haidar Pascha um die Skutarihalbinsel herum zu ersparen.

Endlich fragte Graf Murawiew noch, ob wir nicht einen Anschluß mit englischen Bahnen dort im Sinne hätten? — Englische Bahnen in

jenen Gegenden seien mir durchaus unbekannt, entgegnete ich. Ich vermute, der Minister habe vielleicht die Verbindung zwischen der Strecke Eski-Schehir—Konia mit der englischen Smyrna—Kassababahn im Sinne. Diese liege aber einerseits geographisch doch etwas weit ab, da sie noch südlich von Smyrna geplant sei, und zweitens betrieben wir diese Verbindung keineswegs. Im Gegenteil: wie er sich aus meiner Aufzeichnung überzeugen werde, hätten wir Interesse daran, daß diese Verbindung nicht ins Leben trete, da mit ihr der Weg von dem südöstlichen Teile der deutschen Bahn zum Meere abgekürzt und ein großer Teil des Verkehrs von dem Wege über Eski-Schehir und Haidar Pascha dadurch abgelenkt werden würde.

Radolin

Nachschrift

Nachdem ich vorstehenden Bericht geschrieben, lese ich in der „Kölnischen Zeitung" vom 4. d. Mts., daß in dem Vertrage der Anatolischen Eisenbahngesellschaft und der Pforte wegen der Hafenkonzession in Haidar Pascha unter gewissen Modalitäten auch die Weiterführung der Bahn bis Skutari, Anlage von Quais bis dorthin und Verlegung der Hafenanlagen von Haidar Pascha nach Skutari stipuliert ist.

Ich hatte bisher von diesen Bestimmungen keine Kenntnis und darf Euerer Durchlaucht Ermessen gehorsamst anheimstellen, mich mit hochgeneigter Weisung für den Fall versehen zu wollen, daß es deroseits für erforderlich erachtet werden sollte, dem Grafen Murawiew gegenüber auf die Sache zurückzukommen und eine Richtigstellung dieser Detailfragen herbeizuführen.

Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] ! Wenn Mouraview sich vorsieht wird es nicht dazu kommen!
[2] ist nicht wahr! keine ökonomischen
[3] richtig
[4] gut
[5] der Gallier!

Nr. 3983

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 142 Pera, den 12. April 1899

Mein französischer Kollege hat mich heute nach seiner Rückkehr aus Paris aufgesucht. Unsere Unterhaltung betraf zunächst einige schwebende wirtschaftliche Spezialfragen. Herr Constans war jedoch

sichtlich bemüht, der Konversation eine breitere Basis zu geben. Seine bezüglichen Ausführungen fasse ich dahin zusammen, daß er mir hinsichtlich wirtschaftlicher Unternehmungen in der Türkei eine „entente" zwischem deutschem und französischem Kapital vorschlug.

Der Botschafter verwahrte sich gegen die Annahme, daß er der Bewilligung des Hafens in Haidar Pascha entgegengearbeitet habe. Wenn die Quaigesellschaft dies getan, so bedauere er es. Er habe dem Sultan nur gesagt, daß die Erbauung jenes Hafens der französischen Gesellschaft schaden werde und er darum eine Kompensation für dieselbe für billig halte. Unsere Interessen blieben dabei, da es sich nur um eine andere Verteilung der Einnahmen zwischen der Gesellschaft und der Regierung handele, unberührt. Daran anknüpfend sagte Herr Constans, er sehe nicht ein, warum Deutsche und Franzosen sich hier in wirtschaftlichen Fragen bekämpften und sich dadurch zum Vorteil der Türken gegenseitig schädigten. Offenbar beabsichtige England sich hier vollkommen zu desinteressieren und sein Kapital allmählich aus türkischen Unternehmungen herauszuziehen [1]. Damit sei für Franzosen und Deutsche der Moment gekommen, sich wirtschaftlich zu verständigen. Er gebe zu, daß wir gegenwärtig hier der stärkere Teil seien und das, was wir wollten, auch erreichen könnten [2]. Aber wir würden im Konkurrenzkampf mit Frankreich ungünstigere Bedingungen eingehen müssen als im Falle einer Entente. So stark Deutschland gegenwärtig hier sei, so nützlich könne es für uns werden, wenn wir bei kommenden Eventualitäten gemeinschaftlich mit einer anderen Macht unsere wirtschaftlichen Unternehmungen schützen könnten. Frankreich habe eben in Faschoda die traurige Erfahrung gemacht, wie ein alleinstehender Staat große wirtschaftliche Ziele aufgeben müsse, um einen Krieg zu vermeiden*. Noch ein anderer Grund spreche für eine Verständigung: Wenn wir beispielsweise zwei- bis dreihundert Millionen francs [3] für Bau von Eisenbahnen, z. B. Syrien (!) [4], aufbringen wollten, so würde dies leichter und unter besseren Bedingungen geschehen, wenn sich auch französisches Kapital dabei beteiligte [5], weil der Kapitalist dann gewiß sei, daß zwei Großmächte zum eventuellen Schutz der Unternehmungen eintreten würden. Die französische Finanzwelt habe nicht im geringsten Lust, sich mit der Deutschen Bank in einen Kampf einzulassen, und er glaube auch, daß die letztere gern mit französischem Kapital [6] zusammenarbeiten werde. Herr Constans wies dabei auf das Konzessionsgesuch des Herrn Cotard. Derselbe werde niemals das nötige Geld für eine garantielose Bahn nach Bagdad [7] aufbringen, aber solche Gesuche seien wohl imstande, die Bestrebungen der Deutschen Bank zu erschweren. Der Botschafter versicherte, daß er Herrn Delcassé in diesem Sinne gesprochen und dessen volles Einverständnis dafür erhalten habe.

---

* Vgl. Kap. XCIII.

Ich habe Herrn Constans wohlwollend angehört und ihm gesagt, daß unsererseits niemals gegen französische Unternehmungen [ein Kampf] * geführt worden sei, wie z. B. jüngst von der Quaigesellschaft gegen uns, und daß wir selbst dann keinen Einspruch gegen französische Unternehmungen erhoben hätten, wenn sie den unserigen nachteilig gewesen, z. B. Smyrna-Kassaba. Übrigens sei es stets deutsche Politik auch auf wirtschaftlichem Gebiet gewesen, eine billige Verständigung dem vorzuziehen.

Die gewünschte „entente" soll vermutlich zunächst wegen der Angelegenheit der Aïdiner Bahn eintreten, deren geplanter Verkauf an die Anatolier die Franzosen schwer bedrückt, und sodann bezüglich der Bagdader Bahn fortgesetzt werden. Auffallend war mir, daß Herr Constans, als er von deutscher Unternehmung sprach, auf Syrien exemplifizierte. Vielleicht sollen wir mithelfen, Beirut-Damaskurs zu sanieren [8].

Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

1 ?!
2 ja wir müssen nur wollen!
3 Die Summe stimmt mit der für die Euphratlinie
4 Das war ein ganz kluger Fühler
5 Das bezweifle ich doch!
6 ?
7 Die bauen wir!
8 Aber lieber Herr Botschafter! Dazu braucht man doch nicht 300 Mill[ionen]! Das Wort Syrien war nur ein vaguer Begriff! Die Euphratlinie war gemeint! W.

Nr. 3984

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 144 — Pera, den 14. April 1899

Der Sultan läßt mir soeben sagen, Herr Nagelmakers habe an das Palais telegraphiert, daß er demnächst hier eintreffen werde, um über den Ankauf der Aïdinbahn zu verhandeln, und daß er hierfür die Unterstützung der Regierung erbitte. Der Sultan macht mich darauf aufmerksam, daß hier eine Intrige beabsichtigt sei zu dem Zweck, die Anatolische Eisenbahn zu schädigen.

Ich höre, daß der Plan des Herrn Nagelmakers dahin geht, daß türkische Regierung mit Hülfe eines Anlehens, das ihr französische Finanziers geben, die Aïdinbahn ankauft und den Betrieb französischer Kassabalinie überträgt.

Marschall

---

* Für fehlende Zifferngruppe eingefügt.

Nr. 3985

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 162 Pera, den 3. Mai 1899

Herr Nagelmakers, der letzten Sonnabend hier eingetroffen ist, hat mich heute aufgesucht und mir folgendes gesagt: Er bedauere lebhaft, daß man ihn in Berlin für gereizten Gegner deutscher Unternehmungen im Oriente halte, während er umgekehrt die Ansicht vertrete, daß das deutsche und französische Kapital sich hier zu gemeinsamer Arbeit verständigen müßte. In der Frage des Ankaufs der Aïdinbahn komme ihm die Priorität zu, da er schon vor längerer Zeit der englischen Gesellschaft Vorschläge wegen Ankauf der Linie gemacht habe. Nachdem dann D. Siemens mit seinen Vorschlägen hervorgetreten, sei er als Hauptinteressent der Kassabalinie gezwungen gewesen, gegen dieses Geschäft Opposition zu machen, da der Übergang der Aïdinlinie an die Anatolier mit der dann unausbleiblichen Herstellung der Verbindung von Diner nach Tschai die Kassabalinie auf das schwerste schädigen würde. Er hege noch heute die Ansicht, daß eine Verständigung mit der Deutschen Bank die einzig richtige Lösung der Frage sei, da aus dem Konkurrenzstreit nur die Engländer Nutzen ziehen würden. Herr Nagelmakers bemerkte weiter, daß angesichts des lebhaften Wunsches des Sultans, die Anatolische Bahn bis Bagdad zu verlängern, eine Verständigung zwischen deutschen und französischen Kapitalisten ihm notwendig erscheine, um eine für beide Teile schädliche Konkurrenz, von der nur die Türken Vorteil ziehen würden, zu vermeiden. Das belgische Kapital werde einen geeigneten Vermittler zwischen dem deutschen und dem französischen Kapital bilden. Soviel er wisse, sei Herr Constans einer solchen Verständigung sehr geneigt.

Ich habe Herrn Nagelmakers erwidert, daß die Angelegenheit der Aïdinbahn zurzeit nicht hier, sondern zwischen Berlin und London verhandelt werde und mir die Details derselben nicht bekannt seien. Was die weitere von ihm angeregte Frage betreffe, so könne ich ihm nur sagen, daß Deutschland in allen wirtschaftlichen Dingen eine billige Verständigung dem Kampfe vorziehe, und ich mich sehr freuen werde, Tatsachen zu sehen, welche auf französischer Seite den ernsten Willen einer Verständigung erkennen ließen. Der völlig grundlose französische Widerstand gegen den Hafenbau in Haidar Pascha und in jüngster Zeit das Konzessionsgesuch des Herrn Cotard für Bagdad hätten bisher in mir einen gegenteiligen Eindruck hervorgerufen. Der Gedanke einer Verständigung zwischen französischem und deutschem Kapital, d. h. zwischen der Deutschen Bank und der Ottomanischen Bank bezüglich des Eisenbahnbaues nach Bagdad überrasche mich

einigermaßen, nachdem Herr Cotard, hinter dem doch die Ottomanische Bank stehe, eben einen Schritt getan, der die Absicht verfolge, den Anatoliern das Spiel zu verderben. Ich würde mich sehr freuen, wenn in diesen Beziehungen andere Tendenzen vorwalteten, möchte aber bemerken, daß die Kaiserliche Regierung prinzipiell keine wirtschaftlichen Unternehmungen unterstütze, welche den Charakter von Börsenspekulationen nach [Art] der von der Ottomanischen Bank unter der Leitung von Sir E. Vincent ins Leben gerufenen Schöpfungen trügen, sondern nur solche, bei welchen das deutsche Kapital durch eine rationelle Entwickelung des Landes zu verdienen beabsichtige. Herr Nagelmakers, der allen Anlaß hatte, diese Bemerkung auch auf sich zu beziehen, stimmte mir in diesem Punkte unter scharfem Tadel gegen Sir E. Vincent mit förmlicher Begeisterung zu.

Daß in den nächsten Tagen in Berlin Verhandlungen zwischen Delegierten der Ottomanischen Bank und Dr. Siemens über die obigen Angelegenheiten stattfinden werden, ist mir bekannt. Vermutlich hängt damit die Tatsache zusammen, daß Herr Nagelmakers bereits morgen von hier wieder abreist.

Marschall

Nr. 3986

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Mühlberg

Nr. 69 Berlin, den 4. Mai 1899

Mit Bezug auf Telegramm Nr. 162*.

Mit der Haltung, welche Ew. pp. Herrn Nagelmakers gegenüber eingenommen haben, sowie mit den Erwiderungen, welche demselben von Ihnen zuteil geworden sind, bin ich ganz einverstanden. Wir haben prinzipiell nichts dagegen, wenn französisches bzw. belgisches Kapital sich an den deutschen Unternehmungen im Orient beteiligen will. Bei seiner hiesigen Anwesenheit ist Herr Berger** mit gleichen Anerbietungen an Herrn Siemens herangetreten und hat Entgegenkommen gefunden. Wir haben den Standpunkt des Herrn Siemens unter der Voraussetzung gebilligt, daß durch die Mitarbeit des französischen Kapitals der deutsche Einfluß auf die betreffenden Unternehmungen keine Einbuße erleide. Sollte Ihr französischer Kollege noch einmal die Frage eines Zusammenwirkens des deut-

* Siehe Nr. 3985.
** Kapitän Berger, Präsident der türk. Dette publique in Konstantinopel, früher franz. Militärattache in Konstantinopel; vgl. Nr. 3961.

schen und französischen Geldes zum Gegenstand der Unterhaltung mit Ihnen machen, so können Ew. pp. sich dahin aussprechen, daß wir solcher Gemeinschaft keinen Widerstand entgegensetzen, sondern es im Gegenteil nur für vorteilhaft erachten würden, wenn unsere beiden Länder ihre wirtschaftlichen Interessen im Orient gemeinsam verfolgten, anstatt miteinander rivalisierend sich gegenseitig auf diesem Gebiete zu bekämpfen.

Bülow

Nr. 3987

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 188 Therapia, den 30. Mai 1899

Dr. Zander hat gestern das Konzessionsgesuch für die Verlängerung der Anatolischen Eisenbahn von Konia nach Bagdad und Bassorah im Palais eingereicht.

Ich höre, daß die Chancen für die Bewilligung der Verlängerung von Konia aus, welcher die Anatolische Bahngesellschaft wegen der um zirka 500 Kilometer kürzeren Linie und der geringeren technischen Schwierigkeiten stets den Vorzug vor derjenigen von Angora aus gegeben hat, insofern günstigere geworden sind, als der Kriegsminister * und Zeki Pascha ** sich bereit erklärt haben sollen, ihre militärischen Bedenken gegen die Konialinie aufzugeben.

Marschall

Nr. 3988

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 105 Therapia, den 6. Juni 1899

Die jüngst zwischen deutschen und französischen Finanzleuten getroffene Vereinbarung *** über gemeinsames Vorgehen bezüglich der

* Risa Pascha.

** Chef des türkischen Artilleriewesens.

*** Zwischen der Deutschen Bank und der Anatolischen Eisenbahngesellschaft einerseits und der Kaiserlichen Ottomanbank und der Regie Générale des chemins de fer andererseits war am 5. und 6. Mai 1899 über den gemeinsamen Betrieb der Anatolischen Bahn und der Smyrna-Kassababahn sowie über die Fortführung der kleinasiatischen Linien in der Richtung nach Bagdad und Basra ein Übereinkommen abgeschlossen worden, mit der Maßgabe, daß bei der Fortführung der Bahnlinien nach Bagdad und Basra die Gruppe der

Eisenbahnbauten in Kleinasien wird begreiflicherweise viel besprochen. In deutschen Kreisen herrscht Befriedigung darüber, daß es gelungen ist, die Mitwirkung der französischen Finanzwelt für jene Unternehmungen zu gewinnen, ohne die deutsche Präponderanz bei denselben preiszugeben; die Franzosen freuen sich, daß nach der verlorenen Schlacht von Haidar Pascha* sie einen ehrenvollen Frieden mit uns geschlossen und durch die Vereinbarung mit uns eine Schutzwehr sich geschaffen, hinter der sie ihre wirtschaftlichen Interessen vor der Rücksichtslosigkeit des russischen Bundesgenossen gesichert glauben[1]. Offenes Mißvergnügen bekunden die Russen. Herr Maximow** hat bereits seinem gepreßten Herzen in deutschfeindlichen Ergüssen an einige Zeitungskorrespondenten Luft gemacht. Aber auch andere Mitglieder der russischen Botschaft sollen, wie ich höre, sich sehr abfällig über das äußern, was jüngst in Berlin verabredet worden. Der Ärger ist nicht überraschend, er entspringt einer richtigen Beurteilung der Sachlage.

Die dermalige amtliche russische Orientpolitik ist diktiert durch ein tiefgehendes Bedürfnis, in Europa ernste Komplikationen zu vermeiden. Rußland sucht die Begehrlichkeiten der unzufriedenen Balkanvölker niederzuhalten, weil es fürchtet, durch seine eigene Tradition in einen Krieg gezogen zu werden, den es in diesem Augenblicke nicht führen will und nicht führen kann. Die Meerengenfrage, die noch vor kurzem die österreichisch-ungarischen Politiker weit über Gebühr erregt hat, ist vollkommen in den Hintergrund getreten. Ich wüßte nicht, was Rußland heute bewegen sollte, diese Frage anzuregen oder gar durch einen Gewaltakt einen Zustand zu ändern, der zwar nicht panslawistischen Zukunftsträumen entspricht, aber den russischen Interessen dienlich ist. Mit der freiwilligen Flotte passieren in Friedenszeit russische Soldaten und russisches Kriegsmaterial ungehindert die Meerengen, wird aber Rußland in einen Krieg mit einem maritim überlegenen Gegner verwickelt, so gewährt ihm die Schließung der Meerengen Schutz für die Flotte und die Küste des Schwarzen Meeres. Ob Rußland, wenn es ihm gelänge, sich durch einen Gewaltstreich zum Herren der Hauptstadt des Türkischen Reiches zu machen, dadurch einen Zuwachs an politischer und militärischer Macht erführe[2], ist doch eine recht zweifelhafte Frage.

Niemand wird sich freilich darüber täuschen, daß die russische Orientpolitik, wenn sie heute durch den Wunsch beherrscht wird, ernste Komplikationen zu vermeiden, darum doch keine konservative in dem

---

Ottomanbank mit 40%, die Gruppe der Deutschen Bank mit 60% beteiligt werden sollte.

* Gemeint ist der Wettbewerb um die Konzession des Hafenbaus von Haidar Pascha, die die Anatolische Eisenbahngesellschaft am 23. März 1899 erhalten hatte. Vgl. Nr. 3981.

** Erster Dragoman der russischen Botschaft.

Sinne geworden ist, daß sie die Erhaltung und Befestigung des heutigen Rechtszustandes im Oriente anstrebte. Man kann im Gegenteile sagen, daß Rußland unentwegt die allmähliche Zersetzung des ottomanischen Staatsgebildes als Ziel vor Augen hat[3]. Wie man sich die einstige Erbschaft dieses Reiches vorstellt, ob man dabei als Haupterbe oder Teilerbe aufzutreten gedenkt, darüber Betrachtungen anzustellen ist um so mehr verfrüht, als in dieser Beziehung an maßgebender russischer Stelle bestimmte Ziele kaum vorhanden sind. Um die gegenwärtige russische Politik zu kennzeichnen, genügt die Feststellung, daß Rußland, während es die Politik des Status quo verkündet, unablässig die Vorbereitungen trifft, um denselben eines Tages mit möglichster Leichtigkeit umzustoßen.

Dem Verfall des Türkischen Reiches dient zunächst das negative Mittel, daß von russischer Seite der militärischen und wirtschaftlichen Stärkung des Reiches systematisch entgegengearbeitet wird. Die russische Gegnerschaft gegen türkische Militärausgaben, gegen Verstärkung der Flotte, Befestigung des Bosporus ist bekannt. Nicht minder der Widerstand gegen alle ernstlichen Versuche, die türkischen Finanzen zu sanieren. In frischer Erinnerung ist die Tatsache, daß Kaiser Nikolaus bei seinem Besuche in Paris* die Entsendung eines russischen Delegierten zur Dette publique und damit den ersten Schritt zur Umgestaltung derselben zu einer wirksamen Kontrollinstanz zugesagt, das Petersburger Kabinett aber auf dringende Vorstellungen Nelidows[4] die Entbindung des Zaren von diesem Versprechen in Paris erwirkt hat. Unter den positiven Mitteln, welche Rußland zu jenem Zwecke anwendet, steht gegenwärtig im Vordergrunde der Versuch, die Einheit der griechisch-orthodoxen Kirche des Türkischen Reiches durch Einführung des Nationalitätsprinzips zu zerstören, dadurch die zentrifugalen Elemente des Reiches zu stärken und dieselben sich dienstbar zu machen. Ich habe an anderer Stelle berichtet, wie diese russischen Bestrebungen die seltsame Frucht gezeitigt haben, daß das ökumenische Patriarchat bei dem Haupte der mohammedanischen Religion Schutz gegen das heilige Rußland sucht.

Die Schwächen der türkischen Verwaltung, vor allem die Unordnung in den Finanzen sind zweifellos geeignet, die russischen Bestrebungen zu fördern. Dazu kommt die fortgesetzte Vermehrung der Bevölkerung durch christliche Elemente, die zum großen Teile moralisch von so schlechter Qualität sind, daß sie selbst auf ein stärkeres Staatswesen eine zersetzende Wirkung ausüben würden[5]. Diese Elemente sind der russischen Propaganda um so zugänglicher, als ihre religiösen Empfindungen durch reichliche Geldspenden erweckt und gestärkt werden. Den russischen Bestrebungen schienen vollends die Wege geebnet durch zwei Vorgänge der letzten Jahre: den Verzicht

* 6.—8. Oktober 1896; vgl. Bd. XI, Kap. LXXI, Nr. 2864 ff.

Englands auf seine einstige konservative Orientpolitik und die russisch-französische Allianz, welche Frankreich als selbständigen Träger einer Orientpolitik verschwinden ließ. Es fehlt jedoch nicht an Umständen, die nach entgegengesetzter Richtung wirken. Herr Maximow hat bramarbasiert, wenn er davon sprach, daß die Türkei heute in der Macht Rußlands stehe. Ein Korn Wahrheit liegt leider insofern in diesem Ausspruche, als die türkische Marine sich in einem unbeschreiblich kläglichen Zustande befindet und der Bosporus der russischen Flotte des Schwarzen Meeres offen steht. Eine russische Drohung mit Gewalt würde hier einen Eindruck hervorrufen, dem wenigstens für den ersten Augenblick keine andere Macht ein Paroli zu bieten vermöchte. Andererseits weiß Rußland, daß in der wehrhaften muselmanischen Bevölkerung ein gewaltiges Element des Widerstandes und ein starker Faktor für Erhaltung des Ottomanischen Reiches noch immer vorhanden ist. Die schlechte Laune der Russen ist ungekünstelt, wenn sie Deutschland schelten, weil es durch Instruktoren und treffliches Kriegsmaterial die Stärkung der türkischen Armee unterstützt*.

Das russische Selbstgefühl ist freilich so groß, daß die militärische Stärkung der Türkei wohl Ärger, aber keine ernstliche Sorge hervorrufen wird. Anders liegt die Sache mit den wirtschaftlichen Vorgängen im Türkischen Reiche. Auf diesem Gebiete ist Rußland insofern wehrlos, als es für seine eigene Industrie fremder Kapitalien bedarf, von der Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmungen in fremden Ländern also ausgeschlossen ist. Wie alles in der Türkei, so geht auch die wirtschaftliche Entwickelung nur langsam voran. Sultan Abdul Hamid ist kein Mann des Fortschrittes. Der Überzeugung, daß die heutige Zeit im Zeichen des Verkehres stehe, hat er sich lange verschlossen. Er hat allmählich die Unentbehrlichkeit der modernen Kommunikationsmittel vom militärischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte aus eingesehen und erkennt den Nutzen, den sie der Gesamtheit bringen, um so eher an, wenn seine persönlichen Interessen dabei gefördert werden. Schließlich hat bei ihm der Gedanke doch Eingang gefunden, daß vor allem in Kleinasien der Bau von Eisenbahnen eine Notwendigkeit geworden, um die Mobilisierung der Armee zu sichern und die reichen Hülfsquellen des Landes zu erschließen. Damit ist eine Entwicklung angebahnt, die Rußland, weil sie der Stärkung des Türkischen Reiches dient, nicht wünschen kann, aber zu hindern außerstande ist.

Diese Entwicklung wird sich nur allmählich vollziehen, es werden Jahre, vielleicht Jahrzehnte darüber hingehen, bis das, was jetzt geschaffen wird, einen vollen Ertrag gewährt. Ereignisse der mannigfachsten Art können unterbrechend und störend einwirken. Aber schon jetzt stellt sich den russischen Tendenzen auf Verfall des Türkischen

---

* Vgl. Bd. XII, Kap. LXXXIII.

Reiches e i n bedeutsamer Faktor entgegen. Ich finde denselben in dem Umstande, daß alle großen wirtschaftlichen Unternehmungen in der Türkei mit fremdem Kapitale gegründet sind. Industrielles Kapital verlangt in erster Reihe Stabilität der politischen Zustände des Landes, in welchem es angelegt ist. Je mehr fremdes Kapital also türkischen Unternehmungen zufließt, um so weiter zieht sich der Kreis des Interesses an dem Fortbestand des Türkischen Reiches[6]. Und die Präponderanz der wirtschaftlichen Interessen, welche eine Signatur der heutigen Zeit bildet, zwingt mit einer gewissen elementaren Gewalt die Staaten, welchen jene Kapitalien entstammen, zu einer erhaltenden Orientpolitik und damit zu einer Stellungnahme gegen das, was Rußland am letzten Ende anstrebt. Das Band dieser faktischen Interessengemeinschaft wird angesichts der bekannten russischen Wirtschaftspolitik um so fester sich knüpfen, je mehr die Gefahr entsteht, daß an Stelle der Herrschaft der Türken diejenige der Russen treten könnte. —

Diese Voraussicht macht den russischen Unmut darüber begreiflich, daß im Türkischen Reiche mit den vereinigten Kapitalien zweier Großmächte das große wirtschaftliche Unternehmen zur Ausführung gelangen soll, welches das Mittelländische Meer mit dem Persischen Golf zu verbinden bestimmt ist. Die russisch-orthodoxe Propaganda mit ihren Klöstern, Kirchen und Schulen und den hohen Türmen, die weithin der Macht Rußlands einen sichtbaren Ausdruck geben sollen, werden, was Einfluß auf die Bevölkerung betrifft, die Wage nicht halten gegenüber dem Schwergewichte des gewaltigen Werkes, das auf Tausende von Quadratkilometern entscheidend ist für den materiellen Wohlstand der Bewohner. Man sagt, daß Rußland gegen die Fortsetzung der Anatolischen Bahn bis Bagdad Einwendungen bei der Pforte erheben wolle. Ob das richtig ist, lasse ich dahingestellt. Bei aller Geneigtheit, mit dem benachbarten Staate auf freundlichem Fuße zu stehen, wird Deutschland vor Prätensionen nicht zurückweichen[7], die darin gipfeln, daß wir auf die wirtschaftliche Entwickelung eines weiten Gebietes verzichten sollen, dessen wir für unsere Industrie bedürfen, und auf das wir durch ernste Vorarbeit einen wohlbegründeten Anspruch haben[8].

M a r s c h a l l

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Sehr gut
[2] Nein
[3] richtig
[4] Erzschelm!
[5] !
[6] richtig
[7] Nein!
[8] bravo!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Vorzüglich!

Nr. 3989

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 265 Therapia, den 15. September 1899

Mein englischer Kollege hat mich soeben aufgesucht, um mit mir über die Frage der Bagdadbahn zu sprechen. In längerer Ausführung war Sir N. O'Conor bestrebt mir darzulegen, daß die bezüglich dieser Frage bestehenden Schwierigkeiten nur durch eine Fusion der deutsch-französischen Gruppe mit der englischen, d. h. der Rechnitzer Gruppe, beiseitigt werden könnten. Hinter Herrn Rechnitzer ständen erste Londoner Firmen, die er mir eventuell nennen könne. Mit Vergnügen habe er gehört, daß Dr. Siemens dieser Gruppe bereits Vorschläge gemacht habe. Ich entgegnete, daß mir von solchen Vorschlägen nicht das geringste bekannt sei und ich bestimmt versichern könne, daß die von hier aus in die „Times" lancierte Nachricht über eine bereits getroffene Verabredung vollkommen aus der Luft gegriffen sei. Über finanzielle Dinge zu urteilen, sei ich inkompetent; es sei lediglich Sache der Gruppe, welche die Konzession erhalte, auf welchem Wege sie sich die nötigen Mittel beschaffen wolle.

Sir Nicolas suchte schließlich mich vor Rußland graulig zu machen. Rußland sehe die Bagdadbahn sehr ungern und werde, wenn die Angelegenheit ernste Gestalt gewinnt, auch vor Drohungen nicht zurückschrecken, um die Ausführung der [Bahn]* zu vereiteln. Ich erwiderte, daß ich von einer solchen Absicht der russischen Regierung nichts wisse und ich ruhig abzuwarten gedenke, ob und auf welcher Grundlage von dieser Seite aus dem Unternehmen Schwierigkeiten bereitet werden würden. Marschall

Nr. 3990

*Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen von Bülow***

Reinschrift

Berlin, den 8. November 1899

Rußland will gegenwärtig (im Gegensatz zu den übrigen Mächten) nichts für sich, aber es darf nicht zulassen, was seine Zukunft beeinträchtigen könnte.

---

* Für fehlende Zifferngruppe eingesetzt.

** Die Aufzeichnung Bülows, die eine Unterredung mit dem russischen Minister des Äußeren Grafen Murawiew gelegentlich des Zarenbesuchs in Potsdam vom

Rußland wünscht trotz seiner „Entente assez intime" mit Frankreich die Aufrechterhaltung bester Beziehungen zu Deutschland. Beide Länder sind durch keinerlei divergierende Interessen getrennt.

Rußland begreift vollkommen, daß der ungeheure Aufschwung der deutschen Industrie und des deutschen Handels Deutschland zwingt, sich neue Märkte nicht nur in überseeischen Ländern, sondern auch in Kleinasien zu eröffnen. Daß deutsche Kapitalisten dort Eisenbahnen anlegen wollen, ist Rußland an und für sich nicht unsympathisch, da es in Anatolien die Deutschen lieber sieht als z. B. die Engländer. Rußland würde nur gern sehen, wenn nicht gerade solche Linien ausgeführt würden, welche den russischen strategischen oder finanziellen Interessen direkt widersprächen. Deshalb würde es sich empfehlen, daß Deutschland vorher Rußland au courant seiner diesbezüglichen Pläne setzte. Es würde dann leicht sein, nicht nur jedes Mißverständnis und alle Friktionen zu vermeiden, sondern auch die beiderseitigen Aspirationen zu kombinieren, denn Rußland besitzt selbst nicht die Mittel, um außerhalb seiner Grenzen Eisenbahnen zu bauen. Es handele sich durchaus nicht um irgendeine Art von Abkommen, sondern nur um eine freundschaftliche Aussprache zwischen Osten-Sacken und mir oder Radolin und Murawiew. pp.

Bülow

Nr. 3991

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 342 — Pera, den 26. November 1899

Soeben suchte mich der Kammerherr Izzet Bey* auf, um mir im allerhöchsten Auftrage folgendes mitzuteilen:

Dem Sultan habe es zur Genugtuung gereicht, die Vorkonzession für die Bagdadbahn der Anatolischen Eisenbahngesellschaft zu erteilen** und damit den Grund zu legen zu einem großen, seinem Lande nützlichen Werk; ganz besonders freue er sich des Gedankens, damit auch Seiner Majestät dem Kaiser gefällig zu sein, allerhöchstwelcher stets diesem Unternehmen ein großes Interesse zugewandt habe. Als Chef seiner Dynastie und Beherrscher des Türkischen Reiches sei der Sultan stets bestrebt, bei seiner Politik die Eigenschaften zu betätigen, die man im allgemeinen den Türken nachrühme, nämlich Beharrlichkeit,

---

8. November betrifft, ist vollständig abgedruckt in Bd. XIII, Kap. LXXXVIII, Nr. 3548 und wird hier nur insoweit wiederholt, als sie die kleinasiatischen Bahnen betrifft.

* Zweiter Sekretär des Sultans.

** Vgl. Nr. 3987.

Aufrichtigkeit und Treue, ganz besonders sei dies Deutschland gegenüber der Fall. Mit Seiner Majestät dem Kaiser verbünde ihn politische und persönliche Freundschaft, und er bitte Seine Majestät versichert zu sein, daß er unwandelbar an seiner Politik festhält trotz aller Schwierigkeiten und Intrigen, mit denen er zu kämpfen habe, er bitte Seine Majestät, ihm auch fernerhin, wie dies bisher geschehen, seine mächtige Unterstützung zuteil werden zu lassen. Grade die Bagdadbahn habe Anlaß zu einer Reihe von Intrigen gegeben; vor kurzem habe der frühere Großwesir Said Pascha ihm eine Denkschrift überreichen lassen, in der ihm angeraten werde, sich von Deutschland abzuwenden und mit England Hand in Hand zu gehen, auch Mukhtar Pascha in Ägypten * intrigiert in demselben Sinne, ebenso ist der gegenwärtige Großwesir ** politisch unzuverlässig. Vor einigen Tagen habe in der englischen Botschaft eine Manifestation stattgefunden, die direkt gegen seine Politik gerichtet gewesen. Der Botschafter habe die Deputation empfangen, da ihm der Hintergrund der Sache unbekannt gewesen. Inzwischen sei der Nachweis erbracht worden, daß diese Manifestation in engem Zusammenhang stehe mit der Verschwörung eines hohen geistlichen Würdenträgers und zweier Mitglieder des Staatsrats. Die Papiere, die bei diesen Leuten gefunden, stellen es außer Zweifel, daß es sich dabei um eine Verschwörung gegen seine Person und seine Politik gehandelt habe. Er, der Sultan, werde aller dieser Intrigen ungeachtet auf der politischen Linie verbleiben, die er für richtig erachte. Er bitte Seine Majestät den Kaiser, dafür einzutreten, daß nun auch die definitive Konvention bezüglich der Bagdadbahn baldigst zum Abschluß gelange.

Über den Verlauf der gestrigen Ministerratssitzung teilte mir Izzet Bey im Auftrage des Sultans ganz vertraulich nachstehendes mit: Für die opponierenden Minister hätten die Fragen der Staatsgarantie und des Rückkaufsrechts den Hauptangriffspunkt gebildet. Die entschiedenen Gegner seien der Großwesir und der Justizminister *** gewesen, der erstere aus politischen Gründen, der letztere, weil er überhaupt neuen Ideen unzugänglich sei. Es habe während der Sitzung eines ausdrücklichen Befehls des Sultans bedurft — um die Beibehaltung der Staatsgarantie in dem Beschluß zu bewirken. Die Bestimmungen über das Rückkaufsrecht seien nur eine „fiche de consolation“ für die renitenten Minister. Jeder verständige Türke wisse, daß niemand der Regierung Geld leihen werde, um die Bagdadbahn in eigenen Betrieb zu nehmen, was vollkommen unmöglich erscheine, und ebensowenig werde sich eine Finanzgruppe finden, welche der Türkei einige Millionen francs borgt, damit das Eigentumsverhältnis der Anatolischen Gesellschaft an der Bagdadbahn in ein Pachtverhältnis umgewandelt werde.

---

* Oberkommissar der Hohen Pforte in Ägypten.
** Rifat Pascha.
*** Abdurrahman Pascha.

Die Türkei habe das jederzeitige Rückkaufsrecht an der Aïdinbahn, ohne das bis jetzt jemand auf den Gedanken gekommen sei, davon Gebrauch zu machen. Auch das Eigentumsrecht an der Linie Smyrna—Kassaba—Alaschehir stehe der Pforte zu, aber man denkt nicht daran, die Bahn in eigenen Betrieb zu nehmen. Das jederzeitige Rückkaufsrecht sei daher lediglich une chose chimérique.

Ich habe Izzet Bey diese Mitteilungen verdankt, ohne über den Inhalt des ministeriellen Beschlusses eine Ansicht zu äußern.

Marschall

Nr. 3992

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 154 Pera, den 27. November 1899

Meine Verhandlungen mit dem Sultan bezüglich der Konzession der Bahnlinie Konia—Bagdad—Bassorah * haben endlich das von mir angestrebte Resultat erreicht. Wenn trotz des wiederholten Versprechens des Sultans, die Sache „sofort" zu erledigen, nahezu drei Monate über die Verhandlungen hingegangen sind, so lag diesmal die Ursache dieser Verzögerung nicht allein in der bekannten dilatorischen Geschäftsbehandlung der Türken und in der notorischen Entschlußlosigkeit des Sultans, sondern auch in den Schwierigkeiten, welche die gegenwärtige Sachlage in sich selbst darbot. Da heute alle Faktoren, welche zum Abschluß eines definitiven Vertrags über Erteilung einer Bahnkonzession unerläßlich sind — Tracé, Kostenaufwand, voraussichtliche Bauzeit und mutmaßliche Rentabilität — vollkommen fehlen, so konnte es sich in diesem Augenblick nur um den Abschluß eines vorläufigen, bedingten Vertrags oder, juristisch ausgedrückt, um ein „pactum de contrahendo" handeln. Bietet ein solcher „Vorvertrag" schon unter normalen Verhältnissen in formeller und materieller Beziehung gewisse Schwierigkeiten, so ist dies in weit höherem Maße der Fall in einem Lande, in welchem das gesamte Beamtentum unter dem leuchtenden Beispiele des Herrschers darauf erzogen ist, so lange wie irgend möglich nichts zu beschließen.

Unter diesen Umständen war ich mir klar darüber, daß die Erwirkung eines kaiserlichen Iradees, welches allgemein der Pforte den Befehl erteilte, mit der Anatolischen Bahngesellschaft einen „Vor-

---

* Die Vorkonzession trägt das Datum des 23. Dezember 1899. Die Konzession und der endgültige Vertrag datieren erst vom 21. Januar 1902 und vom 5. März 1903.

vertrag" über die fragliche Konzession abzuschließen, uns dem erstrebten Ziele nicht um einen Schritt nähergebracht haben würde. Die Entscheidung darüber, was in den Vertrag aufzunehmen sei und was nicht, wäre damit dem vielköpfigen Ministerrate anheimgestellt worden, in dem die Meinungen bezüglich der Angelegenheit, wie ich wußte, sich scharf gegenüberstanden. Der Großwesir war durch seinen korrupten, inzwischen ermordeten Sohn Djawid Bey für das Rechnitzersche, d. h. englische, Projekt gewonnen worden, das er, weil es eine Staatsgarantie nicht vorsah, als das für die türkischen Staatsinteressen vorteilhafteste erklärte. Andere Minister waren prinzipiell gegen jede Garantie, weil sie darin eine für den Staat unerträgliche finanzielle Last erblickten. Auf unbedingte Unterstützung konnte ich nur seitens des Ministers des Auswärtigen rechnen und in gewissem Maße auch auf diejenige des Kriegsministers und des Großmeisters der Artillerie, welche aus militärischen Gründen die Bahn wünschten und politisches Urteil genug besitzen, um zu erkennen, daß gegenüber fremder Großmut das „timeo Danaos" in voller Geltung steht. Hiernach war vorauszusehen, daß der Ministerrat, wenn ihm keine gebundene Marschroute gegeben war, aus den „wenn" und „aber" gar nicht herauskommen und durch Diskussion über Details, die mangels aller Unterlagen jetzt gar nicht diskutierbar sind, die Entscheidung ins Endlose verzögern werde. Der Sultan hätte wiederholt durch spezielle Iradees zur Entscheidung einzelner Vorfragen eingreifen müssen, und schließlich wäre für den Beschluß des Ministerrats noch ein endgültiges Iradee notwendig geworden. Wenn man weiß, wie schwierig es ist, auch nur ein einziges Iradee zu erlangen, so kam alles darauf an, bei Behandlung der Angelegenheit diesen Weg zu vermeiden. Als daher der Sultan in der Audienz, die er mir unmittelbar nach meiner Rückkehr aus Urlaub gewährte, auf die Bagdadbahn zu sprechen kam und ich seinen Äußerungen entnahm, daß er an dem Gedanken, die Entscheidung sofort zugunsten der Anatolischen Bahngesellschaft zu treffen, nicht nur festhielt, sondern sich mit dem Gedanken der Notwendigkeit einer Garantie vertraut gemacht hatte, war ich bestrebt, nach zwei Richtungen auf den hohen Herrn einzuwirken. Zunächst faßte ich nochmals alle für Gewährung der Staatsgarantie sprechenden Gründe zusammen. Ich legte dar, daß für eine Privatgesellschaft die Unternehmung ohne solche Garantie nicht möglich sei, da nur unter dieser Voraussetzung das nötige Geld aufgebracht werden könne. Wer den Bau der Bahn ohne Garantie anbiete, mache entweder unerfüllbare Versprechungen, oder er habe mächtige Hintermänner, welche politische Zwecke verfolgten und sich darum im Verborgenen hielten. Solchem anscheinend vorteilhaften Anerbieten gegenüber sei das größte Mißtrauen am Platze. Außerdem erheische das Staatsinteresse, daß seitens der Regierung ein wirksames Aufsichtsrecht über ein wirtschaftlich so bedeutendes Unternehmen ausgeübt werde, das notwendige Korrelat dieses Rechtes sei aber die Über-

nahme einer gewissen finanziellen Verantwortlichkeit. Bezüglich der geschäftlichen Behandlung der Angelegenheit befürwortete ich, daß der Sultan sich zunächst mit mir über Form und Inhalt des Vorvertrags verständige, bevor er die Ansicht des Ministerrats einhole. Ich konnte dabei an die Bemerkung des Sultans anknüpfen, daß es ihm vor allem darauf ankomme, den zahlreichen Intrigen, die sich bezüglich der Bahnfrage, und zwar selbst im Ministerrate geltend machten, ein Ende zu bereiten. Der Sultan billigte meine Ansicht und bat mich, ihm persönlich einen Vertragsentwurf zu unterbreiten.

Bei Abfassung dieses Entwurfs war für mich der Gedanke maßgebend, daß ein Erfolg nur möglich sei, wenn der Vorvertrag sich darauf beschränkte, das festzulegen, was in diesem Augenblicke feststeht, unter Vermeidung von Details, die beim Mangel aller konkreten Faktoren nur zu unfruchtbaren Diskussionen und Verschleppungen führen mußten. Zweck des Vorvertrags war die Ausschließung anderer Konkurrenten und die Festlegung des Prinzips der Staatsgarantie. Zu diesem Zwecke genügte ein Austausch einer beiderseitigen Erklärung: seitens der Anatolischen Bahngesellschaft, daß sie bereit sei, die Bagdadbahn zu bauen und zu betreiben gegen eine späterhin vertragsmäßig festzusetzende Garantie; seitens der Pforte, daß sie gewillt sei, die verlangte Konzession der Gesellschaft zu erteilen, und endlich als praktische Folge dieser Übereinstimmung die Vereinbarung, daß die Gesellschaft sofort die nötigen Vorarbeiten veranlassen und innerhalb einer bestimmten Frist den Entwurf der definitiven Konvention und des Lastenheftes der Pforte vorlegen werde.

Die Frage, ob es rätlich sei, die Erklärung der Pforte bereits im Vorvertrage in der Form einer ausdrücklichen Erteilung der Konzession zu verlangen, habe ich nach sorgfältiger Prüfung verneint. Auch in dieser Form wäre die Verpflichtung der Pforte gleich derjenigen der Bahngesellschaft nur eine bedingte gewesen, eine bezügliche Forderung hätte aber die unabweisbare Gegenforderung hervorgerufen, daß die Konzession wieder verfalle, wenn nicht innerhalb einer bestimmten Frist der definitive Vertragsabschluß eintrete. Mit der Aufnahme einer solchen auflösenden Frist würde der Vertrag, namentlich bei kurzer Bemessung derselben, nach meiner Überzeugung erheblich an Wert verloren haben. Von türkischer Seite hätte man dann zweifellos die späteren Verhandlungen über die definitive Konvention bis nahe an den Ablauf der Frist verschleppt und den bevorstehenden Verfall der Konzession als Pressionsmittel verwendet, um von der Gesellschaft unmögliche Zugeständnisse zu erhalten. Aus diesem Grunde schien es mir notwendig zu sein, dem Entwurfe des Vorvertrags, insbesondere der Erklärung der Pforte eine Fassung zu geben, welche die Aufwerfung der Frage, was Rechtens sei, wenn die definitive Konvention nicht innerhalb eines gewissen Zeitraums zustandekommt, überhaupt vermeidet.

Nach Rücksprache mit Herrn Geheimen Regierungsrat Dr. Zander und im Einverständnis mit demselben habe ich dem Sultan bereits am Tage nach der Audienz einen Vertragsentwurf folgenden Wortlauts überreichen lassen:

„La Compagnie du Chemin de fer d'Anatolie s'engage à construire dans l'espace de maximum huit années et à exploiter une ligne de chemin de fer à écartement normal de Konia à Bagdad et Bassra contre la garantie d'une rente kilométrique, dont le montant sera convenu d'un commun accord entre la Sublime Porte et la dite Compagnie.

La Sublime Porte reconnaît après examen qu'il est conforme aux intérêts publics d'accorder à la Compagnie d'Anatolie la concession demandée.

Il a été convenu que la Compagnie fera faire immédiatement les études nécessaires et qu'elle soumettra à l'approbation de la Sublime Porte dans l'espace d'une année le projet de convention et du cahier des charges."

Recht interessant und typisch für türkische Verhältnisse war die Art, wie die Angelegenheit nun weiter behandelt wurde. Zunächst besprach der Sultan dieselbe eingehend mit seinen Vertrauensmännern, zu denen bei dem gegenwärtigen Regime die Minister nicht zählen. Auch die hohe Geistlichkeit wurde gehört. Mein Entwurf gelangte zuerst in die Hände eines geistlichen Würdenträgers, der denselben vom religiösen Gesichtspunkte zu beurteilen hatte. In vielfachen, oft mehrstündigen Unterredungen erörterte der Sultan die Frage mit einzelnen Palaisleuten. Dabei spielte der hohe Herr die Rolle des „advocatus diaboli", indem er alle möglichen und unmöglichen Bedenken zur Geltung brachte, die etwa gegen den Entwurf geltend gemacht werden konnten. Was werde Rußland zu dem Bahnbau durch eine deutsche Gesellschaft sagen? Wie werde sich England dazu stellen? Sei nicht eine Mißstimmung dieser beiden Staaten und damit eine ungünstige Wirkung auf die politische Lage zu befürchten? Werde die Staatsgarantie den türkischen Staat nicht allzusehr belasten? Ernstlich schien den Sultan nur die deutsche Kolonisation in Kleinasien zu beschäftigen. Ein Minister hatte im Palais auf diesen Punkt hingewiesen und die Besorgnis ausgesprochen, daß Deutschland die Bagdadbahn benutzen würde, um dort eine Kolonisation in größerem Stile zu unternehmen. Daraus würden sich politische Schwierigkeiten mit Deutschland ergeben. Gleichzeitig hatten hiesige Blätter Artikel über die Ergebnisse der letzten deutschen Volkszählung gebracht und daraus den Schluß gezogen, daß Deutschland gezwungen sei, sich des Überschusses seiner Bevölkerung durch Kolonisation anderer Länder zu entledigen.

Um diese Gegenaktion zu paralysieren, habe ich in einer späteren Audienz Anlaß genommen, dem Sultan persönlich über diesen Punkt zu sprechen und ihm zu sagen, daß Deutschland als Kolonialmacht in

erster Reihe dahin streben müsse, die weiten Strecken seines kolonialen Gebietes, die in der gemäßigten Zone liegen, zu entwickeln, daß unser eigenes Interesse also gebiete, die deutsche Auswanderung, soweit darauf überhaupt eine staatliche Einwirkung möglich sei, d e n Gebieten zuzuführen, wo sie dem Mutterlande Nutzen bringe, nicht aber dem Auslande, wo die Arbeit unserer Kolonisten vornehmlich dem letzteren zugute komme. Die Absicht, Kleinasien zu kolonisieren, bestehe bei der Kaiserlichen Regierung nicht. Wenn aus Anlaß des Bahnbaus einzelne Deutsche sich im Türkischen Reiche niederließen, so werde der Sultan sich darüber nicht zu beklagen haben, da ihm die Deutschen als ein ruhiges und friedfertiges Element bekannt seien.

Nachdem es gelungen war, den Sultan über diesen Punkt zu beruhigen, wurde der Vertragsentwurf endlich der sogenannten großen Ministerialkommission mit dem Befehle übermittelt, ein entsprechendes Masbata zu machen. Dieses Kollegium, welches aus den hervorragendsten Ministern besteht und vom Sultan vielfach anstelle des eigentlichen Ministerrats verwendet wird, hatte selbstverständlich nicht den Mut, dem Befehle des Sultans zu widersprechen. Das verlangte Masbata wurde gemacht, aber gleichzeitig beschlossen, daß schon jetzt die Höhe der Garantie festgesetzt werden müsse. Von diesem Beschlusse gab mir der Sultan mit dem Bemerken Kenntnis, daß er denselben für „unpraktisch“ erachte. Ich ließ sofort erwidern, daß ich diese Auffassung durchaus teile und eine Verhandlung über die Höhe der Garantie in diesem Augenblicke als den t ü r k i s c h e n Interessen nachteilig ansehe. Die Gesellschaft werde gegenwärtig mangels aller Unterlagen eine h o h e Garantiesumme verlangen, um sich gegen alle Eventualitäten zu sichern. Wenn nun die Pforte eine geringere Summe anbiete, so werde ihr jedes Material fehlen, um diese Herabsetzung zu begründen. Infolgedessen werde entweder gar keine Vereinbarung möglich sein oder aber eine Garantie verabredet werden, die höher sei als diejenige, die sich vielleicht später als nötig herausstelle. Die Antwort des Sultans ging dahin, daß er die Angelegenheit nochmals beraten lassen werde.

In diesem Stadium erfolgte die Ermordung des Sohnes des Großwesirs. Steht man hier vor einer wichtigen Entscheidung, so pflegt regelmäßig ein Zwischenfall einzutreten, der dann das ganze Interesse an maßgebender Stelle absorbiert. Der Mörder Djawid Beys war Albanese. Bei den Albanesen gilt die Blutrache. Und der zuverlässigste Teil der Leibwache besteht aus Albanesen. Nichts natürlicher, als daß in den Geschäften ein Stillstand eintrat, den mir der Sultan in meiner am 13. Oktober stattgehabten dritten Audienz bezüglich der Bagdadbahn damit begründete, „der Großwesir befinde sich aus Anlaß des gewaltsamen Todes seines Sohnes in einem solchen Zustande moralischer Depression, daß er sich aller Geschäfte enthalten müsse.“ Aber in der nächsten Woche werde die Erledigung der Angelegenheit erfolgen.

Der Sultan hielt insofern Wort, als er in der Tat am Sonnabend der folgenden Woche die große Ministerialkommission von neuem im Palais versammelte und von ihr ein im wesentlichen meinen Vorschlägen entsprechendes Masbata erwirkte. Damit war die Sache soweit gefördert, daß es zu ihrer Erledigung noch des kaiserlichen Iradees bedurfte. Aber in der Türkei denkt und handelt man anders als in der übrigen Welt. Der geometrische Satz, daß zwischen zwei Punkten die gerade Linie den kürzesten Weg bildet, ist dem Türken in geschäftlichen Angelegenheiten nicht bekannt. Der Türke pflegt den krummen Weg vorzuziehen, auch wenn er dabei Schluchten, Berge und Abgründe zu passieren hat. Einfache Dinge zu komplizieren, erscheint hier als ein dem Staatswohle nützliches Werk. Jeder Versuch, einem Türken klarzumachen, daß eine geschäftliche Frage einfach sei, ist vergeblich und den Interessen, die man vertritt, nicht einmal förderlich. Zur höchsten Ausbildung ist diese eigenartige Auffassung unter der Regierung Abdul Hamids gelangt. Die Dinge zu verwirren und dabei möglichst viel Leute zu verärgern, hat sich zu einem förmlichen System ausgebildet, das heute im Palais als der Gipfel der Staatskunst gilt. Ein besonders geeignetes Mittel zu diesem Zwecke besteht darin, daß der Sultan ein und dieselbe Verhandlung gleichzeitig durch mehrere „Vertrauensleute" führen läßt, die getrennt agieren, dabei als Konkurrenten um den Einfluß beim Sultan persönlich verfeindet sind und natürlich durch die gleichzeitige Bekundung des allerhöchsten Vertrauens in derselben Angelegenheit noch mehr verfeindet werden. Diesem System muß man gewisse Konzessionen machen, wenn man etwas erreichen will. Man darf sich selbst nicht ärgern, aber es ist nützlich, den Eindruck zu machen, daß dies ernstlich der Fall ist.

Gerechterweise muß man andererseits anerkennen, daß bezüglich der Erteilung wirtschaftlicher Konzessionen an fremde Unternehmer jener eigenartigen Geschäftsbehandlung auch gewisse ernstere Motive zugrunde liegen. Allmählich drängt sich den Türken das unbehagliche Gefühl auf, daß durch die stetige Vermehrung fremder Unternehmungen ihr eigener Einfluß auf die wirtschaftliche und politische Entwicklung des Landes herabgedrückt und der fremde Einfluß gesteigert werde. Darauf ist es zurückzuführen, daß bei dem Sultan, der sonst für wirtschaftliche Fragen ein gewisses Verständnis besitzt, neuerdings sich die Tendenz geltend macht, nicht nur neue Unternehmungen auf Staatskosten herzustellen, sondern auch bereits bestehende für den Staat zurückzukaufen, ein Bestreben, das in seltsamem Widerspruche steht mit der Finanzlage, welche nicht einmal die regelmäßige Bezahlung der Beamtengehälter erlaubt. Mit jenem Gefühle verbindet sich ein gewisses Mißtrauen, welches in den vielen schlechten Erfahrungen der Vergangenheit wurzelt. Um sich in der Zukunft vor ähnlichen Übervorteilungen durch fremde Unternehmungen zu schützen, ist man dermalen bestrebt, die Konzessionen an Fremde durch allerhand Be-

dingungen, Klauseln und Verpflichtungen dermaßen zu überlasten, daß das Unternehmen von vornherein Not leiden muß. Es ist ein ehrendes Zeugnis für uns Deutsche, daß es uns, wenn auch nur allmählich, gelungen ist, eine Bresche in dieses Mißtrauen zu legen, und daß mehr und mehr die Erkenntnis Platz greift, wie die deutschen Unternehmen der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes dienen, während so viele Unternehmungen anderer Nationen vornehmlich für das Börsenspiel berechnet waren, bei dem die Fremden Millionen einsteckten und die Türken die Zeche bezahlten. — Man muß endlich auch des Einflusses gedenken, den in allen Fragen hierzulande die Geistlichkeit besitzt. Der Sultan pflegt selbst in wirtschaftlichen Angelegenheiten sich von hochgestellten Geistlichen Rat zu erholen, und ich weiß, daß ihm von dieser Seite regelmäßig die Warnung entgegentritt, er möge, nachdem für Europa die Entwickelung nicht mehr rückgängig gemacht werden könne, dafür Sorge tragen, daß Kleinasien, dieses Bollwerk des Türkentums, von fremdem Einflusse freigehalten werde. So autokratisch der Sultan regiert und so wenig er geneigt ist, eine „öffentliche Meinung“ in seinem Lande anzuerkennen, so wird doch auch er, eben weil er Türke und Mohammedaner ist, von den Strömungen und Gegenströmungen berührt, die innerhalb seiner Stammes- und Religionsgenossen sich geltend machen.

Meine Überraschung war hiernach keine übergroße, als das Iradee nicht erfolgte, dagegen die Mitteilung: der Sultan halte es für nötig, die Angelegenheit mit Rücksicht auf ihre erhebliche Bedeutung noch dem Plenum des Ministerrats vorzulegen; die Sitzung werde noch an demselben Tage stattfinden und der Bautenminister mich von dem gefaßten Beschlusse in Kenntnis setzen. Es war klar, daß der Sultan einen neuen Gedanken gefaßt, der unter ministerieller Deckung mir vorgeführt werden sollte. Unter dem heutigen Systeme beschließen die Minister nur das, was der Sultan haben will, und zwar stets einstimmig, da Majoritätsbeschlüsse nicht zugelassen sind. Ministerielle Opposition oder gar Demissionsgesuche aus sachlichen Gründen gelten als staatsgefährliche Unternehmungen. Dadurch hat der Sultan allezeit ein probates Mittel in der Hand, um unter Berufung auf Ministerialbeschlüsse Verhandlungen zu verzögern und gewonnene Resultate wieder zu zerstören. Auf der anderen Seite bietet jene Taktik des Sultans dem fremden Vertreter den Vorteil, daß eine freiere Kritik an den gefaßten Beschlüssen ermöglicht wird. Der Sultan hegt für seine offiziellen Ratgeber nur ein sehr geringes Maß von Achtung. Er pflegt darum auch eine scharfe Kritik an ministeriellen Entscheidungen gnädig entgegenzunehmen, obgleich dieselbe in Wirklichkeit sich stets gegen seine eigenen Gedanken richtet. Die Gegenüberstellung der Weisheit des Souveräns und des ministeriellen Unverstands findet bei dem hohen Herrn regelmäßig eine dankbare Aufnahme.

Der Bautenminister erschien denn auch am folgenden Tage, um

mir in längerer Rede darzulegen, wie dringend auch der Ministerrat die Erbauung der Bagdadbahn durch die Anatolische Bahngesellschaft wünsche, wie er aber für nötig erachte, daß der Bahnbau auf Rechnung des Staates erfolge und zu diesem Zwecke ein großes Anlehen mit staatlicher Garantie für Verzinsung und Amortisation aufgenommen werde. Als ich die Frage stellte, ob der Minister wohl glaube, daß bei der gegenwärtigen finanziellen Lage die Türkei 15 oder 10 oder auch nur 5 Millionen Pfund im Wege eines Anlehens erhalten werde, fiel der ehrliche Türke sofort aus der Rolle, indem er erwiderte: „Nicht eine halbe Million wird man uns geben.“ Er suchte die Sache dann dahin zu drehen, daß nicht der Staat, sondern die Gesellschaft das Anlehen aufnehmen und mit dem Gelde die Bahn „auf Rechnung des Staates“ bauen sollte. Auf meine Darlegung, daß, wenn die Gesellschaft durch Aufnahme der Anleihe als Selbstschuldner die ganze Verantwortlichkeit den Gläubigern gegenüber auf sich nehme, sie auch notwendigerweise zunächst Eigentümerin der Bahn werden müsse, wußte der Minister etwas Ernstliches nicht zu erwidern, und so schieden wir in Liebe und Güte und mit der gegenseitigen Versicherung der höchsten Verehrung und Bewunderung. Am folgenden Abende suchte mich im Auftrage des Sultans der Kammerherr Izzet Bey auf, der gewandteste und intriganteste der Palaisleute, dessen Stern neuerdings wieder im Aufsteigen zu sein scheint. Er ging der Sache sofort auf den Grund, indem er mir darlegte, es handle sich nach Ansicht der Minister darum, der Gefahr zu begegnen, daß durch Verkauf der Aktien der Gesellschaft das Unternehmen, ähnlich wie dies seinerzeit beim Suezkanal geschehen, eines Tages in die Hände einer fremden Macht übergehe, welche der Türkei gegenüber, speziell am Persischen Golf, minder uneigennützige Ziele verfolge als Deutschland. Dieser Gefahr könne nur vorgebeugt werden, wenn die Bahn sofort in das Eigentum des Staates falle. Ich entgegnete, daß eine vertragsmäßige Bestimmung, welche den Verkehr bezüglich der Aktien der Gesellschaft beschränke, unmöglich sei, daß dagegen das auch in den anderen Eisenbahnkonzessionen aufgenommene staatliche Rückkaufsrecht in ausreichender Weise jene Gefahr beseitige. Auf die Frage, ob nicht ein *jederzeitiges* Rückkaufsrecht verabredet werden könnte, erwiderte ich, daß ein Rückkaufsrecht, welches in jedem Augenblicke *ohne jede Einschränkung* ausgeübt werden könne, darum unannehmbar erscheine, weil dann die Gesellschaft ständig der Gefahr ausgesetzt sei, daß eine andere Finanzgruppe dem Staate das zum Rückkauf nötige Geld vorschieße, um die Gesellschaft zu depossedieren und sich an ihre Stelle zu setzen. Unterstelle man die Gesellschaft von Anfang an dieser Gefahr, so nehme man ihr jedes Interesse an einer rationellen Entwicklung des Unternehmens. Izzet Bey kam dann auf die „kilometrische Garantie“ zu sprechen, die einzelnen Ministern als eine für den Staat unerschwingliche Last erscheine. Ich erklärte, wie ein un-

lösbarer Widerspruch darin liege, daß dieselben Minister eine kilometrische Garantie, die erst nach Fertigstellung der Bahn wirksam werde und sich nur auf den Teilbetrag des Zinserfordernisses erstrecke, der durch die eigenen Einnahmen der Bahn nicht aufgebracht werde, als unerträglich erachteten, aber leichten Herzens bereit seien, eine große Anleihe aufzunehmen, die den Staat sofort mit dem ganzen Zinserfordernis belaste. Übrigens sei es der Gesellschaft voraussichtlich gleichgültig, in welcher Form die Garantie geleistet werde. Finde man bis zur definitiven Konvention eine Form, welche dieselbe Sicherheit gewähre, so werde auch diese annehmbar sein. — Unsere Unterredung verlief resultatlos, und dasselbe war der Fall, als am nächsten Tage Izzet Bey, und zwar diesmal in Begleitung Tewfik Paschas, nochmals bei mir erschien, um die bezüglichen Fragen von neuem mit mir zu diskutieren. —

In diesem Stadium der Angelegenheit entschloß sich das Palais zu dem seltsamen Schritt, durch den türkischen Vertreter in Berlin von dem intransigenten Botschafter an die Nachgiebigkeit der Kaiserlichen Regierung zu appellieren. Tewfik Pascha, der mir dies vertraulich mit dem Bemerken mitteilte, daß dieser Schritt gegen seinen Willen und ohne sein Wissen geschehen sei, war bereits völlig verärgert: „Moi, je ne peux plus rien faire dans cette affaire. Il y a ici toujours mille personnes qui mettent leurs doigts dans les affaires qui ne les regardent pas. C'est insupportable!“ Am folgenden Tage ließ mich auch der Sultan durch seinen ersten Sekretär* von dem in Berlin geschehenen Schritte unterrichten. Ich erwiderte, daß damit meine Tätigkeit in der Bahnfrage zunächst beendet sei und ich weitere Instruktionen abwarten müsse, worauf mir wiederum der Sultan unter der Beteuerung seines persönlichen Vertrauens sagen ließ, daß er die Sache gerne mit mir weiter besprechen wolle und nur deshalb nach Berlin telegraphiert habe, um „mir meine Aufgabe zu erleichtern“. Aber ich beharrte fest auf meinem Standpunkte, denn ich weiß, daß es dem Sultan stets unheimlich zumute wird, wenn ein Botschafter plötzlich „den toten Mann“ spielt. Bei Gelegenheit dieses Gedankenaustausches erklärte nun auch Tahsin Bey dem ersten Dragoman der Botschaft, daß, nachdem der Sultan den Kammerherrn Izzet Bey — der persönlicher Feind und der gefährlichste Konkurrent des ersten Sekretärs ist — in die Angelegenheit hereingezogen habe, er jede weitere Mitwirkung in der Sache ablehnen müsse. So war nun glücklich die ganze Angelegenheit persönlich und sachlich in die schönste Verwirrung gebracht worden.

Die bestimmte und klar motivierte Ablehnung, welche von Berlin

---

* Tahsin Bey.

aus den Vorschlägen des Sultans zuteil ward, hat ungemein förderlich gewirkt. Ich habe dieselbe sofort in einigen kräftigen Strichen zu Papier gebracht und das Schriftstück Tewfik Pascha mit der mündlichen Erklärung überreicht, daß ich es bestimmt ablehne, über die Frage der Staatsbahn in irgendeiner Form noch zu diskutieren, sondern die Verhandlungen nur auf der Basis meiner Vorschläge weiterführen werde. Zugleich erbat ich in formeller Weise eine Audienz bei Seiner Majestät dem Sultan.

Die Audienz fand vergangenen Freitag statt. Der Sultan empfing mich wie immer gnädig, war aber, offenbar unter dem Eindrucke gewisser Ereignisse der letzten Tage, von der allerübelsten Laune. Ich entwickelte in längerer Darlegung nochmals alle Gesichtspunkte, auf die es bei der Frage ankommt, mit der Schlußfolgerung, daß die Diskussion erschöpft sei und nun eine sofortige Entscheidung erfolgen müsse. Da der Sultan, der mich aufmerksam angehört hatte, immer wieder darauf zurückkam, daß er in einer so wichtigen Angelegenheit zunächst noch seine Minister hören müsse, glaubte ich den Moment gekommen, um eine etwas deutlichere Sprache zu führen. Ich sagte ungefähr folgendes: „Die Minister hätten in der Sache schon wiederholt beraten, ich hätte aber nicht den Eindruck, daß dieselbe dadurch irgendeine Förderung erfahren habe. Darum vermöge ich von einer abermaligen ministeriellen Beratung kein Resultat zu erwarten. Die Frage, ob und inwieweit im Türkischen Reiche die Macht des Sultans durch diejenige der Minister beschränkt sei, gehöre dem internen türkischen Staatsrecht an, und ich sei nicht gewillt, mich in eine solche Frage einzumischen. Nach meinen Instruktionen könne ich nur den Sultan als den ausschlaggebenden Machtfaktor in diesem Reiche anerkennen; von dieser Stelle müsse ich darum auch die Entscheidung erbitten. Meine persönliche Ergebenheit für den Sultan bewege mich, ganz offen zu sprechen. Der Sultan kenne die Gefühle der Freundschaft, welche Seine Majestät der Kaiser für ihn hege. In Betätigung dieser Gefühle habe allerhöchstderselbe sein Interesse für die Bagdadbahn bekundet, deren Bau der Sultan persönlich wünsche. Der Sultan habe bisher in allen kritischen Fragen bei Seiner Majestät stets einen sichern Rückhalt gefunden, und ich wüßte, daß in dieser Beziehung keine Änderung in der Zukunft beabsichtigt sei. Inwieweit diese politische Linie eingehalten werden könne, hänge vornehmlich von dem Widerstande ab, den man hier gegen deutschfeindliche Strömungen zu leisten vermöge. Ich hielte mich für verpflichtet, den Sultan darauf aufmerksam zu machen, wie gerade anläßlich der Bagdadbahn eine Menge von Intrigen geschmiedet worden seien. Diese Intrigen seien äußerlich gegen Deutschland und deutsche Unternehmungen gerichtet, in Wirklichkeit aber zielten sie gegen die Person des Sultans und die von ihm befolgte Politik. Ich könne den Sultan nicht dringend genug bitten, diesen Intrigen nicht nachzugeben, sondern zu zeigen,

daß er der Herrscher im Lande sei, der allein über den Gang der türkischen Politik entscheide.“

Für einen Appell an sein Machtgefühl ist der Sultan stets empfänglich. Er wurde sofort mitteilsam und sagte mir nachstehendes: Was ich über die Intrigen gesagt habe, sei richtig. Unerhörte Dinge hätten sich in den letzten Tagen zugetragen. Eine Anzahl von „tschapkinlar“ — zu Deutsch: Gassenjungen — seien auf die englische Botschaft gegangen, um dort eine Adresse zu überreichen. Das sei eine Demonstration gegen ihn und seine Politik. Vergangene Woche habe er eine Verschwörung gegen seine Person entdeckt, an der ein hoher Geistlicher und zwei Mitglieder des Staatsrats beteiligt seien. Man habe bei diesen Personen Schmähschriften gegen ihn gefunden, so schmutzigen Inhalts, daß er mir denselben nicht wiedergeben könne. Aber er sei fest entschlossen, allen Intrigen und Anschlägen gegenüber unentwegt seine deutschfreundliche Politik fortzusetzen, die er für sein Land als richtig erkannt habe. Er bäte mich, dies Seiner Majestät dem Kaiser auch jetzt wieder zu melden.

Ich habe darauf dem Sultan bemerkt, daß über seine freundlichen Dispositionen gegen Deutschland bei uns niemals ein Zweifel aufkommen werde und ich auch bezüglich der Bagdadbahn stets in dem Sinne nach Berlin berichtet habe, daß er entschlossen sei, die Konzession an die Anatolische Gesellschaft zu geben. Ich würde auch heute nicht ermangeln, in diesem Sinne telegraphische Meldung zu machen, könne aber allerdings nicht verhehlen, daß es mir überaus peinlich sei, dieser Meldung den Ausdruck eines Zweifels darüber beifügen zu müssen, ob es dem Sultan gelingen werde, den Widerstand zu beseitigen, der ihm in dieser Frage geleistet werde.

Der Sultan bat mich darauf, ich solle heute gar nicht telegraphieren, sondern bis morgen warten. Er habe den Ministerrat auf den folgenden Vormittag ins Palais berufen und werde mir sofort von der Entscheidung Kenntnis geben. Diesmal hat der hohe Herr pünktlich sein Wort eingelöst.

Was mir Izzet Bey über den Verlauf der entscheidenden Ministerratssitzung mitgeteilt hat, ist in manchen Punkten nur cum grano salis aufzunehmen. So europäisch verfährt ein im Palais versammelter türkischer Ministerkonseil nicht, daß er zehn Stunden lang diskutiert und schließlich nach sorgfältiger Prüfung von Gründen und Gegengründen die Entscheidung fällt. Der größte Teil der Zeit geht vielmehr dadurch verloren, daß dem Sultan über den Gang der Diskussion durch eine Mittelsperson fortlaufend Bericht erstattet und über jede einzelne Frage die allerhöchste Entscheidung eingeholt werden muß. Erst dann beschließen die Minister. Der Ministerrat findet in dem Hauptgebäude des Jildis statt, welches von dem Kiosk, in welchem der Sultan sich befindet, durch einen Garten getrennt ist. Die Mi-

nister werden auf Kosten des Sultans aus der Küche des Jildis reichlich verpflegt, müssen aber, falls der Sultan eine Entscheidung verlangt, ohne Rücksicht auf Tages- und Nachtstunden so lange ununterbrochen sitzen, bis sie zu einem einstimmigen Beschlusse gelangt sind, welcher den allerhöchsten Intentionen entspricht. Den höchsten Rekord hat in dieser Beziehung die Sitzung erreicht, welche aus Anlaß der Flottendemonstration von Dulcigno* stattgefunden hat. Sie dauerte ohne Unterbrechung 36 Stunden. — Für die Beratung über die Bagdadbahn war Izzet Bey der Vermittler. Dieser einst so einflußreiche Günstling des Sultans hat überhaupt in der Angelegenheit eine hervorragende Rolle gespielt, ohne daß ich Anlaß hätte, mich über ihn zu beklagen. Vermutlich ist er es gewesen, der, um sich persönlich zu insinuieren, dem Sultan den Gedanken der Staatsbahn nahegelegt hat, aber ich muß andererseits anerkennen, daß er nach Ablehnung des bezüglichen Vorschlags mit großer Geschicklichkeit eine Fassung für den Vorvertrag gefunden hat, die unserem Standpunkte sachlich vollkommen gerecht wird, aber doch in der Form dem Sultan eine gewisse Genugtuung gewährt. Mit der höchsten Anerkennung muß ich der Haltung des Ministers Tewfik Pascha gedenken. Er hat mich von Anfang an auf das wirksamste unterstützt und dabei dem Palais gegenüber den Mut der Meinung bekundet, der den meisten türkischen Würdenträgern längst abhanden gekommen ist.

Daß sich an die Verhandlungen über die Bagdadbahn ein ununterbrochenes, weitverzweigtes Intrigenspiel geknüpft hat, bei dem persönliche und politische Interessen kunterbunt durcheinanderliefen, bedarf kaum der Erwähnung. Ich habe gesucht, den Eifer, der sich bei diesem Intrigenspiele entwickelte, dadurch zu dämpfen, daß ich konsequent bis zum vergangenen Sonnabend jede Frage nach dem Stande der Sache dahin beantwortete, daß sie nur sehr langsame Fortschritte mache und noch Monate bis zur Entscheidung vergehen könnten. Um so größer war dann die Überraschung und Enttäuschung der Gegner.

Eine ernste diplomatische Gegenaktion habe ich nur von seiten der englischen Botschaft konstatieren können, die wenigstens im Anfang entschieden für das Rechnitzersche Projekt und gegen die Anatolische Gesellschaft eingetreten ist. Später hat man den Widerstand nicht nur tatsächlich aufgegeben, sondern dies an amtlicher Stelle ausdrücklich erklärt. Einen Nutzen habe ich daraus nicht gezogen. Ich muß im Gegenteil sagen, daß mir mein englischer Kollege in dieser Frage als Gegner lieber war wie als Helfer. Die Haltung der russischen Botschaft war amtlich eine neutrale. Bei den eigen-

---

* Vgl. Bd. IV, Kap. XXI, Nr. 718, S. 17, Fußnote *.

artigen Verhältnissen, die in der russischen Diplomatie bestehen, ist dadurch nicht ausgeschlossen, daß einzelne Mitglieder der Botschaft auf eigene Faust gegen uns operiert haben. Daß das Bedenken wegen der deutschen Kolonisation dem Sultan von russischer Seite beigebracht wurde, steht für mich außer Zweifel.

Mit dem Iradee des Sultans ist der erste, aber entscheidende Schritt zur Durchführung des großen Unternehmens der Bagdadbahn unter deutscher Führung geschehen. Wohl werden bei Abschluß der definitiven Konvention noch manche Schwierigkeiten zu überwinden sein, aber ich habe die feste Zuversicht, derselben Herr zu werden.

Marschall

Nr. 3993

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow, z. Z. in Sheerness, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 177 Sheerness, den 28. November 1899

Bei Besprechung des glücklichen Abschlusses der Verhandlungen über die Bagdad-Basrabahn ist zu vermeiden, was die Eifersucht der Engländer unnötig erregen und namentlich was dem Mißtrauen der Russen in dieser Richtung Vorschub leisten könnte, im übrigen aber dieser große Erfolg unserer auswärtigen Politik in die richtige Beleuchtung zu setzen. pp.

Bülow

Nr. 3994

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow, z. Z. in Wesel, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 184 Wesel, den 29. November 1899

Bei der Besprechung des in der Frage der Anatolischen Eisenbahn von der deutschen Politik erzielten Erfolges kann auch darauf hingewiesen werden, daß (cfr. das diesbezügliche Telegramm der „Frankfurter Zeitung" vom 27. d. Mts. aus Konstantinopel) Rußland seinen früheren Widerstand gegen den Bau der Bagdadlinie aufgegeben und England seine Zustimmung zu demselben erklärt habe. Es ist dies

ein Beweis dafür, daß es der deutschen Politik gelungen ist, mit Rußland wie mit England gute und fruchtbare Beziehungen zu unterhalten.

Bülow

Nr. 3995

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 908 London, den 30. November 1899

Die leitenden Blätter besprechen im allgemeinen in wohlwollender Weise die Gewährung der neuen Eisenbahnkonzession in Kleinasien an das Syndikat der Deutschen Bank, ein Erfolg, welcher nicht zum geringsten Teil auf den persönlichen Einfluß Seiner Majestät des Kaisers zurückzuführen sei. Die „Times" bedauert zwar, daß ein seit einem halben Jahrhundert von England geplantes Unternehmen schließlich in die Hände einer fremden Macht gefallen sei. Aber es gebe keine Macht, welcher England die Ausführung dieses Unternehmens lieber überlasse als Deutschland, welches allein so bedeutende Zugeständnisse in der Richtung der von England verfolgten Handelspolitik gemacht habe. England werde sich wirtschaftlich an dem Unternehmen beteiligen können, und jedenfalls würde es sehr erfreulich sein, wenn ein Zusammenwirken Deutschlands und Englands, wie schon an mehr als einem Platze auf der Welt, in einem Gebiete stattfinden könne, welches aus vielen Gründen Englands lebhaftes Interesse erfordere.

Die „Morning Post" macht darauf aufmerksam, daß in Kleinasien Ereignisse von allererster Wichtigkeit sich zu entwickeln begonnen hätten, deren allgemeine Bedeutung und deren Einfluß auf die englische Suprematie im Osten die englischen Staatsmänner sich vollständig klarmachen müßten.

„Times", „Manchester Guardian", sowie eine Korrespondenz des „Standard" aus Konstantinopel weisen darauf hin, daß Rußland diesen Ausgang der Angelegenheit kaum mit Befriedigung aufnehmen könne.

Die Leitartikel des „Times", „Morning Post" und „Manchester Guardian", sowie die Korrespondenz des „Standard" sind im Ausschnitt angeschlossen.

P. Hatzfeldt

Anhang

Deutsche Bahnbauten und Kohlenstationen in Persien und Arabien?

Nr. 3996

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 2. Februar 1899

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät verfehle ich nicht, alleruntertänigst über die in der Anlage abschriftlich beigefügte Eingabe zu berichten, welche der Oberleutnant à la suite des 2. Pommerschen Feldartillerie-Regiments (Nr. 17) Werther an das Auswärtige Amt gerichtet hat. Leutnant Werther lenkt in dieser Eingabe die Aufmerksamkeit auf das Sultanat Maskat und regt den Abschluß eines Protektoratsvertrages an, worin Deutschland die Verpflichtung übernimmt, den Sultan Feysal bin Turki gegen andere europäische Mächte zu schützen. Die Gegenleistung des Imam solle in der Abtretung eines Hafens an der Küste von Oman und der Verpachtung des an der Küste von Belutschistan belegenen Hafens Gwadar bestehen. Für die Pachtüberlassung des letzten Hafens würde Deutschland dem Sultan eine jährliche Summe von 20 bis 30000 Rupien zu zahlen haben. Wenn wir außerdem dem Sultan noch eine Anzahl Kanonen und einige tausend Gewehre zur Verteidigung gegen die Beduinen schenken wollten, so glaubt Leutnant Werther auf das Zustandekommen eines Schutzvertrages rechnen zu können. Zu dieser Vermutung sei er bei einem Besuche gelangt, den er auf einer im Hinterlande von Aden gemachten Reise dem Sultan zu Lahedj abstattete.

Das Sultanat Maskat, dessen staatsrechtliche Stellung zur Türkei unklar ist, bildet seit langem den Gegenstand der Rivalität zwischen England und Frankreich. Beide Regierungen garantierten dem Lande in einem Vertrage vom 20. März 1862 die Unabhängigkeit. Mehr und mehr ist aber in den letzten Jahren der Einfluß Frankreichs zurückgedrängt worden, so daß tatsächlich England seit geraumer Zeit eine Art von Protektorat über das Imamat ausübt. Es hat zu verschiedenen Malen den Sultan gegen seine Feinde beschützt, und der britische Vertreter *, der sich Her British Majesty's Resident nennt, nimmt in Maskat eine dominierende Stellung ein. Das Abhängigkeitsverhältnis von England findet seinen prägnanten Ausdruck in einer Unterstützung von

* Fagan.

40 000 Kronen, welche die englische Regierung bereits seit dem Jahre 1873 dem Sultan jährlich auszahlt, damit er die Ordnung und die Herrschaft in seinem Lande, die sich nur wenig über seinen Wohnsitz, die Stadt Maskat, hinaus erstreckt, aufrechterhalte. In englisch-indischen Kreisen besteht die Besorgnis, daß Frankreich und Rußland sich im Persischen Golf die Hände reichen könnten, und es erklärt dies die große Eifersucht, mit welcher man in England über Maskat wacht, in dessen geographischer Lage man den strategischen Schlüssel zum Golf erblickt. Danach steht allerdings zu erwarten, daß eine Einmischung Deutschlands in die Verhältnisse Maskats geeignet wäre, in der öffentlichen Meinung Englands eine uns feindliche Strömung hervorzurufen, welche drohen würde, unsere jetzigen guten Beziehungen zu England zu beeinträchtigen. Gerade im gegenwärtigen Augenblicke, wo unser Abkommen mit England über die portugiesischen Kolonien* noch vor der Ausführung steht, möchte es als fraglich erscheinen, ob der wirtschaftliche Wert, den Maskat für uns besitzt, diesen Einsatz lohnt.

Mit Rücksicht auf diese Verhältnisse gestatte ich mir, Euere Kaiserliche und Königliche Majestät in tiefster Ehrfurcht um huldreiche Bestimmung darüber zu bitten, ob der Vorschlag des Leutnant Werther zunächst dilatorisch behandelt und inzwischen Graf Hatzfeldt um seine Meinung über den Wertherschen Plan ersucht werden darf[1].

B. von Bülow

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ja
Schlußbemerkung des Kaisers:
Man könnte ja das Schreckbild der Russisch-Französischen Entente im Rothen Meere den Engländern von Zeit zu Zeit erscheinen lassen und ihnen andeuten wenn sie sich etwa Maskats bemächtigen wollten, unser guter Wille dazu nöthig sei. Als Entgelt Compensationen an der Küste Arabiens in Form einer Kohlenstation, und Sympathische Unterstützung der in ihrem Sinne gegen die obige Entente nützlichen Euphrat-Bahn! W.

Nr. 3997

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 226 London, den 17. März 1899

Vorläufige Antwort auf Erlaß Nr. 105 vom 16. Februar**.

Ich teile durchaus die Auffassung, welche der Herr Staatssekretär am Schlusse der von ihm Seiner Majestät dem Kaiser vorgelegten Be-

---

* Vgl. Kap. XCII.
** Durch Erlaß Nr. 105 vom 16. Februar war dem Grafen Hatzfeldt Kenntnis von der Eingabe des Leutnants Werther und von der kaiserlichen Schlußbemer-

merkungen ausgesprochen hat, daß eine Einmischung Deutschlands in die Verhältnisse von Maskat die hiesige öffentliche Meinung und namentlich die Regierungskreise empfindlich berühren und unsere jetzigen guten Beziehungen zu England voraussichtlich beeinträchtigen würde. Außerdem glaube ich, daß der von Leutnant Werther vorgeschlagene Versuch, ein Protektoratsverhältnis herbeizuführen, sich als aussichtslos herausstellen würde, weil kaum zu bezweifeln ist, daß die englische Regierung die äußerste Pression auf den Sultan ausüben würde, um ihn am Abschluß zu verhindern. Auch der Abtretung eines Hafens an Deutschland, selbst wenn dies ohne Protektoratsvertrag möglich wäre, würde England sich, soweit ich es beurteilen kann, voraussichtlich entschieden widersetzen. Es würde hiernach nur die Frage übrigbleiben, ob der Gedanke, uns eine Kohlenstation zu sichern, schon jetzt weiter zu verfolgen ist. Dies könnte meines Erachtens aber nur im Wege freundschaftlicher Verhandlung mit der englischen Regierung und unter der Voraussetzung mit Aussicht auf Erfolg geschehen, daß sich für die Verwirklichung des Gedankens eine Form finden läßt, welche hier den Verdacht ausschließen würde, daß unsererseits in Maskat die Erwerbung territorialer Rechte und eine Festsetzung mit politischen Hintergedanken zum möglichen Nachteil Englands beabsichtigt wird.

Aus meinen letzten Meldungen ergibt sich, daß die englisch-französischen Verhandlungen* einen befriedigenden Verlauf nehmen, und daß Lord Salisbury sogar schon von einem baldigen Abschluß spricht. Ob in das eventuelle Abkommen auch eine Abmachung über Maskat aufgenommen wird, dürfte abzuwarten sein. Jedenfalls scheint es zweifelhaft, ob unter diesen Umständen ein Hinweisen auf das Schreckbild einer russisch-französischen entente cordiale im Roten Meer sich hier

---

kung zu dem Immediatbericht vom 2. Februar (siehe Nr. 3996) gegeben worden. Am Schlusse des Erlasses hieß es: „Zum besseren Verständnis des allerhöchsten Marginals und zu Ihrer persönlichen Information möchte ich noch im engsten Vertrauen ausführen, daß Seine Majestät hierbei das Projekt einer Verlängerung der Anatolischen Bahn von Angora nach Bagdad im Auge hat. Dem Zustandekommen dieses Planes wendet Seine Majestät das lebhafteste Interesse zu, und es ist auch Aussicht vorhanden, daß es der Deutschen Bank, in deren Händen der Leitung der Anatolischen Bahnen sich befindet, gelingen wird, die Schwierigkeiten zu überwinden, welche sich der Erweiterung des Unternehmens bis Bagdad entgegenstellen. Von unserer Seite werden politische Bedenken gegen die Ausdehnung des Bahnnetzes bis Bagdad nicht erhoben; nur ist der deutschen Gesellschaft angeraten worden, unter der Hand Fühlung mit der englischen Finanzwelt zu nehmen. Ebenso haben wir es der Bank überlassen, wie sie sich wegen der Finanzierung des Geschäfts mit den inneren Ressorts auseinandersetzen will."

* Zwischen England und Frankreich fanden eben damals über die Maskatfrage, anläßlich des französischen Versuchs, dort festen Fuß zu fassen, Verhandlungen statt, die in gereizten Erklärungen in dem französischen bzw. dem englischen Parlament ausklangen. Vgl. Kap. XCIII, Nr. 3934.

als besonders wirksam erweisen und die Engländer bestimmen würde, irgendeiner Abtretung an uns in Maskat, die ihnen sonst unerwünscht wäre, zuzustimmen. Ich habe keinen Anhalt dafür, daß die Engländer, welche jetzt schon den dominierenden Einfluß in Maskat ausüben, vorläufig weitergehen und sich des Sultanats bemächtigen wollen. Sollte es einmal dazu kommen, so wird es vielleicht möglich sein, sie davon zu überzeugen, daß es ihrem eigenen Interesse entsprechen würde, sich unsern guten Willen zu sichern und dafür Kompensationen durch Einräumung einer Kohlenstation an der arabischen Küste und durch Unterstützung der Euphratbahn zu gewähren.

Nach den bisherigen Absichten Lord Salisburys ist anzunehmen, daß er demnächst nach Beaulieu abreist, und es würde daher kaum möglich und auch nicht ratsam sein, vor seiner Abreise eine Unterhandlung über Maskat mit ihm einzuleiten.

Hatzfeldt

Nr. 3998

Der Gesandte in Teheran Graf Rex an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 10 — Teheran, den 18. März 1899
Geheim

Englischer Gesandter* teilt mir streng vertraulich mit, Großwesir** habe ihm gestern ausdrücklich erklärt, daß die Russen jeder deutschen Unternehmung hier auf das schärfste entgegentreten und die Abgabe von Konzessionen an Deutsche als einen russenfeindlichen Akt betrachten; Großwesir erwarte täglich Verlangen der Russen auf Verlängerung des russisch-persischen Eisenbahnvertrags und glaube, dasselbe nicht abschlagen zu können, da die scharfe Sprache des russischen Gesandten ihn ernstlich beunruhige***.

Großwesir scheint unsere von seinem Vorgänger erhaltene Konzession Teheran—Bagdad nicht zu kennen, da diese mir einer Verlängerung entgegenzustehen scheint.

---

* Sir H. M. Durand.

** Mirza Ali Asghar-Chan.

*** Tatsächlich erfolgte, wie der Großwesir dem Gesandten Grafen Rex am 26. Juni mitteilte, im Laufe des Frühjahrs eine Verlängerung des persisch-russischen Eisenbahnvertrags um fünf Jahre. Der Abschluß von Konzessionen mit Deutschen war damit, wie Graf Rex in einem Bericht vom 26. Juni ausführte, wenn auch nicht strikt untersagt, so doch aufs äußerste erschwert. Inzwischen war deutscherseits in Voraussicht dieser Sachlage bereits von einer Beförderung von Konzessionen an Deutsche Abstand genommen, um nicht die russische Eifersucht zu reizen. Vgl. das folgende Schriftstück.

Bericht über die Erklärungen des Großwesirs folgt durch englischen Kurier.

Sende dieses Telegramm über Indien, da sämtliche chiffrierte Telegramme von Odessa abschriftlich nach St. Petersburg gehen. Erbitte Weisung, ob ich trotzdem geheime Mitteilungen mit vorliegendem Chiffre über Rußland übersenden kann.

Rex

Nr. 3999

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Gesandten in Teheran Grafen Rex

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Mühlberg

Nr. 7 Berlin, den 23. März 1899

Antwort auf Telegramme Nr. 5, 9 und 10*.

Die gegenwärtig für uns geschaffene Situation in der Eisenbahnfrage ist eine Folge der von Herrn von Bodman** im vorigen Jahre ohne diesseitige Ermächtigung gepflogenen Verhandlungen mit dem Sadrasam***. Bereits in dem Erlasse vom 8. Juli v. Js. ist Herr von Bodman auf die unerwünschten Weiterungen aufmerksam gemacht worden, welche eine derartige ohne Wissen der Zentralstelle ergriffene Initiative hervorrufen kann. Wenn trotzdem die Aktion des damaligen Geschäftsträgers von mir nicht sofort förmlich desavouiert wurde, so unterblieb dies nur, weil die persische Erklärung vom 25. Februar 1898 uns weiter keine Verpflichtung auferlegte. In der betreffenden Note wird uns überhaupt keine Eisenbahnkonzession erteilt, sondern die persische Regierung übernimmt darin nur die Verpflichtung, bis zum 11. November 1900 ausschließlich von deutschen Bewerbern Anträge auf Verleihung der Konzession entgegenzunehmen. Nach den mir von Ew. pp. gemachten Meldungen würde ich aber teils aus politischen, teils aus praktischen Gründen nicht in der Lage sein, deutschen Offerten für die Eisenbahn, wenn solche, was ich unter diesen Umständen bezweifle, sich überhaupt fänden, das Wort zu reden. Zu dieser Entschließung bestimmt mich auch noch insbesondere, daß die Deutsche Bank, welcher ich das Projekt der Eisenbahn Teheran—Bagdad mitteilte, es ablehnt, sich damit zu befassen. Ew. pp. bitte ich deshalb, auf die vorjährigen Zusicherungen des früheren Großwesirs nicht mehr zurückzukommen, sondern dieselben stillschweigend fallen zu lassen.

Bülow

* Siehe Nr. 3998.

** Legationssekretär Freiherr von und zu Bodman versah 1898 zeitweilig als Geschäftsträger die Geschäfte der Gesandtschaft in Teheran.

*** d. i. Großwesir.

Nr. 4000

Der Konsul in Bagdad Richarz an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

A 14 Bagdad, den 10. März 1899
[eingegangen am 9. April]

Euerer Durchlaucht hochgeneigte Aufmerksamkeit möchte ich mir erlauben, unter gehorsamster Bezugnahme auf die neuerdings in den Zeitungen viel besprochenen Nachrichten von der beabsichtigten Gründung einer französischen Kohlenstation im Sultanate Maskat, auf den dem Amtsbezirke dieses Kaiserlichen Konsulats zugehörigen Hafenplatz Kueit südlich von Basra, unweit der Mündung des Schatt-el-Arab, ganz besonders hinzulenken.

Für eine deutsche Kohlenstation in den Gewässern des Persischen Golfes dürfte Kueit neben oder vor dem Maskater Territorium als ganz hervorragend geeignet erscheinen.

Der dem nach Europa gerichteten Hafen von Haidar Pascha entgegengesetzte zweite Endpunkt der großen Anatolischen Eisenbahnlinie nach dem Indischen Ozean hin würde gewiß am zweckmäßigsten in Kueit anzulegen sein. Die Schwierigkeiten, welche sich der Erreichung des Hafens von Basra durch die Seichtheit des Wassers beim Überschreiten der Barre des Schatt-el-Arab für die Seeschiffe entgegenstellen, existieren in Kueit nicht. Vielmehr ist der dortige Hafen ein guter zu nennen und auch größeren Seedampfern stets zugänglich.

Die politischen Verhältnisse liegen insofern augenblicklich dort günstig, als der Ort und seine Umgebung dem Türkischen Reiche zwar nominell zugehören, aber nie recht eigentlich und tatsächlich demselben einverleibt worden sind.

Infolge der beständigen dortigen Wirren der letzten Jahre ist Kueit außerdem für die Türkei eine Art Schmerzenskind geworden, dessen man sich vielleicht in Konstantinopel namentlich in Anbetracht der Ohnmacht der türkischen Marine nicht so ungern entledigen würde. Dies schließt allerdings nicht aus, daß sich mehrere hiesige hohe türkische Funktionäre aus ganz speziellen persönlichen Gründen metallischen Beigeschmacks bei etwaigem Befragen in ihren Berichten der Abtretung einer Kohlenstation in Kueit an Deutschland vermutlich entgegenstellen werden.

Ein wie wichtiger Punkt Kueit ist, wird allein schon durch die Tatsache bestätigt, daß sowohl die projektierte englische Eisenbahnlinie Port Said—Zentralarabien—Persischer Golf als auch die russische des Grafen Kapnist beide Kueit als östlichen Ausgangspunkt ins Auge fassen. Für die Anatolische Eisenbahnlinie besitzt Kueit aber noch eine ganz andere, höhere Bedeutung als für die genannten. Richarz

Nr. 4001

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Konsul in Bagdad Richarz

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Mühlberg

A 2 Berlin, den 12. April 1899

Ew. pp. gefällige Berichte über die Vorgänge in Maskat und im Persischen Golf* habe ich mit Interesse entgegengenommen, und ich bin damit einverstanden, wenn Sie Ihre Beobachtungen nach dieser Richtung hin fortsetzen. Indes möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, daß es unserer allgemeinen Politik nicht entspräche, wenn Sie bei Verfolgung dieser Fragen in irgendeiner Weise aus einer ausschließlich observierenden Haltung heraustreten würden. Bei der gegenwärtigen allgemeinen politischen Konstellation beabsichtigen wir nicht, in Maskat ein Konsulat zu errichten oder am Persischen Golf eine Tätigkeit zu entwickeln, welche darauf abzielt, in diesen Breiten eine Machtsphäre zu erwerben. Ich bitte Ew. pp. sich dies sowohl in Ihren amtlichen als auch privaten Unterhaltungen stets vor Augen zu halten und sorgsam Äußerungen zu vermeiden, welche den Schein des Gegenteils erwecken könnten.

Bülow

Nr. 4002

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Mühlberg

Nr. 273 Berlin, den 29. April 1899

Obgleich ich dem Leutnant Werther keinen Zweifel darüber gelassen hatte, daß wir im gegenwärtigen Augenblick in keiner Weise beabsichtigten, aktiv in Maskat hervorzutreten, ist derselbe in dem unter Rückerbittung beigefügten Schreiben** auf seine Vorschläge zurückgekommen. Herr Werther teilt darin mit, daß er angeblich vom Sultan von Maskat um die Entsendung eines deutschen Konsuls nach dorthin ersucht worden sei. Dagegen wäre Seyyid Feysal geneigt, uns eine Kohlenstation in Sohar einzuräumen.

Ich gedenke zwar nicht auf die Anregung des Leutnant Werther einzugehen, immerhin lege ich indes Wert darauf, Ew. pp. persönliche Ansicht darüber zu vernehmen, welchen Eindruck es auf die englische Regierung machen würde, wenn wir den Wertherschen Plan auf-

---

* Vgl. Nr. 4000.

** Vom 28. April.

nehmen wollten. Einer gefälligen Äußerung Ew. pp. in dieser Beziehung erlaube ich mir deshalb entgegenzusehen.

Bülow

Nr. 4003

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 357 London, den 4. Mai 1899

Anknüpfend an eine im Auszuge beigefügte Rede des Sir Richard Temple über britische Interessen in Persien bemerkt die heutige „Morning Post", es könne kein Zweifel darüber bestehen, daß über kurz oder lang in dem südwestlichen Teile Asiens Einflußsphären der europäischen Mächte[1] zur Anerkennung gelangen würden. Rußland habe für den Fall des Zusammenbruchs des Persischen Reichs ein gewisses Anrecht auf den nördlichen Teil Persiens[2]. England aber falle die Südküste zu; es sei jedoch angezeigt, daß England sich der Unterstützung derjenigen Mächte vergewissere, die sich im Tigris- und Euphrattal und in der südlichen Hälfte Kleinasiens niederzulassen beabsichtigten. Um zu einer Verständigung mit Rußland auf diesem Gebiete zu gelangen, wäre es zweckdienlich, wenn England vorher mit Deutschland[3] und Frankreich sich einige, um ein weiteres Vordringen Rußlands nach dem Mittelländischen Meere auszuschließen.

Der Artikel folgt anbei. P. Hatzfeldt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] !

[2] Dann müssen wir uns aber Mesopotamien sichern!

[3] sehr richtig

Nr. 4004

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 374 London, den 11. Mai 1899

Den hohen Erlaß Nr. 273 vom 29. v. Mts., Maskat betreffend*, habe ich zu erhalten die Ehre gehabt.

Nach reiflicher Erwägung der mir gestellten Frage glaube ich an der Ansicht festhalten zu müssen, daß jeder Schritt unsererseits, welcher hier so ausgelegt werden könnte, daß wir spezielle Interessen in Maskat

* Siehe Nr. 4002.

verfolgen oder uns dort auf irgend eine Weise festsetzen wollen, im gegenwärtigen Augenblick die englische Empfindlichkeit hervorrufen und zum mindesten zur Folge haben würde, daß man uns hier in den zwischen den beiden Regierungen schwebenden Fragen noch weniger Entgegenkommen zeigt, als bisher schon der Fall ist. Soweit ich mir ein Urteil gestatten darf, kann ich in der angeblich vom Sultan gewünschten Errichtung eines deutschen Konsulats keinen besonderen Vorteil erblicken, wenn wir nicht gleichzeitig die dafür in Aussicht gestellte Kohlenstation erwerben können, wobei ich voraussetze, daß die Angabe über die Bereitwilligkeit des Sultans zur Abtretung einer solchen Station wirklich begründet ist. Gerade die Erwerbung einer Kohlenstation würde aber in die Kategorie derjenigen Tatsachen fallen, welche das englische Mißtrauen gegen unsere Absichten in Maskat und die englische Empfindlichkeit über unsere Einmischung dort unzweifelhaft erregen würden. Unter diesen Umständen würde es sich meines Erachtens empfehlen, die Ausführung des von dem Leutnant Werther befürworteten Plans jedenfalls so lange zu vertagen, bis die Beziehungen zwischen England und Deutschland sich mehr geklärt haben werden. Kommen die hiesigen Staatsmänner zu der Einsicht, daß freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland im englischen Interesse geboten sind, ein Fall, der wohl noch nicht als ganz ausgeschlossen zu betrachten ist, so wird sich vielleicht die Möglichkeit bieten, dieselben davon zu überzeugen, daß die Errichtung eines Konsulats in Maskat und sogar die Erwerbung einer Kohlenstation durch Deutschland dem englischen Interesse nicht widersprechen würde. Sollten sich dagegen die Verhältnisse so gestalten, daß wir auf eine freundlichere Gestaltung unserer hiesigen Beziehungen definitiv verzichten müssen, so werden wir keinen Anlaß mehr haben, die Empfindlichkeit der Engländer zu schonen, und können dann auch die Erwerbung einer Kohlenstation in Maskat ebenfalls ohne ernstliche Bedenken ins Auge fassen.

Die Anlage des Erlasses Nr. 273 vom 29. v. Mts. erfolgt anbei zurück.

P. Hatzfeldt

Nr. 4005

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept

Nr. 297 Berlin, den 13. Mai 1899

Ew. beehre ich mich in der Anlage zwei auf persische Angelegenheiten bezügliche Schriftstücke zu übersenden, nämlich Ihren eigenen

Bericht Nr. 357 vom 4. d. Mts.* und einen Bericht Nr. A 21 vom 17. v. Mts. des Kaiserlichen Gesandten in Teheran**, beide mit den Randvermerken Seiner Majestät versehen. Aus letzteren werden Ew. von neuem entnehmen, mit welchem lebhaften Interesse unser allergnädigster Herr alle Fragen verfolgt, welche auf die Entwickelung der Dinge im südlichen Kleinasien Bezug haben. Daher ist auch die in dem Leitartikel der „Morning Post" vom 4. d. Mts. enthaltene Bemerkung, daß England sich zur Sicherung seiner Stellung im Persischen Meerbusen mit einer andern Macht, welche ihr dabei helfen könnte, verständigen sollte, der kaiserlichen Aufmerksamkeit nicht entgangen, zumal sich Mr. Cecil Rhodes seinerzeit in ähnlichem Sinne ausgesprochen hatte***.

Über diese Frage der Sicherung des Persischen Meerbusens gibt es offenbar in England verschiedene Ansichten. Denn während die „Morning Post" in ihrem Leitartikel für die Heranziehung von Deutschland oder Frankreich zu dieser Aufgabe plädiert, gibt andererseits dieselbe Nummer desselben Blattes das Resümee eines Vortrages im United Service Club wieder, wonach die beiden Redner Sir Richard Temple und Sir Lepel Griffin in der Auffassung einig waren, daß der Persische Meerbusen ein britischer See werden müsse — eine Auffassung, welche für die Mitwirkung einer dritten Macht kaum noch Spielraum läßt.

Um von hier aus sich ein praktisches Urteil über die Frage zu bilden, ob und wie Deutschland in jenen Regionen würde Fuß fassen können, müßte man zunächst wissen, ob die vermutlich als ballon d'essai hingeworfene Bemerkung der „Morning Post" von der Mitwirkung der einen oder anderen fremden Macht den Anschauungen eines beachtenswerten Teils des politischen Englands entspricht, oder aber, ob dort die Ansicht von dem „Britischen See" die maßgebende sein würde, falls die Angelegenheit zur Erörterung käme. Im letzteren Falle würde für Deutschland die Alternative übrigbleiben, entweder auf die weitere Mitarbeit bei der Herstellung des neuen Überlandweges nach Indien durch Kleinasien zu verzichten, oder die Arbeit mit festerer Anlehnung an Rußland fortzusetzen. Diese Anlehnung, welche, wie Ew. bekannt ist, keine besonderen Schwierigkeiten bieten würde, wäre nur dann erforderlich, wenn wir uns auf eine unfreundliche Haltung Englands einrichten müßten. Ich möchte also die Antithese nicht so stellen, daß wir

---

* Siehe Nr. 4003.

** Der Bericht des Gesandten Grafen Rex betraf die persischen Verhältnisse und schloß mit den Worten: „Ebenso wie in Teheran so ist auch in ganz Persien die allgemeine Lage eine wenig zufriedenstellende, überall zeigt sich die Machtlosigkeit der jetzigen Regierung. Der Großwesir ist sich über den Ernst der Lage vollkommen klar; er kann aber angesichts der Energielosigkeit und Wankelmütigkeit des Schahs keinen Wandel schaffen."
Dazu hatte der Kaiser bemerkt: „Eine reife Frucht! wer wird sie pflücken!"

*** Vgl. Kap. XCVI, Nr. 4045, S. 581, Fußnote *.

uns vor die Wahl gestellt sehen zwischen einer Abmachung mit Rußland oder einer Abmachung mit England. Um uns das Verharren in unserer bisherigen unabhängigen Haltung zu ermöglichen, genügt es, wenn England seinerseits gegenüber den maßvollen und eng umschriebenen Zielen, welche Deutschland in Kleinasien verfolgt, eine freundliche Haltung und ein gewisses Entgegenkommen markiert. Wir stehen vorerst noch in der Phase der Prüfung und Umschau. Die Prüfung muß sich in erster Linie der Frage zuwenden, wen wir bei unserer Tätigkeit in Kleinasien mit uns und wen wir gegen uns haben würden.

Ew. haben kürzlich die Ansicht geäußert, welcher ich mich auf Grund der mir bekannt gewordenen Symptome anschließe, daß der gegenwärtige Zeitpunkt ganz besonders ungeeignet sei, um von England Konzessionen irgendwelcher Art zu erlangen, da die Engländer, Regierung und Volk, infolge des starken Hervortretens ihrer maritimen Machtmittel, infolge der Faschodaangelegenheit sowie auch der Annäherung an die Vereinigten Staaten zu einem Größengefühl gelangt sind, welches die nüchterne Besprechung realer Verhältnisse zeitweilig erschwert. Ich möchte Ew. deshalb auch jetzt zu keinem amtlichen Schritt beauftragen, überlasse Ihnen vielmehr vollkommen die Wahl der Zeit und die Wahl der Form für eine erste Sondierung. Aber auch ohne eine solche wird eine Äußerung Ew. über die Aufnahme, welche der Gedanke deutscher Mitarbeit in Kleinasien und Mesopotamien bei dem politischen England voraussichtlich finden würde, mir von Interesse sein.

Daß wir uns mit der Einleitung von Besprechungen nicht übereilen sollten, ergibt sich für mich schon aus dem Umstande, daß verschiedene Anzeichen auf eine langsame Verminderung der Wärme in den englisch-amerikanischen Beziehungen zu deuten scheinen.

Bülow

Nr. 4006

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 392 London, den 16. Mai 1899

Den hohen Erlaß Nr. 297 vom 13. d. Mts.*, die Entwickelung der Dinge im südlichen Kleinasien und im Persischen Meerbusen betreffend, habe ich zu erhalten die Ehre gehabt.

Euere Durchlaucht wollen überzeugt sein, daß mir die Wichtigkeit der Interessen, die für Deutschland dabei in Frage kommen, vollkommen

* Siehe Nr. 4005.

gegenwärtig ist, und daß ich sie nicht aus den Augen verliere. Von der mir erteilten Ermächtigung, im geeigneten Augenblick und in geeigneter Form eine erste Sondierung vorzunehmen, ob und wie weit der Gedanke deutscher Mitarbeit in jenen Gegenden hier eine günstige Aufnahme finden würde, werde ich daher nicht unterlassen, baldmöglichst Gebrauch zu machen. Im Interesse der Sache wird es sich aber, soweit ich mir über die hiesige Situation ein Urteil gestatten darf, wohl empfehlen, diese Sondierung nicht zu übereilen, sondern den Augenblick abzuwarten, wo in den hiesigen maßgebenden Kreisen der Wunsch einer Anlehnung an Deutschland wieder mehr in den Vordergrund tritt und wir daher auf größeres Entgegenkommen rechnen können, als bis jetzt noch der Fall ist. Manche kleine Symptome lassen darauf schließen, daß sich eine solche Wendung zum Besseren uns gegenüber allmählich vorbereitet, und dieselbe wird vielleicht auch durch die in den letzten Tagen auftauchende Erkenntnis beschleunigt werden, daß man hier von Rußland weniger zu erwarten hat, als nach dem letzten in St. Petersburg abgeschlossenen Abkommen* angenommen worden war.

An der früher von mir geäußerten Ansicht, auf die Euere Durchlaucht Bezug zu nehmen die Güte haben, daß der gegenwärtige Augenblick aus verschiedenen Gründen überhaupt ungeeignet sei, um von England gerade jetzt Konzessionen irgendwelcher Art zu erlangen, glaube ich auch jetzt noch festhalten zu müssen, ohne jedoch daraus den Schluß zu ziehen, daß damit jedes Einlenken uns gegenüber auch für die Zukunft ausgeschlossen ist. Solche Wandlungen in den politischen Sympathien der Engländer sind nichts Ungewöhnliches, und ich habe sie, seitdem ich in England bin, mehr als einmal erlebt. Selbst der Fall scheint mir keineswegs ausgeschlossen, daß die politische Intimität zwischen England und Amerika sich in nicht zu ferner Zeit als weniger fest und zuverlässig herausstellen wird, als dies heute den Anschein hat, und ich möchte nach manchen Symptomen annehmen, daß selbst Lord Salisbury diese Möglichkeit schon jetzt im Auge hat. Auch dafür liegen Symptome vor, daß man hier selbst nach dem letzten Abkommen über den Sudan** den Franzosen kein übermäßiges Vertrauen entgegenbringt. In der englischen Presse ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß Frankreich nach wie vor alle Kräfte anspannt, um seine Flotte auszubauen, und daß dies nur gegen England gerichtet sein könne. Je mehr sich aber hier die Erkenntnis Bahn bricht, daß man ungeachtet aller Abkommen in Paris und in St. Petersburg schließlich nichts Gutes zu erwarten hat, desto leichter kann der angedeutete Fall eintreten, wo sich hier eine neue Wandlung zu unseren Gunsten voll-

* Gemeint ist das englisch-russische Abkommen vom 28. April über die Abgrenzung der beiderseitigen Einflußsphären in China.
** Siehe darüber Kap. XCIII, Nr. 3943 und den Anhang desselben Kapitels.

zieht und in Deutschland die Macht erkannt wird, um deren Freundschaft man sich bewerben muß.

Bei weitem schwieriger würde die Beantwortung der Frage sein, ob der Gedanke deutscher Mitarbeit hier schon jetzt eine günstige Aufnahme finden würde. Aus früheren Äußerungen von mir über die „Morning Post“ wird Euerer Durchlaucht vielleicht erinnerlich sein, daß dieses Blatt nach meiner Ansicht weder die englische Regierung noch einen nennenswerten Teil der hiesigen öffentlichen Meinung vertritt. Aus dem Leitartikel der „Morning Post“ über die Heranziehung Deutschlands zur Sicherstellung des Persischen Meerbusens darf deshalb meines Erachtens nicht geschlossen werden, daß die hiesigen maßgebenden Kreise dieser Auffassung schon jetzt zustimmen würden. Für viel wahrscheinlicher halte ich, wie die Dinge vorläufig liegen, daß die von Sir Richard Temple und Sir Lepel Griffin dargelegte Auffassung, wonach der Persische Meerbusen ein britischer See werden müßte, in der hiesigen öffentlichen Meinung fast ungeteilte Sympathie finden würde. Ist diese Voraussetzung begründet, so muß meines Erachtens daraus geschlossen werden, daß jedes Vorgehen unsererseits im Persischen Meerbusen, welches nicht auf eine vorhergehende freundschaftliche Verständigung mit der englischen Regierung basiert ist, hier auf Empfindlichkeit und Widerspruch stoßen würde.

Ich erlaube mir meine Auffassung zur Sache dahin zu resümieren, daß wir zwar die erste geeignete Gelegenheit benutzen sollten, um uns über die Absichten Englands in bezug auf die Mitwirkung Deutschlands in jenen Gegenden zu vergewissern, daß wir dies aber nicht übereilen, sondern, wenn irgend möglich, warten müssen, bis die jetzt erkennbaren Symptome einer erwachenden Neigung Englands zu erneuter Annäherung an Deutschland eine etwas festere Gestalt angenommen haben. Sollte sich die Erwartung, daß dann hier eine Verständigung möglich sein wird, nicht bestätigen, so würden wir damit in die Lage kommen, die Arbeit, die wir im deutschen Interesse für geboten halten, ohne Rücksicht auf England und mit Anlehnung an Rußland fortzusetzen.

P. Hatzfeldt

Nr. 4007

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 121 Berlin, den 23. Mai 1899

Aus dem Berichte Nr. 392* ersehe ich, daß Ew. den gegenwärtigen Zeitpunkt als ungeeignet für eine diesseitige Anregung bezw. Sondierung

* Siehe Nr. 4006.

betreffs der kleinasiatischen oder mesopotamischen Angelegenheiten ansehen. Ew. ermächtige ich daher, die hierauf bezüglichen Fragen bis auf weiteres ruhen zu lassen. Sollte das Thema von englischer Seite zum Gegenstande der Erörterung gemacht werden, so würde von Ihrer Seite auszuführen sein, wie es sich für Deutschland in Kleinasien nur um die Vollendung der Anatolischen Bahnstrecke bis Bagdad handelt.

Bülow

Nr. 4008

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Schlözer an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 239 — Therapia, den 17. August 1899
Ganz geheim

Der Sultan läßt mir sagen, er wolle eine Bahn vom Hafen von Hodeida am Roten Meer nach der 310 Kilometer entfernten Hauptstadt der Jemen-Provinz, Sana, bauen und wünsche, daß die Anatolische Eisenbahngesellschaft Bau und Betrieb dieser Linie übernehme. Nach ungefährer Schätzung werde der Bau 1½ Millionen Pfund Türkisch kosten. Die Bahn sei aus strategischen Gründen wichtig, und da die Provinz vier Millionen Einwohner mit regem Handelsverkehr habe, voraussichtlich einträglich. Die Angelegenheit müsse aber, da er Intrigen fremder Mächte befürchte, streng geheim gehalten werden und dürfe erst nach Abschluß der betreffenden Konventionen mit den Anatoliern bekannt werden.

Auf die Frage, in welcher Weise die Baugelder zu beschaffen wären, hat Tahsin Bey bemerkt, daß, wenn sich die Deutsche Bank zur Übernahme von Bau und Betrieb prinzipiell bereit erkläre, provisorische Vereinbarungen mit der Pforte getroffen werden könnten, die nach Erzielung einer Verständigung über die Baubedingungen in definitive umgewandelt werden würden. Bis dahin müßten die notwendigen Baugelder von der Regierung bereit gestellt werden. Für den Sultan komme es in erster Linie darauf an, ein fait accompli zu schaffen. Seine Majestät der Sultan bitte daher die Kaiserliche Regierung, bei der Deutschen Bank dahin zu wirken, daß letztere sich schleunigst zur Übernahme von Bau und Betrieb bereit erkläre. Tahsin Bey läßt durch den türkischen Generalstab eine genaue Karte der Strecke Hodeida—Sana anfertigen und wird mir dieselbe alsbald zugehen lassen.

Falls die Kaiserliche Regierung bereit wäre, auf den Wunsch des Sultans einzugehen, dürfte sich meines unmaßgeblichen [Erachtens] diesmal eine rasche Entschließung seitens der Deutschen Bank empfehlen, um zu verhindern, daß fremde Intrigen Zeit gewinnen, in dieser Angelegenheit mitzusprechen.

Schlözer

Nr. 4009

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Geschäftsträger in Konstantinopel von Schlözer

Telegramm. Konzept

Nr. 99 Berlin, den 19. August 1899
Geheim

Antwort auf Telegramm Nr. 239 vom 17. August*.

Dem Wunsche des Sultans, auf die Deutsche Bank einen Druck auszuüben, trage ich vorläufig Bedenken nachzukommen. Da sich von hier aus die Bedeutung einer Bahn Hodeida—Sana nicht ermessen läßt, so wollen Ew. pp. zunächst eingehend über das Projekt berichten und sich speziell auch mit besonderer Berücksichtigung der englischen Aspirationen darüber äußern, welche politische Tragweite die Übertragung der Konzession an deutsche Unternehmer nach Ihrer Ansicht haben würde.

Auch zögere ich noch aus einem anderen Grunde, die Deutsche Bank für den Plan zu erwärmen. Der Ausbau der Anatolischen Bahnen nach Bagdad und weiter erfordert sehr große Mittel, und die Deutsche Bank ist noch keineswegs sicher, in welcher Weise es ihr gelingen wird, die notwendigen Gelder flüssig zu machen. In diesem Augenblicke sie für ein Unternehmen zu gewinnen, über dessen Rentabilität und finanzielle Aussichten hier garnichts bekannt ist, scheint mir gewagt zu sein. Übrigens würde es mir auch von Interesse sein zu erfahren, ob Herr Zander bereits durch den Sultan von dem Projekt verständigt worden ist, und wie derselbe sich eventuell über die Stellung der Deutschen Bank dazu äußert. Sollte der Sultan die Angelegenheit zum Gegenstande weiterer Auslassungen machen, so bitte ich Ew. pp., die betreffenden Mitteilungen zwar mit Interesse, aber ohne uns irgendwie zu engagieren entgegenzunehmen.

Richthofen

---

* Siehe Nr. 4008.

Nr. 4010

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Schlözer an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 242 Therapia, den 23. August 1899

Antwort auf Telegramm Nr. 99*.

Die Besprechungen mit Tahsin Bey haben selbstverständlich lediglich informatorischen Charakter, ohne die Kaiserliche Regierung irgendwie zu verpflichten. Herr Zander ist von dem Projekt nicht verständigt, da Seine Majestät der Sultan die Angelegenheit ganz geheim behandelt wissen will.

Über die Rentabilität der Bahn Hodeida—Sana warte ich weitere Mitteilungen Tahsin Beys ab. Die von ihm übersandte Spezialkarte folgt dieser Tage. Aspirationen auf das Jemengebiet hatte England bisher nicht. Auch fehlt ihm an der Westküste Arabiens jeglicher Besitz; fälschlich ist die Insel Kamaran auf einigen Karten als britisch eingetragen. Englands Aspirationen beginnen lediglich an der Südküste, wo es der Festsetzung türkischen Einflusses im Adengebiet sowie der türkischen Okkupierung des Staats Hadramaut bisher entgegengearbeitet hat. Immerhin ist anzunehmen, daß der projektierte Bau England nicht sehr angenehm sein wird, weil er eine Stärkung des türkischen Einflusses am Roten Meer involvieren würde.

Es ist sicher, daß Seine Majestät der Sultan, wenn deutscherseits der Bau nicht übernommen wird, ihn keinenfalls den Engländern anvertraut. Dagegen ist vorauszusehen, daß dann eine andere Nation bei Seiner Majestät dem Sultan die Konzession durchsetzen und sich hierbei Vorteile sichern würde, für deren Erlangung sich uns die Gelegenheit im Roten Meer vielleicht nicht sobald wieder bietet.

Aus diesem Grunde würde ich eine — uns mangels einer Basis vorläufig nicht bindende — Annahme im Prinzip seitens der Deutschen Bank für politisch nützlich halten. Denn im Laufe der Verhandlungen könnte eine Überlassung von Kohlenstationen in Hodeida oder Mokka, resp. von Stützpunkten für unsere ostasiatischen Beziehungen, angeregt werden. Seine Majestät der Sultan würde einer solchen Modalität meines Erachtens günstig gegenüberstehen, wenn höchstdemselben in geschickter Weise die volkswirtschaftliche und politische Stärkung vor Augen geführt wird, welche hieraus auch der Regierung Seiner Majestät erwachsen müßte. In dieser Form würde auch vermieden werden, daß der betreffende Vorschlag etwa die Verhandlungen bezüglich der Bagdadbahn ungünstig beeinflussen könnte.

Daß England gegen einen für uns mit dem Bau zu verknüpfenden

---

* Siehe Nr. 4009.

politischen Vorteil, namentlich wenn derselbe als fait accompli auftritt, sachliche Bedenken wird erheben können, erscheint mir ausgeschlossen, schon weil die Italiener und Franzosen am Roten Meer unverkennbar wichtigere Stützpunkte besitzen. Die durch die anderen Nationen an der afrikanischen Küste des Roten Meeres geschaffenen Reibungsflächen lassen vielmehr die türkische Küste Arabiens als die für uns einzig mögliche erscheinen.

Die englischerseits beim Bekanntwerden des Projekts allerdings zu erwartende offiziöse Polemik dürfte ebenso wirkungslos bleiben, wie sie es bis jetzt bezüglich der Bagdadbahn gewesen ist.

Schlözer

Nr. 4011

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 235 London, den 25. August 1899
Ganz geheim

Telegramm Nr. 188 erhalten *.

Die Auffassung des Kaiserlichen Geschäftsträgers in Konstantinopel, daß wir, wenn wir den Vorschlag des Sultans bezüglich Übernahme des Baus der Bahn Hodeida—Sana durch die Deutsche Bank ablehnen, wahrscheinlich fürs erste keine andere Gelegenheit haben werden, uns im Roten Meere Vorteile zu sichern, scheint mir durchaus begründet, und ich teile ebenfalls die Ansicht, daß eine uns vorläufig nicht bindende Annahme im Prinzip seitens der Deutschen Bank in unserem Interesse angezeigt wäre. Daß dies hier, wenn die Sache bekannt wird, zu einer gewissen Polemik führen wird, ist bei der Eifersucht, mit welcher das hiesige Publikum sowohl die Ausbreitung unseres Handels im Orient als auch das Wachsen unseres Einflusses in Konstantinopel verfolgt, mit Bestimmtheit zu erwarten. Ich habe aber vorläufig keinen Grund zu der Annahme, daß die englische Regierung uns, soweit es sich um den Bau der Bahn handelt, einen sehr entschiedenen Widerspruch entgegensetzen würde. Bei Beurteilung dieser Frage ist meines Erachtens auch zu berücksichtigen, daß der Zeitpunkt insofern ein günstiger für uns ist, als die englische Regierung, welche in der letzten Zeit den Wunsch gezeigt hat, ihre Beziehungen zu uns wieder freundlicher zu gestalten, offenbar kein Interesse hat,

* Durch Telegramm Nr. 188 vom 24. August war Graf Hatzfeldt um seine Meinungsäußerung in bezug auf das Bahnprojekt Hodeida—Sana und dessen eventuelle Rückwirkung auf das deutsch-englische Verhältnis ersucht worden.

eine neue Trübung dieser Beziehungen herbeizuführen, solange die in Südafrika drohende Krisis* nicht definitiv überwunden ist. Selbst für den Fall, daß man es hier im englischen Interesse für unbedingt geboten halten sollte, den Bau der fraglichen Bahn überhaupt zu hintertreiben, ist, wie mir scheint, anzunehmen, daß der eventuelle Widerspruch sich eher gegen den Sultan als gegen uns richten würde.

In bezug auf die gewiß sehr nützliche und wünschenswerte Erwerbung einer Kohlenstation z. B. in Mokka dürfte nach meiner Auffassung zunächst abzuwarten sein, ob sich die Erwartung des Kaiserlichen Geschäftsträgers in Konstantinopel bestätigt, daß der Sultan sich dazu im Laufe der Verhandlungen bereit zeigen wird. Hierüber wird jedenfalls eine gewisse Zeit vergehen, und wir werden inzwischen mit größerer Bestimmtheit ermitteln können, welche Wirkung eine solche Erwerbung hier ausüben würde. Einen auf Tatsachen begründeten Einwand könnte England auch hiergegen nicht erheben. Wir werden dann immer noch beurteilen können, ob wir, um einer ernstlichen, wenn auch unberechtigten politischen Verstimmung wegen dieser Frage vorzubeugen, vor dem Abschluß den Versuch machen wollen, uns mit England darüber freundschaftlich zu verständigen.

Meine Auffassung darf ich dahin resümieren, daß es sich empfiehlt, der englischen Regierung mit dem fait accompli der prinzipiellen Annahme des türkischen Vorschlags durch die Deutsche Bank gegenüberzutreten und, wenn sich Gelegenheit dazu bietet, bei den hierauf bezüglichen Verhandlungen auch die Erwerbung einer Kohlenstation anzuregen, in dieser Hinsicht aber hier vorläufig das strengste Geheimnis zu beobachten, bis sich mit größerer Sicherheit übersehen läßt, ob es vorteilhafter für uns ist, auch in diesem Punkte mit einem fait accompli hervorzutreten oder den Versuch freundschaftlicher Verständigung darüber mit England zu machen.

Hatzfeldt

Nr. 4012

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 101 Berlin, den 29. August 1899
Ganz geheim

Anatolische Bahn, bezw. Deutsche Bank erklären sich prinzipiell bereit, Bahn von Hodeida nach Sana zu bauen und zu betreiben, unter

* Vgl. Bd. XV, Kap. CI.

der — meines Erachtens selbstverständlichen — Voraussetzung, daß genügende Garantien gegeben und seinerzeit die Dette publique unterstellt werden. Dieselben befürchten freilich, daß die Baukosten wegen des gebirgigen Aufstiegs von der Küste die gesetzte Summe weit überschreiten, und daß der Betrieb anfänglich nur geringe Resultate ergeben werde.

Ich bitte auf Grund dieser Erklärung ungesäumt in die Verhandlungen mit Seiner Majestät dem Sultan einzutreten. Mit den von Euerer Exzellenz hierfür entwickelten Gesichtspunkten erkläre ich mich einverstanden. Unser allergnädigster Herr hat meine Meldungen über diese wichtige Angelegenheit mit lebhaftestem Interesse entgegengenommen und erwartet mit Zuversicht, daß es auf dem von Euerer Exzellenz vorgeschlagenen Wege gelingen wird, zu dem von Seiner Majestät dringend gewünschten Ziele einer deutschen Flottenstation am Roten Meere zu gelangen.

Die Art des Vorgehens bleibt Euerer Exzellenz bewährtem und terrainkundigem Ermessen überlassen. Daß die Verhandlungen absolut geheimzuhalten sind, betrachte auch ich als unbedingtes Erfordernis, ebenso wie es mir auch richtig erscheint, dieselben direkt mit dem Sultan durch Vermittlung Euerer Exzellenz und des hiesigen Auswärtigen Amts zu führen. Ihrer Ansicht entsprechend werden wir nicht sofort eine Kohlen- oder Flottenstation, sondern zunächst lediglich etwa eine Art „Küstenniederlassung“ für die Zwecke des Bauunternehmens zu verlangen haben. Die Art, wie Euer Exzellenz dem Sultan unsere Idee annehmbar zu machen beabsichtigen, halte ich für sehr zweckmäßig. Ihren Meldungen über den Fortgang der Sache werde ich mit größter Aufmerksamkeit entgegensehen.

Bülow

Nr. 4013

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 256 Therapia, den 8. September 1899

Nachdem der Sultan mit mir fast während einer Stunde über die Bagdadbahn gesprochen hatte, fragte er mich, ob ich ihm bezüglich des Eisenbahnprojekts Hodeida—Sana Mitteilung machen könne? Ich entgegnete, daß die Deutsche Bank im Prinzip bereit sei, die Bahn zu bauen, unter der Voraussetzung, daß genügende staatliche Garantien gegeben und sichergestellt würden. Für den Bau und Betrieb der Bahn sei selbstverständlich notwendig, daß an der Küste das nötige

Terrain zur Verfügung gestellt werde, wo die Materialien gelandet, Werkstätten errichtet und Vorräte gehalten werden könnten. Der Sultan entgegnete, daß dem Unternehmen alles zur Verfügung gestellt werden solle, was zur Sicherung des Baues und Betriebs notwendig sei.

Der Sultan bat mich sodann, in Berlin zu veranlassen, daß sofort ein tüchtiger deutscher Eisenbahningenieur nach Konstantinopel gesandt werde, der sich bei ihm die nötige Instruktion einholen und sodann in Begleitung eines Generalstabsoffiziers mittelst Regierungsdampfers nach Jemen abgehen solle, um die projektierte Bahnstrecke zu bereisen und ihm Bericht über die zu wählende Tracé, den Ausgangspunkt an der Küste, die Baukosten usw. zu erstatten. Der betreffende Ingenieur, der seine Reise auf Kosten des Sultans unternehmen werde, müsse sich bezüglich des Zwecks seiner Reise der größten Diskretion befleißigen, da nicht einmal Izzet Bey etwas von dem Projekt wisse.

Der Sultan rühmte sehr die Fruchtbarkeit des Landes, welches die neue Bahn durchziehen solle. Allein an Kaffee würden bisher für etwa dreihunderttausend türkische Pfund dort exportiert, auch sei der Getreidebau dort sehr entwickelt. Der Sultan zweifelt nicht daran, daß die Bahn sich gut rentieren werde.

Marschall

Nr. 4014

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow, z. Z. in Karlsruhe, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 105 Karlsruhe, den 11. September 1899
Ganz geheim

Die Meldung des Freiherrn von Marschall über das Projekt Hodeida—Sana hat Seine Majestät sehr interessiert. Entsendung des Ingenieurs soll sogleich zugesichert werden. Demnächst bitte ich, nach Benehmen mit Dr. Siemens ohne Verzug einen geeigneten Ingenieur auszusuchen, der aber den Zweck seiner Reise absolut geheimhalten und jedes unliebsame Aufsehen vermeiden muß.

Wie ich zur persönlichen Orientierung für Freiherrn von Marschall noch bemerke, ist die Erlangung einer Kohlenstation an der südwestlichen Küste Arabiens der Hauptgrund unseres Interesses an dem Projekt. Das bisherige Vorgehen des Botschafters in dieser Richtung findet hier Billigung. Freiherr von Marschall wird seinerzeit den Ingenieur mündlich instruieren können, damit derselbe die Gelegenheit seiner Reise benutzt, um gleichzeitig im tiefsten Geheimnis, also

ohne augenfällige Messungen und dergleichen, Mokka und etwa sonst noch in Frage kommende Punkte in der Nähe in bezug auf ihre Eignung vorläufig zu prüfen *.

Bülow

* Wie der erste Dolmetscher bei der Botschaft in Konstantinopel Testa, der am 1. Februar von dem Referenten von Mühlberg unter Hinweis auf das große und neuerdings noch gesteigerte Interesse des Kaisers für diese Dinge gebeten war, „hier den Stein wieder für uns ins Rollen zu bringen und die politisch günstigen Verhältnisse für uns auszunutzen", am 22. Februar zurückschrieb, war er doch zu der Überzeugung gekommen, daß der Anlauf des Sultans im Hinblick auf die Hodeida—Sanabahn kein nachhaltiger sein würde, und daß „die Jemenbahn — wenn sie überhaupt zustandekommt — noch gute Weile hat". In der Tat ist von der Bahn in den Akten kaum noch die Rede. Erst sehr viel später — im Jahre 1909 — erhielt ein französisches Syndikat vom türkischen Bautenministerium den Auftrag, für die Linie Hodeida—Sana die Vorstudien zu machen. Vgl. Hermann Schmidt, Das Eisenbahnwesen in der asiatischen Türkei (1914), S. 131 f.
Auch der deutsche Wunsch nach einer Kohlenstation am Roten Meer sollte sich in dem geplanten Umfange nicht verwirklichen. Es kam lediglich zu der Einrichtung eines deutschen Kohlendepots auf den Farsaninseln im Roten Meere, auf dessen fernere Benutzung jedoch im Herbst 1902 im Hinblick auf die Verdächtigungen, die namentlich von russischer Seite gegen die „deutsche Besitznahme der Farsaninseln" geknüpft wurden, ausdrücklich Verzicht geleistet wurde.

Kapitel XCV

Der Russische Vorschlag eines Abkommens mit Deutschland über die Meerengen und Kleinasien 1899

Nr. 4015

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Konzept

Nr. 172 Berlin, den 24. März 1899
[abgegangen am 25. März]

Dem russischen Botschafter*, welcher mir heute sagte, daß in St. Petersburg die zwischen der türkischen Regierung und der Anatolischen Eisenbahngesellschaft wegen des Hafens von Haidar Pascha abgeschlossene Konvention** eine gewisse Beunruhigung hervorrufen könnte, habe ich etwa folgendes erwidert:

Wir strebten, wie ich dies schon im Dezember im Reichstage erklärt hätte***, in Konstantinopel keinen dominierenden Einfluß an. Daß wir in einem gewissen Grade das Vertrauen des Sultans und der türkischen Regierung genössen, könnte Rußland vom Standpunkt der realen russischen Interessen nicht unangenehm sein; es müsse Rußland sogar angenehmer sein, als wenn diese oder jene andere Macht in Konstantinopel eine maßgebende Rolle spiele. Wir verfolgten im Türkischen Reiche überhaupt keine politischen, sondern kommerzielle Ziele. Deutschland, welches sich mehr und mehr in einen Industriestaat verwandele, brauche Absatzmärkte. Warum beklage sich Rußland darüber, daß deutsche statt englischen, österreichischen oder französischen Fabrikanten, Ingenieuren und Kaufleuten in der Türkei Geld gewönnen? † Auf die Bemerkung des russischen Botschafters, daß Konstantinopel für Rußland immer ein noli me tangere gewesen sei und Rußland schon aus religiösen Gründen seinen Einfluß auf der

* Graf von der Osten-Sacken.
** Gemeint ist die zwischen der Pforte und der Anatolischen Eisenbahngesellschaft am 23. März 1899 abgeschlossene Konvention. Vgl. Kap. XCIV, Nr. 3981.
*** In der Reichstagsrede vom 12. Dezember 1898.
† Vgl. Nr. 4017.

Balkanhalbinsel nicht aufgeben könnte, entgegnete ich, daß wir Rußland weder auf der Balkanhalbinsel noch im Schwarzen Meere noch an den Meerengen in den Weg getreten wären oder in den Weg treten wollten. Unsere Politik sei in dieser Beziehung vollständig unverändert.

Als der russische Botschafter die Unterredung auf Kleinasien lenkte, ließ ich die Äußerung fallen, daß Rußland doch unmöglich das ganze Türkische Reich als seine ausschließliche Domäne betrachten könne. Rußland habe übrigens nie im westlichen, südlichen und südöstlichen Teil von Kleinasien einen ausschließlichen oder auch nur besonderen Einfluß ausgeübt, da in diesen Gegenden abwechselnd die Franzosen und Engländer prädominiert hätten. Russische Interessen würden doch nicht dadurch verletzt, daß deutsche und nicht englische Kapitalisten in diesen Gegenden von Kleinasien Straßen bauten, Eisenbahnen anlegten oder wüste Landstrecken bewässerten, zumal es sich immer nur um wirtschaftliche Unternehmungen handele. Die Behauptung des Botschafters, daß Rußland auch am Euphrat Interessen habe, widerlegte ich durch den Hinweis darauf, daß gerade an jenem Strom wie überhaupt im Umkreise des Persischen Golfs mehr und mehr der englische Einfluß prävaliere. Um Persien hätten wir uns nie gekümmert und dächten auch heute nicht daran, dasselbe in unsere Interessensphäre zu ziehen. Graf Osten-Sacken meinte schließlich, es sei für Rußland jedenfalls angenehmer, wenn deutsche Unternehmer und deutsches Geld in Kleinasien vordrängen, als wenn letzteres ausschließlich von England in Entreprise genommen würde. Er hob mit besonderem Nachdruck hervor, daß die Sicherung des Schwarzen Meeres und des Zugangs zu dem Schwarzen Meere für Rußland die eigentliche Haupt- und Lebensfrage sei.

Ew. pp. stelle ich anheim, sich gegenüber Graf Murawiew in diesem Sinne auszusprechen, falls derselbe das Gespräch auf diese Frage lenken sollte oder Sie den Eindruck hätten, daß der russische Minister des Äußern die Besorgnisse des hiesigen russischen Botschafter teilt.

Bülow

Nr. 4016

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Holstein

Reinschrift

Berlin, den 17. April 1899

Jeder Teilnehmer des Dreibundvertrages ist nach Artikel VI des Vertrages verpflichtet, den beiden andern Mitteilung zu machen über Verhandlungen, die den Orient, d. h. den türkischen, betreffen. Wenn

wir in Wien und Rom sagen, daß wir Besprechungen mit Rußland haben wegen vertragsmäßiger Regelung irgendeiner Interessenfrage in diesem Orientgebiete, so werden die beiden Kabinette, falls denselben die Annäherung an Rußland paßt, auch ihrerseits sich dabei oder bei etwas Ähnlichem beteiligen wollen; falls ihnen die Annäherung nicht paßt, wir aber trotzdem zu einer Spezialabmachung mit Rußland gelangen, wird damit der Dreibund tatsächlich gesprengt sein, weil dieser Vorgang den Beweis von der Nichtübereinstimmung der Interessen der bisherigen Dreibundmächte geliefert haben wird. Es darf hierbei auch daran erinnert werden, daß die italienische Regierung vor Jahr und Tag ihre erste große Schwenkung nach Frankreich hin damit motivierte, daß ja auch Deutschland sich den Russen, den Verbündeten Frankreichs, freundlicher als bisher gezeigt habe.

Die vorstehende Erwägung werden wir für uns behalten müssen, aber alles Nachfolgende dürfte sich zur Verwertung in der Besprechung* mit dem russischen Botschafter eignen.

Deutschland hat mit England ein Spezialabkommen geschlossen**, nachdem festgestellt worden war, daß einerseits Rußland keine Interessen in Südafrika, folglich auch das Abkommen keine Spitze gegen Rußland hat; andererseits, daß die französische Regierung mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung des Landes jede vertragsmäßige Abmachung mit Deutschland für ausgeschlossen und nur allenfalls ein gelegentliches Zusammengehen für möglich hält.

Wir haben also ein Spezialabkommen mit England, welches kein russisches Interesse berührt, welches aber unter Umständen den südafrikanischen Bestrebungen Frankreichs eine Schranke vorschiebt. Rußland würde durch diesen Umstand nur dann in Mitleidenschaft gezogen werden, wenn das russisch-französische Bündnis kein defensives, sondern auf Erwerb und Vergrößerung gerichtet wäre. Wenn Deutschland das letztere annähme, so müßte die deutsche Politik ihren bisherigen Charakter total verändern. Wir halten jedoch an der Überzeugung fest und richten unsere Politik danach ein, daß zwischen Rußland und Frankreich lediglich Abmachungen defensiver Natur bestehen. Und hiernach ist unsere Auffassung berechtigt, daß Rußland durch unser südafrikanisches Abkommen nicht berührt wird.

Der Gedanke eines Bundes zwischen den „drei angelsächsischen Völkern" und Japan, welcher in neuester Zeit auch öffentlich von angelsächsischen Staatsmännern und Zeitungen empfohlen und als eine Art von Naturgesetz hingestellt wird, hat für uns nichts Anziehendes, weil wir den Zweck davon nicht einsehen. Um einem Angriffe Frankreichs zu begegnen, brauchen wir keinen Verbündeten,

---

* Vgl. Nr. 4017.
** Gemeint ist das Abkommen vom 30. August 1898 über die portugiesischen Kolonien.

und an einen Angriff des Zweibundes gegen uns glauben wir deshalb nicht, weil derselbe dem russischen Interesse entgegen sein würde. Denn das, was Frankreich heute zum politischen Vasallen Rußlands macht, ist Frankreichs Furcht vor und Haß gegen Deutschland. Gesetzt den Fall, Deutschland wäre besiegt und für eine Generation lahmgelegt, so würde Frankreich alsbald von Rußland abschwenken und mit der alten Krimkrieggruppe gegen Rußlands Ausbreitungsinstinkt sich wenden. Heute kann Frankreich sich mit England nicht verständigen, weil die in Frage kommenden Kompensationsobjekte nicht ausreichen würden, um auch Rußland abzufinden; von Deutschland nicht zu reden, welches doch auch nicht unbeteiligter Zuschauer bei der Verteilung des Erdkreises würde bleiben wollen. Wenn aber Deutschland lahmgelegt und Rußland vom Verbündeten zum Angriffsobjekt umgewandelt ist, dann sind Kompensationswerte genug vorhanden, um Frankreich, England und die andern Mitglieder der Gruppe zu befriedigen. In erster Linie würde Frankreich dann hinsichtlich Syriens zu derjenigen Politik zurückkehren können, die es unentwegt von den Tagen Gottfrieds von Bouillon an bis zu den Tagen von Kronstadt und Toulon verfolgt und dann lediglich aus Haß gegen Deutschland zeitweilig aufgegeben hat.

Der Zusammenhang von Ursache und Wirkung in der gegenwärtigen wie der zukünftigen Politik Frankreichs liegt so klar auf der Hand, daß selbst eine weniger weitblickende Politik als die russische ihn längst erkannt haben würde. Wir zweifeln nicht, daß die Leiter der russischen Politik den Nutzen eines starken Deutschland für Rußland erkannt haben, und daß wir daher unter die Deutschlands Zukunft bedrohenden Gefahren nicht die russische Staatskunst, sondern höchstens eine gelegentliche Aufreizung nationaler Leidenschaft zu zählen haben werden. Solche Regungen des Temperaments sind zwar geräuschvoller, aber weniger gefährlich, weil weniger nachdrücklich und dauernd, als die Kombinationen einer auf nationale Interessen gegründeten Politik. Einen Beweis zugunsten dieser Auffassung liefert in neuester Zeit der Samoazwischenfall*, welcher von englischer Seite anfangs temperamentvoll, dann aber nach Maßgabe nüchterner Interessenpolitik behandelt worden ist.

Wenn auch wir uns bei unsern Betrachtungen auf den Standpunkt der Interessenpolitik stellen, kommen wir daher zu dem Schluß, daß die Gefahren, welche uns eventuell von Rußland her drohen könnten, zu fern liegen, um uns schon jetzt zu einem bindenden Anschluß an Rußlands natürliche Gegner zu nötigen. Denn kollidierende russisch-deutsche Interessen gibt es nicht, und wenn Rußland neuerdings eine untergeordnete Frage wie die Ausbreitung der deutschen Industrie auf dem kleinasiatischen und syrischen Markte zum Gegen-

---

* Vgl. Kap. XCVI.

stande freundschaftlicher diplomatischer Besprechungen mit uns gemacht hat, so sehen wir darin in erster Linie eine schwer zu vermeidende Rücksichtnahme auf den französischen Verbündeten, dessen wirtschaftliche Expansion in jenem Absatzgebiete allerdings durch Deutschland in gewissem Grade eingeschränkt worden sein mag.

Wir betrachten also ein friedliches Nebeneinandergehen von Deutschland und Rußland als ein Lebensinteresse (intérêt majeur) beider Reiche. Es würde sich jedoch vom Standpunkte einer nationalen deutschen Politik nicht rechtfertigen lassen, wenn wir heute mit Rußland eine bindende Abmachung vereinbaren wollten, deren Spitze sich gegen irgendeine, uns zurzeit neutral und rücksichtsvoll gegenüberstehende Macht kehren und diese zu unserem Gegner machen würde. Wir würden dann eben Gegner auf beiden Seiten haben, denn neben Rußland steht Frankreich, welches aus seiner Gesinnung kein Hehl macht. Im Jahre 1895 bei Einleitung der ostasiatischen Friedensvermittelung rief ein französischer Botschafter: „Aber fühlen Sie denn nicht, wie mir zu Mute ist bei dem Gedanken, daß in Ostasien deutsche und französische Kanonen nebeneinander statt gegeneinander donnern werden?“ Ein anderer französischer Botschafter sagte, als der Transvaalzwischenfall in seinem akuten Stadium war, zu Lord Salisbury: „Frankreich hat nur einen Feind, das ist Deutschland. Danach kann England seine Politik einrichten“*. Im vergangenen Jahre wurde, wie schon bemerkt, auf eine diesseitige Sondierung von autoritativer Seite erwidert, daß die Stimmung des französischen Volkes der französischen Regierung ein vertragsmäßiges Abkommen mit Deutschland verbiete**. Und wenn wir uns den Vorgängen der Gegenwart nicht verschließen wollen, können wir uns nicht verhehlen, daß die Dreyfusangelegenheit beredtes Zeugnis ablegt für die Kraft des boulangistischen Prinzips.

Angesichts dieser Erscheinungen müssen wir uns sagen, daß Frankreichs Freundschaft oder die „Entwaffnung des französischen Hasses“ für uns unerreichbar ist, ja überhaupt keinen Augenblick in Betracht kommt, solange dieselbe sich an die Bedingung einer ganzen oder teilweisen Revision des Frankfurter Friedens knüpft. So lange können wir die oben bereits angedeutete, wenn auch ferne Eventualität doch nicht gänzlich außer Berechnung lassen, daß es in einem ungünstigen Augenblick den französischen Bestrebungen gelingen könne, entgegen den Kombinationen der russischen Staatskunst das russische Temperament mit sich fortzureißen. Solange aber Frankreichs Feindschaft sich noch werktätig zeigt, so lange müssen wir vermeiden, uns neue Gegner zu machen. Im Hinblick auf die elementaren Kräfte, welche heute an der politischen Umgestaltung des Erdballs tätig

* Vgl. Bd. XI, Kap. LXIV, Nr. 2650 nebst Fußnote ***, S. 81.
** Vgl. Kap. XCII, Nr. 3814, Fußnote **.

sind, bleibt allerdings die Möglichkeit offen, daß Deutschland, Rußland und Frankreich eines Tages im Drange der Begebenheiten einen Bund schließen, dessen erster Artikel die allseitige Garantie ihres derzeitigen Besitzstandes besagt. Bis zu diesem Augenblick aber werden Rußland und Deutschland diejenige Politik, in welcher sie schon heute eines Sinnes sind, auch ohne vertragsmäßige Vereinbarung konzentrisch verfolgen, nämlich das Ziel der friedlichen Erhaltung oder Neugestaltung der Verhältnisse. In diesem Punkte und für dieses Ziel glauben wir schon jetzt mit Rußland einiger zu sein, als dieses trotz des Bündnisses mit Frankreich sein kann. Denn das Ziel, dem Frankreich unausgesetzt zustrebt, und dem es alle andern Ziele unterordnet, ist auf friedlichem Wege nicht erreichbar.

Holstein

Nr. 4017

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow

Reinschrift

Berlin, den 18. April 1899

Als der russische Botschafter am 15. d. Mts. zu meinem Diplomatenempfang erschien, richtete derselbe nach einigen einleitenden Worten über die allgemeine Lage die Frage an mich, ob Fürst Radolin Gelegenheit gefunden habe, mit Graf Murawiew die Frage des sich anscheinend in der Türkei zuspitzenden Gegensatzes zwischen deutschen und russischen Interessen zu besprechen. Nachdem ich an der Hand des einige Tage vorher eingegangenen Berichts des Kaiserlichen Botschafters in St. Petersburg* die Unterredung resümiert hatte, welche zwischen letzterem und dem russischen Minister des Äußern in der fraglichen Richtung geführt worden war, kam ich auf dasjenige zurück, was ich selbst dem Grafen Osten-Sacken über diesen Gegenstand schon früher gesagt hatte**. Ich hob hierbei hervor, daß sich die Politik Seiner Majestät des Kaisers im Orient nicht geändert habe. Wir hielten an den Grundsätzen fest, welche der deutschen und preußischen Orientpolitik seit einem halben Jahrhundert als Richtschnur dienten. Alle Balkanfragen interessierten Deutschland nach wie vor nur in zweiter Linie. Wir dächten ebensowenig wie früher daran, uns aktiv in dieselben einzumischen. Wir hätten keinen Giebel weder nach dem Ägäischen noch nach dem Schwarzen Meere. Insbesondere würden wir Rußland nicht in Konstantinopel — und in der Umgebung von Konstantinopel — in den Weg treten. Die der Anatolischen Eisenbahngesellschaft in

---

* Siehe Kap. XCIV, Nr. 3982.
** Vgl. Nr. 4015.

Haidar Pascha gewährte Baukonzession habe nur wirtschaftliche und verkehrstechnische Bedeutung. Was Kleinasien angehe, so verstünde ich nicht, warum es den Russen unerwünscht sein sollte, daß deutsche Kapitalisten, Ingenieure und Kaufleute statt englischer oder auch französischer oder österreichischer diese Gebiete für den europäischen Handel erschlössen. Ich schloß mit der Bemerkung, daß für eine richtig geleitete russische Politik die deutschen wirtschaftlichen Unternehmungen in Kleinasien nicht ein „objet de scission", sondern ein „trait d'union" zwischen Deutschland und Rußland sein sollten.

Graf Osten-Sacken erwiderte, daß er in diesem Sinne nach St. Petersburg berichtet habe. Er ließ hierbei durchblicken, daß die russische Unruhe wegen unserer Eisenbahn- und sonstigen Unternehmungen in Kleinasien auf französische Einflüsterungen zurückzuführen wäre. Die Franzosen hätten speziell die Haidar Pascha-Konzession benutzt, um Graf Murawiew einen Floh ins Ohr zu setzen und denselben mit dem Argwohn zu erfüllen, daß Deutschland bei und in Konstantinopel festen Fuß fassen und damit die jahrhundertjährigen russischen Aspirationen durchkreuzen wolle. Nicht ohne Nachdruck betonte der russische Botschafter, daß die russische Regierung und der russische Kaiser im Hinblick auf uralte Erinnerungen, Stimmungen und Hoffnungen des russischen Volkes einen Mitbewerb um Konstantinopel und alles, was mit Konstantinopel zusammenhänge, mit Sorge beobachte. Man fürchte in St. Petersburg, daß aus unserer wirtschaftlichen Festsetzung in der Türkei sich eine politische deutsche Vorherrschaft entwickeln werde, welche mit der Zeit notgedrungen zu einem sonst nicht vorhandenen Gegensatze zwischen deutschen und russischen Bestrebungen führen müsse. Nachdem ich nochmals diese Auffassung — und alle an dieselbe geknüpften Schlußfolgerungen — unter Hinweis auf die gegenüber Rußland absolut loyale und freundliche Haltung Seiner Majestät des Kaisers zurückgewiesen hatte, wiederholte ich die Frage, weshalb Rußland den Bau der Anatolischen Eisenbahnlinien als eine Unfreundlichkeit betrachte. Hierzu sei vom russischen Standpunkt und gerade im Hinblick auf die wirklichen russischen Interessen nicht der mindeste Anlaß gegeben. Einerseits besitze Rußland in den Landstrichen, welche die Anatolische Eisenbahn durchquere, oder durch welche dieselbe in Zukunft vielleicht verlängert werden könnte, keine irgendwie erheblichen ökonomischen Interessen. Andererseits wäre mir nach wie vor unerfindlich, warum Rußland lieber englische Bahnbeamte und englisches Geld am Taurus und Euphrat vordringen sehen wolle als deutschen Unternehmungsgeist. Graf Osten-Sacken gab zu, daß an der Mündung des Euphrat und auch am oberen Laufe dieses Flusses der englische Einfluß bisher den russischen weit überwiege. Er fügte jedoch hinzu, man glaube in St. Petersburg, daß die Anatolische Eisenbahngesellschaft sich mit dem Plan trage, zwischen Angora und Persien eine Eisenbahnverbindung herzustellen. Ich entgegnete dem russischen

Botschafter, daß mir unklar sei, bis wohin die russische Regierung in Kleinasien ihre Aspirationen richte, und was sie dort als zu ihrer Einflußsphäre gehörig ansehe. Ich könne kaum annehmen, daß sie ganz Kleinasien für sich in Anspruch nehme. Wenn sie dies wirklich täte, würde sie jedenfalls zunächst mit England in Konflikt geraten. Graf Osten-Sacken lenkte mit der Bemerkung ein, daß Rußland nicht daran denke, uns aus Kleinasien ausschließen zu wollen. Im Gegenteil erscheine der russischen Regierung Kleinasien als ein Terrain, wo (ähnlich wie in Ostasien) Deutschland und Rußland Hand in Hand gehen könnten. Es handle sich darum, in dieser Beziehung zu einer Verständigung zu kommen. Die Zeit der Allianzen wäre vorbei. Die bestehenden Allianzen wären entweder im Begriff, sich mehr und mehr zu verflüchtigen und in bloß formale Akte zu verwandeln, oder sie hätten von Anfang an einen mehr platonischen als reellen Charakter getragen. Dagegen lebten wir in einer Zeit der Arrangements. Deutschland und Rußland sollten ein Arrangement über Kleinasien treffen. Ich antwortete, daß ich auf diese Anregung weder ja noch nein sagen wolle, sondern konkretere Propositionen erwarte. Jedenfalls sei Kleinasien groß genug, um Deutschen und Russen Raum für die Entfaltung ihrer gewerblichen, industriellen, finanziellen und sonstigen zivilisatorischen Kräfte zu gewähren. Was das von dem russischen Botschafter mehrfach erwähnte Persien angehe, so liege dasselbe außerhalb der Grenze unserer wirtschaftlichen Unternehmungen. Dagegen würde von russischer Seite gewiß nicht bestritten werden, daß eine Betätigung des deutschen Unternehmungsgeistes in Anatolien, Syrien und Mesopotamien die russischen Interessen um so weniger berühren könne, als wir nicht daran dächten, uns dort Rußland politisch unangenehm zu machen, während ich andererseits nie von russischen ökonomischen Entreprisen in diesen Ländern gehört hätte. Als der russische Botschafter die Samoaverwickelung* zur Sprache brachte und hieraus Gelegenheit nahm, uns vor England zu warnen, wies ich denselben darauf hin, daß unsere Lage gegenüber England im Hinblick auf die größere Verwundbarkeit unseres Handels und unserer Küsten eine weniger gesicherte sei als diejenige Rußlands. Wir besäßen auch gegenüber England nicht das starke Druckmittel, welches Rußland jederzeit an der afghanisch-indischen Grenze zu Gebote stehe. Wir müßten also England gegenüber vorsichtiger operieren wie Rußland und könnten uns gegenüber England höchstens auf derselben Linie wie Rußland bewegen, nicht aber uns von Rußland gegen England vorschieben lassen. Diese uns England gegenüber gebotene Vorsicht dürften wir um so weniger außer Augen lassen, wenn sich Rußland, wie gegenwärtig, England zu nähern suche. Die von dem russischen Botschafter zwischen Faschoda und Samoa gezogene Parallele sei übrigens nicht zu-

---

* Vgl. Kap. XCVI.

treffend. In Samoa habe es sich mehr um lokale Streitigkeiten und Übereilungen der Agenten der verschiedenen Mächte gehandelt. Die Haltung der englischen auswärtigen Politik wäre trotz allem von dem Wunsche erfüllt, die Fühlung mit uns nicht zu verlieren und sich die Möglichkeit eines Zusammengehens mit uns offenzuhalten. Die russische Regierung wisse, daß wir mit England nie ein Abkommen getroffen hätten, welches russische Interessen berühre oder sich irgendwie gegen Rußland richte. Unser afrikanisches Arrangement mit England* beziehe sich nur auf solche Punkte, welche die russische Regierung ausdrücklich als außerhalb der russischen Aktions- und Interessensphäre liegend erklärt habe. Weder in der Vergangenheit noch in der Gegenwart noch in der Zukunft gebe es irgendeinen Grund, der ein friedliches, freundschaftliches und selbst intimes Zusammengehen von Deutschland und Rußland in ihrer Gesamtpolitik hindern oder auch nur erschweren könnte. Im Rahmen dieser Grundwahrheit — und auf dem Boden dieses tatsächlichen Sachverhalts — könnten sich Deutschland und Rußland über alle gelegentlich auftauchenden untergeordneteren Meinungsverschiedenheiten immer leicht verständigen. Seine Majestät der Kaiser betrachtete sichere und vertrauensvolle Beziehungen zu Rußland als das erste Erfordernis einer verständig geleiteten deutschen Politik. Seine Majestät strebten auch in Konstantinopel keinen ausschließlichen Einfluß an. Das Vertrauen, welches ihm dort entgegengebracht werde, wünsche unser allergnädigster Herr im Interesse guter Beziehungen sowohl der Türkei zu Rußland wie Rußlands und Deutschlands zu benutzen. Wegen des Orients würden zwischen Deutschland und Rußland nie ernstliche Differenzen entstehen können, da wir uns dort Rußland an den für Rußland bedeutungsvollen Punkten nicht in den Weg stellen wollten, während wir andererseits erwarten könnten, daß uns Rußland schon im Interesse der Erhaltung des notwendigen Gleichgewichts zwischen russischen und englisch-französisch-österreichischen Aspirationen dort den notwendigen Raum für unsere legitimen ökonomischen Bestrebungen gönnen werde.

Bülow

Nr. 4018

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow

Reinschrift

Berlin, den 26. April 1899

Der russische Botschafter suchte mich am 24. d. Mts. auf und lenkte die Unterredung wieder auf unsere Stellung in der Türkei.

* Vgl. Kap. XCII.

Er habe sich reiflich überlegt, was ich ihm in dieser Beziehung auseinandergesetzt hätte. Er zweifele nicht daran, daß unsere Orientpolitik eine friedliche, loyale und für Rußland freundliche sei. Er wolle auch ausdrücklich hervorheben, daß in den ihm regelmäßig mitgeteilten Berichten des russischen Botschafters in Konstantinopel * nichts enthalten sei, was irgendwie Mißtrauen gegen Deutschland erwecken könnte. Herr Sinowiew betone vielmehr in allen seinen Berichten, daß sich die deutschen und die russischen Interessen im Orient nirgend feindlich gegenüberstünden, sondern sich wohl vereinigen ließen. In demselben Sinne berichte der russische Botschafter in Paris **. Wenn trotzdem in St. Petersburg an maßgebenden Stellen die Besorgnis bestehe, daß Deutschland in Konstantinopel den jahrhundertjährigen nationalen und religiösen russischen Aspirationen den Weg versperren wolle, so wären derartige Apprehensionen vielleicht auf englische Ausstreuungen und englische Familieneinflüsse zurückzuführen.

Er sei der Ansicht, fuhr Graf Osten-Sacken fort, daß es für die Zukunft der deutsch-russischen Beziehungen von entscheidender Bedeutung sei, grade auf dem Gebiete der Orientpolitik keine Mißverständnisse zwischen Deutschland und Rußland aufkommen zu lassen. Solche Mißverständnisse könnten zu unabsehbaren Konsequenzen führen. Namentlich gebe es einen Punkt, der für die russische Politik immer eine Lebensfrage gewesen wäre, auch heute trotz Ostasiens eine Lebensfrage sei und niemals aufhören werde, eine Lebensfrage zu bilden: die Meerengen. Rußland wünsche die Aufrechterhaltung des Türkischen Reiches, solange dieselbe möglich sei. In dieser Beziehung begegneten sich die deutschen und die russischen Anschauungen, denn weder wolle Rußland den Zusammenbruch der Türkei beschleunigen, noch könnten wir die Ansicht vertreten, daß diesem Staatsgebilde noch eine unübersehbar lange Lebensdauer beschieden sei. Wenn früher oder später die Türkei auseinanderfalle, könne Rußland in Konstantinopel keine andere Macht dulden. Für diesen Fall müsse Rußland auch sicher sein, mit den Meerengen den Schlüssel zum Schwarzen Meer für sich zu erhalten. Es sei dies eine Frage, in der Rußland keine Konzessionen machen könne.

Ich erwiderte dem russischen Botschafter, daß ich ihm nur wiederholen könne, was ich ihm schon mehrmals gesagt hätte. Wir wollten uns weder in die Verhältnisse der Balkanhalbinsel einmischen noch in Konstantinopel einen exklusiven Einfluß ausüben, noch hätten wir selbst irgendwelche Zukunftsabsichten auf Konstantinopel, noch würden wir insbesondere an den Meerengen jemals Rußland in den Weg treten. Graf Osten-Sacken entgegnete, daß er nicht die Aufrichtigkeit meiner Versicherung in Frage stelle, es aber für nützlich halten würde, wenn dieselbe schriftlich fixiert werden könnte. Deutschland und Ruß-

* Sinowiew.
** Fürst Urussow.

land sollten ein Arrangement treffen, durch welches Deutschland hinsichtlich der Meerengen Rußland beruhige, Rußland in Kleinasien Deutschland freie Hand lasse. Wenn Rußland sicher sei, daß Deutschland seinen traditionellen Aspirationen am Goldenen Horn nicht in den Weg treten und seine Herrschaft über das Schwarze Meer nicht gefährden wolle, so werde es gerne Deutschland in Anatolien gewähren lassen. Unter dieser Voraussetzung sei es sogar wohl denkbar, daß die Fortführung der Anatolischen Eisenbahn durch Deutschland den russischen Interessen in Persien und Kleinasien zugute kommen werde. Der Botschafter wiederholte mehrmals: „Das deutsche Vorgehen in Kleinasien muß Deutschland und Rußland nicht auseinanderbringen, sondern einander nähern."

Graf Osten-Sacken behauptete, aus eigener Initiative zu sprechen. Er fürchte, daß, wenn Graf Murawiew vorzeitig von seinen Vorschlägen höre, er dieselben „aus Eifersucht" werde vereiteln wollen. Wir müßten zu einem Ergebnis kommen und uns dann überlegen, wie wir Kaiser Nikolaus am besten hierfür gewinnen könnten. Beiläufig ließ der russische Botschafter die Bemerkung fallen, daß Graf Murawiew aus Rücksicht auf die anglophilen Neigungen der beiden russischen Kaiserinnen sehr geneigt sei, sich mit England zu verständigen.

Ich habe Graf Osten-Sacken auf seine Anregung in Summa geantwortet, daß ich die Einzelheiten derselben noch prüfen und die Entscheidung meinem allergnädigsten Herrn vorbehalten müsse. Schon jetzt aber könne ich versichern, daß alle Bestrebungen, welche darauf gerichtet wären, die freundlichen und vertrauensvollen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland immer fester und intimer zu gestalten, hier Verständnis und Entgegenkommen finden würden.

Bülow

Bemerkung von Bülows am Kopf des Schriftstücks:
Seiner Majestät vorgetragen

Nr. 4019

*Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

Privat für Baron von Holstein London, den 1. Mai 1899

Abgesehen von Ihrer unbestreitbar richtigen Erwägung, daß jede geheime Abmachung mit Rußland über den Orient mit dem Dreibundvertrag in Widerspruch stände, daß wir von der durch nichts

* Das Hatzfeldtsche Telegramm ist eine Rückäußerung auf die beiden Bülowschen Aufzeichnungen vom 18. und 26. April, die dem Botschafter in London am 29. April übersandt waren.

verbürgten Diskretion Rußlands abhängen und Gefahr laufen würden, unsere Freunde zu verlieren, ohne unsere bisherigen Feinde zu entwaffnen, bin ich der Meinung, daß das russische Angebot kommerzieller deutscher Entwickelung in Kleinasien in gar keinem Verhältnis steht zu der Höhe der an uns gerichteten Forderungen und zu dem enormen politischen Vorteil, den Rußland sich dadurch für die Zukunft sichern wird. Wie man sich auch drehen und wenden möge, handelt es sich bei der russischen Proposition um eine vollständige Verschiebung unserer europäischen Politik, welche eine neue politische Gruppierung der Mächte zur Folge haben und uns die Hände binden muß. Ich kann mir vollständig den Fall denken und habe ihn bekanntlich mehrmals ins Auge gefaßt, daß die politische Situation uns vor die Notwendigkeit stellt, zu einer solchen neuen Gruppierung durch ein festes Abkommen mit Rußland selbst die Initiative zu ergreifen. Wenn ich mich aber frage, ob eine solche Situation jetzt vorliegt, und ob, wenn dies der Fall wäre, die russischen Vorschläge in ihrer heutigen Gestalt uns die entsprechenden Vorteile und die unentbehrliche Garantie für unsere Sicherheit in der Zukunft gewähren würden, so komme ich nach beiden Richtungen zu einem entschieden negativen Resultat. Die politische Situation hat sich, wie zu erwarten war, so entwickelt, daß die beiden großen politischen Gegner nichts Entscheidendes unternehmen können, ohne unserer Haltung vorher sicher zu sein, während auch Frankreich stillsitzen muß, solange es nicht auf unsere Neutralität rechnen kann. Der Zeitpunkt rückt daher nach menschlicher Voraussicht immer näher, wo alle Beteiligten sich uns nähern und unsere Freundschaft auf unsere Bedingungen hin suchen müssen. Wenn dies hier zurzeit noch weniger als in Rußland erkannt wird, so liegt das, abgesehen von anderen Gründen, hauptsächlich an der exzeptionellen Lage Englands, welches sich durch seine Flotte gesichert und unserer noch nicht zu bedürfen glaubt. Man darf annehmen, daß diese Auffassung sich modifizieren wird, je mehr der politische Gegensatz zwischen England und Rußland sich zuspitzt, und dieser Zeitpunkt muß, wie ich glaube, früher oder später kommen. Die einzige Gefahr, die wir dabei laufen, ist, daß England selbst zu einer festen politischen Abmachung mit Rußland gelangt. Welche Wahrscheinlichkeit liegt dafür vor? Wollte man selbst annehmen, daß England nicht nur auf Konstantinopel, sondern auch auf die Dardanellen definitiv verzichtet und dadurch seine Herrschaft im Mittelmeer in Frage stellt, so bleiben genug andere ernste Differenzen übrig, die auch durch gegenseitige Nachgiebigkeit kaum zu überbrücken sind. Daran werden auch die Sympathien der beiden russischen Kaiserinnen wenig ändern können. Jedenfalls ist dies eine Gefahr, die wir laufen müssen und meines Erachtens ohne erheblichen Nachteil laufen können, und sie steht in keinem Verhältnis zu dem Nachteil, der darin liegen würde, wenn wir unsere Aktionsfreiheit

für die Zukunft schon jetzt durch ein festes Abkommen mit Rußland aus der Hand geben wollten.

Wollte man aber auch die Richtigkeit dieser Auffassung bestreiten und den Satz aufstellen, daß der Moment gekommen ist, England definitiv den Rücken zu kehren und Rußland durch eine feste Verständigung an uns zu fesseln, so bleibt meines Dafürhaltens immer die Tatsache übrig, daß die heutigen russischen Vorschläge durchaus ungenügend sind, um uns zu dem Verlust unserer bisherigen Freunde zu entschädigen und unsere Sicherheit angesichts der neuen Gruppierung der Mächte zu garantieren. Für diese Verluste und Gefahren bietet uns die freiere Entwickelung unserer kommerziellen Interessen in Kleinasien, so wertvoll sie auch ist, kein hinreichendes Äquivalent. Wir haben dabei nicht nur den Abfall unserer Freunde, sondern die entschiedene Feindschaft Englands mit allen ihren Möglichkeiten kolonialer Folgen, in Samoa und anderwärts, zu erwarten und gewinnen nicht einmal dabei eine Garantie gegen französische Feindschaft. Letztere habe ich bekanntlich stets als die erste Bedingung einer Abmachung mit Rußland betrachtet, wenn der Moment dazu kommen sollte, und halte an dieser Auffassung fest. Wir brauchen freundschaftliche Beziehungen zu Rußland und können ihm eine durchaus wohlwollende Haltung im Oriente, wo wir keine eigenen politischen Interessen haben, zusichern. Wollen die Russen aber einen Vertrag, der uns die Möglichkeit abschneidet, unsere Freunde dort später zu unterstützen, und daher eine durchaus veränderte und uns nachteilige politische Situation herbeiführt, so müssen sie uns entsprechende politische Vorteile gewähren. Von diesem Standpunkte aus müßten wir nach meiner Überzeugung von ihnen als Äquivalent die Aufnahme der Bestimmung verlangen, daß Rußland, Deutschland und Frankreich sich gegenseitig ihren Besitzstand garantieren. Wird dagegen russischerseits eingewendet, daß Frankreich an dem Abkommen nicht beteiligt und seine Zustimmung schwer zu erreichen wäre, so können wir auch darauf eingehen, müssen aber dann als das Minimum unserer Forderungen bezeichnen, daß Rußland uns ausdrücklich für den Fall eines Konflikts zwischen Deutschland und Frankreich volle und freundschaftliche Neutralität zusichert.

Auf diese Forderung muß man in Rußland vorbereitet sein und wird, wenn man es ehrlich meint, darauf eingehen. Die Einwendung, daß man dadurch die französische Allianz verlieren würde, ist nicht stichhaltig, denn man verlangt von uns, daß wir unsererseits unsere Bundesgenossen im Stich lassen und auf andere Allianzen in der Zukunft verzichten sollen.

Mit Ihrer Auffassung in der spanischen Sache * stimme ich vollständig überein. Näheres darüber brieflich mit nächster Gelegenheit.

Hatzfeldt

* Vgl. darüber Bd. XV, Kap. IC.

Nr. 4020

*Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow**

Reinschrift

Berlin, den 5. Mai 1899

Der russische Botschafter kam bei meinem gestrigen Empfangstage wieder auf den Gedanken eines deutsch-russischen Abkommens über den türkischen Orient zurück. Er habe sich diese Frage wieder und wieder überlegt, meinte Graf Osten-Sacken, sehe aber keine Möglichkeit, wie er selbst über dieselbe nach St. Petersburg berichten könnte. Graf Murawiew sei gegenüber seinen Botschaftern so eifersüchtig und mißtrauisch, daß er die von denselben kommenden Ideen entweder unter den Tisch fallen lasse oder dem Zaren in denaturierter Form vortrage. Es bleibe also nur übrig, daß die Anregung von Fürst Radolin ausgehe.

Ich entgegnete dem russischen Botschafter, daß die von ihm angedeuteten Schwierigkeiten einen Gedankenaustausch zwischen uns über die von ihm zur Sprache gebrachte Materie nicht ausschlössen, wenn derselbe auch vorläufig notgedrungen einen akademischen Charakter trage. Ich wäre ein ausgesprochener Anhänger möglichst intimer Beziehungen zu Rußland. Meine diesbezüglichen Anschauungen und Wünsche würden von Seiner Majestät dem Kaiser, meinem allergnädigsten Herrn, durchaus gebilligt. Es gäbe eine Voraussetzung, unter welcher wir bereit wären, mit Rußland, wie mit Rußland und Frankreich sofort jedes Abkommen und jede Allianz abzuschließen, nämlich wenn Rußland und Frankreich sich bereit erklärten zu allseitiger Garantierung des gegenwärtigen Besitzstandes der drei Mächte. Graf Osten-Sacken erwiderte, daß dies für die Franzosen noch nicht möglich sei. Die französische Vernunft habe auf Elsaß-Lothringen verzichtet, das französische Gefühl aber erlaube noch nicht, daß dieser Verzicht formell ausgesprochen würde. Als ich dem Botschafter sagte, wie ich mir auch eine auf Deutschland und Rußland beschränkte Verständigung jeder Art denken könnte, vorausgesetzt, daß ein solcher Vertrag die gegenseitige Wahrung des derzeitigen territorialen Bestandes involviere, schwieg der Botschafter. Dagegen wiederholte derselbe den Wunsch, daß wir Rußland hinsichtlich unserer Absichten im Orient kalmieren möchten. Er kam nochmals darauf zurück, daß es in allen fünf Weltteilen für Rußland keine wichtigere Frage gebe als diejenige der Meerengen. Ich erklärte dem russischen Botschafter mit der größten Bestimmtheit, daß uns Rußland weder auf der Balkan-

---

* Vgl. auch Bd. XIII, Kap. LXXXIX, Nr. 3567, wo das gleiche Schriftstück verkürzt abgedruckt ist.

halbinsel noch in Konstantinopel noch ganz besonders an den Meerengen in seinem Wege finden werde. Als der Botschafter meinte, daß eine schriftliche Zusicherung in dieser Richtung noch wertvoller sein werde wie eine mündliche Erklärung, richtete ich die Frage an ihn, was uns Rußland dafür schriftlich versprechen würde. Graf Osten-Sacken meinte, diese Frage müsse noch sorgfältiger erwogen werden. Er denke sich die Sache so, daß wir Rußland hinsichtlich der Dardanellen und des Bosporus beruhigten, während Rußland uns freie Hand hinsichtlich unserer industriellen und kommerziellen Unternehmungen in Kleinasien lassen würde. Er könne sich ganz wohl eine deutsch-russische Kooperation in Kleinasien und selbst in Persien denken.

Graf Osten-Sacken bemühte sich, die Bedeutung des englisch-russischen Abkommens* abzuschwächen. Lord Salisbury suche dasselbe absichtlich aufzubauschen. Es sei aber doch nicht unmöglich, daß Graf Murawiew unter dem Einfluß der beiden russischen Kaiserinnen und Herr Witte aus bekannten finanziellen Gründen zu weiteren Abmachungen mit England gelangen würden. Graf Osten-Sacken versuchte mir in jeder Weise klarzumachen, daß wir uns in allen Fragen zu Rußland und Frankreich halten und gegen England stellen sollten. England sei nur stark, weil Deutschland und Frankreich nicht zusammenhielten. Nur dadurch wäre erst Faschoda, dann Samoa möglich geworden. Ich antwortete, daß zwischen diesen beiden diplomatischen Zwischenfällen, was Bedeutung und Behandlungsweise angehe, ein großer Unterschied obwalte und keine Parallele möglich sei. Man täusche sich auch in St. Petersburg, wenn man dort annehme, daß die Engländer kein Gewicht auf gute Beziehungen zu Deutschland legten. Damit wolle ich aber durchaus nicht sagen, daß nicht in Zukunft ein Zusammenwirken von Deutschland und Frankreich möglich sei. Die Voraussetzung eines solchen aber sei die ehrliche Anerkennung des Frankfurter Friedens. Solange Frankreich hierzu nicht gelange, müßten wir uns die Möglichkeit des Zusammengehens mit England offenhalten. Graf Osten-Sacken betonte, daß der Zweck der russisch-französischen Allianz ein friedlicher sei. Rußland denke nicht daran, die französischen Revanchebestrebungen uns gegenüber zu unterstützen. Ich entgegnete, daß ich hiervon überzeugt sei. Wenn ich glaubte, daß Rußland die französischen Revindikationen begünstigen wollte, würde ich Seiner Majestät dem Kaiser eine ganz andere Politik als die heutige vorschlagen müssen. Solange dies aber nicht der Fall sei, würden wir uns nach englischer Seite freie Hand wahren. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen könnten wir uns angesichts der französischen Revancheaspirationen nicht gegen England engagieren; solange diese französischen Aspirationen aber nicht von Rußland gefördert würden,

* Gemeint ist das englisch-russische Abkommen vom 28. April über die Abgrenzung ihrer Einflußsphären in China.

würden wir uns auch nicht an England binden. Das deutsch-englische Abkommen beziehe sich, wie man in St. Petersburg seit langem wisse, nur auf gewisse südafrikanische Einzelfragen.

Beiläufig ließ ich die Bemerkung fallen, ich zweifelte schon deshalb nicht an der Friedlichkeit der russischen Politik, weil ein siegreiches Frankreich sich aus naheliegenden Gründen von Rußland abwenden würde. Die nächste Folge einer Niederwerfung oder auch nur Schwächung Deutschlands würde der Aneinanderschluß von Frankreich, England, Österreich und Italien zu einer neuen Krimkrieggruppe sein. Der russische Botschafter wollte letzteres nicht ganz zugeben, setzte aber mit großer Lebhaftigkeit und Wärme auseinander, daß Rußland die Erhaltung von Deutschland wie von Frankreich in der gegenwärtigen Stärke jedes dieser beiden Länder wünsche.

Bülow

Nr. 4021

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt**

Konzept

Nr. 290 Berlin, den 6. Mai 1899

Ew. werden aus der Anlage** ersehen, daß der russische Botschafter nochmals auf den Gedanken eines deutsch-russischen Spezialabkommens über die Meerengen und Kleinasien zurückgekommen ist und denselben mit Wärme vertreten hat. Daß er den Gedanken als seinen eigenen bezeichnet, mag ein Teil seiner Instruktion sein. Daß der Vorschlag, die erste amtliche Anregung möge durch den Fürsten Radolin in Petersburg erfolgen, für Rußland den nicht zu unterschätzenden taktischen Vorteil bietet, daß danach der erste Vorschlag eines deutsch-russischen Vertrages auf Deutschland zurückzuführen sein würde, wird Ew. so wenig entgehen, wie es mir entgangen ist.

Ich bin auf dem Ew. bekannten Standpunkte geblieben, daß die Erhaltung freundschaftlicher Beziehungen zu Rußland entsprechend dem Willen Seiner Majestät des Kaisers, unseres allergnädigsten Herrn, einen leitenden Grundsatz der deutschen Politik bildet, daß aber ein fester Vertrag doch nur in Erwägung würde kommen können unter Voraussetzungen, die gegenwärtig nicht vorhanden sind. Rußland ist verbündet mit Frankreich, welches letztere aus seinem Wunsch,

* Hier nur teilweise abgedruckt; den Rest siehe in Kap. XCVI, Nr. 4072.
** Identisch mit Nr. 4020.

bei erster sich bietender Gelegenheit Deutschland anzugreifen, kein Hehl macht. Solange Frankreich nicht anderen Sinnes wird, wollen wir uns ohne Not keine neuen Feinde machen. Jenes vom Grafen Osten-Sacken empfohlene Abkommen könnte die Wirkung haben, Mächte, welche bisher noch Rücksicht auf uns nehmen, zu festen Gegnern zu machen und andere Mächte, deren Politik jetzt in einem überwiegend deutschfreundlichen Sinne geleitet wird, mindestens abzukühlen. Das deutsch-englische Abkommen wegen Südafrika* hat keine Spitze gegen Rußland; ein deutsch-russisches Abkommen aber wegen der Meerengen würde eine Spitze gegen England und daher eine gründliche Umgestaltung der politischen Lage und politischen Beziehungen Deutschlands zur unmittelbaren Folge haben. Eine derartig ernste Eventualität wäre erst diskutabel in dem Augenblick, wo Rußland sich bereit erklären würde, sei es allein, sei es zu Dreien mit Frankreich, sich uns gegenüber zur wechselseitigen Garantie des gegenwärtigen Besitzstandes zu verpflichten.

Hier möchte ich in Ergänzung meiner nebenliegenden Aufzeichnung noch den Einwurf des Botschafters erwähnen, daß das deutsch-englische Abkommen trotz seines lokalen Charakters doch schon eine Wirkung von großer allgemeiner Tragweite gehabt habe. Die Demütigung Frankreichs in der Faschodafrage würde undenkbar gewesen sein, wenn England nicht das Gefühl voller Sicherheit nach der deutschen Seite hin gehabt hätte. Diese Behauptung ist allerdings unbestreitbar, und die Faschodafrage ist geeignet, auch den Engländern den Beweis zu liefern, daß schon Deutschlands Neutralität für England von entscheidender Bedeutung ist. pp.

Bülow

Nr. 4022

*Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe***

Ausfertigung

Nr. 308 — St. Petersburg, den 29. Juni 1899
Geheim

Bei meiner letzten Begegnung mit Graf Murawiew kam das Gespräch auf die deutschen Unternehmungen in Kleinasien. Der Minister holte weit aus und deduzierte die russische Politik im Orient. Er hob hervor, wie Rußland die leitende Macht in der Türkei sei[1], und daß es manche Mittel[2] in Händen habe, weit stärkere als irgendeine andere Macht, um den Sultan nötigen Falles zu zwingen, Rußland in allem ge-

* Vgl. Kap. XCII.
** Teilweise bereits abgedruckt in Bd. XIII, Kap. LXXXIX, Nr. 3568.

fügig zu sein. Letzteres habe keinen Grund, zurzeit mit dem Sultan unzufrieden zu sein; die Erhaltung desselben und die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustands in der Türkei wären für Rußland geboten [3], denn eine selbst durch fremde Mächte und fremde Kapitalien zu stark werdende Türkei würde den Interessen Rußlands nicht entsprechen [4]. Durch die relative Hebung der Verhältnisse scheine die Existenz des Reiches für die nächste Zeit gesichert. Wenn es sich indessen jemals anders gestaltete und ein Zusammenbruch der Türkei unvermeidlich wäre [5], dann würde für Rußland der Moment gekommen sein, seinen ausschließlichen Anspruch auf Konstantinopel und die Türkei geltend zu machen. Jetzt schon müsse die Regierung des Zaren ein wachsames Auge darauf haben, daß keine andere Macht eine dominierende Stellung am Bosporus einnehme.

Der stets zunehmende Einfluß Deutschlands in Kleinasien — bisher freilich nur auf kommerziellem Gebiete — sowie die immer größer werdende Ausdehnung des anatolischen Bahnnetzes, das schließlich bis nach dem Persischen Meerbusen zu reichen drohe [6], müsse, wie Graf Murawiew vertraulich bemerkte, das Land natürlich zu bisher unbekannter Blüte heben und somit auch die Macht des Sultans so weit steigern, daß es für Rußland eventuell, wenn auch nicht gefährlich, so doch möglicherweise unbequem sein könne [7]. Rußland könne daher die deutschen Fortschritte in Kleinasien nicht mit Gleichgültigkeit ansehen, zumal da durch die Reise Seiner Majestät des Kaisers und Königs* die deutschen Unternehmungen einen neuen, sehr bedeutenden Aufschwung genommen hätten. Es wäre daher wohl an der Zeit, daß Rußland und Deutschland zu einer Verständigung über die beiderseitigen Einflußsphären im Türkischen Reiche kämen, um einem möglichen Kollidieren der Interessen rechtzeitig vorzubeugen und etwaige Mißverständnisse, die ernstliche Komplikationen nach sich ziehen könnten, zu verhüten. Vorläufig liege Rußlands Interesse auf einer rein politischen Basis, während Deutschland nur kommerzielle Gesichtspunkte im Auge habe. Es wäre indes nicht ausgeschlossen, daß die beiderseitigen Gesichtspunkte mit der Zeit verschoben würden [8]. An sich habe Rußland nichts gegen die deutschen Unternehmungen in Kleinasien, die Fortschritte derselben wären aber so bedeutend, daß sie mit der Zeit politische Wichtigkeit bekämen und die russische Politik tangieren könnten.

Es wäre übrigens, wie der Minister hinzufügte, eher im Interesse Rußlands, wenn die Ausbeutung Kleinasiens nicht in einer Hand läge, sondern von mehreren Konkurrenten ausgeübt würde [9]. Da nun aber die Deutschen die Vorherrschaft auf jenen Gebieten einmal errungen hätten, wolle sich Rußland damit abfinden, auch weitere Fortschritte Deutschlands sogar gutheißen, vorausgesetzt natürlich, daß

---

* Vgl. Bd. XII, Kap. LXXXIII nebst Anhang.

Deutschland seinerseits die traditionellen ausschließlichen Ansprüche Rußlands auf den Bosporus unzweideutig anerkenne und dementsprechend gegebenen Falles auch auf die anderen Mächte einwirke [10].

Es könnte sich beispielsweise der Fall zutragen, daß eine Revolution in Konstantinopel ausbräche [11] und fremde Flotten die Dardanellen passierten; Rußland müßte darauf bestehen, daß nur Schiffe gewisser Stärke und in beschränkter Zahl sich vor Konstantinopel legten. Von Deutschland würde Rußland erwarten, daß es letzteres darin unterstütze.

Sollte Deutschland Bedenken tragen, auf jenen „freundschaftlichen" Vorschlag einzugehen, den Bosporus der russischen Regierung gleichsam zu garantieren, England dagegen, welches gegenwärtig in den Meerengen weniger interessiert sei wie früher [1], der russischen Regierung günstigere Bedingungen machen, als Deutschland es zu tun imstande wäre: nun, dann müßte Rußland diesen Weg einschlagen, sich mit England verständigen [12] und auf ein Abkommen mit Deutschland verzichten.

Es sei, meinte der Minister, eine Illusion zu glauben, daß England der unversöhnliche Rivale Rußlands sei; eine Verständigung mit ihm sei wohl möglich, das chinesische Abkommen* habe es bewiesen. (Der Minister ließ unerwähnt, wie England hierbei übervorteilt worden ist.) Reibungspunkte könnten immer vermieden werden. Rußland müsse wohl seinen Einfluß in Persien behaupten, aber der Ausweg nach dem Persischen Meerbusen sei für Rußland durchaus nicht erforderlich [13]. Eine territoriale Ausdehnung wolle Rußland nirgends [14], auch nicht nach Indien hin, England würde sich wohl hüten, in Afghanistan Rußland zu reizen; es wisse ganz genau, daß eine Handvoll Russen ohne irgendwelches Aufbieten von Truppen imstande wäre, sämtliche Grenzstämme zum Aufstande gegen die Engländer zu bringen, welch letztere mit Aufbietung aller ihrer Kräfte desselben nicht Herr werden würden. Die Engländer würden dort überhaupt nie zur Ruhe kommen und nie in Ruhe gelassen werden. Da, wie gesagt, Rußland auch dort nichts wolle und mit seinen Grenzen vollkommen zufrieden sei [15], würde England wohl so klug sein, Rußland nicht zu provozieren.

Es gäbe aber noch andere Punkte, meinte der Minister, über die eine Verständigung zu erreichen und die für England sogar vorteilhaft wäre. (Ich vermute, daß Graf Murawiew hierbei an Ägypten dachte [16].)

Dies alles sagte mir der Minister mit einiger Emphase, indem er bemerkte, er könne keine Gefühlspolitik treiben, er handele als nüchterner Geschäftsmann [17], der nur dem eigenen Vorteil nachgehe und mit demjenigen ein Geschäft mache, der am besten zahle.

Ich habe dem Grafen Murawiew nicht den Gefallen getan, mich durch seine bombastischen Phrasen über eine mögliche Verständigung mit England zu „günstigeren Bedingungen als mit uns" einschüchtern zu

---

* Vgl. Nr. 4020, S. 547, Fußnote *.

lassen, wie er dies wohl beabsichtigt hatte. Ich reagierte einfach nicht auf diese verblümte Drohung, um ihm zu zeigen, daß ich ebensowenig wie er selbst daran glaube, daß auf die Dauer England sich von Rußland düpieren lassen würde, und daß das scheinbar verminderte Interesse Englands an den Vorgängen am Bosporus so weit gehen könne, daß die so lange bestrittene Meerengenfrage pour les beaux yeux de la Russie fallen gelassen werden könnte, oder daß Rußland an dem Persischen Meerbusen hinreichend desinteressiert sei, um ihn England ganz preiszugeben.

Im übrigen entgegnete ich dem Minister, wie jede Annäherung, jede Verständigung mit Rußland in allen Fragen uns sympathisch wäre; wir hätten ja nirgends kollidierende Interessen, und unser Zusammengehen sei sicherlich ein Vorteil für beide Reiche. Auch in dem türkischen Orient sei meines Erachtens keinerlei Konflikt zu befürchten, da wir ganz verschiedene Zwecke verfolgten; Rußland habe politische, Deutschland kommerzielle Interessen. Ich sollte denken, daß es für Rußland erwünschter sein müsse, uns Deutsche in Kleinasien und am Euphrat zu wissen als England[18], das ein unbequemer politischer Gegner in jenen Gegenden wäre.

Ich begriffe sehr wohl, daß er, der Minister, bei den wachsenden Interessen, die Rußland und Deutschland an den Ufern des Bosporus und in Kleinasien haben, eine Verständigung mit uns für alle Eventualitäten wünsche, um sicher zu sein, daß die eine Macht auf die andere bei Wahrung ihrer Sonderinteressen rechnen könne. Nachdem unser allergnädigster Kaiser und Herr sich Seiner Majestät dem Kaiser Nikolaus bereits in diesem Sinne ausgesprochen und sogar sein Wort verpfändet habe, daß er ihm in der Meerengenpolitik Rußlands nicht in den Weg treten werde, scheine mir es keines weiteren Versprechens, namentlich keines schriftlichen Abkommens, zu bedürfen[18]; das Wort des Kaisers müsse doch wohl genügen *.

Wenn ihm, dem Grafen Murawiew, etwa aus anderen Gründen eine schriftliche Abmachung erwünscht wäre, so entziehe sich dies meiner Beurteilung.

Er werde aber wohl verstehen, daß, solange Frankreich, der Bundesgenosse Rußlands, uns feindlich gegenüberstehe, wir damit rechnen müßten. Wir hätten geglaubt, daß Frankreich unter russischem Einfluß vernünftiger werden würde, sähen aber, daß die Republik seit fast dreißig Jahren genau dieselbe Politik der Leidenschaft triebe.

Vertraulich wolle ich ihm, dem Grafen Murawiew, mitteilen, daß Silvela ** den Gedanken eines Defensiv-Kontinentalbündnisses bei mehreren Botschaftern angeregt habe; wir hätten darauf geantwortet, daß

---

* Vgl. Bd. XI, Kap. LXXI, Nr. 2861.
** Seit März 1899 spanischer Ministerpräsident und Minister des Äußern. Vgl. Bd. XV, Kap. IC.

wir prinzipiell dem nicht abgeneigt wären, daß aber Hindernisse sich an anderer Stelle finden würden. Dies habe sich auch be[s]tätigt, Silvela habe dem deutschen Vertreter zugegeben, daß die Antworten, welche er von dem französischen Botschafter in Madrid und dem spanischen Botschafter in Paris erhalten habe, keine Zweifel darüber lassen können, daß der Augenblick eines vertragsmäßigen Zusammenwirkens Deutschlands mit Frankreich noch nicht gekommen sei. Es sei dies eines der vielen Symptome dafür, daß Frankreich das Zerreißen des Frankfurter Vertrages allem anderen voranstelle, während für Deutschland natürlich dessen Aufrechterhaltung in erster Reihe unter den nationalen Lebensfragen stehe.

Solange Frankreich uns unverhüllt zeige, daß es nur auf eine passende Gelegenheit warte, um einen Versuch zur Veränderung des deutschen Territorialbestandes zu machen, könnten und wollten wir uns keine neuen Feinde machen. Wir würden aber England, welches eine wohlwollende neutrale Haltung uns gegenüber bewahrt und uns mit Rücksicht behandelt, zu unversöhnlichen Gegnern in allen unseren Kolonialunternehmungen machen, wenn die Tatsache bekannt würde, daß wir neuerdings ein geheimes Spezialabkommen mit Rußland, territoriale Interessen betreffend, abgeschlossen hätten[18].

Bei diesem Zustande müsse es meiner Ansicht nach bleiben, solange für uns die Notwendigkeit, Frankreich gegenüber auf der Hut zu sein, besteht; für etwaige russische Unternehmungen gegen die Meerengen biete dieser Zustand kein Hindernis, denn, wie gesagt, der Kaiser Nikolaus habe das Wort unseres Kaisers.

Graf Murawiew gab allerdings zu, daß die Stimmung in Frankreich gegen Deutschland jede ernste Annäherung unmöglich machte, daß aber die Gefahr einer aggressiven Politik Frankreichs gegen Deutschland ausgeschlossen sei[19]. Dafür habe Rußland gesorgt und werde fernerhin dafür sorgen. Sollte ein Prätendent sich an die Spitze der Regierung stellen oder ein kühner Abenteurer die Diktatur an sich reißen, wäre ein coup de tête vielleicht möglich, derselbe würde aber mit einer neuen Niederlage Frankreichs enden. Es gäbe übrigens niemanden in Frankreich, der das Zeug dazu hätte, einen solchen Streich auszuführen, und der den nötigen Anhang fände.

Was die Geheimhaltung von Verträgen anlange, so meinte der Minister, wäre dies doch wenig schwierig. Selbst zwischen Deutschland und Rußland bestünden gegenwärtig Abmachungen, die geheim gehalten werden*, und die nur sehr wenige Menschen kennen (!).

Gesetzt den Fall, daß das fragliche geheime Abkommen bekannt würde, dann gäbe es immer noch Mittel, die Empfindlichkeit der Betroffenen zu beruhigen. Er, Murawiew, habe zum Beispiel den Fran-

---

* Gemeint ist der „acte secret" des deutsch-russischen Handelsvertrages von 1894.

zosen, wie er mir sagt, ganz unumwunden erklärt, infolge des geheimen Abkommens mit England habe Rußland nicht mehr wie bisher die Möglichkeit, in Südchina Frankreich zu erfolgreichem Vorgehen zu verhelfen, womit letzteres sich habe bescheiden müssen.

Unsere natürlich ganz freundschaftlich gehaltene wie akademische Unterhaltung endete damit, daß Graf Murawiew mir sagte: „Il faudra causer de tout cela plus au long; nous pourrons continuer notre entretien la prochaine fois, tous ces propos ne sont pour le moment que des paroles dites en l'air qui n'engagent à rien[20].“

Ich kann nicht leugnen, daß mich der Ton des Grafen Murawiew in dieser ganzen Konversation etwas erstaunt hat. Derselbe stellte das gewünschte schriftliche Abkommen nicht, wie Graf Osten-Sacken, als eine freundschaftliche Vereinbarung zwischen beiden Reichen hin zum Zweck des gegenseitigen Schutzes der beiderseitigen Interessengebiete, sondern schien diesem Vertrage den Charakter einer bedingten Zulassung[1] der deutschen Entwickelung in Anatolien geben zu wollen.

Als ich diese Taktik merkte, wurde ich selbstredend etwas zurückhaltender, vermied aber sorgfältig, irgendwie den Faden abzuschneiden, den ich, ohne mich irgendwie zu binden, weiterspinnen zu sollen glaube.

Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

1 !
2 Gift und Mord?
3 ist mir egal
4 richtig! aber kolossal zynisch!
5 das kann eher noch in Russland erfolgen
6 ist doch sehr günstig auch für Russland
7 schadet nichts
8 von uns gewiß nicht
9 desswegen haben wir uns auch schon dort mit Frankreich verbunden
10 wie unendlich großmüthig und gnädig! So ungefähr muß Nikolaus I Fr[iedrich] Wil[helm] IV gegenüber geredet haben! Das ist aber unter mir verflucht anders! Bitte!! Die Hacken zusammen und stramm stehen Herr Mouraview wenn er mit dem Deutschen Kaiser spricht.
11 mit Hülfe Russischer Rubel? oder Brit[ischer] Sovereigns
12 das sieht ja jetzt grade darnach aus! siehe China!!
13 ist gelogen
14 Lüge!
15 Dann soll es doch den Bosporus in Frieden lassen!
16 das ist schon erledigt
17 elender Lügner und Optimist
18 richtig
19 ?
20 und so wird es mit ihm auch bleiben

Nr. 4023

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 309 St. Petersburg, den 29. Juni 1899

Ich war kaum beim Grafen Murawiew an seinem gestrigen Empfangstage eingetreten, als er mich mit den Worten empfing, er habe mir eine Mitteilung zu machen, die ihm unangenehm wäre, und die auch Seine Majestät den Kaiser, höchstwelcher ihm sogar diese Nachricht gegeben, peinlich berührt habe. — (Gleich nachdem dem Minister der Name Seiner Majestät entfahren war, bat er mich, in meinem eventuellen Berichte desselben nicht Erwähnung zu tun, da er nur ungern seinen kaiserlichen Herrn in geschäftliche Fragen hereinziehe.) —

Zwei preußische Offiziere, von denen der eine jedenfalls kein berufener Instrukteur der türkischen Armee, sondern der offizielle Militärattaché der Kaiserlichen Botschaft* in Konstantinopel wäre, hätten an der russisch-türkischen Grenze bei Erserum die türkischen Truppen inspiziert und an den dortigen Übungen teilgenommen, gleichsam als wären sie türkische Offiziere.

Diesen Vorfall habe die russische Regierung mit lebhaftem Bedauern vernommen und habe hierbei konstatieren müssen, daß die Interessen Deutschlands in Kleinasien nicht rein kommerzieller Art zu sein schienen, wie dies allgemein behauptet werde, und wie ich es ihm neulich noch bei unserer Besprechung über die kleinasiatische Angelegenheit und die Frage des Bosporus bestätigt habe**, sondern im Gegenteil durchaus politischer Natur wären.

Solche Vorgänge gerade an der Grenze könne Rußland nicht mit Gleichgültigkeit ansehen. —

Ich fiel dem Minister ins Wort und erwiderte ihm, daß ich nicht berufen sei, diese Klage anzunehmen und seine Beschwerde weiterzugeben, daß ich ihm anheimstellen müsse, sich damit an seinen Botschafter in Berlin zu wenden.

Im übrigen schiene mir die Sache den Sultan anzugehen; derselbe habe doch wohl n o c h die Berechtigung, nach Belieben fremden Offizieren den Zutritt zu den militärischen Übungen seiner Armee zu gewähren, zumal da er eine Anzahl preußischer Offiziere in seinen Diensten habe.

R a d o l i n

---

* Major Morgen. Vgl. die folgenden Schriftstücke.
** Vgl. Nr. 4022.

Nr. 4024

Aufzeichnung des Ersten Sekretärs bei der Botschaft in Petersburg von Tschirschky

Reinschrift

St. Petersburg, den 3. Juli 1899

Aus dem Bericht des Kaiserlichen Botschafters in Petersburg vom 29. v. Mts.* über seine Unterredung mit dem Grafen Murawiew bezüglich Kleinasiens und mehr noch aus der im Bericht des Kaiserlichen Botschafters Nr. 309** geschilderten Art der Verwertung der Reise des Kaiserlichen Militärattachés in Konstantinopel an die türkisch-russische Grenze habe ich zunächst den Eindruck erhalten, daß es dem russischen Minister darauf ankam, uns durch Drohungen seinen Vorschlägen geneigt zu machen. Der Minister sucht — besonders auch in der Wendung über das Hereinziehen des Kaisers Nikolaus in die Angelegenheit — uns, in der Annahme, daß Seine Majestät und die Kaiserliche Regierung unter allen Umständen russisches Mißfallen vermeiden wollen, mit diesem Mißfallen zu schrecken.

Ich habe den Eindruck, daß das russische Anerbieten zunächst dadurch veranlaßt worden ist, daß Graf Murawiew unser Vorgehen in Kleinasien und die dadurch erzielte Stärkung der Türkei allerdings unangenehm empfunden hat, und daß er bei der Unmöglichkeit, rechtlich und tatsächlich etwas dagegen zu tun, wünscht, auf anderer Seite dabei etwas herauszuschlagen.

Das Vorbild des Abkommens mit Österreich*** lag dann nahe. Gelang es Rußland, mit uns ein ähnliches Abkommen zu schließen, so war dabei der weitere Zweck erreicht, uns nach allen Seiten hin zu kompromittieren, den Dreibund so gut wie zu sprengen, unserer Vorherrschaft in Konstantinopel — durch Verwertung des Vertrags beim Sultan — mit einem Schlage ein Ende und ein ferneres Arbeiten mit England in allen kolonialen Fragen unmöglich zu machen.

Für den Fall, daß wir auf das russische Anerbieten nicht eingehen, könnte die Frage entstehen, ob dann nicht ein Einvernehmen zwischen Rußland und England auf gleichem Boden zu befürchten wäre. Ich glaube nicht, daß es im Rahmen der russischen Politik und, soviel ich vermuten kann, auch nicht in demjenigen der englischen Politik liegt, sich über derartige allgemein politische Fragen schriftlich zu verständigen und zu binden. Außerdem erscheint mir die Basis für eine solche Verständigung zwischen den genannten Staaten zu fehlen,

---

* Siehe Nr. 4022.
** Siehe Nr. 4023.
*** Vgl. Bd. XII, Kap. LXXIX.

da im Hinblick auf die tatsächliche Unfähigkeit Rußlands, den englischen Ansprüchen auf den Persischen Golf entgegenzutreten, die Versicherung Rußlands, seine Ansprüche auf den Persischen Golf aufzugeben, für England wenig Wert haben würde.

Wenn Graf Osten-Sacken hier davon spricht, daß es wünschenswert sei, zwischen Deutschland und Rußland wieder „etwas Festes“ zustandezubringen, wie es der Rückversicherungsvertrag seinerzeit gewesen, so würde meines Erachtens solchen Versicherungen gegenüber größte Vorsicht geboten sein. Wir können die Dinge und die Politik nicht künstlich auf den Status von vor 1890 zurückschrauben, schon deshalb nicht, weil meiner Ansicht nach die Demokratisierung des russischen Staates als Folge der Regierungszeit Alexanders III. seit dieser Zeit starke Fortschritte gemacht und die unbedingte Herrschaft der Regierung und des Kaisers über das Land und die bei auswärtigen Verwickelungen etwa auftauchenden Strömungen wesentlich vermindert hat. Die Stellung des Kaisers in Rußland ist zurzeit sehr schwach, die persönliche Autorität des Monarchen gleich Null. Die Stellung des Grafen Murawiew bei seinem Herrn ist dagegen sehr stark und ein Wechsel in der Person des Ministers des Auswärtigen in absehbarer Zeit kaum zu gewärtigen. Es ist dies für den vorliegenden Fall von Wichtigkeit, weil Graf Murawiew, biegsam und weich wie er ist, kaum der Mann dazu sein dürfte, die russische Politik in völlig neue Bahnen zu lenken und sich von Deutschland definitiv abzukehren. Graf Murawiew ist, wie ich weiß, völlig frei von jeder Sentimentalität in der Beurteilung der russisch-deutschen Beziehungen. Ebenso aber weiß er ein gutes Verhältnis zu seinem westlichen Nachbarn wohl zu schätzen. Es kommt hinzu, daß die Interessen des Russischen Reiches dem Minister eine Politik vorschreiben, die bis zur äußersten Grenze der Möglichkeit auf die Vermeidung kriegerischer Verwickelungen gerichtet sein muß. Wenn wir Reziprozität üben wollten, so müßten wir unsere Politik zwar solange wie irgend möglich gemeinsam und mit Rußland machen, uns aber nicht an Rußland anlehnen.

Meiner unmaßgeblichen Auffassung nach würde es sich im vorliegenden Falle empfehlen, dem russischen Drängen gegenüber möglichst zu temporisieren mit dem festen Hintergedanken, die vorgeschlagene Verbindung ernstlich nicht einzugehen. Verlangt Rußland definitiven Bescheid, so wäre meines Erachtens der Hinweis auf die Unmöglichkeit unseres Beitritts mit Rücksicht auf den Dreibund genügend. Ich würde es vielleicht für nicht ratsam halten, Rußland gegenüber unseren Beitritt von einer Garantierung unseres Territoriums abhängig erscheinen zu lassen, weil dadurch die ganze russische Proposition auf einen anderen Boden gestellt und der Anschein erweckt werden könnte, als sehnten wir uns nach der russischen Stütze.

von Tschirschky

Nr. 4025

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. auf der Nordlandreise in Bergen

Ausfertigung

Berlin, den 4. Juli 1899

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät gestatte ich mir beifolgenden Bericht alleruntertänigst zu unterbreiten, in welchem Fürst Radolin den Inhalt eines Gesprächs wiedergibt, welches derselbe mit Graf Murawiew über die Meerengenfrage geführt hat*. Was die auf Seite 15** von dem russischen Minister erwähnten, zwischen Deutschland und Rußland bestehenden geheimen Abkommen betrifft, so ist anzunehmen, daß Graf Murawiew bei dieser Bemerkung einige Vereinbarungen rein wirtschaftlicher Natur, welche wir mit Rußland im sogenannten Acte secret des deutsch-russischen Handelsvertrags von 1894 getroffen haben, im Auge gehabt hat.

Das seitens Rußland von uns Geforderte steht in keinem Verhältnis zu dem, was uns Rußland bietet. Es verschwindet gegen den Dienst, welchen dasselbe von uns zu erlangen wünscht. Während Rußland uns nichts weiter gestatten will, als die Pflege unserer wirtschaftlichen Interessen in einem Gebiete, über welches ihm irgendwelche Hoheitsrechte nicht zustehen, stellt es an uns das Ansinnen, in eine Bahn einzulenken, welche zu nichts Geringerem als zu einer grundsätzlichen Verschiebung der von Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät bisher vorgeschriebenen Politik führen würde. Nach den Erfahrungen, welche, wie Euere Majestät in Gnaden Allerhöchstsich erinnern werden, Österreich-Ungarn mit seinem im Jahre 1897 mit Rußland abgeschlossenen geheimen Übereinkommen in betreff der Balkanländer gemacht hat***, müßten wir darauf gefaßt sein, daß auf eine Geheimhaltung des vorgeschlagenen Abkommens auf seiten Rußlands nicht zu rechnen ist. Rußland hätte auch ein lebhaftes Interesse daran, eine solche Übereinkunft mit uns der Welt zu verkünden, denn die russischen Staatsmänner werden sich darüber klar sein, daß in dem Augenblick des Bekanntwerdens wir in der Türkei einen Freund verlieren und in England einen ausgesprochenen Feind erstehen sehen[1]. Unsere erschütterte Stellung in der Türkei würde es mehr als fraglich machen, ob wir weiter die wirtschaftlichen Vorteile aus der Türkei ziehen könnten, welche uns dort jetzt dank Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät selbständiger Politik und eigener Kraft erblühen,

---

* Siehe Nr. 4022.
** S. 553, Absatz 2 von unten.
*** Vgl. Bd. XII, Kap. LXXIX.

denn der Sultan wird sich kaum geneigt zeigen, dem Lande weitere Konzessionen und Vergünstigungen zu erteilen, welches mit dem Erbfeinde der Pforte über deren Erbschaft paktiert hat. Einen ähnlichen Rückschlag dürften wir in unserem Verhältnis zu England zu gewärtigen haben. England fürchtet uns als Handelsrivalen. Die Hoffnung, uns in einem etwaigen Kriege mit Rußland neutral zu wissen, hält es ab, dem deutschen Unternehmungsgeist in überseeischen Sphären allzu schroff entgegenzutreten. Sieht England diese Hoffnung endgültig fallen, so hat das Land kein praktisches Motiv mehr, seinen Konkurrenzärger zu zügeln, und es wird nicht zögern, uns auf jedem Schritt, welchen wir in überseeischen Erwerbungen und Unternehmungen vorwärts zu machen suchen, störend und hindernd in den Weg zu treten. Die Wirkung auf den Dreibund dürfte voraussichtlich eine nicht weniger verhängnisvolle sein. Diese gefährlichen Folgen können auch nicht ausgeglichen werden durch die Annahme, daß wir durch das gewünschte Abkommen der Sorge wegen unseres westlichen Nachbars ledig werden. Wie Fürst Radolin dies dem Grafen Murawiew gegenüber ausführte, ist in Paris der Gedanke Silvelas an ein Defensiv-Kontinentalbündnis zu Grabe getragen worden [2], und es hat die genommene Fühlung ergeben, daß wir nach wie vor die Feindschaft Frankreichs bei allen unseren politischen Verbindungen in Betracht ziehen müssen [3].

Nach meinem alleruntertänigsten Dafürhalten dürften deshalb die russischen Vorschläge ausweichend und temporisierend mit der Absicht, denselben nicht nachzugeben, zu behandeln sein [4]. Allzu heftigem Drängen von russischer Seite könnte vielleicht damit begegnet werden, daß wir uns bereit zeigten, auf die russischen Forderungen einzugehen, wenn dieselben in ein Defensivbündnis gekleidet würden, in welchem beide Länder sich ihren Territorialbestand in Europa garantierten [5]. Als Bedingung würde in den Vertrag dessen Publikation aufzunehmen sein. [5]

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät wage ich ferner einen weiteren Bericht des Fürsten Radolin vom 29. v. Mts.* in tiefster Ehrfurcht vorzulegen, welcher nicht ohne ursächlichen Zusammenhang mit den Äußerungen des Grafen Murawiew über unser Vordringen in Kleinasien zu sein scheint.

Euerer Majestät Botschafter meldet darin, daß Graf Murawiew über das Auftreten des Flügeladjutanten Euerer Majestät, Major Morgen, Beschwerde führte, weil derselbe die türkischen Truppen gerade an der russischen Grenze bei Erserum inspiziert hätte. Dieselbe Beschwerde ist inzwischen im Auftrage seiner Regierung von Graf von der Osten-Sacken hier zur Sprache gebracht worden. In einem zwar sehr freundschaftlich gehaltenen Tone äußerte sich der russische Botschafter doch in ähnlichem Sinne wie Graf Murawiew dahin, daß die

---

* Siehe Nr. 4023.

auffällige Tätigkeit, welche der Flügeladjutant Major Morgen an der kaukasischen Grenze auf dem alten russisch-türkischen Kriegsschauplatze entwickelte, aus dem Rahmen der kommerziellen Interessen, deren Pflege wir in Kleinasien nach unserer Versicherung verfolgten, doch sehr heraustrâte und sich mit einer unverkennbaren Spitze gegen Rußland auf militärisch-politischem Gebiet bewegte[6].

Die Bereisung der türkisch-kaukasischen Grenze durch den Flügeladjutanten Major Morgen und die Inspizierung der türkischen Truppen an dieser Stelle durch denselben haben tatsächlich stattgefunden. Der Genannte unternahm die Reise, nachdem Euere Kaiserliche und Königliche Majestät geruht hatten zu befehlen, daß die in türkische Dienste getretenen Militärinstrukteure, Major z. D. von Rüdgisch und Hauptmann z. D. von Meßmer, nicht in Erserum, wie dies dem Sultan nahegelegt worden war, sondern in Damaskus ihren Dienst beginnen sollten. Euere Kaiserliche und Königliche Majestät hatten damals die Gnade, diesen Befehl in einem Marginale zu motivieren. Es sollte nicht im Widerspruch mit den Allerhöchsten Intentionen die Empfindlichkeit der Russen hervorgerufen werden, weil dieselben in der Entsendung der deutschen Instrukteure nach Erserum eine direkte Vorbereitung der türkischen Truppen gegen die kaukasischen erblicken würden[7].

B. von Bülow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

1 Richtig

2 das ist nicht wahr! In meinem Verkehr mit den Herren der „Iphigénie“ * tritt dieser Gedanke im Gegentheil mit ausgesprochner Schärfe auf, als eine Ueberzeugung weiter Kreise der französischen Marine und auch französischer Politiker. Fachoda!!! das wirkt Wunder!

3 das ist viel zu sehr übertrieben! seit Fachoda fängt es an anders zu werden.

4 richtig

5 ja

6 Blech! Er wollte die alten Kriegsschauplätze aus Milit[ärischem] Inntresse studiren, die ja auch antiken Heeren gedient haben. Andre Motive meinem Flügeladjut[anten] unterzuschieben ist eine Unverschämtheit, die ich mir verbeten haben will und das soll Mouraview gesagt werden!

7 richtig
Die Russen haben in der Türkei nichts zu sagen, und werden meine Adjutanten sich dort bewegen wie es mir gefällt. Egal ob Mouraview das Spaß macht oder nicht. Ich habe noch keinem Fremden verboten in Lothringen vor den Mauern von Metz die Schlachtfelder zu bereisen was noch viel bedenklicher ist. Die Russen haben kein Geld mehr, fühlen, daß wir allmählich den 10jährigen Rüstungsvorsprung Alex[anders] III. einholen, unsre Grenzen schließen und befestigen und Bundesgenoßen oder Freunde werben, und das paßt nicht in ihrem Kram, da sie dadurch zu sehr al pari mit uns kommen und da besorgen sie Keile zu besehen!

---

* Vgl. Bd. XIII, Kap. LXXXIX, Nr. 3569.

Nr. 4026

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Mühlberg

Nr. 360 Berlin, den 17. Juli 1899
[abgegangen am 19. Juli]

Ew. pp. beehre ich mich zu benachrichtigen, daß der Herr Staatssekretär die beiden gefälligen Berichte vom 29. v. Mts. — Nr. 308 und 309* — mit einem Immediatberichte** Seiner Majestät dem Kaiser und König vorgelegt hat. Welche Aufnahme die Auslassungen des Grafen Murawiew an allerhöchster Stelle gefunden haben, bitte ich Ew. pp. aus den Marginalien unseres allergnädigsten Herrn zu dem Immediatberichte des Grafen Bülow und zu Ihrem Berichte Nr. 308, welche ich beide in Abschrift beifüge, gefälligst zu ersehen.

Ew. pp. werden danach aus eigener Initiative auf die Meerengenfrage nicht zurückzukommen haben. Sollte dies vom Grafen Murawiew geschehen, so wollen Sie sich ausweichend hinter die Argumente zurückziehen, welche Sie dem Minister bereits in Ihrer ersten Unterhaltung entgegengehalten haben.

Dagegen bitte ich Ew. pp., die allerhöchsten Befehle hinsichtlich der russischen Beschwerde über die Reise des Flügeladjutanten Major Morgen nach Maßgabe der Randbemerkungen Seiner Majestät gefälligst auszuführen und dem Grafen Murawiew sowohl das Erstaunen Seiner Majestät sowie die scharfe allerhöchste Zurückweisung der gegen den Major Morgen erhobenen Klage auszudrücken. Ich möchte glauben, daß der Hinweis Seiner Majestät auf die unbeschränkte Freiheit, mit welcher allerhöchstderselbe die Bereisung der Schlachtfelder an der deutsch-französischen Grenze gestattet, ein gewichtiges Argument darstellt, um die russischen Zumutungen in ihre Schranken zurückzuführen.

Über die Ausführung dieses Auftrags darf ich Ew. pp. gefälliger Mitteilung entgegensehen.

Die beiden Anlagen wollen Ew. pp. nach genommener Kenntnis vernichten.

Richthofen

---

* Siehe Nr. 4022 und 4023.
** Siehe Nr. 4025.

Nr. 4027

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 361 St. Petersburg, den 30. Juli 1899

In Erledigung der mir erteilten hohen Weisung vom 17. d. Mts. * habe ich dem Auswärtigen Minister in unverblümter Weise erklärt, daß Seine Majestät der Kaiser und König über die gegen allerhöchstdessen Flügeladjutanten Major Morgen russischerseits erhobenen Klagen verstimmt sei und sich derartige unbegründete Anschuldigungen ernstlich verbitte [1].

Auf seiner Reise in die östlichen Teile Kleinasiens habe Major Morgen, wie ich hinzufügte, keine politischen, sondern rein wissenschaftliche Zwecke verfolgt. Auch könne Seine Majestät der russischen Regierung um so weniger ein Recht zuerkennen, einem preußischen Offizier, besonders dem Militärattaché in Konstantinopel, die Bereisung beliebiger Teile des Türkischen Reichs zu inhibieren, als Seine Majestät der Kaiser fremden Offizieren die Besichtigung der Schlachtfelder an der deutsch-französischen Grenze nicht untersage.

Auf meine ernsten Vorhaltungen sprach Graf Murawiew mir sein Bedauern aus, Anlaß zu Verstimmung Seiner Majestät des Kaisers gegeben zu haben. Er bemerkte aber, daß, da deutscherseits die Annahme zu gelten scheine, als wären die Beschuldigungen gegen Major Morgen nicht motiviert, er mir zu seinem Bedauern erklären müsse, daß dieselben auf Grund wiederholter amtlicher Berichte aus der Türkei erhoben worden seien [2]. Nach diesen Berichten schüre Major Morgen bei den Türken gegen Rußland und suche dadurch Stimmung zu machen, daß er ihnen die Unumgänglichkeit eines türkisch-russischen Krieges darlegte und ihnen Ratschläge gäbe, wie einem russischen Angriffe in Kleinasien zu begegnen wäre [3].

Wenn ihm, dem Minister, unsererseits versichert werde, daß Deutschland nur kommerzielle Interessen in der Türkei und besonders in Kleinasien verfolge und die russische Politik am Bosporus nicht durchkreuzen wolle, so sei dies mit den Berichten über die Haltung des deutschen Militärattachés in Konstantinopel schwerlich in Einklang zu bringen und müsse darum Mißtrauen der russischen Regierung gegen unsere freundschaftlichen Versicherungen erwecken.

Ich fiel dem Grafen Murawiew in scharfem Ton ins Wort und bemerkte ihm, daß er, wenn er sich gegen den Militärattaché in Konstantinopel zu beschweren habe, er dies durch die russische Botschaft in Berlin tun möge; ich wäre nicht zur Entgegennahme von Klagen

---

* Siehe Nr. 4026.

über Vorgänge in der Türkei berufen. Übrigens wolle ich ihm privatim sagen, daß erfahrungsmäßig Konsulatsberichte aus der Türkei politisch nicht immer zuverlässig seien und oftmals auf tendenziöse Klatscherei zurückzuführen wären. Ich könne nicht ohne weiteres glauben, daß ein Flügeladjutant Seiner Majestät des Kaisers in seiner amtlichen Stellung gegen Rußland agitieren sollte. Es müsse ein Mißverständnis vorliegen und wären die Worte des Major Morgen ohne allen Zweifel in feindseliger Absicht verdreht worden.

Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Gut

[2] dann ist russischerseits wiederholt amtlich gelogen worden, und das ist doch für Muraview nichts Neues!

[3] !! unglaublich

Kapitel XCVI

Das Abkommen über Samoa und die Deutsch-Englischen Beziehungen 1899

Nr. 4028

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 290 Berlin, den 31. August 1898

Der Tod Malietoas * in Verbindung mit den Anstalten der Vereinigten Staaten zum Ausbau Pago-Pagos als Kohlenstation lassen neue Schwierigkeiten in Samoa voraussehen **. Um denselben beizeiten vor-

---

* 22. August 1898.

** Die Besorgnis des Staatssekretärs von Bülow sollte durch die Ereignisse nur zu sehr gerechtfertigt werden. Mit der Zurückführung des bisher verbannten Thronprätendenten Mataafa und seiner Erwählung zum König, die von den Konsuln Deutschlands, Englands und Amerikas zunächst gebilligt, von dem die höchste Autorität kraft der Samoaakte beanspruchenden — amerikanischen — Oberrichter Chambers aber für ungültig erklärt wurde (Anfang Januar 1899), setzten unabsehbare Wirren ein, die zu offenen Mißhelligkeiten zwischen dem deutschen Präsidenten des Munizipalrats in Apia Raffel und dem deutschen Generalkonsul Rose einerseits, den englischen und amerikanischen Vertretern und vor allem dem Oberrichter Chambers andererseits führten. Es kam schließlich zu der gewaltsamen Auseinanderjagung der von den Konsuln eingesetzten provisorischen Regierung, zum Eingreifen amerikanischer und englischer Kriegsschiffe (März 1899) und zum offenen Bürgerkriege zwischen den Eingeborenen, die teils auf seiten Mataafas, teils auf seiten des von Chambers zum Könige proklamierten Sohnes Malietoas Tanu standen. Auch deutscherseits war die Entsendung zweier Schiffe des ostasiatischen Geschwaders nach Samoa in Erwägung gezogen worden; Kaiser Wilhelm II. nahm aber — laut Erlaß an den Botschafter von Holleben in Washington vom 25. März — davon Abstand in der Erwartung, daß es England und Amerika ebenso ernst um die Respektierung des Samoavertrages von 1899 wie Deutschland sein werde. Auf die sich nun zwischen den drei beteiligten Regierungen anspinnenden weitschichtigen und komplizierten Verhandlungen, die zunächst im April zu der Entsendung einer gemeinschaftlichen Kommission der drei Mächte nach Samoa führten, von deutscher Seite übrigens von vornherein mit der Absicht einer Teilung der Samoainseln unter die Vertragsmächte

zubeugen und die Samoafrage in leidlicher Art aus der Welt zu schaffen, würde unseres Erachtens nur ein einziger Weg gangbar sein. Derselbe würde auf einen Teilungsplan hinauslaufen dahin, daß Amerika die Inseln Tutuila (mit Pago-Pago) und Manua, Deutschland Upolu (mit Saluafata) und Savaii, England dagegen die Tongainseln erhält.

Bitte Herrn Balfour vertraulich zu sondieren, ob England geneigt sein würde, einen dahin gehenden Vorschlag gemeinsam mit uns in Washington zu machen.

Ganz vertraulich: Eile ist nötig, da Staatssekretär Day am 16. d. Mts. Washington verläßt und dann bei dem bevorstehenden Wechsel im Staatsdepartement und vermutlicher Abwesenheit des Präsidenten über die Frage in nächster Zeit wohl überhaupt nicht würde verhandelt werden können. Auch Herr von Holleben geht demnächst in Urlaub.

Bülow

Nr. 4029

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 241 London, den 31. August 1898

Vorläufige Antwort auf Telegramm Nr. 290 *.

Ich sehe Balfour morgen nachmittag 5 Uhr, habe aber wenig Hoffnung, daß er prinzipiell auf irgendeinen Teilungsplan eingehen wird. Er sagte mir kürzlich, als ich mit Rücksicht auf unsere letzten Verhandlungen die Zeitungsnachrichten über amerikanische Absichten in Pago-Pago gesprächsweise erwähnte, daß man in Australien, auf dessen Stimmung es dabei vor allem ankomme, gegen die eventuelle Nachbarschaft der Amerikaner in Samoa wenig einzuwenden habe, während eine Festsetzung unsererseits auf entschiedene Opposition stoßen würde.

Hatzfeldt

---

betrieben wurden, kann hier nur soweit eingegangen werden, als sie die Fragen der hohen Politik, das Verhältnis Deutschlands zu England und Amerika betreffen, während die auf Samoa selbst bezüglichen Fragen möglichst beiseite gelassen sind.
Näheres über die Ereignisse in Samoa findet man in den von der deutschen Regierung herausgegebenen Schriftstücken, namentlich der „Denkschrift" von 1900, ferner in den englischen Blaubüchern über Samoa (Further Correspondence respecting the affairs of Samoa). Eine gute Übersicht bietet auch Alfred Zimmermann, Geschichte der deutschen Kolonialpolitik, S. 296 ff.

* Siehe Nr. 4028.

Nr. 4030

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 292 Berlin, den 1. September 1898

Antwort auf Telegramm Nr. 241 *.

Bitte, trotz der hervorgehobenen Bedenken, deren Gewicht ich nicht verkenne, Herrn Balfour wegen des Teilungsplans zu sondieren. Je nach dem Ausfall des Ergebnisses werden wir uns schlüssig zu machen haben, ob und wie die Sache weiterzuverfolgen ist.

Bülow

Nr. 4031

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 244 London, den 1. September 1898

Telegramme Nr. 290 und 292 ** erhalten.

In vertraulicher Unterhaltung mit Herrn Balfour bin ich heute unter Anknüpfung an einen Artikel der „Morning Post", und indem ich die persönliche Besorgnis aussprach, daß der Tod Malietoas und die amerikanischen Anstalten bezüglich Pago-Pagos zu Schwierigkeiten führen könnten, auf die Samoafrage zurückgekommen. Ich bemerkte dazu, daß ich seit Jahren Lord Salisbury wiederholt darauf aufmerksam gemacht hätte, daß die beste Lösung in einer Verteilung von Samoa und Tongainseln zwischen uns und England bestehen würde. Heute habe sich die Lage insofern verändert, daß auch auf Amerika als Teilnehmer Rücksicht genommen werden müßte.

Herr Balfour erwiderte mir, er hoffe dringend, daß meine Besorgnis bezüglich neuer Schwierigkeiten in Samoa sich nicht verwirklichen würde, und sehe auch nicht recht ein, woraus sich solche ergeben müßten. Durch das in Berlin über Samoa geschlossene Abkommen sei die Prozedur für die eventuelle Wahl eines neuen Königs genau vorgeschrieben und außerdem die ganze Inselgruppe als neutral bezeichnet worden. Eine Befestigung von Pago-Pago könne mit Rücksicht hierauf von den Amerikanern auch nicht beabsichtigt sein. Als ich hierauf einwendete, daß auch die Anlage einer Kohlenstation, die auf die Absicht dauernder Niederlassung durch die Amerikaner schließen ließe, zu Erörterungen führen könnte, wenn die anderen Beteiligten sich in

---

* Siehe Nr. 4029.

** Siehe Nr. 4028 und 4030.

gleicher Weise dort festsetzen wollten, entgegnete Balfour lebhaft, daß England und Deutschland offenbar in diesem Falle das gleiche Recht zur Anlage von Kohlenstationen haben würden, wenn sie dies für wünschenswert hielten.

Mein Eindruck war, daß Balfour, welcher den wirklichen Zweck meiner Bemerkungen anscheinend nicht verstehen wollte, auch schon deshalb ein näheres Eingehen auf die Frage vermied, weil er übermorgen seinen Urlaub anzutreten gedenkt und jeden Augenblick die Nachricht erwartet, daß Lord Salisbury, welcher morgen in der Schlucht* eintrifft, die Leitung der Geschäfte wieder selbst übernehmen will.

Hatzfeldt

Nr. 4032

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 249 London, den 2. September 1898

In heutiger Unterredung bin ich auf die Samoafrage zurückgekommen, indem ich Herrn Balfour darauf hinwies, daß, nach erreichter Verständigung über Südafrika**, und nachdem heute sich die beiderseitigen Interessenten auch über die Eisenbahnen in China*** geeinigt hätten, nur noch die Erledigung der Samoafrage fehle, um einen dauernden günstigen Eindruck in beiden Ländern hervorzubringen und die von uns beiden gewünschte freundschaftliche Annäherung zu befestigen. Meinerseits hielte ich dies für so wünschenswert, daß ich bereit wäre, meinen ganzen Einfluß für Gewährung seiner Wünsche bezüglich Ausbuchtung und Exterritorialität † einzusetzen, wenn damit die Sache erleichtert werden könne. Unsere eventuelle Aufgabe im Falle der Verständigung (gemeinschaftliche Anfrage in Washington) werde voraussichtlich weder schwierig sein noch dort mißfallen, da Amerika, welches heute nur eine Kohlenstation im Auge habe, statt dessen zwei Inseln als Eigentum erhalten würde.

---

* Schlucht im Elsaß, wo Lord Salisbury wiederholt im Sommer seinen Aufenthalt nahm.

** Vgl. Kap. XCII.

*** Vgl. Kap. XC.

† Durch Telegramm vom 1. September 1898 war dem Botschafter Grafen Hatzfeldt die Ermächtigung erteilt worden, England für sein Eingehen auf den deutschen Samoavorschlag Konzessionen anzutragen: „Wenn England durch eine die Verbindung von Mittel-Angola mit Britisch-Zentral-Afrika sichernde Ausbuchtung der Egito-Linie und, falls dies nicht allein genügt, noch ferner durch Verzicht auf unsere Exterritorialität in Sansibar für ein Eingehen auf unsern Samoavorschlag gewonnen werden könnte, so würde ich hierin einen klaren Gewinn erblicken.“ Vgl. auch Kap. XCII.

Herr Balfour hörte mir diesmal aufmerksam zu, ohne den Gedanken von vornherein abzulehnen, und sprach die Absicht aus, sofort an Lord Salisbury über meine Anregung zu schreiben. Persönlich wandte er nur ein, daß ihm nicht klar sei, welchen Vorteil England in der Einräumung der Tongainseln finden würde, und warum man dieselben hier, wenn es ein wünschenswerter Besitz sei, nicht längst besetzt habe.

Leider ist noch zweifelhaft, ob Herr Balfour nicht schon übermorgen seinen Urlaub antritt.

Hatzfeldt

Nr. 4033

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 299 — Berlin, den 3. September 1898

Antwort auf Telegramm 249*.

Ew. letzte Unterhaltung mit Herrn Balfour läßt einen erfreulichen Fortschritt erkennen. Ich halte an der Hoffnung fest, daß Ew. auch bei diesem dritten Punkt der deutsch-englischen Verhandlungen noch etwas zustande bringen werden. Für Englands Entgegenkommen ist vielleicht unsre Zustimmung zur Erwerbung der Tongagruppe weniger wirksam als die Bewilligung der Ausbuchtung und der Exterritorialität; am meisten dürfte aber die Erwägung wirken, daß Englands ostasiatische Stellung in demselben Maße erleichtert wird, wie die deutsch-englischen Abmachungen an Umfang und Bedeutung gewinnen.

Bülow

Nr. 4034

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 261 — London, den 8. September 1898

Die Antwort Lord Salisburys auf die gestrige Anfrage** lautet nach vertraulicher Mitteilung Mr. Berties*** ungefähr wie folgt:

---

* Siehe Nr. 4032.

** Graf Hatzfeldt hatte, wie er am 7. September telegraphisch (Nr. 257) meldete, durch das Foreign Office den auf Urlaub in den Vogesen weilenden Lord Salisbury um baldmöglichste Äußerung zu dem deutschen Aufteilungsprojekt ersuchen lassen.

*** Hilfssekretär im Foreign Office.

Er glaube nicht, daß bezüglich Samoas etwas geschehen könne, da Australien jede Veränderung übelnehmen würde. pp.*

Nach dieser Antwort Lord Salisburys ist, wie ich es erwartet hatte, anzunehmen, daß in beiden Fragen vorläufig nichts geschehen und die weitere Entwickelung der Dinge abgewartet werden soll. Es scheint mir aussichtslos, im Wege der Korrespondenz eine Änderung hierin herbeizuführen**.

Hatzfeldt

Nr. 4035

Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt von Holstein an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Privat [pr. 20. Januar 1899]

Der Staatssekretär hat sich über die in Ihrem Privattelegramm*** mitgeteilte erfolgreiche Tätigkeit sehr gefreut. Daß der hier sehr beachtete „Times"-Artikel von Ihnen inspiriert war, dachte ich mir.

Jetzt müssen Sie bei der Samoakonfusion† mithelfen. Die beiden Deutschen, Konsul und Präsident des Munizipalrats, sind im Unrecht, ebenso im Unrecht ist aber auch der amerikanische Oberrichter. Wir erkennen das deutsche Unrecht an, dasselbe sollte nun aber auch die amerikanische Regierung hinsichtlich des Amerikaners

---

* Der hier ausgelassene Teil des Telegramms betrifft die Frage der portugiesischen Kolonien.

** Nach dieser abweisenden Antwort Lord Salisburys ruhten die Samoaverhandlungen für eine Weile, bis eine amerikanische Anregung (siehe das folgende Schriftstück) sie wieder in Fluß brachte.

*** Nicht bei den Akten befindlich.

† Die Ungültigkeitserklärung der Wahl Mataafas zum Könige von Samoa durch den amerikanischen Oberrichter Chambers, der seinerseits den Sohn Malietoas Tanu zum Gegenkönig ernannte (vgl. Nr. 4028, Fußnote **), hatte den Vorsitzenden des Munizipalrats von Apia, den Deutschen Raffel, veranlaßt, eigenmächtig, wenn auch formell im Namen der aus den konsularischen Vertretern der drei Vertragsmächte gebildeten provisorischen Regierung, das Obergericht zu schließen, wobei er von dem deutschen Generalkonsul Rose unterstützt wurde. Der Oberrichter Chambers erklärte indessen die Schließung des Obergerichts für vertragswidrig und eröffnete es gewaltsam im Einverständnis mit dem amerikanischen und dem englischen Konsul und unterstützt von dem Kommandanten des englischen Kriegsschiffs „Porpoise", der sogar mit der Eröffnung des Feuers drohte, am 7. Januar aufs neue. Das gab das Signal zu blutigen Kämpfen zwischen den Anhängern Mataafas und Tanus. Vgl. darüber die von der Deutschen Reichsregierung im „Reichsanzeiger" vom 10. März veröffentlichten Berichte des Generalkonsuls Rose usw., wiederabgedruckt in: Das Staatsarchiv, Bd. 62, S. 264 ff.

tun, und hierauf sollte sich eine vermittelnde englische Aktion richten. Amtlicher telegraphischer Auftrag für Sie in dem Sinne folgt nach.

Der Humor bei der Sache ist, daß der amerikanische Oberrichter seinen Einspruch gegen die von den Konsuln anerkannte Wahl von Mataafa auf eine vom deutschen Staatssekretär bei der Konferenz 1889 zu Protokoll gegebene Erklärung stützte, dahingehend, daß die deutsche Regierung jede Wahl anerkennen werde, außer der von Mataafa. Gegen letzteren wühlen jetzt nur noch die amerikanischen Missionare, weil er Katholik ist.

Für die englische Regierung kann es bei der jetzigen Weltlage nicht erwünscht sein, wenn zwischen uns und Amerika eine Spannung eintritt.

Holstein

Nr. 4036

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Privat. Für Baron von Holstein London, den 21. Januar 1899

In Abwesenheit Lord Salisburys Samoaangelegenheit eben mit Sir Th. Sanderson besprochen. Aus seinen Äußerungen hatte ich den Eindruck, daß man hier den Inzidenzfall, soweit England dabei beteiligt, sehr ruhig nimmt und außerdem hervorragende Spannung zwischen uns und Amerika lebhaft bedauern würde. Obwohl sonst sehr vorsichtig, ließ er deutlich durchblicken, daß man hier wohl geneigt sein würde, in Washington beschwichtigend einzuwirken und Verständigung zwischen Amerika und uns zu fördern.

Da Sir Th. Sanderson auf der Abreise ist, um einige Tage bei Herrn Chamberlain in Birmingham zuzubringen, haben wir ausgemacht, daß der Dezernent in der Sache, Mr. Villiers, mich heute oder morgen früh aufsuchen soll, und daß ich demselben die für Lord Salisbury bestimmte Mitteilung angeben oder mit anderen Worten diktieren werde. Die Entscheidung des letzteren wird dann abzuwarten sein.

Amtlich werde ich berichten, sobald der Bericht des Foreign Office an Lord Salisbury abgegangen ist. Inzwischen wird Herr von Bülow aus dem Vorstehenden ersehen, daß hier nichts versäumt wird, was hier unter den Umständen (Abwesenheit des Ministers und morgen Sonntag, wo alles geschlossen wird) überhaupt möglich ist.

Die beiden Telegramme Nr. 11 und 12 enthalten nicht den in Ihrem Privattelegramm erwähnten ausdrücklichen Auftrag in bezug auf vermittelnde englische Aktion. Ich darf aber wohl annehmen, daß dies beabsichtigt wird, und werde danach handeln.

Hatzfeldt

Nr. 4037

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Privat für Baron von Holstein — London, den 22. Januar 1899

Um jedem möglichen Mißverständnis vorzubeugen, welches durch unrichtige Wiedergabe meiner Äußerungen durch Sir Th. Sanderson oder Villiers entstehen könnte, habe ich eben ganz vertraulichen und freundschaftlichen Privatbrief an Lord Salisbury geschrieben. Derselbe läßt keinen Zweifel darüber,

1. daß wir zwar das Unrecht unserer Beamten in gewissen Punkten anerkennen, aber unter der Voraussetzung, daß dies seitens der Amerikaner für ihre Beamten in gewissen Punkten ebenfalls geschieht;

2. daß ich nicht beauftragt bin, Lord Salisburys Intervention oder Vermittelung in Washington nachzusuchen, ihm aber überlasse, falls er meine Auffassung teilt, daß Trübung der Beziehungen zwischen uns und Amerika auch im englischen Interesse nicht wünschenswert, seinen Einfluß in Washington zugunsten entgegenkommender Haltung geltend zu machen;

3. daß ich von einer ausdrücklichen Kritik des englischen Konsuls und der von ihm veranlaßten Intervention des englischen Kriegsschiffs zwar absehe, Beurteilung aber seiner Unparteilichkeit überlasse und an Bestimmung der Samoaakte über Ausschluß einseitiger Ingerenz erinnere.

Ich werde Lord Salisbury voraussichtlich Mittwoch sehen, bitte bis dahin um alle etwa noch eingehenden Daten über die fraglichen Vorgänge.

Hatzfeldt

Nr. 4038

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 15 — Berlin, den 22. Januar 1899

Mein Telegramm Nr. 13* war bei Eingang von Ew. heutigem Privattelegramm** bereits fertiggestellt. Mit dem Vorgehen von Ew. bin ich

* Siehe das folgende Schriftstück.

** Siehe Nr. 4037.

einverstanden, auch mit der allgemeinen Form, wie Sie den Vermittelungsgedanken spontan hineingeworfen haben. Auf Beruhigung wird England nach dem, was Ew. melden, hinzuwirken geneigt sein; ob auch auf eine territoriale Verständigung zwischen Deutschland und Amerika, ist zweifelhaft, schon deshalb, weil England schwerlich mit uns in Samoa allein unter vier Augen wird bleiben wollen. Über diese letztere Frage, die nicht eilt, werden Ew. eher als ich sich ein Urteil bilden können.

Bülow

Nr. 4039

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 13 Berlin, den 22. Januar 1899

Antwort auf Ew. gestriges Privattelegramm *.

Die „Kölnische Zeitung“ hat von ihrem Korrespondenten in Washington das nachstehende wichtige Telegramm erhalten:

„Aus zuverlässigster Ouelle kann gesagt werden, daß bei den in Berlin abzuhaltenden Samoavertrags-Revisionsverhandlungen Amerika auf Mitprotektorat ganz verzichten und Deutschland freundlichst entgegenkommen wird. Vertraulich. Dies kommt vom Staatssekretär **.“

Eine Konferenz wünsche ich nicht, halte Verhandlungen von Kabinett zu Kabinett für aussichtsvoller, konstatiere aber mit Befriedigung das amerikanische Entgegenkommen, bei dem ich allerdings anderweitige Kompensationsabsichten vermute. Es ist dies nicht das erste Mal, daß von Amerika Andeutungen kommen, welche vermuten lassen, daß trotz gelegentlicher Schroffheiten dort doch weniger Abneigung gegen deutsche Ausbreitung in Samoa herrscht als in England. Englische Vermittelung wird bei dieser Stimmung Amerikas nicht mehr nötig sein. Als Zukunftsbild schwebt mir vor, daß England die Insel Savaii behält, während wir nach anderweitiger Abfindung Amerikas die Inseln Upolu und Tutuila (mit Ausschluß des amerikanischen Hafens Pago-Pago) erwerben. Verhandlung zu dreien ist mir deshalb unerwünscht, weil ich glaube, daß England seine Abneigung gegen deutschen Erwerb diesesmal wie vor zehn Jahren durch Vorschiebung amerikanischer Ansprüche würde stützen wollen. Es dürfte nützlich sein, daß wir zunächst mit Amerika direkt verhandeln, ohne daß England etwas davon weiß.

Bülow

---

* Siehe Nr. 4036.
** John Hay.

Nr. 4040

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 23 London, den 8. Februar 1899

Ganz vertraulich

Als ich in heutiger vertraulicher Unterhaltung auf die Notwendigkeit einer baldigen, die Möglichkeit von Konflikten ausschließenden Lösung der Samoafrage hinwies, stellte Lord Salisbury dies zwar nicht in Abrede, wandte aber zunächst ein, daß England bei der Teilung, wie sie anscheinend beabsichtigt werde, den schlechtesten Anteil erhalten würde, da Savaii so gut wie wertlos sei. Auch Tonga habe keinen Wert für England. Als ich ihn weiter drängte, sich auszusprechen, sagte er, die größte Schwierigkeit liege für ihn in der Stimmung Australiens, wo man ihm jede Lösung der Frage, durch welche nicht die ganze Samoagruppe englisch würde, außerordentlich verübeln würde. Als ich erwiderte, daß der jetzige Zustand in Samoa offenbar unhaltbar sei, und daß dies sowie die Notwendigkeit, die deutschen und amerikanischen Interessen in Samoa zu berücksichtigen, auch in Australien nicht verkannt werden könne, bemerkte Lord Salisbury, daß dies an sich richtig sei, daß der Zustand auf der Insel aber erst noch schlimmer und unhaltbarer werden müsse, damit die Notwendigkeit einer Teilung in Australien anerkannt werde.

Mein Eindruck ist hiernach, daß Lord Salisbury Zeit gewinnen will und damit namentlich auch den Zweck verbindet, für seine Zustimmung zur Teilung eine erheblich größere territoriale Kompensation als Savaii herauszudrücken.

Mit dem Anerbieten unserer Zustimmung bezüglich Aufhebung unserer Konsular-Gerichtsbarkeit in Sansibar werde ich, falls Euere Durchlaucht nicht anders bestimmen, vorläufig noch zurückhalten.

Hatzfeldt

Nr. 4041

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Hubertusstock

Ausfertigung

Berlin, den 17. Februar 1899

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät wage ich ehrfurchtsvoll über die Verhandlungen aus Anlaß der Samoawirren folgendes zu melden.

Das Verhalten des Generalkonsuls Rose in Apia und des Munizipalpräsidenten Raffel* war, Euerer Majestät Allergnädigster Meinungsäußerung entsprechend, in dem Punkt gemißbilligt worden, daß beide, statt die Entfernung des Oberrichters von Samoa auf dem in der Berliner Akte vorgesehenen Weg der Beschwerde anzuregen, diesen Beamten als vorläufig seines Amts enthoben erklärt hatten, nachdem derselbe am 1. Januar auf ein englisches Kriegsschiff geflüchtet war.

Andererseits habe ich nicht unterlassen, bei der amerikanischen Regierung sowohl den Antrag auf Nichtigerklärung des Schiedsspruchs des Oberrichters in Sachen der samoanischen Königswahl anzumelden als auch die Abberufung des Oberrichters wegen verschiedener Mißbräuche seiner Amtsgewalt, — nötigenfalls gegen das Zugeständnis gleichzeitiger Abberufung des deutschen Generalkonsuls — zu betreiben.

Welche Aufnahme unsere Vorstellungen bei der Regierung zu Washington gefunden haben, wollen Euere Majestät aus dem abschriftlich beigefügten Telegramm Allerhöchstdero Botschafters in Washington vom 14. d. Mts.** in Gnaden ersehen.

B. von Bülow

Nr. 4042

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in Washington von Holleben

Telegramm. Konzept

Nr. 35 Berlin, den 20. Februar 1899

Mit Euerer Exzellenz Vorgehen vollkommen einverstanden.

Ich habe hiesigen amerikanischen Botschafter*** gebeten, für baldige Abberufung des Oberrichters Chambers zu wirken, da das auch hier veröffentlichte Schreiben dieses allen drei Regierungen gemeinsamen Beamten das mit dessen Pflichten unvereinbare Bestreben verrät, Deutschland aus Samoa zu verdrängen. Auch ist Herrn White angedeutet worden, daß wir Ablösung aller drei Konsuln für ein weiteres Mittel zur Wiederherstellung guten Einvernehmens unter den

---

* Vgl. Nr. 4028, Fußnote **, 4035 nebst Fußnote †.

** Nach dem Telegramm Hollebens vom 14. Februar (Nr. 24) hatte sich Staatssekretär Hay gegenüber der Anregung des Botschafters auf gleichzeitige Abberufung von Chambers und Rose „in keiner Weise ablehnend, wenn auch nicht zustimmend" verhalten.

*** White.

Beamten auf Samoa erachten, da dann alle fünf in Betracht kommenden Stellen neu besetzt wären. Zu Ihrer vertraulichen Information füge ich hinzu, daß entsprechende Schritte bei englischer Regierung wegen englischen Konsuls erfolgen. — Endlich ist auch das Projekt der Aufteilung Samoas berührt worden. Herr White schien Überweisung von ganz Samoa an Deutschland oder England vorzuziehen, gab aber die Schwierigkeit der Abfindung der ausscheidenden Mächte zu.

Zu Ihrer persönlichen Information: Graf Hatzfeldt meldete unterm 8., daß Lord Salisbury die Teilungsfrage jetzt dilatorisch behandle und bemerkt habe, es wäre auch Besserung zu erreichen, wenn die ganze Verwaltung ähnlich wie in Kreta einer von den Mächten zu wählenden Persönlichkeit übertragen würde. Graf Hatzfeldt erwiderte, daß ihm dies wenig praktisch erscheine.

Stelle Euerer Exzellenz anheim, Abberufung des Oberrichters und aller Konsuln, sowie definitive Auseinandersetzung betreffend Samoa weiter zu betreiben.

Bülow

Nr. 4043

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 31 London, den 23. Februar 1899

In heutiger Besprechung mit Lord Salisbury habe ich Abberufung und Ersetzung der Beamten der drei Mächte in Samoa befürwortet. Er erwiderte mir, daß er sich hierüber erst nach Eingang und Prüfung der bezüglichen Berichte des englischen Konsuls werde aussprechen können. Auch über definitive Auseinandersetzung wollte sich der Premierminister noch nicht näher aussprechen, kam aber darauf zurück, daß Savaii, welches keinen Hafen habe, wertlos sei, und ließ dann die Bemerkung fallen, daß die Sache anders liegen würde, wenn England die Insel Upolu mit der Hauptstadt Apia erhielte. Ich habe erwidert, daß wir nach meiner persönlichen Auffassung nicht daran denken könnten, gerade die Insel aufzugeben, auf welcher die deutschen Interessen den ersten Platz einnähmen. Lord Salisbury wollte dies nicht ohne weiteres zugeben und meinte, man habe ihm versichert, daß die hervorragendste deutsche Firma in Upolu dem Bankerott nahe sei.

Hatzfeldt

Nr. 4044

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Privat für Baron von Holstein London, den 23. Februar 1899

Zur Ergänzung meiner heutigen amtlichen Telegramme*.

In heutiger Unterhaltung war auch von Allianzen im allgemeinen die Rede, und Lord Salisbury meinte, die Zeit dafür sei überhaupt vorüber, und es könne sich nur noch um Zusammengehen von Staaten mit gemeinschaftlichen oder nicht widersprechenden Interessen handeln. Ich erwiderte, wir lebten nach meiner Auffassung gerade in einer Zeit, wo die Frage der Gruppierung der Mächte die Hauptrolle spiele und für jede derselben die Auffassung, welche Gruppierung ihrem Interesse am meisten entspreche, mit den Ereignissen wechseln könne. Ich hielte daher die Möglichkeit einer englisch-französischen Allianz nicht für ausgeschlossen, während bekanntlich manche Leute in Frankreich an eine Allianz mit Deutschland dächten**. Lord Salisbury bemerkte dazu, er halte für wahrscheinlicher, daß wir dann mit Rußland abschließen würden. Ich erwiderte: „Die Entscheidung dieser Frage wird nicht von mir abhängen, und ich weiß auch nicht, wie sie ausfallen wird. Eins kann ich Ihnen aber persönlich versichern: wenn England eine Allianz mit Frankreich abschließt, würde ich, falls ich gefragt würde, unbedingt raten, daß wir am nächsten Tage unsererseits eine feste Verständigung mit Rußland eingehen."

---

* Siehe Nr. 4043.

** Eben damals schwebten zwischen England und Frankreich in Erledigung des Faschodazwischenfalls Ausgleichsverhandlungen über Zentralafrika, die bald darauf zu dem Abkommen vom 21. Mai 1899 führten (vgl. Kap. XCIII, Nr. 3943, Fußnote *), während andererseits um die gleiche Zeit nach der freundlichen Aufnahme der deutschen Kriegsschiffe in algerischen Häfen usw. viel von einer deutsch-französischen Annäherung (vgl. Bd. XIII, Kap. LXXXIX, Nr. 3563 ff.) die Rede war. Die Möglichkeit einer deutsch-französischen näheren Verständigung hätte sich u. a. in der ägyptischen Frage geboten, wo die Frage der gemischten Gerichte und der Schuldenkommission noch immer zwischen England und Frankreich schwebte. Am 3. Februar erging in dieser Frage ein ausführlicher Erlaß an Hatzfeldt, der auf die Möglichkeit hingewiesen wurde, für die Aufgabe der deutschen Rechte in Ägypten, die im Fall einer umfassenden englisch-französischen Verständigung natürlich an Wert verloren haben würden, von England größtmögliche Kompensationen zu verlangen. Kurz darauf suchte man England den Wert einer deutschen Unterstützung in den ägyptischen Angelegenheiten dadurch recht einleuchtend zu machen, daß man in den Fragen der gemischten Gerichte und der Schuldenkommission eine Schwenkung im Sinne des französisch-russischen Standpunktes vornahm. Vgl. Nr. 4060.

Glauben Sie mir, die Dinge liegen hier vorläufig so, daß Lord Salisbury nichts für uns tun wird, weder in Samoa noch in Marokko noch in Sansibar oder sonstwo, und es empfiehlt sich, ihn ruhig und ohne weiteren Lärm auf die Möglichkeit hinzuweisen, daß wir, wenn das so weitergeht, die Sicherstellung unserer Interessen auf anderen Wegen und zum Schaden von England suchen könnten. Sehr lieb wäre es mir daher, wenn man hier den Eindruck gewinnen könnte, daß Annäherung zwischen uns und Frankreich durchaus nicht unmöglich ist.

Lord Salisbury sagte mir, die Königin habe Seine Majestät eingeladen, im August nach Cowes zu kommen. Es wäre mir lieb zu wissen, ob dies richtig ist.

Hatzfeldt

Nr. 4045

Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt von Holstein an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Privat — Berlin, den 24. Februar 1899

Ihr heutiges Privattelegramm * werde ich demnächst dem Staatssekretär vorlegen, bemerke aber jetzt schon, daß die deutsch-französischen Beziehungen in dem gewünschten Sinne ruhig akademisch erörtert werden, und daß auf die Tatsache der Erörterung als auf einen Fortschritt hingewiesen wird.

Ich ganz persönlich möchte Sie zunächst fragen, ob es nicht Mittel und Wege geben würde, um Lord Salisbury ebenso wie seinerzeit in der Faschodafrage auch in den uns berührenden Fragen durch einzelne seiner Kollegen schieben zu lassen. Ich sollte meinen, Chamberlain müsse inzwischen erkannt haben, welchen Zuwachs an Prestige, an Aktionsfreiheit und Macht England durch das relativ unbedeutende Spezialabkommen wegen Südafrika ** erlangt hat. Er ist also doch wohl klug genug, um einzusehen, daß weitere Spezialabmachungen auch weitere Stärkung bringen würden. Indessen soll dies von mir aus keine Anregung, sondern lediglich eine private Anfrage sein. Sie allein sind in der Lage zu ermessen, ob nicht vielleicht die Folgen eines direkten Verkehrs mit Chamberlain eher schädlich als nützlich sein würden.

---

* Siehe Nr. 4044.
** Gemeint ist das Abkommen über die portugiesischen Kolonien. Vgl. Kap. XCII.

Einen anderen Gedanken möchte ich Sie bitten zu erwägen. Cecil Rhodes wünscht bekanntlich nach Berlin zu kommen*. Ist er ein Mann, mit dem man Kompensationspolitik in größerem Maßstabe würde besprechen können, d. h. ist sein Einfluß stark genug, um die Punkte, mit denen er einverstanden ist, in England auch gegen die vis inertiae von Lord Salisbury durchzudrücken? Würde er auch für marokkanische Fragen** Stimme im Kapitel haben? Würde er gegen Eisenbahn- pp. Zugeständnisse auf dem Festlande für den Gedanken einer Aufgabe von Sansibar zu haben sein? Würde sein Einfluß sich auch in der Behandlung der Samoafrage fühlbar machen können? Vor 14 Tagen kommt er nicht, Sie haben also Zeit, diese Frage zu prüfen.

Holstein

---

* Der Präsident der Südafrikanischen Kompagnie Sir Cecil Rhodes, der sich Anfang 1899 in England aufhielt, um sein großes Projekt einer Cape-to-Cairo-Bahn zu betreiben, hatte ein natürliches Interesse daran, mit der deutschen Regierung in Fühlung wegen einer eventuellen Durchführung dieser Bahn durch das Gebiet von Deutschostafrika zu treten. Deutscherseits befürwortete namentlich der Gouverneur von Deutschostafrika General von Liebert ein Entgegenkommen gegen Rhodes' Pläne. Zu einem Bericht des Gesandten Grafen von Alvensleben in Brüssel vom 5. Februar über einen Besuch von Cecil Rhodes beim belgischen Könige bemerkte Kaiser Wilhelm II.: „Gouverneur General Liebert wünscht es dringend im Interesse unserer Colonie [nämlich einen Gedankenaustausch mit Cecil Rhodes über sein Bahnprojekt], und hat mich gebeten, wenn möglich das Herkommen von Rhodes zu erreichen. Wir sollen ihm Erleichterungen für seine Bahn in der Form gewähren, daß, wenn er sich verpflichtet, auf unserem Gebiet nur deutsche Wärter und Beamte anzustellen, deutsches Material event[uel]l zu nehmen, Stichbahnen nach Tabora zu bauen, dann wir ihm erlauben würden, sein Bahn durch unser Land zu bauen." Tatsächlich kam Cecil Rhodes am 10. März in Berlin an und wurde am 11. März vom Kaiser in Audienz empfangen. Sowohl der Kaiser wie Staatssekretär von Bülow zeigten sich eifrig bemüht, den Wünschen von Rhodes entgegenzukommen, dafür aber diesen für ein englisches Entgegenkommen in der Samoafrage zu interessieren. Wegen der Durchführung der transafrikanischen Süd-Nordbahn durch Deutschostafrika kam es, wie Staatssekretär von Bülow am 21. März im Reichstage mitteilte, während der Anwesenheit von Rhodes in Berlin noch zu keiner Entscheidung, wohl aber zu einem Abkommen betreffs einer durch das deutschostafrikanische Gebiet zu legenden Kabellinie. Rhodes hat die freundliche Aufnahme, die er in Berlin fand, nachmals sehr gerühmt, sich auch nach seiner Rückkehr in London alle Mühe gegeben, Deutschlands Samoawünsche zu fördern. Vgl. Nr. 4068 und Freiherr von Eckardstein, Lebenserinnerungen und Politische Denkwürdigkeiten I, 313 ff., II, 386 ff. Was Freiherr von Eckardstein über den weiteren Verlauf der Kabelangelegenheit berichtet (II, 388), ist nicht begründet. Nicht an der „Ängstlichkeit, der Kurzsichtigkeit und dem Mangel realpolitischer Instinkte in Berlin scheiterte das geniale Projekt", die Telegraphenlinie durch Kleinasien hindurch bis nach Konstantinopel weiterzuführen und sie an das dort beginnende deutsche Telegraphensystem anzuschließen, sondern an der Türkei.

** Vgl. Bd. XVII, Kap. CXIII.

Nr. 4046

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Privat für Baron von Holstein London, den 24. Februar 1899

Vorläufige Antwort auf heutiges Telegramm *.

Ich bemerke zunächst, daß ich durchaus nicht wirkliche Verständigung mit Frankreich gegen England wünsche, sondern nur in Paris und namentlich hier den Eindruck hervorbringen möchte, daß es dazu kommen kann, wenn man sich der Berücksichtigung unserer Interessen in kolonialen Fragen weiter entzieht.

Die Frage, ob und welcher Druck auf Lord Salisbury ausgeübt werden könnte, habe ich ebenfalls erwogen. Herr Chamberlain ist noch unwohl, und direkter Verkehr mit ihm hinter dem Rücken von Lord Salisbury wäre recht bedenklich. Vielleicht werde ich Rothschild ** demnächst zu ihm schicken. Letzterer, mit dem ich gestern die Situation besprach, schlägt mir vor, ihm ein kleines Promemoria über die vorliegenden Fragen (Samoa, Marokko) zu geben, welches er Herrn Balfour einhändigen könnte. Auch dies ist nicht unbedenklich, wenn Herr Balfour darüber nicht gegen Lord Salisbury volle Diskretion beobachtet. Es ist mir auch sehr zweifelhaft, ob er in auswärtigen Fragen Einwirkung versuchen und sie erfolgreich ausüben könnte. Nach meinem Gefühl ist Lord Salisbury fest entschlossen, sich vorläufig auf keine speziellen Abmachungen mit uns einzulassen. In der Faschodafrage *** ist er weniger durch Kollegen als durch Angst vor öffentlicher Meinung geschoben worden, die entschiedene Stellungnahme verlangte. In den uns berührenden Fragen spielt die öffentliche Meinung, die nichts davon weiß, aber überhaupt nicht mit und würde sich bezüglich Sansibar höchstwahrscheinlich gegen jede Abtretung aussprechen.

Ich freue mich, daß Sir C. Rhodes in Berlin empfangen wird, weil ich gute Beziehungen mit ihm für wünschenswert halte. Er würde auch größere Kompensationspolitik verstehen, wenn ihm Eisenbahn- und andere Zugeständnisse gemacht werden. Aber ich bezweifle, daß er versuchen würde, in Fragen, die nicht direkt die Kapkolonie oder Verbindung mit Nordafrika betreffen, hier zu intervenieren, wie z. B. Marokko. Auch dürfen wir seinen hiesigen Einfluß nicht überschätzen, der seit Jamesons Expedition wesentlich heruntergegangen

---

* Siehe Nr. 4045.

** Baron Alfred Rothschild, Chef des Londoner Bankhauses Rothschild.

*** Vgl. Kap. XCIII.

ist. Herr Chamberlain wird in solchen Fragen vielleicht bis auf einen gewissen Grad auf ihn hören, Lord Salisbury gewiß nicht. Bezüglich Sansibar bin ich, wie Sie wissen, der Meinung, daß man es niemals hier gutwillig aufgeben wird. Für unsere einzige Aussicht, daß es uns hier abgetreten wird, halte ich, daß England in eine so bedrängte Lage gerät, daß es unsere Hülfe um jeden Preis glaubt erkaufen zu müssen.

Hatzfeldt

Nr. 4047

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Irmer

Nr. 44 Berlin, den 16. März 1899
Geheim

Zu Ew. pp. Information.

Habe mit Cecil Rhodes die Samoaangelegenheit besprochen *. Derselbe hat zugesagt, seinen ganzen Einfluß in London und insbesondere auf Salisbury und Chamberlain dahin geltend zu machen, daß die englische Regierung der von uns vorgeschlagenen Teilung der Samoainseln zustimmt, wonach Deutschland Upolu, England Savaii und Amerika Tutuila erhält.

Ich hoffe, daß es Ew. möglich sein wird, diese Bemühungen des Herrn Rhodes Ihrerseits zu unterstützen.

Bülow

Nr. 4048

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 200 London, den 9. März 1899

Herr Dr. Solf** ist mit maßgebenden hiesigen Persönlichkeiten in Berührung getreten und hat aus deren Äußerungen den Eindruck ge-

---

* Vgl. Nr. 4045, S. 569 Fußnote *.

** Der zum Nachfolger des bisherigen Munizipalpräsidenten Raffel in Samoa ernannte Dr. Solf war zunächst nach London gegangen, um ein Einvernehmen mit England in den schwebenden samoanischen Streitfragen herbeizuführen.

wonnen, daß man hier die Lage in Samoa ernster nimmt, als er erwartet hatte, und daß etwaige spätere Schwierigkeiten vielleicht weniger von Amerika als von hier ihren Ausgangspunkt nehmen dürften. Herr Chamberlain hat ihn darauf aufmerksam gemacht, daß Australien einen Territorialerwerb durch fremde Mächte kaum zulassen werde. Dasselbe hat auch Sir Donald Mackenzie Wallace getan. Herr Chamberlain war ferner der Ansicht, daß die Erwerbungen in der Südsee nicht die Schwierigkeiten wert seien, welche sie noch bereiten würden. Der Dezernent für Samoa im Foreign Office, Herr Villiers, hat in seiner Unterhaltung mit Herrn Solf — wenn auch „candidly and quite unofficially“ — ziemlich entschieden die Partei der Herren Chambers und Maxse genommen und die Herren Raffel und Rose angegriffen. Über Einzelheiten dieser Unterredung hat mir Herr Solf noch folgende Mitteilung gemacht: „Eine Änderung der Samoaakte hielt Mr. Villiers wegen der mangelhaften Präzision ihrer Bestimmungen sowie namentlich wegen des als unvollkommen genügend erprobten Kondominats für dringend geboten *. Prinzipiell als beste Lösung schien ihm die Aufteilung der Inseln; die praktische Durchführung würde vermutlich daran scheitern, daß England für das wertlose Savaii seine Rechte an Upolu nicht würde aufgeben können. In dieser Beziehung müsse neben dem strong colonial feeling der Engländer auch auf die politische Stimmung in Neuseeland Rücksicht genommen werden. Zu erwägen sei ferner, inwieweit sich „as it has been suggested“ die Änderung der Präsidentenfunktionen empfehlen möchte, da es in dem Wesen dieses Postens zu liegen schiene, daß die Inhaber leicht „arrogate functions, as M. Raffel appeared to have done“. Weiter berührte Mr. Villiers die Möglichkeit, Samoa als Kompensationsobjekt zu benutzen bei einer etwaigen Verschiebung der englisch-deutschen Demarkationslinie in der Südsee. Er zeigte dabei auf der Karte diejenige Linie, die von Deutsch-Neuguinea nordöstlich nach den Marschallsinseln gezogen ist.“

Dr. Solf hat sich allen Äußerungen gegenüber zuhörend und zurückhaltend verhalten und betont, er wolle sein Amt möglichst vorurteilslos antreten.

P. Hatzfeldt

---

* Im gleichen Sinne hatte sich Staatssekretär von Bülow am 28. Februar 1899 in der Budgetkommission des Reichstags ausgelassen: „Wenn schon ein Kondominium zu Unzuträglichkeiten zu führen pflegt, so ist dies bei einem Tridominium in noch höherem Maße der Fall. . . Es läßt sich nicht leugnen, daß das Tridominat sich nicht bewährt hat. Wir würden unsererseits bereit sein, in eine ‚reinliche Scheidung‘ zu willigen, falls die beiden anderen Mächte damit einverstanden sind. Solange aber dies Einverständnis nicht vorhanden ist, bleiben wir auf dem Boden der Akte von 1889 stehen.“

Nr. 4049

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Privat London, den 25. März 1899

Hatte eben an drittem Ort unauffällige Zusammenkunft und Aussprache mit Herrn Chamberlain über Samoafrage. Ich setzte ihm auseinander, daß die Sache so nicht weitergehen könne, wenn wir nicht Zwischenfälle an Ort und Stelle riskieren wollten, die auf die Beziehungen zwischen Deutschland und England eine uns beiden gleich unerwünschte Rückwirkung ausüben könnten. Nach meiner Auffassung, die er gewiß teile, sei das ganze Objekt nicht wertvoll genug, um ein solches Risiko zu rechtfertigen. Von diesem Gesichtspunkt aus hätten wir von vornherein zu jeder annehmbaren Verständigung die Hand geboten, uns auch bereit gezeigt anzuerkennen, daß Raffel und Rose in gewissen Punkten zu weit gegangen seien, vorausgesetzt jedoch, daß ein Gleiches von englischer und amerikanischer Seite bezüglich ihrer Agenten anerkannt werde. Über alles dies hätte ich offen mit Lord Salisbury gesprochen, welcher sich lediglich hinter die Notwendigkeit verschanzt habe, die Berichte des englischen Konsuls abwarten zu müssen. Inzwischen sei ein Teilungsvorschlag aufgetaucht, welcher die Interessen der drei Mächte berücksichtigt und in Washington anscheinend eine günstige Aufnahme gefunden habe. Auch hiergegen habe sich Lord Salisbury mir gegenüber bei Besprechung des Vorschlags lediglich ablehnend verhalten, ohne seinerseits irgendeinen Gegenvorschlag zu machen. Nunmehr stelle sich heraus, daß der amerikanische Admiral in Samoa den Auftrag habe, Majoritätsbeschlüsse, d. h. Beschlüsse, über welche der englische und amerikanische Konsul einig seien, zur Ausführung zu bringen. Hiergegen hätten wir uns in Washington unter Berufung auf die klaren Bestimmungen der Samoaakte* entschieden aussprechen müssen. Was seit-

* Die Akte setzte gemeinsame Übereinkunft der drei Vertragsmächte bei der Wahl des Oberrichters fest, während seine Entfernung auf Grund des Majoritätsprinzips erfolgen konnte. Abänderungen der Akte sollten nur auf Grund der Übereinstimmung der drei Mächte erfolgen können. Für bestimmte Beschlüsse des Konsularhofes war Einstimmigkeit vorgesehen (Artikel III, 3), über sonstige Beschlüsse jedoch nichts gesagt. In dem Entwurf zu einem Schreiben des Botschafters Grafen von Hatzfeldt an den Unterstaatssekretär Sanderson, das dem Botschafter am 4. April 1899 übersandt wurde, und das auf die Frage Einstimmigkeit oder Majorität ausführlich eingeht, wird die deutsche Auffassung nicht aus dem Wortlaut der Samoaakte, sondern aus der Tatsache abgeleitet, daß namentlich bei der Regelung der Grundbesitzverhältnisse durch die dazu bestellte Kommission der Grundsatz der einstimmigen Beschlüsse nahezu restlos durchgeführt war.

dem in Samoa geschehen sei, wisse ich nicht. Vollständig klar sei mir natürlich, daß wir dort keinen erfolgreichen Widerstand leisten könnten, falls England und Amerika gemeinschaftlich mit Gewalt vorgehen wollten. Ebenso klar sei mir aber, daß es in diesem Fall vollständig nutzlos für mich sein würde, meine bisherigen Bemühungen bezüglich einer deutsch-englischen Annäherung fortzusetzen, und daß meine Regierung, selbst wenn sie es wollte, der unausbleiblichen Entrüstung unserer öffentlichen Meinung gegenüber außerstande sein würde, ihre bisherige freundliche Haltung England gegenüber festzuhalten. Unter diesen Umständen hätte ich heute mit Befriedigung erfahren, daß Sir J. Pauncefote einen Gedanken angeregt habe, welcher eine für alle Teile ehrenvolle Lösung ermöglichen würde*. Wir hätten daher den entsprechenden Vorschlag in Washington formuliert, und ich könnte nur lebhaft hoffen, daß England uns dabei nachdrücklich unterstützen werde.

In seiner Erwiderung ging Herr Chamberlain davon aus, daß die englisch-amerikanischen Beziehungen zwar momentan vortrefflich seien, daß England aber ebenso mit uns auf möglichst gutem Fuß zu stehen wünsche. Man hege auch kein Mißtrauen gegen uns bezüglich Samoa, und aus den Äußerungen der englischen Presse darüber würde ich auch entnommen haben, daß die hiesige öffentliche Meinung nicht daran denke, uns für etwaige unbedachtsame Handlungen unserer Vertreter in Samoa verantwortlich zu machen. Bezüglich dieser Vertreter bitte er im Interesse der Sache um Erlaubnis, ganz offen zu reden. Nach allem, was er darüber gesehen, habe unser Konsul im Gegensatz zur Kaiserlichen Regierung, welche korrekt auf dem Boden der Samoaakte stehe, die Bestimmungen derselben vollständig außer Auge gesetzt. Er habe jede Verständigung mit seinen Kollegen abgelehnt und schließlich sogar verweigert, mit denselben die Sicherheit des Oberrichters zu gewährleisten und zu diesem Zweck die Hissung der deutschen Flagge neben der englischen und amerikanischen zu gestatten, und es sei dadurch eine Notlage geschaffen worden, deren Beseitigung vielleicht ungewöhnliche Mittel erfordere.

In bezug auf die Teilungsfrage sagte Herr Chamberlain, er wolle mir ganz offen sagen, wie er sich gegen Lord Salisbury, als dieser seine Meinung verlangt, darüber ausgesprochen habe. Neuseeland und Australien seien beinahe unabhängige Staaten, mit welchen England eine enge Allianz habe, und deren Auffassung man hier berücksichtigen müsse. Dort würde aber keinerlei Lösung der Samoafrage

---

* Der Vorschlag des englischen Botschafters in Washington Sir J. Pauncefote bezweckte die Entsendung einer aus Vertretern der drei interessierten Mächte bestehenden Untersuchungskommission nach Samoa, die auf Grund einstimmig gefaßter Beschlüsse entscheiden sollte.

akzeptiert werden, durch welche Upolu mit Apia nicht an England falle. Eine dieser Voraussetzung entsprechende Teilung würde daher hier akzeptiert werden können. Wenn wir auf eine Teilung verzichten und die ganze Samoagruppe England überlassen wollten, würden wir selbstverständlich zu einer Kompensation berechtigt sein, und als eine solche würde man hier die Gilbertinseln betrachten, welche gute Häfen enthielten. Soviel er wisse, seien unsere Interessen in Apia im Abnehmen, und wir hätten daher keinen Grund, auf den Besitz der Insel Upolu besonderen Wert zu legen.

Ich habe erwidert, daß diese Voraussetzung eine unbegründete sei. Unsere Interessen in Upolu seien im Gegenteil die hervorragenden, und ich glaubte nicht, daß wir darauf verzichten könnten. Es bleibe also nur übrig, einen Ausweg zu suchen, durch welchen die weitere Wirksamkeit der Samoaakte mit Vermeidung weiterer Schwierigkeiten unter den drei Mächten gesichert werden könne, und hierzu scheine der Gedanke Sir J. Pauncefotes besonders geeignet. Herr Chamberlain erwiderte mir, daß er keine definitive Ansicht darüber aussprechen wolle, aber der Ansicht zuneige, daß sich, wenn nichts anderes möglich sei, auf diesem Wege vielleicht eine Verständigung finden lasse.

Als ich schließlich bemerkte, daß man sich hier vielleicht über die Absichten der Amerikaner täusche, die eine Teilung zu wünschen schienen, erwiderte mir Herr Chamberlain, daß England, falls wir eine Kompensation für Samoa annehmen wollten, übernehmen würde, sich mit Amerika auseinanderzusetzen. Er schien dabei anzunehmen, daß die Amerikaner durch Sicherstellung ihrer Kohlenstation in Pago-Pago befriedigt werden könnten, ließ aber durchblicken, daß man ihnen, wenn nötig, auch den Besitz der Insel Tutuila einräumen würde.

Als ich noch hervorhob, daß wir auf dem Boden der Verträge ständen und gleiches von anderen erwarten dürften, erwiderte Herr Chamberlain, daß eine solche Erwartung bezüglich Amerikas kaum gerechtfertigt sein würde.

Nach den vorstehenden Äußerungen Chamberlains in einer zweistündigen Unterhaltung darf meines Erachtens als feststehend angenommen werden, daß man hier auf k e i n e Auseinandersetzung in Samoa eingehen würde, durch welche England nicht wenigstens die Insel Upolu mit Apia erhielte. Ob man uns in diesem Fall mehr als die Gilbertinseln einräumen würde, läßt sich noch nicht sagen, da ich auf eine Erörterung dieser Frage nicht glaubte eingehen zu können.

Die Verwertung des Vorstehenden stelle ich dem Herrn Staatssekretär anheim und glaube nur als unbedingt notwendig bezeichnen zu müssen, daß meine Unterredung mit Herrn Chamberlain nicht zur Kenntnis Lord Salisburys gelangt.

H a t z f e l d t

Nr. 4050

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 57 London, den 28. März 1899

Sir C. Rhodes, mit welchem ich heute auf seinen Wunsch eine Unterredung hatte, zeigte sich sehr befriedigt mit seiner Aufnahme in Berlin und sprach die Absicht aus, hier seinen Einfluß zugunsten unserer Wünsche bezüglich Kabelfragen einzusetzen und auch Regelung der Samoafrage zu befürworten. Er wird heute oder morgen Herrn Balfour sehen und will entgegenkommende Haltung uns gegenüber dringend empfehlen, da Genehmigung seines Abkommens über Telegraphenanlage durch Südafrika seitens des Herrn Reichskanzlers davon abhänge. Wir kamen gesprächsweise auch auf Walfischbai, und Sir C. Rhodes sprach sich offen dahin aus, daß dieser Hafen von geringem Wert für die Kapkolonie sei und, wie die Dinge heute liegen, Deutschland überlassen werden sollte.

Ich habe Sir C. Rhodes ermutigt, in dem von ihm beabsichtigten Sinne mit Herrn Balfour zu sprechen, obwohl seine Annahme, daß derselbe Lord Salisbury während seiner Abwesenheit im Foreign Office vertritt, eine irrtümliche ist. Wie die Verhältnisse hier liegen, wird Sir C. Rhodes einen gewissen Einfluß auf Chamberlain ausüben können, aber nicht auf Lord Salisbury, und in dieser Hinsicht ist von seiner Intervention sehr wenig zu erwarten. pp.

Hatzfeldt

Nr. 4051

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in Washington von Holleben

Telegramm. Konzept

Nr. 57 Berlin, den 29. März 1899

In Sachen Samoa hat hiesige amerikanische Botschaft am 26. ein anscheinend mit dem Euerer Exzellenz vom Staatssekretär gezeigten Telegramm übereinstimmendes Promemoria übergeben des Inhalts, die amerikanische Regierung wolle nicht nur die Rechte, sondern auch die Wünsche der deutschen Regierung respektieren, die amerikanischen Vertreter in Samoa seien telegraphisch angewiesen, nichts gegen Samoaakte zu unternehmen. Nur in Fällen dringendster Art möchte

eine Majorität der Konsuln genötigt sein, im Interesse von Frieden und Ordnung Maßregeln zu ergreifen. Solche Aktion würde lediglich provisorisch und einstimmiger Ratifikation durch drei Mächte unterworfen sein. Amerikanische Regierung erkenne an, daß Einstimmigkeit der drei Mächte zur Erledigung der schwebenden Fragen erforderlich sei.

Hiervon habe ich durch Graf Hatzfeldt am 27. der englischen Regierung Kenntnis geben lassen. Unterstaatssekretär Sanderson erklärte darauf, man habe englischerseits von vornherein angenommen, daß die Instruktion an den amerikanischen Admiral, nach Majoritätsbeschlüssen zu handeln, sich lediglich auf dringende momentane Maßregeln zur Aufrechterhaltung von Frieden und Ordnung bezogen habe. Der englische Konsul habe nicht einmal eine so weitgehende Ermächtigung gehabt, sondern eine ausdrückliche Instruktion, sich an die Samoaakte zu halten, und es sei deshalb auch nicht nötig gewesen, ihn jetzt mit neuer Weisung zu versehen.

Stelle Verwertung der englischen Erklärung anheim.

Richthofen

Nr. 4052

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 60 Berlin, den 30. März 1899

An England liegt es jetzt, unzweideutig zu beweisen, welchen Wert es auf eine Verständigung mit uns in der Samoafrage legt, und welcher Wert der Zusicherung der englischen Regierung, am Samoavertrage festzuhalten, innewohnt. Als solchen Beweis aufrichtigen guten Willens würden wir es betrachten, wenn ohne Verzug englischerseits der Pauncefotesche Vorschlag angenommen, auf dessen Annahme durch Amerika hingewirkt und außerdem wegen der fehlenden telegraphischen Verbindung eines der englischen Kriegsschiffe von Auckland nach Apia mit neuen Instruktionen etwa folgenden Inhalts gesandt würde: Die englische Regierung halte fest an der Samoaakte und daher auch an deren Bestimmung, daß keine der drei Mächte eine separate Kontrolle über Samoa ausüben solle (Artikel I, Absatz 1), und daß Differenzen zwischen einzelnen der Mächte und Samoa nicht zum Kriege führen sollen (Artikel III, Abschnitt 7). Demgemäß erkläre die englische Regierung alle diejenigen Handlungen der britischen Vertreter für rechtsunwirksam, welche seit der legal und unter Mitwirkung des englischen Konsuls selbst erfolgten Einsetzung einer

provisorischen Regierung im Widerspruch mit den oben erwähnten Bestimmungen der Samoaakte vorgenommen worden sind. Gleichzeitig würde jene Instruktion zu besagen haben, daß alle Teile in Samoa, einschließlich der Eingeborenen, darüber zu belehren seien, daß für die weitere Ordnung der Verhältnisse eine Einigung der drei Mächte über die schwebenden Fragen und das voraussichtliche Eintreffen der Spezialkommission abzuwarten sei.

Euere Exzellenz ersuche ich ergebenst, umgehend in der Ihnen hierfür geeignet erscheinenden Form eine Mitteilung an die englische Regierung nach Maßgabe des Vorstehenden zu machen.

Euere Exzellenz wollen außerdem nicht unterlassen, auf die schwerwiegenden Folgen hinzuweisen, welche eine ausweichende oder dilatorische Behandlung Ihrer Vorschläge für die allgemeinen deutsch-englischen Beziehungen notwendig würde haben müssen. Zur Regelung Ihrer Sprache bemerke ich in dieser Hinsicht, daß der auf Urlaub abwesende Herr Staatssekretär, noch bevor derselbe um die jüngsten Komplikationen in Samoa und die Beteiligung der dortigen englischen Vertreter daran wußte, mir gestern folgendes telegraphierte:

„Die Samoafrage steht für mich nach wie vor im Vordergrund des Interesses. In der Durchsetzung des Sir J. Pauncefoteschen Projekts sehe ich zurzeit den einzigen Ausweg aus einer Situation, die sonst sehr peinlich werden und unser Ansehen schwer schädigen könnte. Die Entscheidung liegt in erster Linie in London. Graf Hatzfeldt und die englischen Staatsmänner können nicht im Zweifel darüber sein, daß das fernere Verhalten Englands gerade in der Samoafrage von entscheidender und weitreichender Bedeutung sein wird für die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und England, die deutsche öffentliche Meinung, Stimmung gegenüber England und insbesondere die Stimmung und Haltung Seiner Majestät des Kaisers, allerhöchstwelcher England seit einem Jahre so viele Beweise loyalen Entgegenkommens gegeben hat."

Richthofen

Nr. 4053

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow, z. Z. in Klein-Flottbeck, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 9 Klein-Flottbeck, den 1. April 1899

Für des Kaisers und Königs Majestät

Die gestern vom amerikanischen Botschafter abgegebene Erklärung, daß Präsident Mac Kinley die jüngsten Vorfälle auf Samoa

bedauere und unsere Vorschläge der Entsendung von drei Oberkommissaren zur Ordnung der dort schwebenden Frage akzeptiere*, ist meines alleruntertänigsten Erachtens um so erfreulicher, als England gegenüber unseren Vorstellungen noch immer an seiner dilatorischen Taktik festhält. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß bei dem neuesten Zwischenfall in Samoa England der treibende[1], Amerika der getriebene[2] Teil war. Die Engländer möchten augenscheinlich die Amerikaner benutzen, um uns aus Samoa zu verdrängen. Wenn es hierbei zu einem Zusammenstoß zwischen Deutschland und Amerika käme, so würde dies England vom Standpunkte der englischen Handels- und Kolonialinteressen als tertius gaudens nur angenehm sein. Wir müssen deshalb — und weil wir gegenüber Amerika weniger diplomatische Druckmittel besitzen als gegenüber England — Amerika vorsichtiger behandeln als England[3]. Ich habe in allen Instruktionen für Graf Hatzfeldt keinen Zweifel darüber gelassen, daß Euere Majestät das freundliche Verhalten, welches Allerhöchstdieselben seit dem vorigen Sommer in allen Weltteilen und in allen Fragen England gegenüber beobachtet hätten, im Hinblick auf die Enttäuschung und Erregung der deutschen öffentlichen Meinung über das Verhalten der Engländer in Samoa nicht würden fortsetzen können, wenn die englische Regierung in der Samoafrage nicht endlich und schleunig[4] eine für uns rücksichtsvollere Haltung einnehme.

Euerer Majestät möchte ich in tiefster Ehrfurcht vorschlagen, von England die unzweideutige Erklärung zu verlangen, daß es Neuerungen auf Samoa nur mit deutscher Zustimmung einführen will[5]. Für Euerer Majestät Regierung sei der legale Status quo auf Samoa, solange bis irgendeine Änderung durch einstimmigen Beschluß, sei es der drei Mächte, sei es ihrer jetzigen oder zukünftigen Vertreter, erfolgt sei, die durch den unserer Kenntnis nach letzten einstimmigen Beschluß der Konsuln vom 4. Januar geschaffene Lage[6]. Inzwischen etwa eingetretene gewaltsame Veränderungen könnten den Entschließungen nicht präjudizieren. Wenn England den mit Deutschland geschlossenen Vertrag breche, so könnten Euere Majestät zwar auf diesen Akt direkter Rechtsverletzung und offener Geringschätzung[7] nicht mit einer Kriegserklärung antworten, würden aber Allerhöchstihre Vertretung aus England zurückziehen, da völkerrechtlicher Verkehr

* Vom 15. bis 17. hatten die vor Upolu versammelten amerikanischen Kriegsschiffe das Hinterland von Apia beschossen, wobei auch das deutsche Konsulat beschädigt wurde. Auf die deutsche Beschwerde über das Vorgehen des amerikanischen Geschwaderchefs übergab der amerikanische Botschafter in Berlin am 31. ein Memorandum, wonach Präsident Mac Kinley mit Überraschung und tiefem Bedauern von dem Zwischenfall Kenntnis genommen und alsbald die amerikanischen Vertreter in Samoa angewiesen habe, „to try to maintain the status quo without further conflict“. Das Memorandum schloß mit den Worten: „The President regards the German proposition to send a High Commission to Samoa, to settle all matters in dispute, with favour.“

zwecklos sei, wo völkerrechtliche Verträge nicht gehalten würden[8]. Diese unsere Erklärung könnte gleichzeitig unter der Hand an Cecil Rhodes mitgeteilt werden[6]*. Dem Kabinett von Washington würden wir unter Aktnahme von seiner Zustimmung zu unserem Kommissarienvorschlag sagen, wie wir nicht daran zweifelten, daß Deutschland und Amerika sich schließlich über eine völkerrechtlich korrekte Erledigung der Vertragspflichten verständigen würden, da wir wüßten, daß für Amerika die gegenwärtige Krisis kein bloßer Vorwand sei, um sich Samoas zu bemächtigen[9].

Der Vorfall auf Samoa ist ein neuer Beweis dafür, daß sich überseeische Politik nur mit einer ausreichenden Flottenmacht führen läßt[10]. Einerseits dieses nachdrücklichst in unserer Presse hervorzuheben, andererseits jedoch unser Ansehen in der Welt trotz aller gegenwärtigen Schwierigkeiten intakt zu erhalten, erscheint mir als die Aufgabe des Augenblicks**. pp.

Bülow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
1 Richtig!
2 ohne es zu merken
3 so habe ich es auch Richthofen anbefohlen
4 darauf darf man wohl nicht mehr rechnen
5 gut
Einverstanden
6 ja
7 bravo!
8 sehr gut
9 gut
10 Was ich seit 10 Jahren den Ochsen von Reichstagsabgeordneten alle Tage gepredigt habe

Nr. 4054

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 63 Berlin, den 1. April 1899

Für Euere Exzellenz persönlich.

Der Herr Staatssekretär telegraphiert mir:

---

* Vgl. Nr. 4045, S. 581, Fußnote *.

** Nach einem Telegramm des Unterstaatssekretärs Freiherrn von Richthofen an den Staatssekretär von Bülow vom 2. April hätte der Kaiser sich „mit allen Ausführungen Eurer Exzellenz Telegramm Nr. 9 aufs vollständigste einverstanden erklärt und bestimmt, die vorgeschlagene Mitteilung nach London solle abgehen".

„Es ist in hohem Grade befremdlich, daß die englische Regierung angesichts der akuten Krisis in Samoa an ihrer dilatorischen Taktik festhält. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß bei dem Zwischenfall in Samoa England der treibende, Amerika der getriebene Teil war. Die Engländer möchten augenscheinlich die Amerikaner benutzen, um uns aus Samoa zu verdrängen. Wenn es hierbei zu einem Zusammenstoß zwischen Deutschland und Amerika käme, so würde dies England vom Standpunkte der englischen Handels- und Kolonialinteressen nur angenehm sein. Wir müssen deshalb — und weil wir gegenüber Amerika weniger politische Druckmittel besitzen als gegenüber England — Amerika vorsichtiger behandeln als England. Auch in unserer Presse darf Amerika nicht als der allein schuldige Teil hingestellt oder die ganze Angelegenheit als eine deutsch-amerikanische Differenz behandelt, sondern muß die Verantwortlichkeit des Londoner Kabinetts in das richtige Licht gesetzt werden. Graf Hatzfeldt und Sir Frank Lascelles ist kein Zweifel darüber zu lassen, daß das freundliche Verhalten, welches unsere Politik seit dem vorigen Sommer in allen Weltteilen und in allen Fragen England gegenüber beobachtet habe, im Hinblick auf die Erregung und Enttäuschung der deutschen öffentlichen Meinung nicht werde fortgesetzt werden können, wenn England in der Samoafrage nicht endlich und schleunig eine für uns rücksichtsvollere Haltung einnehme."

Diese Auffassung der Sachlage entspricht vollständig den mir von Seiner Majestät persönlich kundgegebenen Anschauungen. Allerhöchstderselbe erachtet insbesondere gleichfalls London für den Hauptsitz des Samoaübels.

Mit Sir Frank Lascelles habe ich im vorgeschriebenen Sinne eindringlich gesprochen. Ganz persönlich bemerkte der Botschafter, daß er in der Samoafrage die Politik seiner Regierung nicht verstehe. Auch sei ihm unverständlich, weshalb das Bombardement erfolgt sei, da ihm nur ein ganz unsubstantiiertes Telegramm des Konsuls Maxse über angeblich fortgesetzt aggressive Haltung der samoanischen provisorischen Regierung gegen das britische Konsulat vorliege.

Sir F. Lascelles war besonders frappiert von der durch Mr. White und Herrn von Holleben hierher erfolgten Kundgebung des Präsidenten Mac Kinley* und bedauerte lebhaft, daß nicht ein Gleiches von Lord Salisbury aus in völlig amtlicher Form sofort spontan erfolgt sei. Er werde auf solchen Schritt hindringen und auch sofortige Annahme des sogenannten Pauncefoteschen Vorschlages lebhaft befürworten.

Richthofen

---

* Vgl. Nr. 4053, S. 591, Fußnote *.

Nr. 4055

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 60 London, den 1. April 1899

Lord Salisbury hat soeben dem Foreign Office seine Antwort auf den Vorschlag betreffend Ernennung von Kommissaren für Samoa telegraphiert. Danach will er, wenn den Kommissaren gestattet werde, nach Majoritätsbeschluß zu entscheiden, sofort einen Kommissar ernennen. Wenn Einstimmigkeit verlangt werde, zieht er vor, nicht an der Kommission teilzunehmen; es gebe reichlich viele Beispiele von den Ergebnissen des Einstimmigkeitsprinzips und dasselbe würde nur mit einem Mißerfolg enden. Allerdings müsse die schließliche Abmachung, wenn eine solche getroffen werde, von den drei Mächten genehmigt werden; aber bis zu diesem Moment müsse jeder Schritt einer gemeinsamen Aktion, jeder Bericht über das Geschehene, jeder Vorschlag hinsichtlich der Zukunft durch Mehrheit entschieden werden. Wenn das nicht sein könne, dann müsse die Aktion getrennt, nicht gemeinsam sein. Lord Salisbury sei bereit, einen Kommissar zu schicken, welcher sich mit den anderen beraten könne, soweit er für gut finde. Seine Vorschläge und seine Berichterstattung an seine Regierung würden dann auf seine eigene Verantwortung erfolgen.

Sir Frank Lascelles und Sir J. Pauncefote sind von vorstehendem telegraphisch verständigt worden.

Hatzfeldt

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Er will also nicht! Q[uod] e[rat] d[emonstrandum]. Hatzfeld soll auf Urlaub gehn!

Nr. 4056

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 61 London, den 1. April 1899

Für den Herrn Unterstaatssekretär persönlich

Telegramm Nr. 63* erhalten.

Ich teile vollständig die Auffassung des Herrn Staatssekretärs, daß die dilatorische Taktik Lord Salisburys sich nur durch einen Hinter-

* Siehe Nr. 4054.

gedanken erklären läßt, und in dieser Auffassung bin ich durch meine Ihnen bekannte Unterredung mit Herrn Chamberlain bestärkt worden, aus welcher unzweifelhaft hervorging, daß man hier die Erwerbung der ganzen Inselgruppe oder doch jedenfalls der Insel Upolu als letztes Ziel im Auge hat. Ohne es zu einem Bruch mit uns treiben zu wollen, welcher den Engländern politisch nicht erwünscht wäre, hat man gehofft, uns durch die fortgesetzte Krisis in Samoa und die uns gegenüberstehende einmütige Aktion der Engländer und Amerikaner schließlich so zu ermüden und zu entmutigen, daß wir zuletzt freiwillig ein Arrangement vorziehen würden, durch welches England entweder Upolu oder die ganze Gruppe erhielte, in welchem letzteren Fall man uns vielleicht eine kleine Entschädigung, etwa die Gilbertinseln, zugestehen würde. Daß diese Taktik auch jetzt noch nicht aufgegeben ist, ergibt sich, wie mir scheint, aus der heutigen durch mein Telegramm Nr. 60* übermittelten Antwort Lord Salisburys auf den sogenannten Paunceforteschen Vorschlag, in welcher er an dem Majoritätsprinzip festhält, welches, wenn wir nicht in allem nachgeben, die unbestimmte Verlängerung der jetzigen Krisis zur Folge haben muß.

Ich habe von Anfang an hier bei jeder Gelegenheit, namentlich in meinen Unterredungen mit Lord Salisbury, mit Herrn Chamberlain und schließlich auch mit Rhodes sehr deutlich hervorgehoben, daß die unfreundliche Haltung Englands in Samoa, falls dies dort zu einer Krisis führe, auf unsere öffentliche Meinung einen unberechenbaren Eindruck hervorbringen, und daß dies uns in die peinliche Notwendigkeit setzen würde, unserer ganzen Politik eine andere Richtung zu geben. Diese unverblümte Drohung hat aber wenig Eindruck gemacht, und ich überzeuge mich immer mehr, daß sie nicht für ernst gehalten wird, vielleicht weil sie im Laufe der Jahre und schon zu Zeiten des Fürsten von Bismarck häufig als Druckmittel angewandt worden ist, ohne daß eine Handlung darauf gefolgt wäre, vielleicht auch, weil man hier glaubt, eventuell immer noch einlenken und uns abfinden zu können. Gerade weil ich dieses Gefühl hatte, daß solche Drohungen wirkungslos sind, habe ich schon vor längerer Zeit, als die englisch-französischen Verhandlungen im ersten Stadium waren, in privaten Telegrammen nach Berlin anheimgestellt, den Franzosen gegenüber, die dies damals wünschten, eine äußerlich erkennbare freundlichere Haltung anzunehmen, sie dadurch zu größerer Hartnäckigkeit den englischen Forderungen gegenüber zu ermutigen und gleichzeitig hier den Eindruck hervorzubringen, daß wir uns eventuell mit den Franzosen, etwa über Ägypten, verständigen würden. Auch heute, ich wiederhole es, bin ich überzeugt, daß unsere Drohung hier keinen Erfolg haben wird, wenn die Engländer nicht nach irgendeiner Richtung einen An-

---

* Siehe Nr. 4055.

fang von Ausführung sehen und an den Ernst der Sache glauben müssen.

Wenn wir diesen Weg, dessen anderweitige Bedenken ich nicht verkenne, nicht einschlagen können oder wollen, werden wir meines Erachtens zu überlegen haben, wie wir aus der jetzigen Lage in Samoa ohne Schädigung unserer Interessen und unseres Ansehens in der Welt herauskommen können. Nach meinem Gefühl beweist die heutige Antwort Lord Salisburys, daß er sich der Amerikaner nicht mehr sicher fühlt und nicht überzeugt ist, daß der Amerikaner in der Kommission in allen Fragen an dem Zusammengehen mit seinem englischen Kollegen unbedingt festhalten würde. Wir müssen daher vor allem darauf Bedacht nehmen, uns den Amerikanern immer mehr zu nähern und die jetzt begonnene Verständigung mit ihnen immer mehr zu befestigen. Läßt sich dies, wie ich glaube, erreichen, so würde ich, wenn die Amerikaner darauf eingehen, kein Bedenken dagegen sehen, den nach meiner Überzeugung im englischen Interesse sehr ungeschickten Gedanken Lord Salisburys zu akzeptieren, daß er, während die beiden anderen Mächte bevollmächtigte Kommissare ernennen, seinerseits nur einen solchen ernennen will, der zwar mit den anderen berät, aber wenn die Majorität nicht entscheiden soll, nur hierher berichten kann. Selbstverständlich müßten wir mit den Amerikanern darüber einig sein, daß Einstimmigkeit erforderlich ist, und in diesem Falle könnten wir das bisherige Ziel zum Nachteil Englands umdrehen. Der Deutsche und der Amerikaner würden sich über Fragen verständigen und dem Engländer die Zustimmung anheimstellen. Stimmt er nicht zu, so tritt er damit in Gegensatz nicht nur zu uns, sondern auch zu den Amerikanern.

Ich sehe, wenn wir hier keinen ernsten Druck anwenden wollen, der vielleicht auch nicht zum Ziel führt, keinen anderen Weg aus der Sache herauszukommen, ohne den Engländern in die Hände zu arbeiten, deren Zweck dahin geht, die Krisis hinauszuziehen oder einen Bruch herbeizuführen und dann eine Gelegenheit zur Sicherung ihrer Beute zu finden. Wir dürfen es daher unter keinen Umständen zu einem Bruch mit den Amerikanern kommen lassen und dürfen ebensowenig bis zu irgendeiner Regelung der Frage von Samoa abziehen. Letzteres würde aber im Falle eines Bruchs unausbleiblich sein, und die Engländer und die Amerikaner würden sich dann unter dem schon jetzt beliebten Vorwand, die Ordnung aufrechtzuerhalten, sehr bald auch über die Teilung verständigen.

Nach meiner festen Überzeugung werden die Ratschläge des wohlmeinenden Sir F. Lascelles an der hiesigen Taktik nicht das geringste ändern.

Die Verwertung des Vorstehenden bei dem Herrn Staatssekretär und eventuell bei Seiner Majestät stelle ich vollständig anheim.

Hatzfeldt

Nr. 4057

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Staatssekretär Bernhard von Bülow, z. Z. in Klein-Flottbeck

Telegramm. Entzifferung

Nr. 10 Berlin, den 2. April 1899

Sir Frank Lascelles hat mir soeben eine mit dem Telegramm Nr. 60* des Grafen Hatzfeldt wörtlich übereinstimmende Mitteilung auftragsgemäß mündlich gemacht. In der Mitteilung war nur noch bezüglich der Ergebnisse des Einstimmungsprinzips auf die in der orientalischen Frage lange Jahre hindurch gemachten Erfahrungen exemplifiziert. Lord Salisbury bittet um möglichst baldige Nachricht „whether the german government would accept this plan, if they can not consent to a decision by majority.“

Ich habe dem Botschafter, indem ich mir amtliche Antwort bis nach Empfang Ew. Exzellenz Instruktion vorbehielt, keinen Zweifel darüber gelassen, wie wenig befriedigend die erfolgte Mitteilung sei und wie sehr dieselbe mit dem Entgegenkommen der Regierung der Vereinigten Staaten kontrastiere. Überdies treffe die gegebene Begründung in keiner Weise zu, da gerade in samoanischen Angelegenheiten einstimmige Beschlüsse dreier Repräsentanten verschiedener Interessen in großer Anzahl vorlägen.

Sir Frank Lascelles, dem ich das Gefühl einer gewissen Indignation unseres allerhöchsten Herrn über die Stellungnahme Englands sowie die hier immer ungehaltener werdende öffentliche Meinung nicht verhehlte, erklärte aus sich heraus, daß er nochmals sein möglichstes tun werde, um Lord Salisbury zur vollen Annahme unseres Vorschlags zu bewegen. Er glaube, daß die vorliegende Antwort Lord Salisburys noch vor Eingang seines Freitagstelegramms erlassen sei und sprach von einem Privatbrief, den er gestern an Sir Th. Sanderson geschrieben, und von dem er besonderen Erfolg erhoffte.

Richthofen

Nr. 4058

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 64 London, den 3. April 1899

Nach vertraulicher Mitteilung des Unterstaatssekretärs ist Sir Frank Lascelles gestern abend auf Weisung Lord Salisburys tele-

* Siehe Nr. 4055.

graphisch benachrichtigt worden, daß derselbe einen Kommissar für Samoa, wahrscheinlich einen Diplomaten, ernennen wolle mit unbedingter Vollmacht, sich mit den beiden anderen Kommissaren über alle Maßregeln zu verständigen, welche Zustimmung der beiden anderen Vertragsmächte erfordern. Er soll über die Gründe der jetzigen Unruhen in Samoa und über die nach seiner Ansicht besten Mittel zur künftigen Vermeidung derselben berichten, sich aber an keinem gemeinschaftlichen Bericht der drei Kommissare über diese Frage beteiligen.

Hiernach lenkt Lord Salisbury insofern ein, daß er der gemeinschaftlichen Entscheidung der schwebenden Fragen durch die drei Delegierten zustimmt, ohne dieselbe von der Majorität abhängig zu machen.

Hatzfeldt

Nr. 4059

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 71 Berlin, den 5. April 1899

England gibt jetzt unzweideutige Zeichen des Einlenkens.

In Erwiderung auf eine dem englischen Botschafter von mir vorgestern gemachte Eröffnung hat derselbe heute hier eine Verbalnote übergeben, deren Hauptpunkt folgendermaßen lautet:

„Sie sind ermächtigt, dem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten zu erklären, daß die Bestimmungen der Samoaakte werden innegehalten werden, solange sie nicht durch Vereinbarung der unterzeichnenden Mächte modifiziert sind."

Durch diese Erklärung tritt England dem bereits bekannten Standpunkt der Kaiserlichen und der amerikanischen Regierung bei, und die Voraussetzung einer ersprießlichen Beratung der drei Kommissare ist hiermit gegeben.

Wenn die englische Regierung in der Verbalnote dann noch hinzufügt, daß die drei Kommissare jeder für sich an ihre respektiven Regierungen berichten sollen, beziehe ich mich da auf mein gestriges Telegramm Nr. 68, wo ich bereits gesagt habe, daß die Kaiserliche Regierung nur darauf Wert legt, daß die Entscheidung vertragsgemäß d. h. einstimmig zustande komme, daß aber der Modus der Beratung in keinem Fall unübersteigliche Hindernisse bereiten kann.

Nebensächlich möchte ich noch erwähnen, daß die englische Regierung „in Erwiderung meiner außerordentlich freimütigen Äuße-

rungen“ die Erklärung abgegeben hat, daß sowohl in England wie in Samoa der Eindruck bestehe, Deutschland habe versucht, England und Amerika aus Samoa gewaltsam herauszudrängen, und daß nur durch diese Annahme allein die ungerechtfertigte Handlungsweise und extravagante Sprache des deutschen Generalkonsuls sich erklären lasse.

Hierauf wollen Euere Exzellenz der englischen Regierung, so wie ich es auch hier dem englischen Botschafter gegenüber tun werde, erwidern, daß, wenn die englische Regierung früher als wir in der Lage war, sich ein Urteil über die Haltung des deutschen Generalkonsuls zu bilden, und wenn dies so ungünstig ausfiel wie vorstehend angegeben, es doch natürlich gewesen wäre, dieses Urteil uns nicht vorzuenthalten.

Insbesondere hätten wir dies bei Gelegenheit derjenigen Erklärung erwarten können, welche Lord Salisbury durch Schreiben vom 12. Dezember v. Js. mit Bezug auf unsere Vorschläge wegen friedlicher Regelung der Königsfrage abgab, nachdem ihm der diesen Vorschlägen zugrunde liegende Bericht Herrn Roses vom 3. Oktober zugänglich gemacht war. Lord Salisbury sprach sich damals „nach sorgfältiger Prüfung der Anregungen des Generalkonsuls Rose vollständig in Übereinstimmung mit der Kaiserlichen Regierung“ aus. — Wir unsrerseits haben der englischen Regierung nicht verhehlt, daß wir die Haltung des Konsuls Maxse gegenüber dem Munizipalpräsidenten in der Frage der Korrespondenz zwischen Konsuln und Samoaregierung als unfreundlich und mit der bisherigen Praxis, diese Korrespondenz nicht direkt, sondern durch den Präsidenten zu leiten, in Widerspruch stehend betrachteten. Ähnliche Andeutungen über eine Tendenz Herrn Maxses, neue Streitfragen aufzuwerfen, haben wir der englischen Regierung gegenüber auch sonst gemacht. Als wir die zunehmende Nervosität des Vertragsbeamten Dr. Raffel bemerkten, haben wir nicht gesäumt, seine Beurlaubung und später seine Abberufung vorzuschlagen. Wir haben schließlich im Januar offen erklärt, wie nach unserer Auffassung alle auf Samoa befindlichen Vertreter fehlerhaft gehandelt hätten, und Lord Salisbury hat dies mit dem Bemerken zugegeben, daß auf a l l e n Seiten Fehler gemacht seien.

Wir sehen den Zweck dauernder diplomatischer Vertretungen darin, daß eine Regierung die andere auf dunkle Punkte, die geeignet sind, die Beziehungen schwieriger zu gestalten, sofort beim ersten Erscheinen aufmerksam macht, ohne erst den Eintritt einer Krisis abzuwarten. Die Aufgabe diplomatischer Vertretungen ist, solchen Krisen durch rechtzeitige ruhige Besprechung vorzubeugen. Daß ein konsularischer Beamter die Grenzen seiner Rechte und Pflichten unrichtig interpretiert, ist gelegentlich in allen Ländern vorgekommen und wird sich niemals ganz verhindern lassen. Je auffälliger aber das Betragen eines solchen ist, desto näher liegt der Gedanke, daß die

fremde Regierung, welche sich durch das Auftreten dieses Beamten in ihren Rechten geschädigt oder bedroht glaubt, die Angelegenheit rechtzeitig und, wie gesagt, vor Eintritt der Krisis diplomatisch zur Sprache bringt. Wir bedauern aufrichtig, daß die Regierung Ihrer Britischen Majestät nicht geglaubt hat, diesen nächstliegenden Weg der diplomatischen Beschwerde gegen Generalkonsul Rose rechtzeitig einschlagen zu sollen. Der Verdacht, welcher jetzt nach verschiedenen Seiten hin sich richtet, hätte dann nicht entstehen können.

Ich habe dem britischen Botschafter das Vorstehende durch Verbalnote in Erwiderung der seinigen mitgeteilt.

Euerer Exzellenz stelle ich anheim, sich in gleichem Sinn bei allen geeigneten Gelegenheiten zu äußern.

Bülow

Nr. 4060

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 74 Berlin, den 10. April 1899
Vertraulich

Der russische Botschafter* überbrachte heute den Dank seiner Regierung für die Unterstützung, welche die deutsche Regierung den russisch-französischen Anschauungen in der Frage der gemischten ägyptischen Gerichtshöfe geliehen habe**. England sei zurückgewichen, und dieser Vorgang beweise, daß ein Zusammenwirken der drei Mächte auch auf anderen Punkten würde von Nutzen sein können. Bei der weiteren Besprechung, welcher der Botschafter eine ausführliche Instruktion neuesten Datums zugrunde legte, wies derselbe darauf hin, daß es für die drei Mächte opportun sein würde, ihre respektiven Interessen in Asien, z. B. am Persischen Meerbusen, gegenseitig zu wahren und zu fördern. Um mich diesem Gedanken geneigter zu machen, spielte der Botschafter einerseits auf die jetzigen russisch-englischen Verhandlungen, andrerseits auf das gewalttätige und eigenmächtige Vorgehen der Engländer in Samoa an.

Die Unterredung ward durch meine Berufung zum Kaiser unterbrochen, wird aber voraussichtlich nächstens wieder aufgenommen werden.

Ew. Ermessen stelle ich anheim, ob Sie es für nützlich halten, an englische maßgebende Stellen, vielleicht durch Rothschild, den

* Graf von der Osten-Sacken.
** Vgl. Nr. 4044 nebst Fußnote **.

Gedanken gelangen zu lassen, daß die Vorgänge in Samoa die russische Regierung zu Sondierungen im Sinne eines Zusammengehens zu Dreien mit Frankreich veranlaßt haben.

Es zeigt sich hierbei, daß das Kabinett von Petersburg von den schwebenden englisch-russischen Verhandlungen keine Beseitigung des englisch-russischen Antagonismus erwartet.

Bülow

Nr. 4061

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 73 London, den 10. April 1899

Lord Salisbury antwortete soeben telegraphisch dem Foreign Office, er könne unsere Vorschläge nicht ohne erhebliche Modifikationen annehmen; letztere könne er nicht ohne Gefahr von Mißverständnissen telegraphisch übermitteln.

Hatzfeldt

Nr. 4062

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 78 Berlin, den 11. April 1899

Antwort auf Telegramm Nr. 73*.

Die letzte Erklärung Lord Salisburys ist unbefriedigend und erweckt den Eindruck der Absicht, die Kommissionsfrage zu vertagen. Bei der amerikanischen Regierung haben wir uns über solchen Mangel des Entgegenkommens nicht zu beklagen gehabt. Nach ihren letzten Erklärungen sind wir mit ihr darin einig, daß weitere Verschiebung des Beginns der Arbeiten der Kommission Gefahr im Verzuge bedeutet.

Unser letzter Vorschlag ist nunmehr:

Außer den Kommissaren wird ein allen drei Mächten gemeinsamer Schiedsrichter nach Samoa entsandt, welcher bei Spaltung der Stimmen in der Kommission die endgültige Entscheidung gibt, analog dem Verhältnis zwischen Konsularhof und Oberrichter gemäß Ar-

---

* Siehe Nr. 4061.

tikel V, Abschnitt 3, letzter Absatz der Samoaakte. Der Schiedsrichter wird den dem internationalen Gericht in Ägypten angehörigen Richtern neutraler Staatsangehörigkeit entnommen. Falls der jetzt dort tätige frühere Oberrichter von Samoa, Baron Cederkrantz, zur Annahme der Stellung bereit ist, dürfte derselbe den Vorzug verdienen. Daß die Auswahl des Schiedsrichters einige Zeit erfordern würde, sollte der sofortigen Abreise der drei Kommissare und dem Beginn ihrer Arbeit nicht entgegenstehen.

Für den Fall, daß auch dieser Vorschlag englischerseits abgelehnt wird, sind Seine Majestät der Kaiser und König entschlossen, gegenüber der unfreundlichen Haltung der englischen Regierung und der durch diese unfreundliche Haltung bedingten Aussichtslosigkeit weiterer Verhandlungen die diplomatischen Beziehungen mit England bis zu dem Zeitpunkt abzubrechen, wo die Auffassung der englischen Regierung über Wahrung geschlossener Verträge wie hinsichtlich der uns schuldigen Rücksichtnahme sich geklärt haben wird.

Euerer Exzellenz stelle ich anheim, eine dem Vorstehenden entsprechende Erklärung nach Ihrem Ermessen mündlich oder schriftlich oder beides zugleich abzugeben und um umgehende Erwiderung zu ersuchen. Das Veranlaßte bitte ich telegraphisch zu melden.

Bülow

Nr. 4063

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Privat für Baron von Holstein London, den 12. April 1899

Ernst der Lage ist mir ganz klar, wie auch, daß mit Bezug auf unsere öffentliche Meinung ungesäumt etwas geschehen muß, d. h. wir müssen sagen können entweder, daß Verständigung mit England gesichert erscheint, oder daß wir Verhandlung als aussichtslos abgebrochen haben. Andererseits halte ich aber die Ansicht des Staatssekretärs, nichts einer Drohung Ähnliches auszusprechen, solange nicht Aussicht auf Verständigung mit England geschwunden ist, für unbedingt richtig. Ob diese Aussicht noch besteht oder nicht, werde ich jedoch erst sehen können, nachdem Sir Thomas Sanderson mir seinem Versprechen gemäß die heute hier eintreffende Antwort Lord Salisburys mit den etwa von ihm vorgeschlagenen Modifikationen mitgeteilt haben wird. Diese Mitteilung muß ich im Laufe des Tages erhalten, und es handelt sich daher nur um einen Aufschub von einigen Stunden. Vorher, also solange wir nicht wissen, ob wirklich jede

Aussicht auf Verständigung geschwunden ist, würde es sich meines Erachtens nicht rechtfertigen, die durch Telegramm Nr. 78* vorgeschriebene Mitteilung hier zu machen und damit jede Brücke zur Verständigung abzubrechen. Daß dies die Folge der Mitteilung sein würde, ist mir nicht zweifelhaft. Wie ich die hiesige Stimmung kenne, würde die amtlich von mir ausgesprochene Drohung mit dem Abbruche der diplomatischen Beziehungen hier als eine Kränkung empfunden werden und zum Abbruch der Verhandlungen führen.

Sollte die vorstehende Auffassung, wonach ich die durch Telegramm Nr. 78 vorgeschriebene Mitteilung von dem Inhalt der heute eingegangenen Antwort Lord Salisburys abhängig machen muß, von dem Staatssekretär etwa nicht geteilt und die sofortige Mitteilung ohne Rücksicht auf jene Antwort für angezeigt gehalten werden, so bitte ich um kurzen telegraphischen Wink und werde dann die entsprechende Mitteilung an Sir Thomas Sanderson noch vor Ablauf des heutigen Tages machen. Ich habe es mit Rücksicht auf den Ernst der Situation für meine Pflicht gehalten, auf die Gründe aufmerksam zu machen, welche mir die kurze Vertagung des folgenschweren Schrittes bis nach Eingang und Prüfung der Antwort Lord Salisburys geboten erscheinen lassen.

Inzwischen lasse ich Chamberlain durch Rothschild einen Wink über Ernst der Lage zugehen und werde voraussichtlich zu dem gleichen Zwecke heute nachmittag auch noch eine Unterredung mit Balfour haben.

Hatzfeldt

Nr. 4064

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 81 Berlin, den 12. April 1899

Antwort auf heutiges Privattelegramm.

Einverstanden, daß Ew. den Abbruch der diplomatischen Beziehungen erst dann — dann aber unbedingt — in Aussicht stellen, wenn Sie sich überzeugt haben, daß der Standpunkt von Lord Salisbury mit dem von Deutschland vertretenen Vertragsstandpunkte unvereinbar ist. Seine Majestät geben sich der Erwartung hin, daß Ew. inzwischen unterderhand, aber nachdrücklich für Verbreitung der Über-

---

* Siehe Nr. 4062.

zeugung wirken, daß der diplomatische Bruch, ohne Rücksicht auf sonstige Folgen, der einzige nicht ehrenrührige Ausweg für Deutschland ist, falls Lord Salisbury mit seiner bisherigen Überhebung fortfährt, uns und den Vertrag als Quantités négligeables zu behandeln*.

Die heutigen Nachrichten über Plündern deutschen Eigentums durch die von England beschützten Tanu-Leute, Verhaftung eines deutschen Staatsangehörigen und Abführung desselben an Bord eines englischen Schiffs und sonstige Vorgänge auf Samoa erhöhen noch die bereits vorhandene hochgradige Gereiztheit aller deutschen Kreise. Nach allem, was vorgefallen ist, wird selbst mit der von uns vorgeschlagenen Oberkommission ein Modus vivendi schwer zu erreichen sein; ohne die Kommission aber gar nicht.

Bülow

Nr. 4065

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 78 London, den 12. April 1899

Sir Th. Sanderson hat mir die heute eingegangene Antwort Lord Salisburys, welche bereits telegraphisch an Sir Frank Lascelles [und] an Sir J. Pauncefote übersandt worden ist, mitgeteilt und bemerkte dazu, daß dieselbe keinerlei irgend erhebliche Modifikation unserer Vorschläge enthalte. Nach einer vorläufigen Vergleichung mit unseren Vorschlägen habe ich den Eindruck, daß der wesentlichste Unterschied, abgesehen von redaktionellen Änderungen, darin besteht, daß jede Berufung auf die Bestimmungen der Samoaakte in der englischen Redaktion fehlt, und daß die Kommission hiernach auch das Recht haben soll, Modifikationen der Schlußakte von Berlin in Betracht zu ziehen. Im Foreign Office wird angenommen, daß Lord Salisbury besonders deshalb auf eine neue Redaktion Wert gelegt habe, um den provisorischen Charakter der den Kommissaren eingeräumten Befugnisse außer Zweifel zu stellen. Die hiesigen Kronjuristen haben sich auf Befragen dahin ausgesprochen, daß eine dauernde Übertragung von Befugnissen, welche das Recht über Leben und Tod in

* Vgl. dazu Freiherr von Eckardstein, Lebenserinnerungen und Politische Denkwürdigkeiten II, 15. Eckardsteins Behauptung, daß Lord Salisbury es auf die unter der Hand zu seiner Kenntnis gelangte Absicht der deutschen Regierung, gegebenenfalls die diplomatischen Beziehungen zu England abzubrechen, abgelehnt habe, sich fortan überhaupt noch auf weitere Verhandlungen mit der deutschen Regierung einzulassen, entspricht nicht den Tatsachen; im Gegenteil, Lord Salisbury gab, wie die folgenden Schriftstücke lehren, in dem entscheidenden Punkte der Einstimmigkeit nach.

sich schließen könnten, mit der englischen Gesetzgebung im Widerspruch stehen würde.

Lord Salisbury wünscht, falls Deutschland und Amerika seiner Redaktion zustimmen, daß die Übereinstimmung der drei Mächte darüber durch einen Notenaustausch festgestellt wird.

Hatzfeldt

Nr. 4066

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 84 Berlin, den 13. April 1899

Antwort auf Telegramm Nr. 78* und Privattelegramm.

Der meines Erachtens die uneingeschränkte Annahme des Einstimmigkeitsprinzips aussprechende, hier vom englischen Botschafter vorgelegte Entwurf Lord Salisburys für das Kommissionsabkommen lautet:

„In view of the troubles which have recently taken place in Samoa and for the purpose of restoring tranquillity and order therein the three Powers, Parties to the Conference of Berlin, have appointed a Commission to undertake the provisional Government of the islands.

For this purpose they shall exercise supreme authority in the islands. Every other person or persons exercising authority therein whether acting under the provisions of the final Act of Berlin or otherwise shall obey their orders: and the three Powers will instruct their Consular and Naval Officers to render similar obedience. No action taken by the Commissioners in pursuance of the above authority shall be valid unless it is acceded to by all three Commissioners. It will fall within the attribution of the Commissioners to consider the provisions which they may think necessary for the future Government of the islands or for the modification of the final Act of Berlin and to report to their Governments the conclusions to which they may come.“

Ich bin, falls Euere Exzellenz keine Bedenken haben, damit einverstanden, daß Sie alsbald in Form einer Note, wie am Schluß Ihres Telegramms Nr. 78 erwähnt, unser Einverständnis erklären** und zugleich die von Seiner Majestät dem Kaiser genehmigte Abordnung des Freiherrn Speck von Sternburg*** als unseres Kommissars noti-

---

* Siehe Nr. 4065.

** Es geschah durch Note Hatzfeldts vom 14. April.

*** Erster Sekretär der deutschen Botschaft in Washington.

fizieren, mit dem Hinzufügen, daß die Kommission, wenn irgend möglich, schon am 19. von San Francisco abzureisen haben wird.

Was die Hinzufügung der Bezugnahme auf die Samoaakte hinter dem Passus „Herstellung von Ruhe und Ordnung" betrifft, so stelle ich anheim, in Ihrer Note nur die Voraussetzung auszusprechen, daß dies der Sinn jener Stelle sei, wie auch in derselben Weise zu konstatieren, daß die Kommission Abänderungen der Akte über die Zeit ihrer Tagung hinaus nur beraten kann. Ich stelle auch zur Erwägung, ob Sie nicht noch aussprechen könnten, daß unsere Spezialvorschläge vom 5. April als durch die englische Fassung voll berücksichtigt und erledigt betrachtet werden.

Dem hiesigen englischen Botschafter gegenüber habe ich durch Memorandum von der englischen Erklärung, speziell von Annahme der Einstimmigkeit, Akt genommen.

Bülow

Nr. 4067

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Vortragenden Rat im Auswärtigen Amt von Holstein

Privatbrief. Abschrift

London, den 15. April 1899

Ich freue mich, daß die Sache aus dem entzündlichen Stadium heraus ist. Ich habe nichts unterlassen, um die beteiligten Kreise unterderhand auf den Ernst der Frage für uns aufmerksam zu machen, der hier bis auf das letzte Stadium kaum erkannt wurde und, als ich die Notwendigkeit dazu erkannte, auch die russische Sache sowie die Wahrscheinlichkeit eines diplomatischen Bruchs durch die mir zu Gebote stehenden Quellen durchsickern lassen. Ich glaube nicht, daß wir bei der Stimmung Lord Salisburys und, wie ich hinzufügen muß, bei der Auffassung der hiesigen maßgebenden Kreise sonst zu einer befriedigenden Verständigung gelangt wären. Selbst Mr. Chamberlain, welcher im übrigen gute Beziehungen mit uns wünscht, war, das kann ich Ihnen mit Bestimmtheit versichern, der Ansicht, daß die Einstimmigkeit der Kommission zu keinem befriedigendem Ergebnis in Samoa führen könne, und daß man daher hier an dem Majoritätsprinzip festhalten müsse. Daß die Samoaakte dem im Wege steht, stört die hiesigen sogenannten Staatsmänner sehr wenig, da sie annehmen, daß es sich jetzt vor allem um Herstellung der Ruhe und Ordnung in Samoa handelt. Die öffentliche Meinung, welche von vertragsmäßigen Dingen überhaupt nichts weiß, teilt diese Auffassung, hat sich aber glücklicherweise bis jetzt für die Sache überhaupt nicht erwärmt, auch nicht

infolge des Umstands, daß englische Mannschaften und sogar Offiziere bei dem Kampf mit den Eingeborenen ums Leben gekommen sind.

Wenn Sie mich nun fragen, welche Erwägungen Lord Salisbury veranlaßt haben, in der Einstimmigkeitsfrage nachzugeben und schließlich eine akzeptable Proposition zu machen, so muß ich darauf antworten, daß dies ein schwer zu lösendes Rätsel ist. Selbst Sir Thomas Sanderson machte mir in streng vertraulicher Unterhaltung das Zugeständnis, daß er weder verstehen könne, weshalb Lord Salisbury uns alle die Schwierigkeiten in Samoa gemacht, noch weshalb er, wenn er dies für notwendig hielt, in der Einstimmigkeitsfrage nachgegeben, noch auch weshalb er einen neuen Vorschlag für notwendig gehalten habe, welcher sich schließlich von unseren Vorschlägen nicht wesentlich unterscheide. Ich kann hiernach nur annehmen, daß diejenigen Persönlichkeiten, welche von meinen Andeutungen über einen möglichen Bruch und russischer Annäherung* Kenntnis erhalten hatten, Lord Salisbury ihrerseits darauf aufmerksam gemacht haben, daß einer solchen Eventualität vorgebeugt werden müsse, und daß er schließlich diesen Vorstellungen nachgegeben hat. Seinen Wünschen und Erwartungen entsprach dies gewiß nicht. Abgesehen davon, daß er in Beaulieu Ruhe haben und namentlich mit Telegrammen verschont werden will, hatte er in seinem Hochmut angenommen, daß wir seine Rückkehr abwarten müßten, um auf Erledigung der Samoafrage zu dringen. Hierzu kommt, wie Sie wissen, daß seine frühere Sympathie für uns sich in das Gegenteil verwandelt hat (hauptsächlich aus persönlichen Gründen, die bei ihm eine große Rolle spielen). Außerdem hat er, wie ich bekanntlich schon früher vermutet habe, die Möglichkeit im Auge gehabt, daß wir der Sache müde werden und aus Samoa herausgehen würden, mit dem Hintergedanken, daß er sich schließlich immer noch mit uns verständigen könnte, falls diese Erwartung sich nicht bestätigen sollte. Wenn Sie mir dagegen etwa einwenden wollen, daß dies eine kindische Politik sein würde, so kann ich darauf nur antworten, daß Sie darin gewiß recht haben, daß dies aber kein Beweis gegen meine Vermutung ist, wenn es sich um einen englischen Minister handelt, bei welchem solche Berechnungen ganz natürlich sind und persönliche Sympathien und Antipathien eine sehr große Rolle spielen. Vergessen Sie nicht, daß Salisbury den Zwischenfall in Sansibar, wo wir den Prätendenten vor den Engländern gerettet haben, zwar eingesteckt, aber gewiß nicht vergessen hat**.

Hierzu kommt aber ein anderer Umstand, der das Einlenken Lord Salisburys wesentlich erklärt, und in dieser Hinsicht erlaube ich mir, Sie daran zu erinnern, daß ich Sie vor längerer Zeit darauf aufmerksam gemacht habe, wie notwendig es wäre, uns mit den Amerikanern gut

---

* Vgl. Nr. 4060.
** Vgl. Nr. 3730, S. 117, Fußnote.

zu stellen und dadurch das Einverständnis derselben mit den Engländern uns gegenüber in der Samoafrage zu sprengen. Ich nehme an, daß Seine Majestät der Kaiser aus eigener besserer Erkenntnis in diesem Sinne gehandelt hat und daß in dem Erfolg dieser Bestrebungen vor allen Dingen die Erklärung für das Zurückweichen Lord Salisburys in der Samoafrage zu suchen ist. Es konnte als eine relativ leichte Aufgabe betrachtet werden, uns den Willen von England und Amerika in der Samoafrage zu imponieren, während die Rolle Englands viel schwieriger wurde, als es erkennen mußte, daß Amerika der Sache müde wurde und Neigung zur Verständigung mit uns zeigte. Das ist nach meiner Überzeugung der Hauptgrund, durch welchen sich die jetzige Nachgiebigkeit Lord Salisburys erklären läßt, mehr noch, wenn mich nicht alles täuscht, als die Besorgnis vor einer Annäherung zwischen Deutschland und Rußland, deren Möglichkeit er nach meiner Überzeugung längst in Berechnung gezogen hatte. Es ist nicht lange her, daß er in vertraulicher akademischer Unterhaltung mir gegenüber die Äußerung fallen ließ: „Kein Land ist so gut wie England in der Lage, auf die Freundschaft anderer zu verzichten und, wenn es allein steht, für längere Zeit ruhig zu ‚boudieren‘, ohne besondere Nachteile davon zu befürchten.“ Diese Auffassung, begründet oder nicht, ist das unzweifelhafte Resultat der Flottenvermehrung, die man hier eventuell ins Unendliche glaubt fortsetzen zu können, und der durch den Faschodazwischenfall und das Zurückweichen der Franzosen hervorgerufenen Selbstüberschätzung. Ob Lord Salisbury unter diesen Umständen so leicht vergessen wird, daß er in der Einstimmigkeitsfrage hat nachgeben müssen, ist eine andere Frage und wird vorläufig abzuwarten sein. Nach meinem Gefühl besteht unsere Aufgabe zunächst darin, England gegenüber weder Liebe noch Abneigung zu zeigen, weder Gefälligkeiten zu verlangen, noch solche anzubieten, sondern ruhig abzuwarten, bis man hier zeigt, daß man unsere Freundschaft zu würdigen weiß und danach handeln will. Diese Politik können wir, wie ich glaube, verfolgen und gleichzeitig freundschaftliche Beziehungen mit anderen Mächten pflegen, ohne auf dauernde Verpflichtungen einzugehen, welche die immerhin mögliche Eventualität einer Verständigung mit England, wenn man hier zur Besinnung kommt, unbedingt ausschließen würden.

Kurz erwähnen möchte ich noch für Sie, daß meine Stellung hier kürzlich mit Bezug auf die Samoafrage eine recht schwierige gewesen ist. Während man in Berlin vielleicht zu der durchaus unbegründeten Annahme neigt, daß mir zuviel an der englischen Freundschaft liegt, und daß ich deshalb hier zu schonend auftrete, wird mir selbstverständlich hier jede scharfe Äußerung über die englische Politik gegen uns in der Samoafrage persönlich verdacht. Als Beispiel führe ich an, daß ich vor einigen Tagen eine ziemlich scharfe Auseinandersetzung mit Sir Thomas Sanderson hatte, welcher mich dazu nötigte,

weil er mich von vornherein wegen der Haltung gewisser deutscher Zeitungen gegen England auf das heftigste attackierte, indem er dabei zu verstehen gab, daß dieselben unwahre Tatsachen behaupteten, von denen man nicht wissen könne, ob sie nicht inspiriert seien. Der gute Mann, der im übrigen kein Bösewicht ist, aber zu sinnlosen Wutausbrüchen neigt, hat, wie ich höre, die Dummheit begangen, über diese Unterhaltung, die ich für eine rein persönliche hielt, an Salisbury zu berichten, der darüber verstimmt sein soll. Ich werde dies vollständig ignorieren, solange mir nicht Salisbury selbst davon spricht, welcher, wie Sie wissen, am 21. d. Mts. hier zurückerwartet wird. Nach den Zeitungen reist er über Paris, hat aber, wie mir hier versichert wird, nicht die Absicht, sich dort aufzuhalten.

(gez.) Hatzfeldt

Nr. 4068

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 291 London, den 15. April 1899

Der Legationsrat Freiherr von Eckardstein* hat mir soeben Aufzeichnungen über eine Unterhaltung zugehen lassen, welche er mit Herrn Cecil Rhodes gehabt hat.

Sowohl der Kürze der Zeit halber, welche mir bis zur Absendung des Feldjägers übrigbleibt, als auch mit Rücksicht auf die charakteristische Denk- und Ausdrucksweise des Herrn Rhodes wollen Euere Durchlaucht mir gütigst gestatten, dessen Äußerungen in englischer Sprache, so wie sie mir durch Baron Eckardstein übermittelt worden sind, wiederzugeben.

Über Samoa äußerte sich Herr Cecil Rhodes in folgender Weise:

„A few weeks ago when I returned from Berlin where I had a most kind and courteous reception by the Emperor, the Foreign Office and official world which has given me a great encouragement in my great African scheme, I set at once to work to induce the English Government to help Germany in settling the Samoa difficulties in a friendly way and in accordance with the Samoa Act of 1889. The Emperor himself had asked me to do so, and I used all my influence on the Cabinet, the Foreign Office and the Press. I saw Lord Salisbury a day or two before he went south and after having had a long chat with him about Samoa I left him

* Seit April 1898 verabschiedet in London lebend, aber auch als Privatmann oft zu vertraulichen Verhandlungen mit den englischen Staatsmännern verwandt, im Dezember 1899 dann wieder reaktiviert.

with the impression that everything would be settled in a satisfactory way all round. The news about the fighting in Samoa which has reached us a week afterwards was therefore quite unexpected to me, and I hardly could understand it, because I thought after my interview with Lord Salisbury that he had given strict instructions to the English authorities in Samoa to abstain from any rash act[1]. I myself consider the English and American action in Samoa absolutely illegal and unfriendly to Germany[2]. It is impossible for me to understand how the policy of the Foreign Office can be so shortsighted as to offend German susceptibilities and pride for three little islands in the Pacific, while English policy is trying[3] to come to a perfect and friendly understanding with Germany in Africa.

I authorise you to make use of my opinion as stated to you as much as you like, if you think it fit even to the Press in Germany.

What I stated above, I stated to everybody I have seen in London and all my friends are of the same opinion."

Im weiteren Verlauf des Gesprächs hat Herr Rhodes lebhaft bedauert, nicht in der Lage zu sein, augenblicklich bei dem Foreign Office weitere Schritte in der Samoaangelegenheit zu tun. Er müsse abwarten, bis Lord Salisbury zurückgekehrt sei.

P. Hatzfeldt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ist ihm gar nicht eingefallen!
[2] bravo!
[3] Yes! But not Salisbury!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Sehr gut.
Rhodes mit seinen Plänen muß, wie ich schon befahl, völlig von Samoa getrennt werden! Ich werde ihm bestimmt dabei weiterhelfen!

Nr. 4069

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 92 Berlin, den 21. April 1899

Russische Sondierungen durch Graf Osten-Sacken neuerdings wiederholt*. Indessen hoffe ich nicht, daß Lord Salisbury durch eine Politik der Ranküne uns nötigen wird, unsere jetzige politische Unabhängigkeit aufzugeben. Vorläufig wird das nicht geschehen.

Bülow

* Vgl. Kap. XCV.
Es handelte sich um den russischen Vorschlag eines deutsch-russischen Abkommens über die Meerengen und Kleinasien.

Nr. 4070

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 89 London, den 21. April 1899

Telegramm Nr. 92* erhalten.

Ich habe vorläufig kein Symptom, daß hier eine Politik der Rankünе beabsichtigt wird. Wenn nicht noch besondere Zwischenfälle in Samoa kommen, ist auch nicht anzunehmen, daß die hiesige öffentliche Meinung sich dafür erwärmen würde.

Voraussichtlich werde ich Lord Salisbury, wenn ich nicht ausdrücklich Zusammenkunft mit ihm vorher verlange, erst künftigen Mittwoch an seinem Empfangstage sehen. Ich halte für dringend wünschenswert, den Eindruck zu vermeiden, daß wir ihm jetzt nachlaufen, und werde daher, falls Euere Exzellenz nicht telegraphisch anderes bestimmen, Mittwoch abwarten.

Hatzfeldt

Nr. 4071

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Vortragenden Rat im Auswärtigen Amt von Holstein

Privatbrief. Abschrift

London, den 22. April 1899

Da die Samoasache so weit wenigstens in Ordnung ist, daß man nun die Heldentaten der Kommission** abwarten kann, verhalte ich mich jetzt ganz still und vermeide alles, was wie empressement oder Nachlaufen aussehen könnte. Wenn ich alle Augenblicke zu Salisbury liefe, so würde er glauben, daß wir etwas wollen und zu erreichen

---

* Siehe Nr. 4069.

** Die Kommission, bei der Freiherr Speck von Sternburg, erster Sekretär der deutschen Botschaft in Washington, Deutschland vertrat, traf am 13. Mai 1899 in Apia ein. Es gelang ihr tatsächlich, eine alle beteiligten Mächte befriedigende Lösung zu finden. Zwar wurde die Entscheidung des Oberrichters Chambers betreffend die Ernennung Tanus zum Könige bestätigt, dieser aber gleichzeitig bewogen, auf seine Würde zu verzichten, und die Befugnisse des Königs wurden auf die Konsuln der drei beteiligten Staaten übertragen. Nachdem auch die Entwaffnung der Eingeborenen durchgeführt war, konnten die diplomatischen Kommissare am 18. Juli die Insel verlassen. Vgl. auch die Äußerungen des Staatssekretärs von Bülow zur Samoafrage in der Reichstagssitzung vom 19. Juni 1899.

hoffen. Sie können wirklich annehmen, daß ich die Menschen und das Terrain ziemlich genau kenne, und mir daher glauben, wenn ich sage, daß nur eins hier Eindruck macht: Kühle Ruhe und Zurückhaltung ohne jegliche Drohung und gleichzeitig gelegentliches Parteiergreifen in vorkommenden Fragen gegen England[1], wie neulich in Ägypten bezüglich gemischter Gerichte*. In der Befolgung dieses Systems liegt nach meiner Überzeugung die einzige Aussicht, daß man hier einlenken und größeres Entgegenkommen zeigen wird.

Was hier jetzt die Situation beherrscht und auch das Verhalten uns gegenüber erklärt, ist der schrankenlose Hochmut[2], welcher sich der Engländer, namentlich der Regierung und der Regierungspartei, seit der Flottenvermehrung**, der Unterwerfung des Mahdi und dem Zurückweichen Frankreichs*** bemächtigt hat. Man ist fest überzeugt, daß keine Macht es wagen wird, ernstlich gegen England aufzutreten, auch nicht im Verein mit anderen Mächten, daß man daher alles durchsetzen kann, und daß man, selbst wenn es zu einer Koalition käme, sich erfolgreich und dauernd dagegen wehren könne[3]. Auch in Samoa und in bezug auf die Kommission würde man hier, wie ich überzeugt bin, nicht eingelenkt haben, wenn man nicht Symptome bemerkt hätte, daß Amerika dort nicht mehr durch dick und dünn mitzugehen geneigt war. Ich habe, wie Sie wissen, schon einige Zeit das Gefühl gehabt, daß es für uns darauf ankam, die Amerikaner zu gewinnen. Ich glaube, daß wir darin fortfahren müssen, weil sich nur auf diesem Wege erreichen läßt, daß die Wirksamkeit der Kommission ein Ergebnis herbeiführt, welches uns gestattet, mit Anstand aus der Sache herauszukommen. Ob und wie nachher Samoa verwaltet wird, wenn keine befriedigende Teilung erreicht werden kann, scheint mir ziemlich gleichgültig zu sein.

Bei dieser Gelegenheit muß ich leider eine Illusion zerstören, die wenigstens in unserer Presse noch zu bestehen scheint. Man scheint dort noch zu glauben, daß Chamberlain uns in der Samoafrage günstiger gestimmt war als Salisbury[4]. Ich kann Ihnen jetzt aber mit der größten Bestimmtheit sagen, daß Chamberlain noch viel mehr als letzterer dagegen war, uns die Einstimmigkeit für die Kommission zuzugestehen. Außerdem erzählt mir Eckardstein, der ihn gestern gesehen hat, daß er ihn in seiner ganzen Haltung und Sprache sehr verändert gegen früher in bezug auf Deutschland gefunden hat. Chamberlain habe Redensarten gemacht wie die folgende: Im vorigen Jahre haben wir Euch alles angeboten und Ihr habt nicht gewollt, j e t z t i s t e s z u

---

* Vgl. Nr. 4044, Fußnote **, Nr. 4060.

** Nachdem schon im Frühjahr 1898 eine gewaltige Flottenverstärkung beschlossen worden war, brachte im März 1899 die Vorlegung des Marineetats im Unterhaus neue große Forderungen.

*** Vgl. Kap. XCIII.

spät. — Sie sehen, daß wir auch von diesem angeblichen Freund nicht viel zu erwarten haben.

(gez.) Hatzfeldt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ja
[2] der wird erst fallen, wenn wir wiederum unsre Flotte vermehren
[3] richtig
[4] ich habe das nie geglaubt.

Nr. 4072

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept*

Nr. 290 Berlin, den 6. Mai 1899

pp. Es bringt mich dies folgerichtig auf die neuesten Äußerungen des Herrn Chamberlain. Derselbe hatte in kurzer Reihenfolge, wenn ich die eingegangenen Privatmeldungen richtig verstanden habe, widersprechende Ansichten über deutsch-englische Beziehungen geäußert. Zuerst hatte er gesagt, für ein deutsch-englisches Bündnis — welches übrigens zu keiner Zeit direkt oder indirekt angeboten worden ist — sei es jetzt zu spät**; einige Tage später scheint Herr Chamberlain sich anders besonnen und dementsprechend auch entgegenkommender gesprochen zu haben.

Für Deutschland ist augenblicklich das wichtigste, sich nicht zu binden und ruhig abzuwarten, ob Englands Haltung die Fortsetzung unserer bisherigen wohlwollenden Neutralität uns ermöglicht. Diese Frage ist heute noch nicht entschieden, sondern bleibt vorläufig zweifelhaft, denn das, was Herr Chamberlain über „kleinliche Fragen, die für keinen von uns beiden zwei Pfennig wert sind", gesagt hat, ist zweiseitig und auch von unserer Seite verwendbar. Die Samoafrage bedeutet für England viel weniger als für Deutschland, und soweit ich als Mitbeteiligter mir ein objektives Urteil zutrauen kann, komme ich mehr und

---

* Der Erlaß Bülows vom 6. Mai, der über die Anregung des russischen Botschafters Grafen von der Osten-Sacken über den Abschluß eines deutsch-russischen Abkommens über den Orient handelt, ist bereits in seinem ersten Teile abgedruckt in Kap. XCV, Nr. 4021; hier folgen nur die ausschließlich auf England und die Samoafrage bezüglichen Teile.
** Vgl. Nr. 4071.

mehr zu der Überzeugung, daß es für England eine gute und zinstragende Politik sein würde, dem deutschen Volke gerade in dieser Frage freundlicher entgegenzukommen. Denn Samoa bedeutet für England, welches die Fidschiinseln mit guten Häfen in der Nähe hat, sehr wenig, für Deutschland bedeutet der Name Samoa den Anfang und den Ausgangspunkt unserer kolonialen Bestrebungen. Anstatt des Entgegenkommens hat uns England hier aber bisher offene Feindseligkeit in schroffer Form gezeigt. Ich will annehmen, daß Herr Chamberlain hieran nicht schuld ist, und daß die Vorgänge in Samoa nicht dem Sinne seiner Direktiven entsprechen. Eine Ansicht hierüber werden wir uns erst bilden können, wenn im Verlaufe der Kommissionsberatungen klar wird, welche Haltung der englische Delegierte einnimmt, insbesondere, wie er sich zur Entschädigungsfrage stellt, und im allgemeinen, ob sein Streben sich mehr auf eine Verständigung oder auf ein Scheitern der Verhandlungen richtet.

Was die von Ew. telegraphisch mitgeteilte Beschwerde des Herrn Chamberlain über die Haltung der deutschen Delegierten in der Brüsseler Spirituskonferenz anlangt*, so können Ew. Herrn Chamberlain in meinem Namen die Versicherung übermitteln, daß ich der diesseitigen Vertretung nicht gestatte, eigene Politik zu machen. In einzelnen Punkten ist der Abstand zwischen den Behauptungen des Herrn Chamberlain und den feststehenden Tatsachen — z. B. hinsichtlich der angeblichen Übereinstimmung der anderen Regierungen mit der englischen Auffassung in der Frage — so erheblich, daß ich annehmen möchte, Herrn Chamberlains Mitteilungen über angebliche anti-englische Äußerungen eines deutschen Delegierten entstammten gleichfalls einer unsicheren Quelle. Von dem Bestreben geleitet, den Wünschen des Herrn Chamberlain im Rahmen der deutschen Interessen und der deutschen Würde so sehr als möglich entgegenzukommen, habe ich unsern Delegierten zu der Brüsseler Konferenz vor seiner Rückkehr nach Brüssel heute nochmals persönlich mit so konzilianten Instruktionen versehen, als dies die Rücksicht auf vitale Interessen der deutschen Industrie und Landwirtschaft nur irgendwie zuließ.

Schließlich möchte ich nicht unterlassen zu konstatieren, daß die Wiederaufnahme eines direkten Verkehrs mit Herrn Chamberlain mich lebhaft gefreut hat. Ich glaube, daß Herr Chamberlain infolge seiner überlegenen Klugheit zugänglicher für Vernunftgründe ist als mancher andere englische Staatsmann, und die Fortsetzung des Verkehrs mit ihm in irgendeiner Ew. geeignet und unbedenklich scheinenden Form würde daher durchaus meinen Wünschen entsprechen.

Bülow

* Vgl. dazu Freiherr von Eckardstein, Lebenserinnerungen und Politische Denkwürdigkeiten, Bd. II, S. 18 ff.

Nr. 4073

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Bernhard von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept

Nr. 302 Berlin, den 16. Mai 1899
Geheim

Gestern besuchte mich Herr Holls, ein mit dem Präsidenten Mac Kinley eng befreundeter deutscher Amerikaner, welcher sich zur Friedenskonferenz nach dem Haag begibt. Herr Holls erzählte mir im allerengsten Vertrauen, der amerikanische Botschafter in London* habe ihm ein Diner gegeben, bei welchem die englischen Minister außer Lord Salisbury und auch einige Führer der Opposition gewesen seien. Er, Holls, habe aus seiner Meinung kein Hehl gemacht, daß es ihm unerfindlich sei, welchen Vorteil England sich davon verspreche, Deutschland in einer so unbedeutenden Angelegenheit wie die Samoafrage derartig brüskiert zu haben.

Herr Balfour habe darauf mit der französischen Redensart erwidert „à qui le dites-vous?" und hinzugefügt, daß er, Balfour, von Anfang an die Ansicht vertreten habe, England solle seine Ansprüche auf Samoa an Deutschland überlassen. Die anderen Minister, auch Herr Chamberlain, hätten jedoch dieser Ansicht unter dem Vorwand widersprochen, daß Australien die völlige Aufgabe der englischen Rechte auf Samoa nicht dulden würde. Der amerikanische Botschafter in London, welcher wohl gewußt habe, wie wenig stichhaltig dieser Einwand sei, hätte darauf entgegnet: „Sie werden sich schließlich von Ihren Kolonien unabhängig erklären müssen, wie sich seinerzeit Ihre größte Kolonie, Amerika, von Ihnen unabhängig erklärt hat."

Bülow

Nr. 4074

Kaiser Wilhelm II. an Königin Viktoria von England

Privatschreiben. Eigenhändiges unsigniertes Konzept

Neues Palais, den 22. Mai 1899

D[ear] Gr[andmama],

The letter of the 18th of this month** which you kindly sent me arrived on the 20th. The news concerning the rumours said to

* Joseph H. Choate.

** Näheres über den nicht bei den Akten befindlichen Brief der Königin Viktoria erhellt aus einem Telegramm Kaiser Wilhelms II. an den Staatssekretär von

be circulating in Germany, which gave you offence, astonished me to the utmost, as I never heard anything concerning them. I immediately conferred with my minister for foreign affairs, and had the whole of the german pressarticles investigated which appeared since my return from the Mediterranean and also caused most searching enquiries, to be made in the Berlin society as well as in the circles of the S[o]uthern German States. The result of these most thoroughgoing and vigorous investigations is that no such rumours have ever circulated anywhere — namely that people were astonished at you not having invited me to Cowes this year — and that no such articles have ever been written in our papers, or even hinted at in them. I therefore am inclined to suppose that your informant must have made some extraordinary mistake or that he is not quite au fait of what is going on in Germany. I am most happy to be able to allay your fears as to the possibility of misunderstandings arising between the two countries from these utterly unf[o]unded rumours. On the other hand I think it my duty to point out that public feeling has been very much agitated, and stirred to its depths by the most unhappy way in which L[or]d Salisbury has treated Germany in the Samoan business. After we had come to the South African agreement — which I settled very much against the will of our colonial circles — the people in Germany thought that a new base had been laid for mutual understanding and goodwill in colonial questions. Then came

---

Bülow vom 20. Mai 1899, in dessen Eingang es heißt: „Ich habe heute Abend von Seiten der Königin Viktoria von England einen ziemlich gereizten Brief erhalten. Derselbe ist vom 18. datiert, und beklagt sich Ihre Majestät, daß ihr von verschiedenen Seiten Gerüchte zu Ohren gekommen wären, es wäre in Deutschland allgemein verbreitet und besprochen, wie auffallend es sei, daß ich in diesem Jahre keine Einladung nach Cowes erhalten hätte. Sie begriffe gar nicht, wie so ein Gerücht aufkommen könnte. Sie habe mir jedoch ‚persönlich' geschrieben und meinem Adjutanten, Herrn von Loewenfeldt, der im Winter bei ihr in Osborne gewesen sei, ausdrücklich gesagt, sie erwarte mich für dieses Jahr in Cowes. Dieses Verhalten der deutschen öffentlichen Meinung habe sie sehr verstimmt, denn diese Behauptung sei ganz zu unrecht. Damit aber diese für Ihre Majestät nachteilige Ansicht in Deutschland sich nicht festsetze und daraus böses Blut zwischen beiden Ländern entstände, möchte ich Ihrer Majestät auch meinerseits durch Aufklärung des Tatbestandes beistehen und diese falsche Ansicht des deutschen Publikums korrigieren. Sie sehne sich sehr, mich endlich wiederzusehen, und erwarte meinen Besuch in Cowes, dem sie freundlich entgegensehe." Im weiteren Verlauf des Telegramms spricht der Kaiser seine Verwunderung aus, daß die Königin, obwohl sie solches Gewicht auf die öffentliche Meinung Deutschlands zu legen scheine, mit keiner Silbe der Samoaaffaire Erwähnung tue, die doch für die deutsche Öffentlichkeit so ungeheuer aufregend und verletzend gewesen sei. Zum Schluß ersucht der Kaiser Bülow, am folgenden Tage zu ihm zu kommen, „um die Antwort zu besprechen". In dem eigenhändigen Handschreiben des Kaisers ist danach das Ergebnis der Beredung des Kaisers mit dem Staatssekretär zu sehen.

our military demonstration on the Waterloo Place at Hannover* for the Victors of Omdurman; which was a sign of the warm interest taken by our army in the deeds of their British brothers in arms. My visit to Malta** — as alas I could not extend my visit to Egypt — was a sign of affectionate interest in your fleet and your Flag, of which I am so proud to be an Admiral. And last not least with an utter disregard to Public opinion — which was very sore about it — and in the teeth of a most violent opposition from all ranks of society in Germany I received Sir Cecil Rhodes***. Only showing thereby that I thought it my duty to do all in my power to help your Government in the work of peace and goodwill for the benefit of my country. As a „rendu" for all this Lord Salisbury has treated Germany in the Samoan question in a way, which was utterly at variance with the manners which regulate the relations between Great Powers according to European rules of civility. He not only left my Government for months without an answer to our proposals, dating from autumn last year, but he even refrained from expressing his, or the Government's regrets after the first acts of violence by Commander Sturdee and the other ships had occurred at Samoa. A fact the more unintelligible as the President of the U[nited] S[tates] [of] A[merica] immediately sent word to say how sorry he was that such acts had happened on the part of American officers and men †. The British ships went on for weeks bombarding so called „positions" of so called „rebels" — though no one knows against whom they „rebelled" — and burning plantations and houses belonging to German subjects, thereby causing losses of hundred thousands of marks, without even so much as an excuse having been made, and that on an island which by three fourth is in German hands!

This way of treating Germany's feelings and interests has come upon the People like an electric shock and has evoked the impression that L[ord] S[alisbury] cares for us no more than for Portugal, Chili or the Patagonians, and out of this impression the feeling has arisen that Germany was being despised by his Government, and this has stung my subjects to the quick. This fact is looked as a taint to national honour and to their feelings of selfrespect. Therefore I am most sorry to have to state that popular feeling is very bitter on England just now, and, as I found out during my spring journey everywhere, it is the same with the simple people as with their Princes,

* Am 4. September 1898 hatte Kaiser Wilhelm bei seiner Anwesenheit in Hannover den zum Gottesdienst auf dem Waterlooplatz versammelten Truppen die Nachricht von dem englischen Sieg bei Omdurman mitgeteilt und ein Hoch auf die Königin von England ausgebracht.

** Auf der Rückreise von der Palästinafahrt des Kaisers, Mitte November 1898.

*** Vgl. Nr. 4045, S. 581, Fußnote *.

† Vgl. Nr. 4053.

it is unanimous, most dishearting for my honest labours to bring the two countries to understand each other better. If this sort of highhanded treatment of Germany by L[ord] S[alisbury's] Government is suffered to continue, I am afraid there will be a permanent source of misunderstandings and recriminations between the two People, which may in the end lead to bad blood. I have of course been silent as to what I personally have gone trough, the shame, the pain I have suffered in these last months, and how my heart has bled when to my despair I had to watch that all the arduous work of years, to make the two countries understand each other and respect each others wishes and aspirations, was destroyed by one blow by the highhanded disdainful treatment of ministers who have never even come over to stay in or to study Germany, and hardly have taken the trouble to try to understand her People!

The Government of L[ord] S[alisbury] must learn to respect and to treat us as equals; as long as he cannot be brought to do that, Germany's People will always remain distrustful and a sort of coolness will be the unavoidable result. It is very probable that the widespread dissatisfaction at the treatment of the Samoan affair may have reached your informant in a roundabout way and made him believe that it had to do with Cowes; but that is not the case. What a great pity it is you could not pass by Straßburg or any other station *, where I could have met you and talked to you about the grievous mess. Now you will understand, dear Gramma, why I so ardently wished to be able to go over for your birthday **. That visit would have been perfectly understood over here, as the duty of the grandson paid to his grandmother, putting the „Emperor" etc. apart, as according with the family ties, and nobody would have said a word against. The more so as the children were to be shown to their great grandmother. But a pleasure-trip to Cowes after all what has happened and with respect to the temperature of Public opinion here is utterly impossible now. I had not the heart to write about these disagreable matters to you, as I did not want to worry you, and as I always hoped L[ord] S[alisbury] would change his mind again, therefore I gulped down all adverse things and held my tongue.

---

* Wiederholt hatte Kaiser Wilhelm II. der Königin Viktoria nahelegen lassen, gelegentlich ihrer Frühjahrsreisen an die südfranzösische Küste den Rückweg über Straßburg oder Koblenz zu nehmen, damit er so nach seinen häufigen Besuchen in England Gelegenheit finde, die Königin auf deutschem Boden zu begrüßen. Die Königin erklärte indessen sowohl 1898 wie 1899, den Strapazen eines solchen Umweges mit Rücksicht auf ihr hohes Alter nicht gewachsen zu sein.

** Am 24. Mai 1899 feierte Königin Viktoria ihren 80. Geburtstag. Es war Kaiser Wilhelm II. sehr darum zu tun gewesen, eine Einladung zu dieser Feier zu erhalten; die Königin sah sich aber wieder mit Rücksicht auf ihr hohes Alter genötigt, die Feier nur im engeren Familienkreise zu begehen.

But as you have kindly inquired as to the state of the public opinion over here, I thought it my duty, to state the facts openly as they are. I can assure you there is no man more deeply grieved and unhappy than I am. And all that on account of a stupid Island which is a hair-pin to England compared to the thousands of Square miles she is annexing right and left every year unopposed. Uncle Arthur* knows the contents of this letter more or less, as I talked the questions over with him, so that he is perfectly able to inform you should you ask.

Nr. 4075

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 414 London, den 25. Mai 1899

Zu Erlaß Nr. 302 vom 16. d. Mts.**

Die Angabe[n] des Herrn Holls über gelegentliche Äußerungen englischer Staatsmänner, deren Aufrichtigkeit ich nicht bezweifele, geben kein richtiges Bild von der hiesigen Situation in bezug auf die Samoafrage, über welche ich genau informiert zu sein glaube.

Richtig ist im allgemeinen, daß mehrere englische Minister, unter anderen Herr Chamberlain und Herr Balfour, nach wie vor gute Beziehungen mit Deutschland für wünschenswert halten, soweit ihnen dies ohne Aufgabe wesentlicher englischer Interessen möglich erscheint. Sie haben daher die Verwickelungen mit uns in Samoa bedauert, sind aber damit durchaus nicht zu der Einsicht gelangt, daß England an dieser Verwickelung schuld ist, oder daß es in der Sache anders hätte handeln können. Sie sind vielmehr überzeugt, daß die ganze Verwickelung lediglich auf das Verfahren des Herrn Rose zurückzuführen sei, welches in bezug auf die Königswahl mit den klaren Bestimmungen der Samoaakte im Widerspruch stehe und außerdem offenbar den Zweck verfolgt habe, die Engländer aus Samoa herauszudrängen. Sie stehen dabei unter dem unbedingten Einfluß der Überzeugung, die ich bei jeder Gelegenheit bekämpfe, daß Australien weder ein Zurückweichen Englands bei dieser Gelegenheit noch auch die gutwillige Überlassung der englischen Rechte auf Samoa zugegeben haben würde, und daß die englische Regierung, wenn sie darauf keine Rücksicht nehmen wollte, auf die größten Unannehmlichkeiten mit jener Kolonie gefaßt sein müßte. So unbegreiflich es erscheinen mag, daß man hier nicht begreift, daß ein politisches Abschwenken Deutschlands zu den

---

* Prinz Arthur, Herzog von Connaught.
** Siehe Nr. 4073.

Gegnern Englands einen weit größeren Nachteil bieten würde, so läßt sich nur die Tatsache konstatieren, daß diese Erkenntnis hier noch nicht durchgedrungen ist, und daß auch die Manifestationen der deutschen Presse daran bis jetzt nichts geändert haben. In dieser Hinsicht treffe ich alle Tage auf die mehr oder weniger verhüllte Annahme, die sich nur aus der unglaublichen Unkenntnis deutscher Verhältnisse selbst bei hervorragenden englischen Ministern erklärt, daß es in Deutschland in bezug auf auswärtige Politik überhaupt keine öffentliche Meinung im englischen Sinne gibt, daß die Haltung unserer Presse in dieser Hinsicht daher von den Inspirationen der Kaiserlichen Regierung abhängt und daß letztere, welche es schwerlich zu einem ernstlichen Bruch mit England treiben will, es vollständig in der Hand hat, unserer Presse und daher unserer öffentlichen Meinung jede der Regierung geeignet erscheinende Politik, auch in der Samoafrage, annehmbar zu machen. Auch die uns wohlgesinnten englischen Minister, in erster Reihe Herr Chamberlain, gehen schließlich von der Überzeugung aus, daß heute keinerlei Grund mehr zur Empfindlichkeit oder zu neuen Streitigkeiten vorliege, nachdem England die große Konzession gemacht habe, auf das Prinzip der Majorität für die Beschlüsse der Kommission zu verzichten, und daß der allerdings unangenehme, aber an sich doch unerhebliche Zwischenfall in Samoa weiteren guten Beziehungen zwischen England und Deutschland nicht im Wege stehen könne. pp.

Hatzfeldt

Nr. 4076

Königin Viktoria von England an Kaiser Wilhelm II.

Privatschreiben. Abschrift

Balmoral Castle, June 12 1899

Dear William,

I thank you for your letters which Uncle Arthur sent me*. With regard to Coburg I think and hope everything is easely to be settled to the satisfaction of the Family and the Duchess.

Your other letter**, I must say, has greatly astonished me. The tone in which you write, about Lord Salisbury, I can only attribute to a temporary irritation on your part, as I do not think you would otherwise have written in such a manner. And I doubt whether any Sovereign ever wrote in such terms to another Sovereign, and that Sovereign his own Grand Mother about her Prime Ministre. I never

* Es handelt sich um zwei Briefe des Kaisers, einen der die Frage der Erbfolge für Herzog Alfred von Koburg betraf, sowie um den in Nr. 4074 abgedruckten Brief.
** Siehe Nr. 4074.

should do such a thing and I never personally attacked or complained of Prince Bismarck, though I knew well what a bitter enemy he was to England, and all the harm he did.

I naturally, at once, communicated your complaints against him to Lord Salisbury and I now enclose a Memorandum he has written for my information which entirely refutes the accusations and which will show you that you are under a misapprehension*.

Your visit to Osborne, not to Cowes, I looked on as a visit for my birthday, as I was not able to receive you on the day itself. — I can only repeat that if you are able to come, I shall be happy receive you at the end of July or in August**.

I can have you and two of your sons as well as two gentlemen in at Osborne and you could leave the rest of your suite on board your Yacht.

Believe me always
your very affectionate
Grand Mama
(gez.) V. R. I.

Anlage

Aufzeichnung des englischen Premierministers Marquess of Salisbury

Abschrift. Unsigniert

Referring to the German Emperors remark that the German Government was left for months without an answer to its proposals dating from last autumn Lord Salisbury is unable to imagine to what proposal the Emperor refers. He has been through the papers and can find none which was left without an answer. The only proposal the Emperor made in the autumn of last year was that Samoa should be partitioned among the three Powers. His Imperial Majesty was not left for a week without an answer: the British Government replied at once that they feared the proposal was impracticable, because there

---

* Siehe die Anlage.

** Wenn Freiherr von Eckardstein in seinen Lebenserinnerungen (II, 22) es so hinstellt, als ob Kaiser Wilhelm II. alles aufgeboten habe, um eine offizielle Einladung der Königin Viktoria im Sommer 1899 zu erhalten, so stellt er die Dinge auf den Kopf. Die Sache lag umgekehrt so, daß der Kaiser in Verstimmung über die Ablehnung seines Besuchs zum 80jährigen Geburtstag der Königin Viktoria und in weiterer Verstimmung über die Samoaaffäre eine Einladung zu den Segelregatten in Cowes ablehnte und überhaupt gegen einen Besuch in England erhebliche Bedenken geltend machte, die erst durch ein weiteres Einlenken Lord Salisburys in der Samoafrage (vgl. Nr. 4077) behoben wurden.

were only two islands works having in the group, and it was impossible to divide these among three Powers*.

As to the statement that „Lord Salisbury even refrained from expressing his or the Government's regrets after the first acts of violence by Commander Sturdee and the other ships had occurred at Samoa — a fact the more unintelligible as the President of the United States immediately sent word to say how sorry he was such acts had happened on the part of the American officers and men", Lord Salisbury says that the reason the British Government did not apologize on that occasion was that they had done nothing to German subjects or property for which an apology could be due. The Americans he states did fire into the German Consulate. It was an accident and they very properly expressed their regret for it — But British fire struck no German property and no German subject: and the armed parties sent out by the English ship against the rebellious natives were strictly ordered to respect all European property and they faithfully obeyed their orders. Commenting upon the statement of the German Emperor that „the feeling has arisen that Germany was being despised by Lord Salisbury's Government and this has stung my subjects to the quick" Lord Salisbury remarks that having been carefully through the records from November until now he can find no ground whatever for the Emperor's discontent. Everything His Imperial Majesty asked for has been, in effect, done. The Emperor asked that the British Consul should be instructed not to oppose the Provisional Government. The instruction was at once sent. The Emperor desired that an International Commission should be appointed to take charge of Samoa. The proposal was accepted and Great Britain appointed their Commissioner. The Emperor desired that its decisions should not be valid unless they were unanimous. Both the British and the American Governments were strongly opposed to this course: but they gave way to the German Emperor.

The Emperor wished the Consuls to be recalled. Her Majesty's Government could not accept this proposal as it would have involved a condemnation of the British Consul, who was not in the wrong. But they agreed to entirely supersede the authority of the Consuls, and it was placed in the hands of the Commission.

---

* Eine solche Antwort der englischen Regierung auf den am 7. September dem Foreign Office vorgelegten und von diesem am gleichen Tage telegraphisch an den auf dem Festland weilenden Lord Salisbury weitergegebenen Teilungsplan ist nach Ausweis der deutschen Akten nicht erfolgt; Lord Salisbury ließ lediglich zurücksagen: er glaube nicht, daß bezüglich Samoas etwas geschehen könne, da Australien jede Veränderung übelnehmen würde. Vgl. Nr. 4034. Kaiser Wilhelm II. hat offenbar in dieser beiläufig durch einen Hilfssekretär des Foreign Office gegebenen Auskunft, falls sie überhaupt zu seiner Kenntnis gebracht ist, eine offizielle Antwort nicht gesehen.

In everything therefore Lord Salisbury considers the German Emperor has had his way, and it is quite unintelligible to him on what grounds the Emperor can maintain that British action in regard to Samoa has been in any sense unfriendly to the German Government.

Nr. 4077

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow, z. Z. in Semmering, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 5 Semmering, den 13. Juli 1899

Für des Kaisers und Königs Majestät

Graf Hatzfeldt telegraphiert mir soeben, daß Lord Salisbury ihm gesagt habe, er würde sich freuen, bei einem Besuch Euerer Majestät in England „durch persönliche Aussprache die leider eingetretenen Mißverständnisse beseitigen zu können, da ihm nichts ferner liege, als eine Euerer Majestät berechtigten Interessen feindliche Politik einzuschlagen."

In dieser Erklärung sehe ich einen neuen Erfolg Euerer Majestät, denn Lord Salisbury ist der maßgebendste Faktor in England und sein Einlenken wiegt schwer. In diesem Jahre werden Euere Majestät Cowes nicht besuchen wollen; ein Besuch in Schottland dürfte nach dem, was Graf Hatzfeldt meint, bei Ihrer Majestät der Königin Viktoria auf Schwierigkeiten stoßen. Aber jedenfalls ist jetzt die Bahn frei für einen Besuch Euerer Majestät in England im nächsten Jahr.

Gleichzeitig hat Lord Salisbury nicht nur in die Entlassung des Oberrichters Chambers eingewilligt*, sondern sich auch damit einverstanden erklärt, daß die so schwierige Entschädigungsfrage auf Samoa (gemäß Art. III, Abschn. 2 der Samoaakte) durch Schiedsspruch des Königs von Schweden reguliert werde. Damit eröffnet sich endlich die Aussicht auf eine wirklich annehmbare Beilegung der Samoafrage, wozu ich Euerer Majestät in Ehrfurcht meine Glückwünsche zu Füßen lege.

Bülow

---

* Nach dem von Graf Bülow angezogenen Telegramm Hatzfeldts vom 12. Juli (Nr. 173) hätte Lord Salisbury ausdrücklich gesagt, er freue sich aufrichtig, daß mit der von Chambers eingereichten Entlassung die Angelegenheit die von der deutschen Regierung gewünschte Erledigung gefunden habe.

Nr. 4078

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 149 Berlin, den 20. Juli 1899

Seine Majestät haben den Vorschlag, die samoanische Entschädigungsfrage dem Schiedsspruch des Königs von Schweden zu unterbreiten *, gebilligt.

Euere Exzellenz wollen sich jetzt für ermächtigt halten, Lord Salisbury für sein mit Telegramm Nr. 173 ** gemeldetes Entgegenkommen mit dem Bemerken zu danken, daß wir die Arbitrage als prinzipiell vereinbart betrachten. Zugleich wollen Euere Exzellenz, am besten wohl durch Notenaustausch, die Abmachung vorläufig dahin formulieren, daß alle Ansprüche, die von Reichsangehörigen oder britischen Untertanen oder beiderseitigen Schutzgenossen, seien es Einzelpersonen oder Gesellschaften, wegen Ersatzes von Schäden erhoben werden, welche ihnen infolge der samoanischen Wirren zwischen dem 1. Januar und dem Tag des Eintreffens der Samoakommission entstanden sind, durch einen nach Grundsätzen des Rechts oder Erwägungen der Billigkeit zu fällenden Schiedsspruch erledigt werden, daß Seine Majestät der König von Schweden und Norwegen von beiden beteiligten Regierungen um Annahme des Schiedsrichteramts ersucht, und daß durch den Schiedsspruch entschieden werde, ob und in welchem Umfang die eine oder andere der Regierungen, allein oder in Verbindung mit der andern oder mit einer dritten Regierung, diese Schäden zu ersetzen hat.

Zu Euerer Exzellenz Information: Ein praktisch durchgreifender Erfolg wird von der Schiedsgerichtsmaßnahme nur dann zu gewärtigen sein, wenn auch Amerika dem Abkommen beitritt. Wir beabsichtigen daher, sobald Euere Exzellenz sich mit Lord Salisbury geeinigt haben werden, durch Herrn von Mumm in Washington *** Schritte in der Richtung dieses Beitritts der dortigen Regierung zu tun, und gedenken, durch Euere Exzellenz Lord Salisbury anzugehen, in gleicher Weise durch den englischen Botschafter in Washington wirken zu lassen.

Sollten Euere Exzellenz nach Ihrer Kenntnis der dortigen Sachlage ein anderes Vorgehen für angezeigter erachten, so würden Euere Exzellenz mich durch bezüglichen Vorschlag zu Dank verpflichten.

Richthofen

---

* Vgl. Nr. 4117, S. 675, Fußnote.
** Vgl. Nr. 4077, nebst Fußnote.
*** Geschäftsträger in Washington.

Nr. 4079

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow, z. Z. in Semmering, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 25 Semmering, den 23. Juli 1899

Graf Hatzfeldt telegraphierte mir gestern:

„Es wird mir bestimmt versichert, daß die größte Schwierigkeit bei Ihrer Majestät der Königin bezüglich Einladung in ihrer Gereiztheit darüber bestehe, daß Seine Majestät der Kaiser die frühere Einladung nach Cowes angeblich überhaupt nicht beantwortet habe. Kann ich dies in Abrede stellen*? Wenn nicht, möchte ich lediglich Euerer Exzellenz anheimstellen, ob es nicht möglich wäre, daß Seine Majestät etwa in Anknüpfung an das Zusammentreffen mit den englischen Schiffen ein freundliches Telegramm an die Königin etwa folgenden Inhalts richtete: Seine Majestät habe bedauert, durch bereits festgestellte Verpflichtungen an dem Besuche in Cowes verhindert zu sein, würde sich aber sehr freuen, sobald allerhöchstderselbe frei sei, also gleich nach dem 18. Oktober, Ihre Majestät besuchen zu können. Es würde die Aufgabe des Prinzen von Wales voraussichtlich sehr erleichtern, wenn eine solche allerhöchste Äußerung vor der bezüglichen Unterredung in Cowes in den Händen der Königin wäre. — Herr Balfour, offenbar besorgt wegen unserer Haltung England gegenüber, hat sich gestern Freiherrn von Eckardstein kommen lassen und ihn ausgefragt, warum wir eigentlich so gereizt seien und was darin wohl geschehen könnte. Der letztere hat auf meinen Wunsch erwidert, man müsse uns einfach mehr Entgegenkommen zeigen. — Sir Frank Lascelles ist wiederholt von der Königin und Lord Salisbury zu Rate gezogen worden und hat sich sehr offen und korrekt ausgesprochen. Die Königin hat ihm durch die Prinzessin Christian ihre ganze Korrespondenz mit Seiner Majestät vorlegen lassen."

Ich habe hierauf soeben nachstehendes erwidert:

„Es gereicht mir zur besonderen Genugtuung, Euerer Exzellenz mitteilen zu können, daß Seine Majestät der Kaiser in dem von Euerer Exzellenz gewünschten Sinne soeben ein Telegramm an Ihre Majestät die Königin Viktoria gerichtet hat. Seine Majestät hat der Königin telegraphiert, daß allerhöchstderselbe wegen des Unfalls Ihrer Majestät der Kaiserin, zu welcher er demnächst zurückkehren müßte, der Einladung nach Cowes leider nicht folgen könne. Die Depesche unseres allergnädigsten Herrn schließt: ‚Aber ich hoffe, daß — wenn es Dir passen sollte, ich Dir nach dem 18. Oktober, bis welchen Zeit-

---

* Vgl. Nr. 4076.

punkt ich unaufschiebbare Verbindlichkeiten habe, einen Besuch abstatten kann.'

Ich zweifle nicht daran, daß dieses allerhöchste Entgegenkommen Euerer Exzellenz eifriges und anerkennenswertes Bemühen um Beseitigung aller persönlichen wie sachlichen Divergenzen zwischen uns und England in hohem Grade fördern wird. Mit Recht hat in letzterer Hinsicht Freiherr von Eckardstein auf Euerer Exzellenz Weisung Mr. Balfour erwidert, wie eine Besserung der Lage einfach und lediglich davon abhänge, daß uns England mehr Entgegenkommen zeige. Die erste und unerläßlichste Voraussetzung für ein normales Verhältnis zu England bleibt eine unsere öffentliche Meinung befriedigende Lösung der Samoaangelegenheit. Wenn diese Frage, welche der Ausgangspunkt aller späteren Verstimmungen und Differenzen war, unter loyaler englischer Mitwirkung endgültig geregelt sein wird, steht einem vertrauensvollen und für beide Teile ersprießlichen Verhältnisse zwischen Deutschland und England nichts im Wege."

Bülow

Nr. 4080

*Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen von Bülow für den Prinzen Heinrich von Preußen**

Konzept. Auszug

Ganz geheim — Berlin, den 15. August 1899

pp. Die nach Samoa entsandte Kommission der drei Mächte hat den auf sie gesetzten Erwartungen insofern entsprochen, als sie die Entwaffnung und Versöhnung der kämpfenden Parteien herbeigeführt und — nachdem die Aufrechterhaltung des Königtums für die friedliche Entwickelung Samoas als unzweckmäßig hatte anerkannt werden müssen — die Abschaffung des Königtums beschlossen und einstweilen in Kraft gesetzt hat. Wegen Regelung der Schadenersatzansprüche durch Schiedsspruch Seiner Majestät des Königs von Schweden schweben zwischen Deutschland und England Verhandlungen; Deutschland legt hierbei Wert darauf, daß England und Deutschland gemeinsam die Regierung der Vereinigten Staaten zum Beitritt auffordern. Der günstige Verlauf der Verhandlungen der Samoakommission ist übrigens in erster Linie dem einträchtigen Zusammenwirken zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Delegierten zuzu-

* Für den im März 1899 zum Chef des ostasiatischen Kreuzergeschwaders ernannten Prinzen Heinrich von Preußen sind auf Befehl Kaiser Wilhelms II. von seiten des Auswärtigen Amts wiederholt umfängliche „Situationsberichte" über die politische Lage zusammengestellt worden.

schreiben, welch letzterer das Verhalten seines englischen Kollegen vielfach in rückhaltloser Weise mißbilligt und in scharfen Ausdrücken kritisiert hat. pp.

Bülow

Nr. 4081

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 194 Berlin, den 29. August 1899

Es erscheint als eine zwingende Notwendigkeit, daß die Samoaangelegenheit noch vor dem für den Herbst in Aussicht genommenen Besuch Seiner Majestät des Kaisers in England endgültig und in einer für die Kaiserliche Regierung annehmbaren Form erledigt ist. Auch der englischen Regierung wird schon im Hinblick auf die kritische Lage in Südafrika * im Augenblicke daran liegen müssen, diese zwischen uns bestehende Streitfrage endlich aus der Welt zu schaffen.

Ew. pp. wollen daher in einer Ihnen geeignet scheinenden Weise, aber mit möglichster Bestimmtheit Lord Salisbury sagen: die Kaiserliche Regierung sei nach reiflicher Überlegung zur Überzeugung gelangt, daß die Samoaangelegenheit, auch wenn selbst die Beschlüsse der Samoakommission von den drei Mächten angenommen werden sollten, doch stets eine Quelle des Haders bleiben würde und die notwendigen freundschaftlichen Beziehungen zwischen uns fortdauernd zu trüben vermöchte. Die Samoakommission habe daher richtig dahin resümiert, daß unter einer dreifachen Regierung auf Samoa von einem dauernden Frieden daselbst niemals die Rede sein könnte. Die beste und gerechteste Lösung der Streitfrage sei eine Teilung der Samoainseln zwischen den drei Mächten in der Weise, daß England Savaii, Amerika Tutuila und Deutschland Upolu erhalte; dabei wollen Ew. pp. Lord Salisbury darüber verständigen, daß für den Fall der Annahme einer solchen Teilung unsererseits keine Einwendungen gegen eine Besitzergreifung von Savage Island und der Tongagruppe, denen das deutsch-englische Abkommen vom 10. April 1886 ausdrücklich den Charakter von neutralen Gebieten gesichert hat, von seiten Englands erhoben werden würden. Sollte Lord Salisbury dabei wieder auf den etwaigen Einspruch Australiens gegen eine solche Teilung der Samoainseln hinweisen, so wollen Ew. pp. denselben in geeigneter Weise

* Vgl. über die Transvaalkrise Bd. XV, Kap. CI.

daran erinnern, daß von ihm selbst zu wiederholten Malen der Vorschlag einer Verlosung gemacht worden sei, die doch zu demselben Ergebnis führen könnte, und daß für England angesichts seines großen anderweitigen Inselbesitzes in jener Gegend eine solche Lösung der Samoafrage für die australischen Kolonien keine solche Bedeutung haben könne, wie für uns, die wir dort bisher keinerlei Stützpunkt für unsern Handel hätten.

Sollte Lord Salisbury für eine solche Teilung absolut nicht zu gewinnen sein, so wollen Ew. pp., aber nur in diesem Falle, ihm eröffnen, daß wir im Interesse des guten Einvernehmens mit England auch nicht abgeneigt wären, dem Gedanken eines Austausches der Samoainseln gegen eine englische Besitzung von entsprechendem Werte nahezutreten. Als ein solches Austauschobjekt würden diesseits abgesehen von Sansibar der englische Teil von Neu-Guinea oder die Salomoinseln zu betrachten sein. Der Geschäftsträger in Washington ist telegraphisch angewiesen, Amerika dafür zu gewinnen, daß es seinen Einfluß auf die englische Regierung in dem angegebenen Sinne geltend macht*.

Von einer weiteren Verschleppung der Samoafrage verspreche ich mir nicht nur keinen Nutzen, sondern sehe in einer solchen eine ernstliche Gefahr und glaube, daß es unerläßlich ist, eine Entscheidung herbeizuführen, bevor der Besuch Seiner Majestät in England erfolgt ist.

Bülow

Nr. 4082

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 253 London, den 8. September 1899

Heute Samoafrage in ganz vertraulicher Unterhaltung eindringlich aber in freundschaftlicher Form mit Lord Salisbury besprochen.

---

* Telegramm an den Geschäftsträger in Washington von Mumm vom 29. August 1899: „Amerika würde im eigenen Interesse handeln und uns einen wesentlichen Dienst leisten, wenn es seinen ganzen mächtigen Einfluß bei der englischen Regierung für die Verwirklichung einer solchen gerechten Teilung der Samoainseln geltend machte. Die Kaiserliche Regierung würde darin ein wertvolles Unterpfand für die weitere Ausgestaltung ihrer freundschaftlichen Beziehungen zu Amerika, wie sie jetzt erfreulicherweise beständen, sehen, und Amerika könnte unserer guten Gegendienste bei anderen Gelegenheiten sicher sein.“

Nachdem er die Teilung zu gleichen Teilen, durch welche England von vornherein auf Upolu verzichten würde, nochmals als unmöglich bezeichnet hatte, regte ich den Gedanken einer Arbitrage bezüglich Verteilung von Savaii und Upolu in der von dem Herrn Staatssekretär genehmigten Form als von mir persönlich ausgehend an, indem ich wiederholt auf die Notwendigkeit hinwies, eine freundschaftliche Lösung der Frage herbeizuführen, die sonst zu neuen Reibungen und Streitigkeiten führen müsse. Nach vielen Schwierigkeiten, bei welchen Lord Salisbury sich immer wieder auf die für ihn bestehende Notwendigkeit bezog, in dieser Frage die öffentliche Meinung in Australien zu schonen, erwiderte er mir schließlich, indem er dies als eine ganz persönliche und nicht verbindliche Meinung bezeichnete, daß die von mir vorgeschlagene Basis vielleicht zu einer Verständigung führen könne, wenn wir darauf eingehen könnten, wenigstens die Wahl des Schiedsrichters durch das Los entscheiden zu lassen. Auf meine Frage, wie er sich dieselbe denke, meinte der Premierminister, indem er nochmals wiederholte, daß er damit keine verbindliche Äußerung mache, er denke sich dies vorbehaltlich näherer Überlegung so, daß beide Regierungen eine gewisse Anzahl von Vertrauensmännern bezeichneten und daß das Los entscheiden solle, welcher von denselben das Amt des Schiedsrichters zu übernehmen habe. Lord Salisbury wiederholte mir mehrmals, daß er nur deshalb Wert darauf lege, um Australien gegenüber seine Verantwortlichkeit in bezug auf das Ergebnis der Arbitrage zu erleichtern. Als ich darauf aufmerksam machte, daß nach meiner Auffassung die Wahl eines Souveräns oder Staatsoberhauptes als Schiedsrichter vorzuziehen sein würde, erhob er hiergegen keine Einwendung.

Es wurde schließlich ausgemacht, daß ich den von mir angeregten Gedanken bei der Kaiserlichen Regierung befürworten und um Geneigtheit derselben bitten, und daß Lord Salisbury seinerseits meinen Vorschlag inzwischen mit den hiesigen maßgebenden Persönlichkeiten besprechen und sich versichern würde, ob er auf ihre Zustimmung rechnen könnte. Nächste Unterredung zwischen uns findet künftigen Mittwoch zwölf Uhr statt.

Nach meinem Eindruck ist Lord Salisbury persönlich geneigt, auf meinen Vorschlag mit der von ihm bezeichneten Maßgabe einzugehen. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß er nach näherer Überlegung und Besprechung der Sache mit seinen Kollegen versuchen wird, neue Schwierigkeiten zu machen und noch vorteilhaftere Bedingungen zu erwirken. Jedenfalls wird er sich aber künftigen Mittwoch mir gegenüber offener aussprechen, wenn ich ihm dann sagen kann, daß die Kaiserliche Regierung meinen Vorschlag mit der von ihm hinzugefügten Maßgabe bezüglich des Schiedsrichters durch das Los genehmigt hat. Ein wesentliches Bedenken hiergegen vermag ich nicht zu sehen, wenn wir uns darüber einigen können, daß das Verzeichnis

der beiderseitig für das Schiedsrichteramt aufzustellenden Kandidaten auf unbeteiligte Souveräne und Staatsoberhäupter zu beschränken ist.

Hatzfeldt

Nr. 4083

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow, z. Z. in Karlsruhe, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 102 Karlsruhe, den 11. September 1899

Seine Majestät der Kaiser, allerhöchstwelchem ich über den Stand der Samoafrage eingehend Vortrag gehalten habe, ist davon durchdrungen, daß in einer gerechten Auseinandersetzung hinsichtlich der Inselgruppe die einzige Möglichkeit liegt, die Beziehungen zwischen Deutschland und England wirklich vertrauensvoll zu gestalten. Seine Majestät, allerhöchstwelchem ein gutes Verhältnis zu England gerade jetzt besonders am Herzen liegt, wünscht lebhaft, daß wir uns über die Teilung mit England einigen, bevor er seinen Besuch in England macht. Seine Majestät akzeptiert die Überlassung von Tutuila mit Pago-Pago an Amerika. Seine Majestät erklärte es aber nach reiflicher Abwägung der verschiedenen Möglichkeiten für ganz unmöglich, daß wir Upolu mit Apia aufgäben. Die deutsche öffentliche Meinung würde ihm dies nie verzeihen. Dieselbe hinge viel mehr an Upolu und Apia als die englische oder gar australische. In dieser Beziehung lasse sich keine Parallele ziehen zwischen der Stimmung in England und derjenigen in Deutschland. England habe hundert Kolonialschafe in seinem Stalle, wir deren nur sehr wenige, die aber darum dem deutschen Volke um so teuerer wären. Speziell nach den letzten Ereignissen in Samoa besitze Upolu für Deutschland eine höhere Bedeutung, als dieser Insel vielleicht an sich zukäme.

Ich halte für völlig ausgeschlossen, daß Seine Majestät in irgendeine schiedsrichterliche Teilung der Samoainseln willigt, bei welcher wir Gefahr laufen würden, nur Savaii als unseren Anteil zu erhalten. Dagegen scheint es allenfalls möglich, daß Seine Majestät einer solchen Teilung dann zustimmt, wenn einerseits festgesetzt wird, daß derjenige, der Savaii erhält, dazu noch die Tongainseln und Savage Island bekommt, andererseits die auf Upolu ansässigen deutschen Plantagenbesitzer in einer dieselben zufriedenstellenden Weise entschädigt werden. Ein völliges Aufgeben von Samoa würde Seine Majestät nur akzeptieren, wenn wir für einen solchen Verzicht ein wirklich ausreichendes Äquivalent in Asien, Afrika oder Polynesien erhielten.

Bülow

Nr. 4084

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 262 London, den 13. September 1899

In einem eben erhaltenen ausführlichen Privatbrief sagt Lord Salisbury, daß er seit unserer letzten Unterredung meinen Vorschlag in reifliche Überlegung gezogen und gefunden habe, daß größere Schwierigkeiten im Wege stehen, als er erwartet hatte. Die öffentliche Meinung hier und in Australien würde sicher nicht befriedigt sein, wenn nicht mit Bezug auf die Arbitrage klar ausgesprochen würde, nach welchen Grundsätzen der Schiedsrichter zu entscheiden habe. Die Bestimmung würde nicht hinreichen, daß derselbe nach Grundsätzen der Billigkeit handeln solle, denn, da es weder Abkommen noch ein internationales Gesetz gebe, die sich auf den Fall anwenden ließen, sei es unmöglich zu sagen, worin die Grundsätze der Billigkeit bestehen würden.

Wenn der Schiedsrichter einfach aufgefordert würde, über den Besitz von Upolu nach Billigkeitsgründen zu entscheiden, so würden die folgenden Gründe für die Entscheidung der Frage bei ihm geltend gemacht werden, und er würde außerstande sein zu bestimmen, durch welchen dieser Grundsätze er sich leiten lassen wolle. Er könne nämlich die Insel zusprechen

1. der Nation, welche dieselbe zuerst kolonisiert habe, oder

2. der Nation, welche jetzt den bedeutendsten Handel mit derselben unterhalte, oder

3. dem Lande, dessen Untertanen die Majorität der Fremden auf der Insel bildeten, oder

4. der Nation, welcher die Eingeborenen im Falle eines Plebiszits den Vorzug geben würden.

5. könnte der Schiedsrichter Upolu auch derjenigen Nation zuschreiben, welche den geringsten Besitz in jenen Seen habe, in der Absicht, dies auszugleichen. (Dies scheint Lord Salisbury zu fürchten.) Der Brief schließt:

„Es ist offenbar, daß diese verschiedenen Grundsätze zu sehr verschiedenen Ergebnissen führen können und ich bin überzeugt, daß die öffentliche Meinung sowohl in England wie in Australien weit entfernt sein würde, befriedigt zu sein, wenn sie nicht von vornherein erführe, durch welchen Grundsatz der Schiedsrichter sich leiten lassen soll.“

Der vorstehende Brief enthält keine direkte oder definitive Ablehnung der Arbitrage. Außerdem läßt mich Lord Salisbury nochmals

wissen, daß er mich heute mittag erwartet, und es ist deshalb anzunehmen, daß er die Sache noch weiter besprechen will.

Hatzfeldt

Nr. 4085

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 264 London, den 13. September 1899

Im Anschluß an Telegramm Nr. 262*.

In unserer heutigen vertraulichen Unterhaltung machte Lord Salisbury zunächst nochmals die schon in seinem Privatbrief bezeichneten Bedenken in bezug auf die Grundsätze geltend, nach welchen der Schiedsrichter zu verfahren haben würde. Ich erwiderte ihm, daß ich seine Bedenken, namentlich das in seinem Schreiben unter Nr. 5 angeführte, nicht teilen könne, da man nicht voraussetzen könne, daß der mit der Arbitrage betraute unbeteiligte Souverän sich durch politische Sympathien oder aus politischen Rücksichten zu einer für England ungünstigen Verteilung bestimmen lassen würde. Als er dies als unsicher bezeichnete, stellte ich ihm anheim, mir seinerseits Vorschläge über die von dem Schiedsrichter bei Verteilung zu beobachtenden Grundsätze zu machen. Lord Salisbury bezeichnete dies als außerordentlich schwierig und meinte, daß bei einer Regelung der Dinge in Samoa noch andere Schwierigkeiten zu berücksichtigen sein würden, wie z. B. die Religionsfrage und die Frage der Handelsfreiheit für die Engländer, falls Deutschland Upolu erhielte. Die Religionsfrage sei außerordentlich wichtig, da die hier so mächtigen religiösen Gesellschaften ihm nicht verzeihen würden, diese Frage vernachlässigt zu haben. In den beiden Punkten stellte ich Lord Salisbury anheim, seinerseits Vorschläge zu machen, die ich übermitteln wolle. Überhaupt möge er doch Vorschläge machen, wenn er etwas besseres als die von mir angeregte Arbitrage wisse. Er meinte dann, was ich zu dem Gedanken, der aber kein Vorschlag sei, sagen würde, die Hälfte von Upolu an England, die andere Hälfte an Deutschland zu geben und in gleicher Weise mit Savaii zu verfahren. Ich erwiderte, daß wir nach meinem Dafürhalten damit nur neue Friktionen zwischen uns hervorrufen würden. Er warf dann die Frage auf, ob wir auf ein Plebiszit der Eingeborenen in Upolu eingehen würden. Hier liege die Sache so, daß die öffentliche Meinung sich dabei beruhigen und ihn nicht verantwortlich machen würde, falls England dabei Upolu verlöre. Schließlich, als ich auch hierauf nicht näher einging, kam Lord Salisbury auf den Gedanken, daß es besser wäre, Tonga und Savage Island über-

---

* Siehe Nr. 4084.

haupt aus dem Spiele zu lassen[1], deren Neutralität dem englischen Interesse vollständig genüge, und statt dessen zu bestimmen, daß derjenige, dem Savaii zugesprochen werde, eine näher zu verabredende Kompensation in Geld erhalten solle. Erhalte England Savaii, so würde es dann in der Lage sein, den dort fehlenden Hafen durch Verwendung der fraglichen Geldentschädigung herzustellen. Ein Vorschlag sei dieser Gedanke, der ihm eben gekommen sei, nicht, und er müsse sich die Sache noch näher überlegen.

Als ich im Anschluß hieran die Wichtigkeit einer baldigen befriedigenden Entscheidung namentlich im Hinblick auf den Besuch Seiner Majestät nochmals betonte, erwiderte mir der Premierminister, daß er zwar in dieser Hinsicht meine Auffassung teile, aus anderen wichtigen Gründen aber wünschen müsse, daß die Sache nicht zu sehr übereilt werde[2]. Vor allem müsse er Wert darauf legen, die öffentliche Meinung in Australien und Neuseeland auf ein Arrangement mit uns vorzubereiten, bei welchem England Upolu verlieren könne, und er halte deshalb für dringend wünschenswert, die Veröffentlichung des Berichtes der Samoakommission abzuwarten[3]. Der Ausspruch dieser unbestrittenen Autorität, daß die Verwaltung zu Dreien nicht ohne ernste Nachteile fortgesetzt werden könne, werde voraussichtlich wesentlich dazu beitragen, die öffentliche Meinung in den beiden Kolonien für eine Verständigung mit uns empfänglicher zu machen. Inzwischen wolle er sich mit den Gouverneuren jener Kolonien in Verbindung setzen. Seinerseits lehne er eine Verständigung mit uns, auch auf Grund der Arbitrage, keineswegs ab und behalte sich vor, die Sache weiter mit mir zu besprechen.

Schließlich wurde ausgemacht, daß wir im Laufe der nächsten Woche zur weiteren Besprechung der Sache zusammenkommen sollen.

Hatzfeldt

Randbemerkungen des Freiherrn von Richthofen:
[1] Dann müssen wir ihm stark einheizen in Tonga
[2] dann danken wir!
[3] Ist ja längst bekannt. Sind alles nur Ausflüchte!

Nr. 4086

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Grafen von Bülow, z. Z. in Semmering

Ausfertigung

Nr. 7619 Berlin, den 14. September 1899

Euerer Exzellenz verfehle ich nicht, in der Anlage Abschriften von zwei Telegrammen des Grafen Hatzfeldt vom gestrigen Tage*

* Siehe Nr. 4084 und Nr. 4085.

betreffend die Austragung der Samoafrage zu unterbreiten. Was zunächst die von Lord Salisbury aufgeworfene Frage der Festlegung der Grundsätze angeht, nach denen das schiedsrichterliche Urteil zu fällen sein würde, so wird der entscheidende Gesichtspunkt doch wohl der nach der Größe der gesamten beiderseitigen Interessen auf Upolu sein müssen. Diese Interessen setzen sich im wesentlichen zusammen aus dem, was Lord Salisbury in 1 bis 4 angegeben hat. Meines Erachtens würde es demnach bei einigem guten Willen Englands nicht allzu schwierig sein, sich über die Gesichtspunkte zu einigen, nach welchen der Schiedsspruch abzugeben sein würde.

Des weiteren dürfte auch die Religionsfrage und die Frage der Handelsfreiheit keine unübersteigliche Schwierigkeiten bieten, da es sich ja bei der ersteren um die Einigung zwischen zwei protestantischen Mächten handelt und hinsichtlich der zweiten das Schutzgebiet der Marschallinseln zur Genüge zeigt, daß sich befriedigende und wirksame Vereinbarungen über den Schutz gegenseitiger Handelsfreiheit unter Zugrundelegung der Bestimmungen über die Handels- und Verkehrsfreiheit im westlichen Stillen Ozean vom 10. April 1886 recht wohl treffen lassen.

Was sodann den Vorschlag Lord Salisburys einer Teilung der Insel Upolu anbetrifft, so hat schon Graf Hatzfeldt mit vollem Recht denselben als indiskutabel zurückgewiesen.

Ein Plebiszit endlich dürfte Deutschland, so wie die Dinge in Samoa augenblicklich noch liegen, zwar nicht zu fürchten haben, und die überwältigende Majorität der Eingeborenen auf Upolu würde jedenfalls für uns sein; indessen dürften jedem Plebiszit unsererseits so gewichtige, in der Richtung auf Berufungen liegende politische Bedenken entgegenstehen, daß solchem Vorschlage von hier aus nicht nähergetreten werden kann.

Daß Lord Salisbury die Offenlassung der Frage der Neutralität der Tongagruppe und Savage Island wünscht, zeigt, wie sicher man sich englischerseits bereits des endlichen Besitzes dieser Inseln fühlt, und es würde sich wohl demgegenüber empfehlen, Lord Salisbury in geeigneter Form darauf aufmerksam zu machen, daß sich die letzten Abmachungen des englischen Kapitän Stuart mit der tonganischen Regierung allem Anscheine nach nicht mehr im Rahmen des deutsch-englischen Abkommens vom Jahre 1886 hielten, und daß diesseits diese Angelegenheit bisher nur deshalb nicht zur Sprache gebracht worden sei, weil wir eine allgemeine und endgültige Entscheidung über das Schicksal der neutralen Inseln im Stillen Ozean von den gegenwärtigen Verhandlungen mit Bestimmtheit erwarteten. Es kann keineswegs in unserem Interesse liegen, die Tongagruppe und Savage Island, wie es Lord Salisbury anstrebt, bei dieser Gelegenheit außer Spiel zu lassen. Diese Inseln, zugeteilt zur Insel Savaii, sollen gerade dem Schiedsrichter die Teilung der Samoainseln erleichtern und werden diese ge-

rechter erscheinen lassen, als wenn es sich nur um Upolo und Savaii allein handelte. Jedenfalls wird eine solche vollkommene Aufteilung der neutralen Inselgruppen im Großen Ozean für beide Nationen weit annehmbarer sein als die von Lord Salisbury vorgeschlagene Geldentschädigung für den eventuellen Verlust Upolus.

Faßt man alles Tatsächliche in der Antwort Lord Salisburys zusammen, so wird man bei aller Neigung desselben, die stets wieder durchschimmert, im Interesse beider Regierungen die Angelegenheit aus der Welt zu schaffen, zu der Überzeugung kommen müssen, daß seitens der englischen Regierung schließlich doch eine möglichst dilatorische Behandlung der Frage beabsichtigt ist. Die Gründe, welche Lord Salisbury dafür angibt, wie die Notwendigkeit der Befragung der englischen Gouverneure in Australien, wie der Wunsch, vorher die Berichte der Samoakommission zu veröffentlichen, die im wesentlichen längst bekannt sind, sind nicht stichhaltig. Gerade aber die weitere Verschleppung der Samoaangelegenheit war es, die Euere Exzellenz vermieden wissen wollten. Denn man wird mit ziemlicher Sicherheit annehmen können, daß die Lage in Samoa sich wohl zu unseren Ungunsten verschieben, aber kaum in absehbarer Zeit für uns günstiger sich gestalten kann, wie jetzt, wo ganz abgesehen von anderen Umständen ein einigermaßen freundliches Verhältnis zu Amerika geschaffen ist.

Euerer Exzellenz geneigte Bestimmung möchte ich demgemäß darüber erbitten, ob, wie ich vorschlagen möchte, den früheren Instruktionen entsprechend Graf von Hatzfeldt unter Darlegung der vorstehenden Gesichtspunkte angewiesen werden darf, in geeigneter, aber bestimmter Weise bei Lord Salisbury auf Vermeidung jeder Verschleppung und erneut auf eine endgültige Regelung der Samoafrage noch vor dem Besuche Seiner Majestät des Kaisers nach allen Kräften hinzuwirken.

Ich würde alsdann Gelegenheit nehmen, in demselben Sinne mit dem hiesigen englischen Botschafter zu sprechen.

Richthofen

Nr. 4087

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow, z. Z. in Semmering, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 126 Semmering, den 16. September 1899

Antwort auf Bericht Nr. 7619 vom 14. d. Mts.* betreffend Samoa. Ganz einverstanden!

* Siehe Nr. 4086.

Unter Darlegung dieser Gesichtspunkte bitte ich Graf von Hatzfeldt anzuweisen, in geeigneter Weise, aber mit Nachdruck darauf hinzuwirken, daß die Samoafrage noch vor dem Besuch Seiner Majestät des Kaisers definitiv geregelt wird. Die Art des Vorgehens überlasse ich vertrauensvoll dem Kaiserlichen Botschafter in London, muß aber wiederholt hervorheben, daß die endliche Ordnung der Samoaangelegenheit in einer für Seine Majestät den Kaiser und die deutsche öffentliche Meinung annehmbaren Weise unserem allergnädigsten Herrn besonders am Herzen liegt.

Bülow

Nr. 4088

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow, z. Z. in Semmering, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 128 Semmering, den 16. September 1899

Für den Herrn Unterstaatssekretär

Unter Bezugnahme auf Bericht Nr. 7619 vom 14. d. Mts.*

Ich würde es sehr nützlich finden, wenn parallel mit den von Graf Hatzfeldt in der Samoaangelegenheit zu unternehmenden Schritten Sie mit Sir Frank Lascelles im Sinne unserer Auffassung bald eingehend und nachdrücklich sprächen. Machen Sie Sir Frank Lascelles namentlich klar, daß der Besuch Seiner Majestät in England nur dann den Abschluß früherer bedauerlicher Mißverständnisse und Reibungen und eine Ära wirklicher und dauernd vertrauensvoller, ruhiger und sicherer Beziehungen zwischen uns und England herbeiführen kann, wenn die leidige Samoafrage vorher endgültig geregelt wird. Die Lösung dieser Frage immer wieder hinauszuschieben, heißt unberechenbaren Eventualitäten Tür und Tor öffnen und in unsere Beziehungen zu England und damit in den Gang unserer Gesamtpolitik ein Element beständiger Unsicherheit und Beunruhigung hineintragen**.

Bülow

---

* Siehe Nr. 4086.

** Auf das Telegramm Nr. 128 antwortete Unterstaatssekretär Freiherr von Richthofen umgehend, daß er schon am 15. im bezeichneten Sinne eindringlich mit Sir Frank Lascelles gesprochen habe und jetzt mit dem Botschafter erneut und unter Berufung auf Graf Bülows speziellen Auftrag reden wolle.

Nr. 4089

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 273 London, den 20. September 1899

In der heutigen Zusammenkunft zwischen Herrn Chamberlain und Freiherrn von Eckardstein kam auch die Samoafrage zur Sprache. Ich hatte letzteren dafür mit ausführlicher Information und Instruktion versehen *.

Freiherr von Eckardstein setzte dem Minister in klaren Worten das in Deutschland herrschende Gefühl auseinander und gab zu verstehen, daß, wenn England nicht endlich in dieser Frage mehr Entgegenkommen zeige und auf meine sehr maßvollen Vorschläge eingehe, ein Umschwung in der auswärtigen Politik Deutschlands unvermeidlich sei, weil die Kaiserliche Regierung, die sich bisher England gegenüber stets loyal gezeigt und freundschaftliche Beziehungen zu erhalten versucht habe, durch die öffentliche Meinung in eine andere Richtung gedrängt werden würde. Er knüpfte hieran die Frage, ob man sich hier klarmache, welche Folgen dies für England haben würde.

Herr Chamberlain schien durch diese Auseinandersetzung unangenehm berührt, verlor für den Augenblick seine Ruhe und beklagte sich in bitteren Worten, daß Deutschland die gegenwärtigen Verlegenheiten Englands in Südafrika benutzen wolle, um Kapital daraus zu schlagen. Diese Insinuation beantwortete Freiherr von Eckardstein ebenso scharf, indem er dieselbe als lächerlich bezeichnete, da meine Vorschläge schon vor Wochen gemacht worden seien, als der Krieg mit Transvaal als durchaus unwahrscheinlich betrachtet wurde.

Nachdem Chamberlain einige Zeit nachgedacht und sich wieder beruhigt hatte, sagte er, er sähe ein, daß gute Beziehungen zu Deutschland für England von mehr Wert seien als die fraglichen Inseln im Stillen Ozean; aber die öffentliche Meinung Australiens und Neuseelands mache der englischen Regierung die Annahme eines Arbitragevorschlags sehr schwer. Trotzdem werde er alles, was von ihm abhänge, tun, um eine befriedigende Lösung der Samoafrage herbeizuführen.

* Für die zwischen Freiherrn von Eckardstein und Chamberlain über Samoa geführten Verhandlungen vgl. auch die Darstellung in den „Lebenserinnerungen und Politischen Denkwürdigkeiten" des ersteren (II, 33 ff.). Danach wäre Eckardstein Anfang September 1899 vom Botschafter Grafen von Hatzfeldt gebeten worden, nach Berlin zu fahren, um in der Wilhelmstraße den Ernst der Sache darzulegen, und hätte bei den Berliner Beratungen sich dafür eingesetzt, daß Deutschland sein Dritteilanrecht auf Samoa gegen anderweitige Konzessionen aufgebe, und dann nach seiner Rückkehr nach London seine Verhandlungen mit Chamberlain auf dieser Basis begonnen.

Zunächst bäte er ihn aber, mir die nachstehende Idee zu unterbreiten:

Außer der Samoafrage sei die Frage der neutralen Zone in Westafrika noch nicht geregelt. Er schlage vor, diese Frage mit der Samoaangelegenheit in einen Topf zu werfen, und zwar in folgender Weise:

1. Deutschland bekommt das ganze Voltadelta und erhält damit ein sehr wertvolles Territorium an der Küste. England erhält dafür freie Hand in der neutralen Zone.

2. England erhält die Insel Upolu und kauft die dortigen deutschen Interessen (Plantagengesellschaft usw.) auf.

3. Deutschland erhält die Insel Savaii, und England und Deutschland teilen sich zu gleichen Teilen in die Tongainseln und Savage Island.

Chamberlain bemerkte dazu, er bitte mich, diesen Vorschlag zunächst als eine von ihm persönlich ausgehende Idee zu betrachten, da er mit seinen Kollegen noch keine Rücksprache genommen habe. Er hob dann noch besonders hervor, daß die Aufgabe des Voltadeltas ein sehr großes Opfer seitens Englands sein würde und daß der Gedanke, dasselbe für die neutrale Zone allein herzugeben, daher ganz ausgeschlossen wäre.

Freiherr von Eckardstein hat hierauf erwidert, daß es nach seinen Beobachtungen für Deutschland sehr schwer, beinahe unmöglich sein würde, aus Upolu herauszugehen. Jedenfalls schiene ihm, daß die Tongainseln und Savage Island nicht geteilt werden könnten, sondern eventuell an Deutschland allein fallen müßten. Chamberlain sagte darauf: „Was Upolu betrifft, fürchte ich, daß auch wir nicht werden nachgeben können, über die Tongainseln und Savage Island ließe sich aber noch reden.“

Schließlich bemerkte Chamberlain noch, daß man, falls sein Gedanke nicht durchführbar sei, auf meinen Arbitragevorschlag zurückkommen müsse und betonte nochmals, daß er alles tun werde, um eine freundschaftliche Lösung herbeizuführen.

Am Schlusse der Unterredung bat der Minister, ihn baldmöglichst wissen zu lassen, welche Aufnahme sein persönlicher Vorschlag bei der Kaiserlichen Regierung und bei mir gefunden habe.

Hatzfeldt

Nr. 4090

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Richthofen an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Grafen von Bülow, z. Z. in Semmering

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Irmer

Nr. 74 Berlin, den 21. September 1899

Ew pp. erlaube ich mir folgende Instruktion für Graf Hatzfeldt vorzuschlagen:

„Die Aufgabe von Upolu, unter welchen Bedingungen es auch sei, werde zweifelsohne für die deutsche Regierung eine Quelle gewichtiger und dauernder Angriffe seitens unserer öffentlichen Meinung und insbesondere der kolonialen Kreise sein und für lange Zeit auch bleiben.

Dessenungeachtet sind wir geneigt, auf die von Herrn Chamberlain gebotene Verhandlungsbasis einzugehen, um unsererseits erneut einen Beweis zu geben, wie sehr auch uns an der Erhaltung des freundschaftlichen Verhältnisses mit England, wie solches durch das vorjährige deutsch-englische Abkommen inauguriert und leider englischerseits durch die Samoawirren gestört worden sei, liegt. Wir würden daher bereit sein, einem Abkommen folgender Art zuzustimmen:

1. Deutschland erklärt sich damit einverstanden, daß die Insel Upolu voll in englischen Besitz übergeht;

2. England erklärt sich damit einverstanden, daß Savaii, Savage Island und die Tongagruppe voll in deutschen Besitz übergehen.

3. England wird der deutschen Handels- und Plantagengesellschaft für Überlassung ihres gesamten Eigentums auf Upolu eine Summe von 500 000 Pfund Sterling bieten und dieses Angebot während einer Frist von sechs Monaten nach Unterzeichnung dieses Abkommens aufrechthalten. In gleicher Weise erklärt sich England bereit, die sonst im Eigentum Deutscher stehenden auf Upolu belegenen Ländereien und Gebäude auf Wunsch der Eigentümer gegen Zahlung eines Taxwertes zu übernehmen, welcher durch den deutschen und englischen Konsul oder durch schiedsrichterlichen Spruch des amerikanischen Konsuls in Apia festzusetzen ist.

4. Alle zwischen Upolu und dem Deutschen Reiche, sowie zwischen Savaii, den Tongainseln und Savage Island einerseits und England anderseits bestehenden Verträge treten außer Kraft. Das deutsch-englische Abkommen betreffend die gegenseitige Handelsfreiheit in den deutschen und englischen Besitzungen im westlichen Stillen Ozean vom 10. April 1886 bleibt auch für den deutsch-englischen wechselseitigen Verkehr zwischen Upolu, Savaii, Tongainseln und Savage Island bestehen.

5. Die Grenze zwischen Deutsch-Togo und der englischen Goldküstenkolonie wird festgelegt: von der Küste durch den Talweg des Volta bis zum Einfluß des Daka. Von da eine möglichst natürliche Grenzlinie bis zur französischen Grenze, so daß Salaga englisch, Jendi deutsch wird.

Da Amerika gegenüber nur das Südseeabkommen amtlich zur Kenntnis zu bringen sein wird, so wird es sich empfehlen, die Vereinbarungen betreffend die Südsee und Westafrika in zwei getrennten Abkommen niederzulegen.

Analog der Bestimmung im vorjährigen deutsch-englischen Abkommen wird im geheimen zu stipulieren sein, daß beide Mächte sich

wechselseitig gegenüber Dritten die aus diesem Abkommen sich ergebenden Gebietserwerbungen garantieren."

Graf Hatzfeldt dürfte zu ermächtigen sein, in nebensächlichen Punkten nachzugeben, um das vorgeschlagene Arrangement möglichst bald zum Abschluß zu bringen; auch könne zur Erleichterung der Verantwortlichkeit für Lord Salisbury formell an der Form eines Schiedsgerichts — mit gebundener Marschroute — festgehalten werden.

Herr von Holstein, der eben hier war, sagt, daß Graf Hatzfeldt großen Wert darauf lege, bis morgen nachmittag drei Uhr im Besitz unserer Instruktion zu sein. Ew. pp. bitte ich daher um baldtunlichste Mitteilung der Entschließung. Ich darf annehmen, daß, falls es nach Ew. pp. Immediatvortrag in Stuttgart noch der Einholung der allerhöchsten Willensmeinung bedürfen sollte, dieses von Ew. pp. bewirkt wird.

Richthofen

Nr. 4091

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow, z. Z. in Semmering, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 145 Semmering, den 22. September 1899

Die Preisgabe von Upolu der deutschen öffentlichen Meinung mundgerecht zu machen, wird nur möglich sein, wenn wir wirklich vollwertige Kompensationen erlangen. Andernfalls würde der Verzicht auf Upolu in Deutschland eine Erbitterung hervorrufen, welche der deutschen Regierung auch beim besten Willen das von uns ehrlich angestrebte Zusammengehen mit England unmöglich machen würde.

Gegenüber der törichten Annahme, als ob wir die Transvaalkrisis benutzen wollten, um von England Konzessionen in Samoa zu erzwingen, kann nicht nachdrücklich genug darauf hingewiesen werden, daß Monate vor der Zuspitzung der Lage in Südafrika von deutscher Seite in London darauf hingewiesen worden ist, wie eine für Deutschland einigermaßen akzeptable Regelung der Samoafrage die Vorbedingung für ein wirklich freundschaftliches Verhältnis zwischen uns und England sei. Graf von Hatzfeldt wird ermessen können, ob es sich empfiehlt, das Argument zu verwerten, daß der Besuch Seiner Majestät in England, wenn überhaupt möglich, nur wirklich fruchtbar sein wird, wenn die Samoaangelegenheit vorher erledigt wird. Schon im Hinblick auf Transvaal müssen die Engländer diesen Besuch jetzt wünschen.

Sehr wichtig ist, daß die Verhandlungen bis auf weiteres geheim bleiben und das Ergebnis seinerzeit nicht wie bei dem vorjährigen

englisch-deutschen Abkommen von England, sondern von uns und in einer für unsere öffentliche Meinung berechneten Weise bekanntgegeben wird*.

Bülow

Nr. 4092

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 277 London, den 22. September 1899

Der nachstehende französisch redigierte Bericht über die heutigen Äußerungen Lord Salisburys in der Samoafrage hat letzterem vorgelegen und ist von ihm als richtig anerkannt worden:

„Lord Salisbury m'a dit aujourd'hui relativement à ma proposition ce qui suit:

1. qu'après avoir causé avec ses collègues il accepte l'arbitrage du Roi de Suède tel que je l'ai proposé. Il désire seulement que nous nous chargions de rédiger les règles sur lesquelles le Roi de Suède doit baser sa décision et que je lui communique le projet de rédaction afin qu'il puisse proposer des modifications.

2. celui des deux à qui Savaii sera adjugée recevra en même temps les îles Tonga.

3. si l'Allemagne reçoit Savaii, elle recevra aussi les îles Gilbert. Si l'Angleterre reçoit Savaii, elle recevra aussi la renonciation de la part de l'Allemagne du droit d'exterritorialité dans le sultanat de Zanzibar.

Lord Salisbury m'a parlé également aujourd'hui d'une proposition émanante de Mr. Chamberlain et d'après laquelle l'Allemagne renoncerait à tous ses droits sur les îles de Samoa et céderait en même temps la zone neutre à l'Angleterre pour recevoir en compensation le delta du Volta.

J'ai répondu que cette dernière proposition ne me semblait pas acceptable et que l'Allemagne ne pourrait pas considérer le delta du Volta comme une compensation suffisante pour l'abandon de la zone neutre et de tous ses droits sur Samoa."

In bezug auf den von Lord Salisbury erwähnten angeblichen Vorschlag Chamberlains, welchen ich, um meine Verbindung mit

---

* Im Sinne dieses Bülowschen Telegramms wurde Graf von Hatzfeldt durch Telegramm 225 vom 22. September beschieden.

Chamberlain nicht zu verraten, als vollständiges Novum behandeln mußte, bemerke ich, daß Freiherr von Eckardstein, welchen ich deshalb befragt habe, seine vorgestrige Meldung über die Äußerungen Chamberlains vollständig aufrecht erhält. Er hält daher für unzweifelhaft, daß Chamberlain uns seinerseits Savaii mit Tongainseln und Savage Island sowie Voltadelta zugestehen wird, wenn wir Upolu und neutrale Zone an England abtreten wollen.

Zu Nr. 2 der vorstehenden Redaktion bemerke ich, daß ich selbstverständlich außer Tonga Savage Island verlangt habe. Über den eventuell verlangten Verzicht auf unsere Exterritorialität in Sansibar habe ich mich überhaupt nicht geäußert.

Lord Salisbury sagt mir, daß er voraussichtlich erst künftigen Freitag zu dem dann stattfindenden Ministerkonseil wieder in die Stadt kommen wird. Ich hoffe, vorher Chamberlain sehen und feststellen zu können, ob er auf unsere Bedingungen für den Verzicht auf Upolu und neutrale Zone eingeht. Kann ich mich nicht mit ihm darüber einigen, so werde ich in nächster Unterredung mit Lord Salisbury lediglich auf den Arbitragevorschlag zurückkommen.

Hatzfeldt

Nr. 4093

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 280 London, den 24. September 1899

pp. In meiner letzten Unterhaltung mit dem Ministerpräsidenten hatte ich den Eindruck, daß er weicher geworden ist und jetzt die Notwendigkeit einer Verständigung einsieht, während er sie früher nur hinzuziehen suchte. Ich habe nichts unterlassen, um ihm diese Notwendigkeit eindringlich klarzumachen und in freundschaftlicher Form auch wiederholt darauf hingewiesen, daß die öffentliche Meinung in Deutschland uns zu einer veränderten politischen Haltung drängen würde, wenn man hier nicht endlich die Hand zu einer befriedigenden Lösung der Samoafrage bietet. Lord Salisbury hielt mir entgegen, daß England schon manche Verwickelungen durchgemacht habe, ohne in seiner insularen Sicherheit ernstlich bedroht zu sein, und daß dies eventuell auch jetzt der Fall sein würde, gab aber schließlich im Laufe der Diskussion zu, daß England bei einer unfreundlichen Haltung unsererseits in seinen außerhalb des Landes liegenden Interessen Nachteile und Unbequemlichkeiten erleiden könnte.

Hatzfeldt

Nr. 4094

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow, z. Z. in Semmering, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 153 Semmering, den 25. September 1899

Sollte bei den Engländern die Hoffnung auf Frieden* wieder steigen, so würden uns dieselben weder in Samoa noch am Volta noch irgendwo sonst Konzessionen machen. Der jetzige Augenblick ist aber nicht nur im Hinblick auf die in Südafrika für England drohende Kriegsgefahr, sondern auch mit Rücksicht auf den von den Engländern gewünschten kaiserlichen Besuch in England wie auf die momentane Stimmung in Nordamerika für uns besonders günstig. Wir dürfen deshalb meines Erachtens nicht länger zögern, Graf Hatzfeldt mit der erbetenen Direktive zu versehen. Das Eisen muß geschmiedet werden, solange es warm ist.

Mir scheint, daß wir die Vorschläge Lord Salisburys und Chamberlains kombinieren sollten und zwar etwa in folgender Form:

Der König von Schweden wird, unter noch näher zu vereinbarenden Gesichtspunkten oder schon vorher informiert über den Wunsch beider Nationen, darüber entscheiden, wem Upolu und wem andererseits Savaii, Savage Island und Tonga zufallen soll. Dabei verpflichtet sich England dem Schiedsrichter gegenüber für den Fall, daß Deutschland Savaii und Tonga erhält, die Gilbertinseln an uns abzutreten. Sehr wünschenswert würde es sein, die Togofrage bei dieser Gelegenheit in einem uns günstigen Sinne zu lösen. Indessen müßte dies in einem von dem Zustandekommen des Südseeabkommens bedingten Separatabkommen geschehen und zwar in der Form, daß Deutschland das Voltadreieck und in der neutralen Zone Jendi erhält, dafür die neutrale Zone an England überläßt und dazu auf seine Exterritorialität in Sansibar verzichtet.

Für Seine Majestät wie gegenüber Reichstag und öffentlicher Meinung ist es für uns eine Notwendigkeit, an der Arbitrage des Königs von Schweden festzuhalten, möge dieselbe nun ernsthaft gemeint sein oder mit gebundener Marschroute vor sich gehen. England fordert Upolu auch nur wegen seines Prestige und der öffentlichen Meinung, nicht wegen seines Wertes. Es kommt alles darauf an, in diese Arbitrage Tonga, Savage Island und die Gilbertinseln hineinzubringen, damit wir nicht als die Geprellten dastehen.

Ich bitte bei Erteilung der Instruktion an Graf Hatzfeldt hervorzuheben, daß wir ihm als bewährtem Kenner von Land und Leuten

---

* Im Laufe des Septembers 1899 waren die Beziehungen zwischen England und Transvaal in das kritischste Stadium getreten.

in England hinsichtlich der Art, wie er verhandelt, und der Personen, mit denen er verhandelt, volle Freiheit ließen.

Bülow

Nr. 4095

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 288 London, den 28. September 1899

Für heutige Unterredung mit Chamberlain hatte ich Freiherrn von Eckardstein mit ausführlicher mündlicher und schriftlicher Instruktion* versehen, in welcher die für eine Verständigung mit uns wesentlichen Punkte aufgezählt sind.

Nachdem sich, wie ich erwartete, herausgestellt hatte, daß Chamberlain nur auf eine Verständigung eingehen will, durch welche England Upolu erhält, wurden die von mir aufgestellten Punkte besprochen, und zwar

1. Beibehaltung der Arbitrage durch den König von Schweden, welcher zu bestimmen hätte, wer Upolu und wer Savaii mit Savage Island und die Tongainseln erhalten soll; ferner bestimme, daß England, falls uns Savaii mit den bezeichneten Inseln zugesprochen wird, sich dem Schiedsrichter gegenüber verpflichtet, uns außerdem die Gilbertinseln sowie die Union-, Ellice- und Phönixinseln abzutreten.

Chamberlain stimmte der Beibehaltung der Arbitrage und formellen Entscheidung durch dieselbe, wer Upolu und wer Savaii erhalten solle, unter der Voraussetzung zu, daß vorher über Überlassung Upolus an England Einigkeit besteht. Bezüglich der von uns eventuell mit Savaii beanspruchten Inselgruppen sagte Chamberlain, daß er uns möglichstes Entgegenkommen zeigen wolle, über diesen Punkt aber heute noch keine definitive Antwort geben könne und sich vorher über die fraglichen Inselgruppen noch näher orientieren müsse.

2. Aufkauf deutscher Interessen in Upolu durch England.

Chamberlain erwiderte, daß er mit unserem Vorschlag, wonach England die betreffenden Interessen nach Maßgabe einer Taxe durch den deutschen und englischen Konsul und eventuelle schiedsrichterliche Entscheidung des amerikanischen Konsuls kaufen solle, seinerseits einverstanden sein würde, aber unter der Voraussetzung, daß Deutschland sich verpflichte, in analoger Weise englische Interessen im Voltadelta aufzukaufen. Übrigens bestände dort seines Wissens nur eine größere englische Firma, nämlich Swansy aus Liverpool. Bezüglich

* Siehe dieselbe in Eckardsteins „Lebenserinnerungen und Politischen Denkwürdigkeiten" Bd. II, S. 49 ff.

unserer Plantagengesellschaft in Upolu könne er sich ohne nähere Prüfung heute noch nicht an einen bestimmten Preis binden und glaube, daß dafür ebenfalls eine Taxe stattfinden sollte.

3. Außerkrafttreten gewisser Verträge für den Fall, daß wir Upolu verlieren mit Ausnahme des deutsch-englischen Abkommens vom 10. April 1886 (telegraphischer Erlaß Nr. 225*, Nr. 4).

Chamberlain behielt sich definitive Antwort nach Prüfung der Verträge vor.

4. Verständigung über die Togofrage in einem von dem Samoaabkommen bedingten Separatabkommen. Überlassung der neutralen Zone an England mit Ausnahme von Jendi und Abtretung des Voltadreiecks an Deutschland nach Maßgabe der mir durch Telegramm Nr. 225 vorgeschriebenen Abgrenzung.

Gegen die Überlassung von Jendi an uns erhob Chamberlain keine Einwendung. Dagegen verlangte er, daß beide Ufer des Voltaflusses in dem ganzen Dreieck, analog dem Teil des Flusses, der gegenwärtig an Togo grenzt, in englischem Besitz bleiben sollen. Selbstverständlich werde England uns dafür vertragsmäßig freie Schiffahrt auf dem Volta zusichern. Außerdem verlangt Chamberlain, daß der jetzt bestehende englisch-deutsche Vertrag vom 24. Februar 1894, welcher Tariffrage zwischen Togo und Voltadelta regelt, auf die ganze Goldküstenkolonie ausgedehnt wird.

Chamberlain bat um baldige Mitteilung, ob wir mit den vorstehenden Bedingungen bezüglich Voltadelta einverstanden sein würden. Er fügte hinzu, daß das uns angebotene Dreieck außerordentlich wertvoll sei: Größe 2000 englische Quadratmeilen, 600 000 Einwohner, jährliche Einnahme 33 000 Pfund.

Freiherr von Eckardstein hat persönlich den Eindruck, daß Chamberlain sich eventuell noch bestimmen lassen wird, uns das linke Ufer des Voltaflusses zu überlassen.

5. Eventuell geheime Stipulation, daß beide Mächte sich Dritten gegenüber den aus dem Abkommen sich ergebenden Gebietserwerb garantieren.

Chamberlain behielt sich weitere Besprechung vor, schien jedoch zur Annahme geneigt.

6. Strenge Geheimhaltung des eventuellen Abkommens und keinerlei Veröffentlichung ohne vorherige Einigung.

Chamberlain schien hierzu durchaus geneigt, warf jedoch die Frage auf, was geschehen solle, falls während der Geheimhaltung neue Unruhen in Samoa ausbrechen sollten. Freiherr von Eckardstein hat erwidert, daß in diesem Fall eine Verständigung über gemeinsame Instruktion an die beiderseitigen Konsuln wohl genügen würde, und Chamberlain stimmte diesem Gedanken zu.

---

* Vgl. Nr. 4091, S. 641, Fußnote.

Schließlich sprach Chamberlain die Absicht aus, die ganze Angelegenheit, wenn möglich, schon morgen mit Lord Salisbury zu besprechen, mit welchem er allerdings auf einen schweren Kampf gefaßt sein müsse. Mich hat der Kolonialminister bitten lassen, die zwischen ihm und Freiherrn von Eckardstein besprochenen Punkte Lord Salisbury gegenüber nicht zu erwähnen und abzuwarten, ob der Premierminister selbst davon anfängt.

Hatzfeldt

Nr. 4096

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 291 London, den 29. September 1899

Im Anschluß an Telegramm Nr. 288*.

Aus den heutigen Äußerungen Lord Salisburys hatte ich den bestimmten Eindruck, daß Chamberlain bereits mit ihm gesprochen hat, daß der Premierminister aber entweder mit ihm noch nicht einig geworden ist oder seinerseits noch versuchen will, durch Hartnäckigkeit vorteilhaftere Bedingungen herauszudrücken. Als er heute auf seinen neulichen, angeblich außerordentlich günstigen Vorschlag betreffend Voltadelta gegen neutrale Zone zurückkam, erwiderte ich ihm, ich hätte ihm am 22. d. Mts. unter Angabe der Gründe sofort erwidert, daß wir auf den fraglichen Vorschlag unter der dafür bezeichneten Voraussetzung (vollständiges Ausscheiden Deutschlands aus der Samoagruppe) nicht eingehen könnten. Hierfür biete der Vorschlag uns keine annähernd hinreichende Kompensation, und wir würden uns durch Annahme desselben einem Sturm der Entrüstung in Deutschland aussetzen. Auf dieser Basis könne ich daher auch über das Voltadelta nicht verhandeln. Hierauf deutete Lord Salisbury an, daß sich vielleicht eine andere Basis finden lasse, und daß ich eine solche vorschlagen möge. Ich erwiderte, daß ich seine Meinung wohl verstände, die offenbar dahin gehe, daß wir Savaii annehmen und Upolu aufgeben sollten. Zu einem solchen Vorschlag sei ich nicht ermächtigt, und alles, was ich tun könne, sei, in Berlin deshalb anzufragen. Soviel könne ich ihm mit Bestimmtheit vorher sagen, daß es für uns außerordentlich schwer sein würde, auf Upolu zu verzichten, und daß wir dies, wenn überhaupt, nur gegen solche Kompensationen tun könnten, die sich zu unserer Rechtfertigung verwerten ließen. Auf seine Frage, wie ich mir die Bedingungen dächte, führte ich als persönliche Meinung folgende Punkte an:

---

* Siehe Nr. 4095.

1. Beibehaltung der Arbitrage.

2. Für uns Savaii mit Savage Island, Tongainseln, Gilbertinseln und andere in der Nähe liegende kleine Inselgruppen.

3. Durch besonderen, aber davon abhängigen Vertrag Abtretung des Voltadeltas gegen neutrale Zone (auf Jendi werde ich eventuell später zurückkommen). Der Minister erwiderte, daß dies zuviel sei, da das Delta unendlich viel mehr wert sei als die neutrale Zone. Die Tongainseln könne er nicht hergeben. Auf meine Bemerkung, daß ich ihm stets Savaii mit Savage Island und Tongainseln geboten, und daß das gleiche für uns gelten müßte, kam er immer wieder auf den großen Wert des Voltadeltas zurück und verlangte von mir ein genaues Verzeichnis der außer den Gilbertinseln von mir beanspruchten kleinen Inselgruppen. Er stellte dann die Frage, wie es mit dem von ihm angeregten Verzicht Deutschlands auf Exterritorialität in Sansibar stehe. Als ich diesen Verzicht als außerordentlich schwierig für uns bezeichnete, schien dies Lord Salisbury sehr unerwünscht, und er meinte dazu, man versichere ihm, daß unser Vertrag mit Sansibar, auf welchen sich unsere Exterritorialität gründe, sehr bald ablaufen werde.

Es wurde schließlich auf meinen Vorschlag ausgemacht, daß ich mich zunächst in Berlin versichern solle, ob und unter welchen Bedingungen dic Kaiserliche Regierung sich zur Aufgabe von Upolu entscheiden würde. Sobald ich dies weiß, soll ich ihn behufs weiterer Besprechung benachrichtigen. Diese Abmachung schien mir deshalb wünschenswert, weil sie mir zu weiterer Verständigung mit Chamberlain Zeit läßt.

Daß heute Besprechung zwischen Lord Salisbury und Chamberlain stattgefunden, ging auch aus einer Äußerung des ersteren über Aufkauf der deutschen Interessen in Samoa hervor. Nachdem er dies neulich entschieden abgelehnt, sagte er mir heute in Übereinstimmung mit der gestrigen Äußerung Chamberlains, daß man darauf eingehen könnte, wenn wir die gleiche Verpflichtung bezüglich der englischen Interessen im Voltadelta übernehmen wollten.

Hatzfeldt

Nr. 4097

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 293 London, den 30. September 1899

Der heutige „Standard“ bringt eine Nachricht aus Paris, wonach dortige halbamtliche Zeitungen ein Telegramm aus London veröffentlichen und als inspiriert betrachten, daß die englische Regierung wegen unserer Haltung in der Transvaalfrage besorgt sei.

Bemerkenswert ist in dieser Hinsicht, daß Herr Chamberlain in vertraulicher Unterhaltung dem Freiherrn von Eckardstein folgendes gesagt hat: die englische Regierung wisse genau, daß unsere Haltung England gegenüber eine durchaus korrekte sei; aber im großen Publikum sei dies nicht bekannt, und im Gegenteil sei die Annahme vielfach verbreitet, daß die Stimmung und Haltung bei uns eine unfreundliche sei. Herr Chamberlain deutete gleichzeitig an, ob es nicht möglich und an der Zeit sei, durch ein öffentliches Zeichen unserer Sympathie mit England in dieser Krisis die hiesige öffentliche Meinung über unsere Haltung aufzuklären und zu beruhigen.

Ich beabsichtige, Herrn Chamberlain bei nächster Gelegenheit durch den Freiherrn von Eckardstein sagen zu lassen, daß es zunächst Sache der englischen Regierung sei, das hiesige Publikum in der Presse über den ihr wohlbekannten wahren Sachverhalt aufzuklären. Außerdem fühlte ich mich nicht berechtigt, bei der Kaiserlichen Regierung äußerliche Zeichen der Sympathie zu befürworten, solange dem Abschluß des Abkommens über die Samoafrage, welche allein vertrauensvollen Beziehungen zwischen uns im Wege stehe, hier noch immer so große Schwierigkeiten entgegengesetzt würden. Hatzfeldt

Nr. 4098

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow, z. Z. in Semmering, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 169 Semmering, den 2. Oktober 1899

Unter Bezugnahme auf dortseitiges Telegramm Nr. 105*.

Es dürfte nur nützlich wirken, wenn Graf Hatzfeldt in der von ihm vorgeschlagenen Form durch Freiherrn von Eckardstein freundschaftlich die letzte von Mr. Chamberlain hinsichtlich unserer Stellung zur jetzigen Transvaalkrisis gemachte Andeutung beantworten würde. Unsere Haltung gegenüber der südafrikanischen Krisis ist eine streng neutrale und absolut loyale. Verglichen mit derjenigen der Franzosen und Russen kann dieselbe sogar als eine für England bemerkenswert freundliche bezeichnet werden. Eine solche Haltung einzunehmen, war nach den Samoawirren des Frühjahrs für die Kaiserliche Regierung außerordentlich schwierig. Diese Linie zu überschreiten, ist für uns unmöglich, solange nicht die Samoafrage in einer für unsere öffentliche Meinung annehmbaren Weise geregelt ist. Eine deutsche Regierung, welche ohne greifbare und ausreichende englische Gegenkonzessionen sich zu einer derartigen Nachgiebigkeit bereit finden ließe, würde weder

* Vgl. dasselbe in Bd. XV, Kap. CI, Nr. 4386 nebst Fußnote *.

von der deutschen öffentlichen Meinung ertragen noch von Seiner Majestät gehalten werden. Le dindon de la farce können wir nicht spielen.
Bülow

Nr. 4099

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Gesandter von Derenthall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 248 Berlin, den 3. Oktober 1899

Der englische Botschafter fragt soeben schriftlich an, im Auftrage von Lord Salisbury, ob die Kaiserliche Regierung bereit sein würde, den deutschen Vertreter in Pretoria mit Wahrnehmung der britischen Interessen zu beauftragen, falls es infolge einer feindseligen Bewegung der Buren gegen britisches Gebiet notwendig werden sollte, den britischen Agenten von Pretoria zurückzuziehen.

Bevor ich diese Anfrage Seiner Majestät unterbreite, möchte ich Ew. Ansicht kennen. Ich halte eine zustimmende Antwort, obschon dieselbe in Deutschland wenig Beifall finden wird, für angezeigt.

v. Derenthall

Nr. 4100

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 300 London, den 4. Oktober 1899

Telegramm Nr. 248* erhalten.

Die englische Anfrage kann einen doppelten Zweck haben: Entweder man will unsere eventuelle Zustimmung als Beweis der Sympathie Deutschlands mit dem englischen Vorgehen in Südafrika verwerten oder beabsichtigt, eine Ablehnung des englischen Wunsches als angeblich unfreundliche Haltung Deutschlands auszubeuten, um uns in den jetzt schwebenden Verhandlungen über Samoa weniger Entgegenkommen zu zeigen.

Mit Rücksicht auf diese letztere Eventualität und obwohl ich äußere Zeichen der Sympathie vor Abschluß der Samoafrage für verfrüht und deshalb wenig wünschenswert halte, teile ich dennoch die Auffassung, daß zustimmende Antwort kaum zu vermeiden ist.

Hatzfeldt

---

* Siehe Nr. 4099.

Nr. 4101

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Gesandter von Derenthall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Irmer

Nr. 249 Berlin, den 4. Oktober 1899

Falls Ew. pp. im Laufe der weitern Verhandlungen in der Samoaangelegenheit zu der sichern Überzeugung gelangen, daß die englische Regierung sich zu unserem Vorschlage in wesentlichen Punkten ablehnend stellt, so sollen Ew. pp. erforderlichenfalls zu der Erklärung ermächtigt sein, daß Sie angesichts dieser wenig entgegenkommenden Haltung der englischen Regierung auf weitere Verhandlungen auf der Basis einer allgemeinen Einigung über den Besitz der neutralen Inseln in der Südsee und der neutralen Zone in Westafrika verzichten müßten. Dagegen sei die Kaiserliche Regierung bereit, auf den von Lord Salisbury seinerzeit selbst gemachten Vorschlag einzugehen, wonach die Teilung der Samoainseln Upolu und Savaii allein oder mit Einschluß von Savage Island einem Schiedsspruch des Königs von Schweden überlassen werden soll. Ew. pp. wollen dabei Lord Salisbury die Aufstellung der Gesichtspunkte unter möglichster Berücksichtigung meiner früheren bezüglichen Telegramme anheimgeben, welche für den Schiedsrichter als Richtschnur für die Abgabe seines Schiedsspruches dienen sollen.

Ew. pp. wollen dabei nachdrücklich betonen, daß im Interesse der Erhaltung des zwischen beiden Nationen bestehenden freundschaftlichen Verhältnisses, und ehe neue Wirren in Samoa entstehen, die Samoafrage auf die eine oder andere Weise endgültig aus der Welt geschafft werden müßte, wie wir das schon seit Monaten der englischen Regierung gegenüber fortdauernd betont hätten. In der von Lord Salisbury vorgeschlagenen Arbitrage eines unparteiischen Monarchen sähen auch wir einen Ausweg der Billigkeit und Gerechtigkeit, der die öffentliche Meinung in Deutschland wie in England befriedigen dürfte.

Was die Frage einer anderweitigen Kompensation für die Tongainseln betrifft, so bin ich der Meinung, daß England, wenn es uns diese nicht gönnt, auch kaum für eine andere vollwertige Kompensation zu haben sein wird. Als eine solche könnten etwa die jetzt englischen Salomoinseln in Frage kommen.

v. Derenthall

Nr. 4102

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 305 London, den 6. Oktober 1899

Die heutige Unterredung mit Lord Salisbury über die Samoafrage leitete ich mit der Bemerkung ein, daß es mir außerordentlich schwer geworden sei, die Zustimmung meiner Regierung für weitere Verhandlung auf der Basis zu erhalten, daß Deutschland von vornherein unter Beibehaltung der Arbitrage auf Upolu zu verzichten habe. Es sei keinem Zweifel unterworfen, daß unsere öffentliche Meinung einen solchen Verzicht schwer empfinden und der Kaiserlichen Regierung zum dauernden Vorwurf machen würde. Unter diesen Umständen könnten wir auf diese Basis nur eingehen, wenn uns vollwichtige Kompensationen geboten würden, die wir als Rechtfertigung für den Verzicht auf Upolu geltend machen könnten. Ich fügte hinzu, daß ich, um die heutige Diskussion zu erleichtern, die von uns als annehmbar betrachteten, ihm übrigens bereits bekannten Voraussetzungen einer Verständigung zwischen uns auf der fraglichen Basis schriftlich aufgestellt hätte, die er jedoch als eine mündliche Mitteilung zu betrachten habe, und knüpfte daran die Bitte, mir über dieselben Punkt für Punkt seine Auffassung mitzuteilen. In bezug auf die Tongainseln, deren eventuelle Abtretung an uns er in unserer letzten Unterredung abgelehnt habe, müßte ich hier von vornherein darauf aufmerksam machen, daß er mir dieselben in unserer Unterredung am 22. September d. Js. wie auch die Gilbertinseln für den Fall ausdrücklich zugestanden habe, daß wir Savaii erhielten, wie sich aus der Handschrift seines Privatsekretärs unzweifelhaft ergebe (vgl. die mit Telegramm Nr. 277 übersandte französische Redaktion *).

Nachdem Lord Salisbury meine Aufstellung aufmerksam durchgelesen, fing er wieder an, Schwierigkeiten zu erheben und hervorzuheben, daß wir zuviel verlangten. Wenn in der von ihm anerkannten französischen Aufzeichnung vom 22. September d. Js. die Tonga- und Gilbertinseln als von ihm nachgegeben stehengeblieben seien, so erkläre sich dies daraus, daß ihm meine Anfrage, ob ich ihn richtig verstanden, im letzten Augenblick vor seiner Abreise, und als er mit Geschäften überhäuft gewesen, vorgelegt worden sei. Übrigens sei auch in jener französischen Aufzeichnung der Verzicht auf die fraglichen Inselgruppen an unseren Verzicht auf die Exterritorialität Sansibar geknüpft worden, von welcher in meiner heutigen Aufstellung

---

* Siehe Nr. 4092.

keine Rede sei. Ich erwiderte hierauf sofort, daß ich zwar nicht ermächtigt sei, diesen Verzicht ohne weiteres auszusprechen, daß ich aber, falls er unter dieser Voraussetzung die übrigen in meiner heutigen Aufstellung bezeichneten Punkte als annehmbar bezeichnen wolle, den Verzicht auf unsere Exterritorialität in Sansibar telegraphisch dringend befürworten würde und ihm in wenigen Stunden eine zustimmende Antwort mitzuteilen hoffte.

Ohne hierauf weiter einzugehen, bemerkte Lord Salisbury, daß wir zuviel verlangten, und daß er Zeit haben müsse, um sich unsere Vorschläge zu überlegen, namentlich aber, um sich über den Wert der von uns beanspruchten Objekte (Tonga- und Gilbertinseln, Union-, Ellice- und Phönixinseln) genauer zu informieren. Auf meine Frage, ob er sich etwa der Zustimmung seiner Kollegen zu versichern wünsche, was ohne großen Zeitverlust möglich sein würde, erwiderte der Premierminister, daß dies nicht notwendig sei, daß er aber Wert darauf legen müsse, die fragliche Aufklärung von Experten zu erhalten. Auf meine Einwendung, daß sowohl der betreffende Dezernent im Foreign Office wie auch das Colonial Office vollständig in der Lage sein würde, ihm jede wünschenswerte Aufklärung sofort zu erteilen, und daß er daher in der Lage sein würde, mir demnächst einen Tag zur definitiven Beantwortung meiner Vorschläge zu bestimmen, ging der Premierminister nicht näher ein. Als ich weiter geltend machte, daß seine Einwendungen einer dreimonatlichen oder noch längeren Vertagung der Sache gleichkommen würden, bemerkte er lediglich, daß er in etwa 14 Tagen in der Lage zu sein hoffe, über meine Vorschläge weiter zu verhandeln und mich dann hiervon benachrichtigen werde.

Im Lauf der Unterhaltung wies ich wiederholt darauf hin, daß der Antrag, die Togofrage mit der Samoafrage zu verbinden, nicht von uns ausgegangen sei, und daß wir vollständig bereit wären, auf den ursprünglichen Vorschlag, die Frage, wer Upolu und wer Savaii erhalten solle, durch Arbitrage entscheiden zu lassen[, einzugehen]. Auch hierauf ging Lord Salisbury nicht näher ein.

Beim Abschied habe ich nicht unterlassen, besonders und nachdrücklich geltend zu machen, daß wir auf eine so unbestimmte Vertagung der ganzen Angelegenheit nicht eingehen könnten, und daß dieselbe in Berlin einen sehr unbefriedigenden Eindruck hervorrufen werde.

Den in Berlin ausgesprochenen Wunsch, daß wir die Vertretung der Engländer in Transvaal übernehmen sollen, hat Lord Salisbury mit keinem Wort erwähnt. Es scheint mir nicht zweifelhaft, daß der betreffende Antrag nunmehr abgelehnt ist.

Hatzfeldt

Nr. 4103

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 255 Berlin, den 8. Oktober 1899

Aus den vier gestern eingegangenen Telegrammen Ew. pp. ersehe ich mit Bedauern, daß Ew. pp. sich vorgestern einer vorgefaßten Meinung gegenüber befanden. Ihrerseits haben Ew. pp. alles getan, um die Erreichung des Zieles, wenn nicht auf direktem Wege, so doch auf andere Art offenzuhalten. Ich gebe deshalb keineswegs die Hoffnung auf, daß wir schließlich zu einem befriedigenden Ergebnis kommen werden, und halte die von Ew. pp. jetzt angewandte Methode der Beeinflussung von Lord Salisbury durch einflußreiche englische Persönlichkeiten für die dem Charakter des Premiers am besten angepaßte*.

Vorläufig jedoch ist die in Ew. pp. Telegramm Nr. 305** dargestellte Situation eine so unfreundliche, daß die Regierung Seiner Majestät des Kaisers den Gedanken an eine Vertretung der englischen Interessen in Transvaal auf Grund der Ew. pp. bereits bekannten Erwägungen hat aufgeben müssen.

Herr von Derenthall hat dem englischen Botschafter, welcher gerade kam, um sich deswegen zu erkundigen, in durchaus verbindlicher Weise eröffnet, Deutschland sei in Transvaal nur durch einen einfachen Konsul vertreten, der überdies erst ganz kürzlich dorthin versetzt sei, und von dem wir deshalb nicht ohne weiteres annähmen, daß er die genügende Autorität und Lokalkenntnis besitzen würde, um den schwierigen und komplizierten Aufgaben, welche mit der Vertretung der britischen Interessen verbunden wären, in allen Fällen zu genügen. Der Botschafter nahm die Eröffnung mit ruhigem Ernst und ohne Kommentar entgegen, Herr von Derenthall hatte jedoch dabei den Eindruck, daß derselbe sich über die Bedeutung der Sache klar war.

Nachdem durch die verbindliche Form unserer formalen Erklärung allen Rücksichten der Höflichkeit genügt ist, dürfen wir nun

---

* Wie aus den verschiedenen Telegrammen Graf von Hatzfeldts vom 7. Oktober hervorgeht, war er bemüht, auch indirekt durch Persönlichkeiten wie Alfred Rothschild, Lord Lansdowne, Sir Goschen u. a. auf Lord Salisbury einzuwirken.
** Siehe Nr. 4102.

aber andererseits nicht versäumen, da wo es nützlich ist, die wirklichen Motive unserer Ablehnung ins richtige Licht zu stellen. Ich werde in diesem Sinne morgen mit dem englischen Botschafter reden und darf es vertrauensvoll Ew. pp. Erfahrung überlassen, wo und wie Sie dort Aufklärungen geben wollen. Nach Lage der Sache denke ich, daß weder Ew. pp. noch ich besondere Mühe haben werden, unsern Zuhörern das grelle Mißverhältnis begreiflich zu machen, welches zwischen den so weitgehenden Ansprüchen von Lord Salisbury an unsere freundschaftliche Unterstützung — denn eine solche und keine bloße Formalität wäre natürlich die Vertretung britischer Interessen in Transvaal gewesen — und seiner demonstrativ unfreundlichen Behandlung aller Deutschland interessierenden Fragen sich bemerklich macht. Selbst eine starke Regierung wie die deutsche muß vermeiden, die öffentliche Meinung im eigenen Lande zu einer so berechtigten Kritik herauszufordern, wie die sein würde, daß Deutschland dadurch, daß es auf Akte der Mißachtung, wie solche im Laufe der Samoafrage wiederholt vorgekommen sind, mit Freundlichkeiten quittiert, seine Lage nicht nur England, sondern auch den übrigen zuschauenden Mächten gegenüber naturgemäß verschlechtert.

Ew. pp. werden vielleicht bei diesen Besprechungen Andeutungen erhalten über die wirklichen Gründe der befremdlichen Stellungnahme des englischen Premiers. Daß seine Schroffheit ihre Erklärung nicht durch sachliche englische Interessen findet, ersehe ich aus der Mißbilligung der in Ew. pp. Telegrammen erwähnten politischen Persönlichkeiten. Es bleibt also nur die Vermutung übrig, daß die von Herrn Chamberlain erwähnte „persönliche Frage“, d. h. völlig unmotivierte Gereiztheit gegen Seine Majestät den Kaiser, oder aber irgendwelches Mißtrauen, dessen Ursprung wir nicht kennen, dabei eine Rolle spielt. Die Gereiztheit, zu der gerade jetzt gar kein Anlaß vorliegt, wird durch gewichtige englische Argumente zu überwinden sein. Und was das Mißtrauen anlangt, so kann dasselbe ebensowenig haltbare Gründe haben, da die deutsche Regierung während des ganzen Verlaufes der Transvaalkrise eine absolut loyale und unentwegt korrekte Haltung beobachtet hat, welche für Transvaal eine Enttäuschung und für einen großen Teil des deutschen Volkes wie für gewisse andere Mächte ein Gegenstand der Kritik war. Die in dieses Gebiet fallenden englischen Vorwürfe könnten sich daher höchstens auf Vorkommnisse ohne jede politische Bedeutung beziehen. Bei der Wichtigkeit der ganzen Angelegenheit will ich auch auf diesen Gegenstand in einer ferneren Mitteilung noch näher eingehen, bemerke aber schon jetzt, daß man auf diese Art vielleicht Vorwände zum Mißtrauen herausfinden wird, Gründe aber nicht.

Bülow

Nr. 4104

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Irmer

Nr. 256 Berlin, den 8. Oktober 1899
Ganz geheim

Die ablehnende Haltung der englischen Regierung in der Samoaangelegenheit läßt sich vielleicht auch unter der Annahme erklären, daß von irgendeiner Seite bei Lord Salisbury und vielleicht auch bei Mr. Chamberlain unbegründetes Mißtrauen gegen unsere loyale Haltung in der Transvaalfrage erweckt worden ist.

Hier ist nicht das mindeste bekannt, was nach dieser Richtung hin gegen unsere absolut loyale und korrekte Haltung in der Transvaalangelegenheit mit irgendwelcher Berechtigung vorgebracht werden könnte. Für alle Fälle aber möchte ich Ew. pp. zur vertraulichen Information mitteilen, daß von seiten deutscher südwestafrikanischer Interessenten, an deren Spitze Herr von Hansemann steht, seit einigen Monaten die Erwerbung einer Konzession zum Bau einer Eisenbahn durch Transvaal zum Anschluß an eine Bahn durch Betschuanaland und das Minengebiet von Deutsch-Südwestafrika bis zur Küste des Atlantischen Ozeans angestrebt und neuerdings bei der Transvaalregierung unter der Hand beantragt worden ist. Die Nachricht von diesem rein privaten Unternehmen kann möglicherweise der englischen Regierung gerade jetzt und in einer solchen Form zugetragen worden sein, daß Mißtrauen dadurch gegen uns rege gemacht worden ist.

Sollten Ew. pp. nach sorgfältiger Prüfung zu der Überzeugung gelangen, daß die Betreibung dieser Transvaal-Eisenbahnkonzession seitens deutscher Interessenten bei der Transvaalregierung in der Tat das Mißtrauen Lord Salisburys erregt und zu der ablehnenden Haltung der englischen Regierung in der Samoaangelegenheit mit beigetragen hat, so wollen Ew. pp. den Sachverhalt aufklären und, um jede weitere Mißstimmung zu beseitigen, betonen, daß auf die Erlangung einer solchen Eisenbahnkonzession die Kaiserliche Regierung an sich keinen Wert legt, und daß dabei lediglich private deutsche Spekulationsinteressen in Frage kommen, wie sich solche auch anderswo und speziell in England oft bemerkbar machen. Für uns sei es genügend, wenn, wie es im letzten Abkommen mit Mr. Davis, dem Vertreter von Mr. Cecil Rhodes, vertragsmäßig sichergestellt sei, die Weiterführung der Rhodesschen südafrikanischen Querbahn auf alle Fälle durch deutsches Gebiet bis zur Küste des Atlantischen Ozeans geführt würde*. Dementsprechend würde diesseits auch die Rati-

* Vgl. Nr. 4045, S. 581, Fußnote *.

fikation des damit zusammenhängenden ostafrikanischen Telegraphenvertrags mit Mr. Cecil Rhodes ungesäumt erfolgen, sobald die zum Vertrage erforderliche Zustimmung der Chartered Company und der englischen Regierung, die jetzt Mr. Davis in London einzuholen versprochen habe, vorliege.

Bülow

Nr. 4105

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 311 London, den 9. Oktober 1899

In heutiger Unterredung mit Chamberlain hat Freiherr von Eckardstein unseren Standpunkt in der Samoafrage meinen Instruktionen entsprechend* dargelegt, und Chamberlain erwiderte: er verstehe zwar persönlich unsere Auffassung, müsse aber unsere Forderungen als sehr hoch bezeichnen, denn England gebe ein sehr wertvolles ihm gehörendes Gebiet, Voltadreieck, auf, während Deutschland nichts dafür bieten könne, was ihm tatsächlich gehöre. Er, Chamberlain, habe den sehnlichsten Wunsch, mit Deutschland zu einer Einigung zu gelangen, aber Deutschland müsse auch etwas ihm tatsächlich Gehörendes bieten, um gleichwertige Konzessionen zu erlangen. Hieran anknüpfend machte er den Vorschlag, Deutschland solle seinen Teil von Neu-Guinea an England abtreten, ebenso Upolu und Tongainseln, und dafür Savaii sowie die Gilbertinseln und Elliceinseln erhalten. Als Freiherr von Eckardstein hierzu lachte und scherzhaft erwiderte, er habe im Gegenteil Englisch Neu-Guinea als Kompensation für Deutschland verlangen wollen, erwiderte Chamberlain, dann empfehle es sich, eine neue Basis zu suchen, und bat Freiherrn von Eckardstein, einen anderen Vorschlag zu machen. Als derselbe ihm hierauf die von mir Lord Salisbury vorgelegte französische Aufzeichnung (Bericht Nr. 806) mit dem Bemerken mitteilte, daß dieselbe genau mit den Punkten übereinstimme, die er, Freiherr von Eckardstein, ihm, Chamberlain, früher vorgelegt habe, erwiderte der letztere, daß er diese Vorschläge damals bis zu einem gewissen Grade bei Lord Salisbury befürwortet habe, jedoch auf unüberwindliche Schwierigkeiten gestoßen sei, und daß daher eine neue Basis für weitere Verhandlungen gefunden werden müsse. Er bemerkte hierzu: „Kommen wir zu einer detaillierten Verständigung, so will ich mich gern verpflichten, mit Hülfe einiger meiner Kollegen die

* Siehe diese Instruktionen in Freiherrn von Eckardsteins „Lebenserinnerungen und Politischen Denkwürdigkeiten“ Bd. II, S. 54 ff.

eventuell von mir gemachten Zugeständnisse durchzusetzen, vorausgesetzt, daß Graf Hatzfeldt nicht mehr von Lord Salisbury verlangt, als zwischen uns vereinbart worden ist.“ Auf die Erwiderung des Freiherrn von Eckardstein, daß er mir nur seine Vorschläge übermitteln könne, machte Chamberlain verschiedene Vorschläge, die darauf hinausliefen, uns mit den Gilbertinseln, Ellice- und Unioninseln abzuspeisen, wobei Überlassung von Savaii an Deutschland noch in Frage gestellt wurde. Hierauf erklärte Freiherr von Eckardstein dem Kolonialminister, daß auf einer solchen Basis überhaupt nicht zu verhandeln sei, und daß er sich besser empfehlen werde, da solche Verhandlungen nur Zeitverlust für ihn wie für Chamberlain bedeuten würden. Als er wirklich Miene machte zu gehen, hielt Chamberlain ihn mit der Aufforderung zurück, doch seinerseits einen Vorschlag zu machen. Als Freiherr von Eckardstein erwiderte, daß Deutschland sich nicht mit Korallenriffen abspeisen lassen könnte, und daß England uns greifbare Zugeständnisse, wie z. B. die Salomoinseln, machen müsse, erwiderte Chamberlain, daß dies etwas ganz Neues sei, daß er aber, obgleich die Salomoinseln sehr wertvoll seien, versuchen wolle, auf diesen Vorschlag einzugehen, doch könnte dies nur unter der Voraussetzung geschehen, daß Deutschland an England Upolu, Savaii, die Tongainseln und Savage Island überlasse.

Nach längerer Erörterung verstand sich Chamberlain zu folgenden eventuellen Zugeständnissen:

1. Deutschland erhält den englischen Teil der Salomoinseln und Savage Island, England dagegen Upolu, Savaii und die Tongainseln. Das deutsche Eigentum in Upolu wird von England aufgekauft auf Grund einer Taxe durch englischen und deutschen Konsul, eventuell auf Grund einer Arbitrage durch amerikanischen Konsul. Die gleiche Verpflichtung übernimmt Deutschland bezüglich des englischen Eigentums im Voltadelta, wobei noch festzustellen ist, wer dort eventuell Arbitrage zu übernehmen hat.

2. Deutschland erhält das gesamte Voltadreieck mit dem linken Voltaufer, England die neutrale Zone, und Deutschland gibt gleichzeitig seine Exterritorialitätsrechte in Sansibar auf.

Bezüglich Feststellung eines Kaufpreises für deutsche Plantagengesellschaft blieb Chamberlain dabei, daß derselbe durch die vorgesehene Taxe resp. Arbritage festgestellt werden müsse.

In heutiger Unterredung ist Jendi nicht erwähnt worden, Freiherr von Eckardstein nimmt aber an, daß dies schon in seiner letzten Unterredung mit Chamberlain zugestanden worden ist.

In bezug auf die Gilbert- und kleineren Inselgruppen bemerkte Chamberlain, daß dieselben bei weitem wertvoller seien, als wir angenommen hätten. Die Gilbert- und Elliceinseln hätten allein 15 000 Einwohner und die Phönixinseln seien an die British Pacific Company verpachtet.

Chamberlain bemerkte schließlich ausdrücklich, daß seine eben formulierten Vorschläge nicht als definitive und verbindliche zu betrachten seien, versprach aber gleichzeitig dem Freiherrn von Eckardstein morgen, spätestens übermorgen schriftlich wissen zu lassen, ob er an den fraglichen Vorschlägen definitiv festhalte.

Dies wird also zunächst abzuwarten sein, falls Euere Durchlaucht mir nicht andere Instruktionen erteilen.

Die Aufforderung an uns zur Übernahme der englischen Vertretung in Transvaal ist von Chamberlain ausgegangen, und er war, da er dies als eine Courtoisie uns gegenüber betrachtete, durch unsere Ablehnung lebhaft enttäuscht, hat aber die von Freiherrn von Eckardstein vorgebrachten Gründe schließlich gewürdigt. England hat jetzt Amerika um Übernahme der Vertretung ersucht.

Hatzfeldt

Nr. 4106

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 316 London, den 10. Oktober 1899

Nach seiner heutigen Unterredung mit Chamberlain hat Freiherr von Eckardstein mir eine schriftlich von Chamberlain selbst geschriebene und paraphierte Aufstellung* gebracht, welche folgende Vorschläge enthält:

Deutschland erhält:

1. Das Voltadelta mit dem linken Voltaufer bis zum Fluß, es wird festgesetzt, daß die Flußpolizei, die nach englischer Auffassung nicht geteilt und auch nicht von zwei Mächten zugleich geübt werden kann, auch ferner England überlassen bleibt.

Freie Schiffahrt aufwärts bis zur Grenze der neutralen Zone.

Verständigung über gleichmäßige Verordnungen bezüglich der Zölle und Handelsfreiheit (internal freedom of trade) zwischen Goldküste und Togogebiet, wie sie jetzt zwischen Voltadelta und Togogebiet bestehen.

Keine differentielle Behandlung der deutschen und englischen Untertanen in der Goldküstenkolonie und Togogebiet.

Entschädigung der englischen Firmen, die unser Gebiet verlassen wollen, durch Arbitrage festzustellen.

---

* Siehe den englischen Wortlaut in Freiherrn von Eckardsteins „Lebenserinnerungen und Politischen Denkwürdigkeiten" Bd. II, S. 37 f.

2. Entweder Savage Island und den gesamten England gehörenden Teil der Salomoinseln oder Savage Island und die Inseln Vella Lavella, Kulambangra und Neugeorgia. Im letzteren Falle überläßt Deutschland die Inseln Guadalcanar, Malaita und San Cristoval an England und nimmt statt dessen die Gilbertinseln.

An Queensland wird ein Privilegium bewilligt, wonach diese australische Kolonie auch fernerhin das Recht haben soll, analog den jetzt von Deutschland ausgeübten Befugnissen Arbeiter aus den Salomoinseln zu beziehen.

England erhält:

1. Die neutrale Zone mit Ausschluß von Jendi, die Grenzlinie läuft nach Norden bis Morosugu.

2. den Verzicht Deutschlands auf Exterritorialität in Sansibar.

3. Die Tongainseln, Upolu und Savaii. Die Entschädigungen an dortige deutsche Firmen, die verkaufen wollen, werden ebenfalls durch Arbitrage festgesetzt.

Zu den vorstehenden Vorschlägen bemerkt Herr Chamberlain in seinem Schriftstück, dieselben seien als „ideas of a possible settlement" zu behandeln, welche er und Freiherr von Eckardstein als wünschenswert betrachteten. Sie seien aber nicht verbindlich für die beiden Regierungen. Hierzu hat der Minister aber mündlich dem Freiherrn von Eckardstein bemerkt, er könne in einem Schriftstücke von seiner eigenen Hand zwar nicht weitergehen, könne ihm aber gleichzeitig mündlich ausdrücklich versichern, daß er mit Lord Salisbury über die eventuelle Annahme dieser Bedingungen einig und sicher sei, sie im Ministerkonseil, wo er seinen ganzen Einfluß dafür einsetzen würde, am nächsten Freitag durchzusetzen.

Im Anschluß hieran wurde zwischen Freiherrn von Eckardstein und Herrn Chamberlain auch die Eventualität einer Verständigung besprochen, bei welcher Deutschland Upolu und Savaii behalten würde. Für diesen Fall bezeichnete Herr Chamberlain als das äußerste, was hier angenommen werden könnte, die nachstehenden Bedingungen:

1. Deutschland erhält Upolu und Savaii nebst Savage Island.

2. England erhält den deutschen Teil der Salomoinseln, die Tongainseln und die neutrale Zone mit Ausnahme von Jendi.

Herr Chamberlain bemerkte dazu, daß ein solches Abkommen unsererseits mit Lord Salisbury zu besprechen wäre, und daß er sich darauf beschränken würde, seinerseits unter den angegebenen Bedingungen keine Einwendung dagegen zu erheben.

Herr Chamberlain bemerkte hierzu folgendes: Wir hätten zwischen den beiden Vorschlägen zu wählen, von welchen der erstere ein geschäftsmäßiger, unseren realen Interessen entsprechender sei, während der zweite Vorschlag nur einem gewissen sentimentalen Interesse unseres Publikums an Samoa entsprechen würde. Seinerseits ziehe er den ersten Vorschlag schon deshalb vor, weil dadurch alle zwischen

uns bestehenden kolonialen Schwierigkeiten gleichzeitig erledigt würden. Aus demselben Grunde sei er gegen eine Teilung von Upolu und Savaii zwischen Deutschland und England, weil er, abgesehen von den Schwierigkeiten, die beiden Inseln in administrativer Hinsicht zu trennen, überzeugt sei, daß damit Friktionen zwischen uns für die Zukunft doch nicht vermieden werden würden.

Herr Chamberlain bittet dringend um unsere Antwort morgen oder spätestens Donnerstag, damit er die Sache Freitag im Ministerkonseil definitiv zur Entscheidung bringen könne. Er hat hinzugefügt, daß er uns sein Äußerstes geboten habe und nicht weiter gehen könnte.

Hatzfeldt

Nr. 4107

Der Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Grafen von Bülow

Ausfertigung

A. 8451 Berlin, den 11. Oktober 1899
Geheim

In Erwiderung auf Euerer Exzellenz gefälliges Schreiben * beehre ich mich, meinen Standpunkt wie folgt darzulegen. Ich schicke dabei voraus, daß ich mir zwar über die Frage selbst und ihre Konsequenzen völlig klar bin, der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit halber aber nicht in der Lage sein werde, meine Ansicht eingehend zu begründen.

Der Besitz der Samoainseln wäre schon heute von großer strategischer Bedeutung für die deutsche Flotte als wichtige Etappenstation auf dem Wege von Kiautschou über unsere Besitzungen in der Südsee nach Südamerika. In Zukunft würde eine von Deutschland auszuübende Kontrolle über die Samoainseln von noch viel höherer Bedeutung sein, da der Panamakanal dem Welthandel neue Wege weisen wird, und so auch neue strategische Heerstraßen entstehen werden. Die Erweiterung unserer schon jetzt auf den Tongainseln (Vavau) bestehenden Kohlenplatzrechte durch Überlassung der betreffenden oder einer anderen Insel dieser Gruppe an Deutschland würde — wenn auch nicht ganz ohne Wert — einen Ersatz nicht bieten.

---

* Durch Schreiben des Staatssekretärs Grafen von Bülow vom 10. Oktober 1899 war sowohl der Chef des Admiralstabes der Marine wie der Staatssekretär des Reichsmarineamts um gutachtliche Äußerungen über einen eventuellen Verzicht auf Samoa und die Tongainseln ersucht worden. Beide Gutachten fielen schwer gegen den Verzicht ins Gewicht. Vgl. Freiherrn von Eckardsteins „Lebenserinnerungen und Politische Denkwürdigkeiten" Bd. II, S. 39 f.

Die vielen und wichtigen auf Samoa im Vergleich mit Tonga schon jetzt vorhandenen deutschen Interessen würden für eine eventuell später stattfindende Umwandlung eines Hafens dieser Inseln zu einem vollwertigen Stützpunkt von nicht zu unterschätzendem Nutzen sein.

Ich möchte ferner nicht unterlassen, hierbei die außerordentlich günstige Lage Samoas als Anlandestelle und Station für die in Zukunft anzustrebende Ausgestaltung eines deutschen Weltkabels (Südamerika—Samoa—Neuguinea—Ostafrika—Westafrika) besonders hervorzuheben. Auch in dieser Beziehung dürfte dieser Inselgruppe eine nicht unerhebliche Bedeutung für die Zukunft beizulegen sein.

Die Abtretung der englischen Salomoinseln und der Voltamündung, noch dazu, wenn sich an diesen Besitzwechsel weitere Bedingungen anknüpfen, vermag ich in keiner Weise, weder in strategischer noch allgemein wirtschaftlicher Beziehung, als eine wirkliche Kompensation anzusehen.

Euerer Exzellenz Bitte um eine Äußerung über eine etwaige sonst in Vorschlag zu bringende Entschädigung glaube ich dahin beantworten zu sollen, daß, falls ein Aufgeben unserer vertragsmäßigen Rechte an die Samoagruppe unvermeidlich werden sollte, eine entsprechende Kompensation nur in der Abtretung solcher englischen Gebiete zu finden wäre, die uns in strategischer und wirtschaftlicher Beziehung einen vollwertigen Ersatz bieten, und deren Überlassung gleichzeitig dem in der Samoafrage beteiligten militärischen Ansehen unserer Flagge Rechnung trägt. Als solche Gebiete kommen meiner Ansicht nach in erster Linie Sansibar und die Walfischbai in Betracht.

Ich glaube mich mit Euerer Exzellenz in Übereinstimmung zu wissen, daß die Abtretung unserer Rechte auf Samoa an eine andere Macht ohne Gewährung als vollwertig erkannter Kompensationen allgemein als eine schwere Schädigung angesehen werden würde.

Wie Euere Exzellenz nach früheren mündlichen Unterredungen wohl schon voraussetzen werden, bin ich der Ansicht, daß die Samoafrage auf keinen Fall zu einem militärischen Konflikt mit England führen darf. Das vorstehend Gesagte fasse ich wie folgt zusammen:

1. Eine Wahrung unserer bestehenden Rechte an die Samoagruppe mit dem Ziel, die ganze Gruppe oder eine der Inseln später in deutschen Besitz zu bekommen, würde aus nationalen, strategischen und wirtschaftlichen Gründen das am meisten Erstrebenswerte sein.

2. Ist die Abtretung unserer Rechte und der Verzicht auf die Inseln durch die politische Situation geboten und unvermeidlich, was zu beurteilen ich nicht in der Lage bin, so könnten nur vollwertige Kompensationen, nicht aber solche, wie sie von England angeboten sind, befriedigenden Ersatz schaffen.

3. Sollte die Gewährung solcher Entschädigungen auf Widerstand stoßen und dennoch die Abtretung der Inseln unvermeidlich werden, so würde ich es für angemessener halten, unter formaler Wahrung

unserer Rechte nachzugeben und uns unzureichend erscheinende Kompensationen ganz abzulehnen, weil die Annahme derselben den Eindruck der Schädigung und der maritimen Schwäche Deutschlands nur noch vermehren könnte.

Tirpitz

Nr. 4108

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 263 Berlin, den 13. Oktober 1899

Antwort auf Telegramm Nr. 316*.

Seine Majestät genehmigt, daß wir, um Upolu und Savaii zu freiem Eigentum zu erhalten, im Notfalle die Bedingungen annehmen, welche Herr Chamberlain damit verknüpft (cfr. Ihr Telegramm Nr. 316 ad 2). Erwünscht wäre freilich für uns gewesen, wenn die Abtretung der afrikanischen neutralen Zone für jetzt hätte aus dem Abkommen herausbleiben und einem späteren spezifisch afrikanischen Abkommen vorbehalten werden können, bei dem wir dann auch die Exterritorialität von Sansibar mit hineingebracht hätten. Daraus, daß wir materielle Vorteile für eine Idee opfern, ist ersichtlich, wie gern wir bereit sind, etwaige künftige Streitobjekte zwischen uns und England aus der Welt zu schaffen, selbst im jetzigen Augenblick, der für England eher ein schwieriger ist. Herr Chamberlain könnte sich daher sagen, daß er nichts riskiert, wenn er den afrikanischen Teil des Abkommens späterer Verhandlung vorbehält, bei welcher derselbe leitende Gesichtspunkt für uns maßgebend bleiben wird.

Für die fernere Stimmung des deutschen Volks England gegenüber würde es nützlich sein, wenn man englischerseits diesem Wunsche Rechnung trüge; welches Gewicht dieser Gesichtspunkt aber für Herrn Chamberlain hat, vermag ich nicht zu ermessen. Sollten Ew. den vorstehenden Wunsch nach Erörterung oder von vornherein für unerreichbar halten, so sind Sie ermächtigt, auf den in Ihrem Telegramm 316 ad 2 enthaltenen Vorschlag des Herrn Chamberlain pure einzugehen.

Ich setze hierbei voraus, daß der Kolonialminister diesen von ihm angeregten Gedanken auch im Ministerrat und beim Premierminister zur Annahme bringen wird. Ob Ew. mit Rücksicht auf die ablehnende Haltung von Lord Salisbury bei Ihrer letzten Unterredung es für angezeigt halten würden, die Angelegenheit bei diesem wiederum

---

* Siehe Nr. 4106.

anzuregen, oder ob eine eventuelle Ablehnung des Kolonialministers, die Angelegenheit zu vertreten, mit einem zeitweiligen Stillstand der Verhandlungen gleichbedeutend sein würde, sind Ew. allein in der Lage zu beurteilen.

Nach der heutigen Unterredung mit Seiner Majestät dem Kaiser stehen zwei Dinge für mich fest:

1. daß allerhöchstderselbe aus Rücksicht auf die Gefühle seines Volks und ohne Rücksicht auf etwa gebotene materielle Vorteile einen gänzlichen Verzicht auf Samoa nicht in Betracht zieht oder ziehen wird.

2. daß der Besuch in England, wie ich wohl kaum zu sagen brauche, in unmittelbarem Kausalnexus mit der Samoafrage steht. An diesen beiden leitenden Gesichtspunkten wird sich nichts mehr ändern, wenn wir auch sonst bereit sind, englischen Wünschen wegen abzuändernder Modalitäten Rechnung zu tragen.

Bülow

Nr. 4109

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept

Nr. 269 Berlin, den 18. Oktober 1899

Persönlich würde ich nicht abgeneigt sein, dem englischen Vorschlage I zuzustimmen, welcher auch nach Ansicht des Kolonialrats* der materiell weitaus vorteilhaftere ist. Aber der Zweck, eine Annäherung von England und Deutschland und ein Zusammengehen in den Weltfragen der Zukunft zu ermöglichen, wird, soweit die Behandlung der Samoafrage dafür in Betracht kommt, nur dann zu erreichen sein, wenn dem englischen Vorschlag II entsprechend Upolu und Savaii bei Deutschland bleiben. Die deutsche öffentliche Meinung würde durch ein Aufgeben dieser Inseln aufs tiefste erregt und selbst durch vollwertige Kompensationen nicht beruhigt werden. Sie würde andererseits aber, wie ich glaube, auch vor den von England verlangten erheblichen materiellen Opfern nicht zurückschrecken, um jene beiden Samoainseln, die allmählich ein nationaler Begriff geworden sind, dem Deutschen Reiche zu erhalten.

Als Kompensationen für Samoa würden also an England fallen: die Tongagruppe, die Savageinsel, die neutrale Zone im Hinterlande von

* Über die Befragung des Kolonialrats vgl. Eckardstein, Lebenserinnerungen und Politische Denkwürdigkeiten Bd. II, S. 41 f.

Togo mit Ausnahme von Jendi. Als Kompensationsobjekt würde ferner in Betracht kommen die Aufgabe der deutschen Exterritorialität in Sansibar, durch welche für England die Möglichkeit geboten wäre, den gleichen Verzicht auch von Frankreich zu erlangen. Zuletzt kommen die deutschen Salomoinseln als Kompensationsobjekt in Betracht. Da wir jedoch nur von dort die nötigen Arbeiter für Samoa beziehen, so würde es den an sich schon relativ unbedeutenden wirtschaftlichen Wert von Samoa zu sehr herabdrücken, wenn wir auf sämtliche Salomoinseln verzichten wollten. Wieviele derselben Ew. im Laufe der Verhandlungen glauben opfern zu müssen, darf ich Ihrer eigenen Erwägung überlassen, unter allen Umständen jedoch wird die Insel Bougainville zu halten sein.

Ein wirksames Moment bei den Verhandlungen bietet der Hinweis, daß uns sowohl in Saluafata wie in Vavau die Errichtung von Kohlenstationen vertragsmäßig von England zugesichert ist, und daß unsere Marine nur mit Rücksicht auf eine erhoffte definitive Einigung mit England über Südseefragen bisher von diesem Rechte keinen Gebrauch gemacht hat. Erfolgt diese Einigung jetzt nicht, so wird der Ausbau jener beiden Häfen nicht länger hinauszuschieben sein.

Mit wem und durch wen Ew. die Verhandlungen weiterführen wollen, ist Ihrem Ermessen überlassen. Ich bemerke in dieser Hinsicht nur noch, daß die hiesige englische Botschaft und insbesondere der englische Botschafter bei unserer letzten Begegnung am vorigen Freitag über den Stand der Verhandlungen nichts Positives von hier aus erfahren hat.

Bülow

Nr. 4110

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 337 London, den 20. Oktober 1899

In der heutigen Unterredung, bei welcher Herr Chamberlain Verständnis für die Situation und Entgegenkommen zeigte, verständigte er sich schließlich, unter dem alleinigen Vorbehalt, daß er sich noch telegraphisch der Zustimmung Australiens versichern müsse, mit Freiherrn von Eckardstein über folgende Punkte:

1. Deutschland erhält Upolu und Savaii sowie Jendi in der neutralen Zone.

2. England erhält die Tongainseln mit Einschluß von Vavau, die neutrale Zone mit Ausnahme von Jendi, sowie die deutschen Salomoinseln mit Ausnahme von Bougainville.

3. Deutschland gibt seine exterritorialen Rechte in Sansibar auf.

4. Das zwischen Togo und dem Voltadreieck bestehende Zollabkommen wird auf die Goldküstenkolonie ausgedehnt.

5. Deutschland erhält das Recht, auch fernerhin aus der gesamten Salomogruppe Arbeiter zu beziehen.

6. Die Grenze in der neutralen Zone soll den Dakafluß hinauflaufen und von da nach Morosugu. Deutschland wird etwaige Anrechte auf Gambaga aufgeben.

Es war nach Versicherung des Freiherrn von Eckardstein ungeachtet der größten Bemühungen nicht möglich, mehr zu erreichen, namentlich in bezug auf die deutschen Salomoinseln. Savage Island ist überhaupt nicht zur Sprache gekommen, und man scheint es hier nicht haben zu wollen.

Schließlich hat mich Herr Chamberlain dringend bitten lassen, dem Premierminister jetzt baldmöglichst einen schriftlich redigierten, den vorstehenden Punkten genau entsprechenden deutschen Vorschlag mitzuteilen, indem er dabei betonte, daß er und seine Kollegen im nächsten, voraussichtlich künftigen Dienstag stattfindenden, Ministerrat alles tun würden, um den Premierminister, welcher ihnen dann den Vorschlag vorlegen müsse, zur Annahme zu bewegen. Ganz vertraulich hat Herr Chamberlain dabei als ratsam bezeichnet, daß ich mich vorläufig auf schriftliche Mitteilung des Vorschlags an Lord Salisbury beschränke, damit er vor dem Ministerkonseil keine Gelegenheit mehr hat, mir gegenüber persönlich Schwierigkeiten zu erheben oder eigene Gegenvorschläge zu machen.

Ich halte dies für richtig, und es könnte sich, falls Euere Exzellenz mit den verabredeten Punkten einverstanden sind, nur noch darum handeln, ob es ratsam ist, daß wir uns durch einen schriftlichen Vorschlag festlegen, solange der von Herrn Chamberlain gemachte Vorbehalt wegen Zustimmung Australiens nicht erledigt ist. Da Herr Chamberlain sich aber bisher als zuverlässig im Worthalten gezeigt hat, dürfte darin kein ernstliches Bedenken gegen die Erfüllung seines Wunsches liegen.

Ich bitte um baldmöglichste telegraphische Instruktion, damit das fragliche Schreiben an Lord Salisbury eventuell spätestens Sonntag früh an den Premierminister befördert werden kann.

Am Schluß der Unterredung hat Herr Chamberlain noch bemerkt, daß es mit Rücksicht auf die hiesige öffentliche Meinung wünschenswert sein würde, den fraglichen Vertrag, an dessen Zustandekommen er nicht zweifle, erst während oder nach dem Besuch Seiner Majestät in England zu veröffentlichen. Er scheint zu fürchten, daß eine frühere Veröffentlichung hier den der Regierung ungünstigen Eindruck hervorrufen könnte, daß die Regierung das Opfer der Aufgabe von Samoa gebracht habe, um aus politischen Rücksichten den allerhöchsten Besuch sicherzustellen.

Freiherr von Eckardstein glaubt nicht, daß Herr Chamberlain zu irgendwelchen weiteren Konzessionen zu bewegen sein würde, wie derselbe es auch bestimmt ausgesprochen habe.

Hatzfeldt

Nr. 4111

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Irmer

Nr. 277 Berlin, den 21. Oktober 1899

Ew. pp. werden ermächtigt, Lord Salisbury folgende Vorschläge behufs endlichen Ausgleichs in der Samoaangelegenheit zu machen:

1. Deutschland erhält Upolu und Savaii, ferner Savage Island und den östlichen Teil der neutralen Zone mit dem Lande Jendi. Deutschland gibt seine Rechte auf Gambaga auf.

2. England erhält die Tongainseln mit Einschluß von Vavau, den westlichen Teil der neutralen Zone mit Ausschluß von Jendi, sowie von den deutschen Salomoinseln die Inseln Choiseul und Ysabel nebst den kleineren Salomoinseln, soweit letztere östlich von dem Shortlandarchipel gelegen sind.

3. Deutschland gibt seine exterritorialen Rechte in Sansibar auf.

4. Das zurzeit zwischen Deutschland und England bestehende Abkommen über den freien Bezug von Arbeitern aus den englischen Salomoinseln wird auch auf die obengenannten bisher deutschen Salomoinseln ausgedehnt.

5. Die Grenze in der neutralen Zone soll der Dakafluß bis zum Schnittpunkt mit dem 9. Grad bilden, von da eine gerade Linie nach Norden, so daß das Land Jendi deutsch, Gambaga englisch bleibt.

6. Die beiderseitigen Konsuln in Apia und in den Tongainseln werden abberufen.

Alles vorbehaltlich genauerer Redaktion und unter Berücksichtigung der bereits früher gegebenen Anweisungen für den Fall des Abschlusses eines Samoaabkommens.

Was Punkt 1 angeht, so würde mir sehr daran gelegen sein, wenn Savage Island, auf das diesseits wegen seiner entfernten Lage besonderer Wert nicht gelegt wird, noch gegen die Salomoinsel Choiseul ausgetauscht werden könnte.

Was 2. den Verzicht auf unsere Exterritorialität in Sansibar betrifft, so würde es mit Rücksicht auf unsere öffentliche Meinung wünschenswert sein, denselben in der Form eines vorläufig geheimen Artikels dem Vertrage anzufügen. Dabei soll es der englischen Regie-

rung freistehen, bei geheimen Verhandlungen mit andern Regierungen über diesen Punkt letzteren vertraulich von unserm Verzicht Kenntnis zu geben.

Was 3. die englischerseits gewünschte Ausdehnung des zwischen Togo und dem Voltadreieck schon jetzt bestehenden Zollabkommens auf die englische Goldküstenkolonie angeht, so liegen diesseits schwerwiegende Bedenken dagegen vor. Indessen sind wir bereit, etwaigen Wünschen der englischen Regierung in bezug auf die Gestaltung der beiderseitigen Zolltarife nach Möglichkeit und in weitgehendster Weise entgegenzukommen.

Dabei bemerke ich, daß das Zustandekommen des Abkommens durch die obigen sehr wünschenswerten Amendements 1 und 2 nicht in Frage gestellt werden soll. Indessen wird an 3 unter allen Umständen festgehalten werden müssen, da andernfalls die wirtschaftliche Existenz des Schutzgebiets von Togo vernichtet sein würde.

Die Geheimhaltung des Vertrages über den Termin des Vertragsabschlusses hinaus erachte ich für beide Teile als schädlich, jedenfalls für uns. Wir haben bei dem Abkommen keinen Vorteil, wir bekommen nur von zwei unangenehmen Alternativen diejenige, welche man in Deutschland als das geringere Übel ansehen wird. Es ist nicht anzunehmen, daß die Tatsache des Vertragsabschlusses geheim gehalten werden kann, da zu viele darum wissen. Wir haben daher zu befürchten, daß die Nachricht von dem Abschluß eines Samoaabkommens Erwartungen erwecken wird, denen bittere Enttäuschung folgen muß. Deshalb ist es wichtig, daß im Gegensatz zum deutsch-englischen Abkommen der Samoavertrag sofort in allen seinen Teilen bekannt wird. Ew. pp. überlasse ich jedoch vollständig, wann, bei wem und unter welchen Modalitäten Sie diesen Gesichtspunkt zur Geltung bringen wollen.

Bülow

Nr. 4112

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 345 London, den 22. Oktober 1899

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 277*.

In eben stattgehabter Unterredung mit Chamberlain hat Freiherr von Eckardstein noch die größten Anstrengungen gemacht, die gewünschten Konzessionen zu erreichen. Das nur sehr teilweise befriedigende Ergebnis ist:

* Siehe Nr. 4111.

Ad 1 des Telegramms Nr. 277. Chamberlain hat erklärt, Savage Island, obwohl er selbst keinen Wert darauf lege, uns nicht überlassen zu können, weil Australien jetzt nachdrücklich Anspruch darauf erhebe. Er müsse dies berücksichtigen, weil die hiesigen Vertreter Australiens auch unter dieser Voraussetzung nur mühsam ihre Zustimmung zu unserem Samoaabkommen erteilt hätten. Außerdem sei England infolge des Krieges ganz besonders darauf hingewiesen, seine Kolonie jetzt nicht vor den Kopf zu stoßen.

Ad 2: Chamberlain hat erklärt, weder die Insel Choiseul noch die westlich von dem Shortlandarchipel gelegenen kleineren Inseln abtreten zu können. Dagegen wolle er uns selbstverständlich außer Bougainville die unmittelbar nördlich davon gelegene Insel Buka überlassen.

Ad 3: Er ist damit einverstanden, daß unser Verzicht auf die Exterritorialität in einem anzufügenden geheimen Artikel unter der von Euerer Exzellenz bezeichneten Voraussetzung stipuliert wird.

Ad 4, 5 und 6: Einverstanden.

Bezüglich Zollfrage zwischen Togo und Goldküste ist Chamberlain einverstanden, daß ich in dem Lord Salisbury vorzulegenden Vorschlage die Ausdehnung des bestehenden Zollabkommens weglasse und statt dessen etwa folgendes sage:

„Deutschland ist bereit, etwaigen Wünschen der englischen Regierung in bezug auf die Gestaltung der beiderseitigen Zolltarife nach Möglichkeit und in weitgehendster Weise entgegenzukommen."

Er behält sich aber vor, nach Besprechung mit seinen Dezernenten eventuell noch eine andere Redaktion dieses Punktes nachträglich zu beantragen.

In bezug auf die früher von ihm gewünschte Geheimhaltung des Vertrags bemerkte Chamberlain, daß er zwar Wert darauf gelegt habe, jedoch die Gründe verstände, die der Kaiserlichen Regierung die baldige Veröffentlichung erwünscht machten, und keine Einwendung dagegen erheben wolle.

Ich bitte um baldmöglichste telegraphische Instruktion, ob ich nunmehr Lord Salisbury morgen einen nach den heutigen Erklärungen Chamberlains modifizierten Vorschlag vorlegen soll.

Hatzfeldt

Nr. 4113

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Privat für den Herrn Staatssekretär   London, den 26. Oktober 1899

Chamberlain hat gestern abend Freiherrn von Eckardstein sagen lassen, daß er sehr bedauere, sich auf keine weiteren Konzessionen

mehr einlassen zu können. Er habe sein Bestes in der Sache getan, es sei ihm gelungen, sowohl Lord Salisbury als seine übrigen Kollegen dafür zu gewinnen, und er habe sich auch, um die Erledigung zu beschleunigen, mit den verschiedenen Staaten Australiens telegraphisch in Verbindung gesetzt und sich ihnen gegenüber in bezug auf das von ihm zu bewilligende Maximum festgelegt. Seitdem seien wir wieder mit neuen Forderungen gekommen, welche die Sache wieder kompliziert hätten. Hätten wir dieselben von vornherein alle ausgesprochen, so hätte er darüber reden können, obwohl sie an sich nicht annehmbar wären nach den bereits von ihm gemachten großen Konzessionen, namentlich durch Belassung von Bougainville, nachdem er die Abtretung unserer gesamten Salomoinseln verlangt hätte, wie wir für den umgekehrten Fall die Überlassung der gesamten englischen Salomoinseln beansprucht hätten.

Nach allen dem Freiherrn von Eckardstein zugegangenen zuverlässigen Informationen ist Chamberlain auch persönlich tief gereizt über unser angebliches Verfahren ihm gegenüber, stets mit neuen Forderungen zu kommen, und dieses Gefühl werde von seinen Kollegen geteilt, namentlich Lord Lansdowne und Balfour, welch letzterer Lord Salisbury hauptsächlich zum Eingehen auf die Sache bestimmt habe. Sie hätten alle die denkbar größten Opfer bringen wollen, um den Besuch Seiner Majestät sicherzustellen, hätten aber jetzt das Gefühl, daß wir nur ihre etwaigen militärischen Verlegenheiten ausnutzen wollten.

Es ist hiernach zum mindesten zweifelhaft, ob Chamberlain dem Freiherrn von Eckardstein von selbst Gelegenheit zu einer Unterredung geben wird. Er hat Freiherrn von Eckardstein nur sagen lassen, daß er sich stets freuen würde, ihn zu sehen, vorausgesetzt jedoch, daß er mit keinerlei neuer Forderung komme, auch nicht bezüglich der Shortland Islands usw., wie Freiherr von Eckardstein dies in seinem letzten Briefe an ihn angedeutet habe. Dagegen hat er hinzufügen lassen, daß er sich verpflichten wolle, an seinen bisherigen Zugeständnissen noch einige Tage festzuhalten.

Unter diesen Umständen scheint mir jede Aussicht ausgeschlossen, durch weitere Verhandlung mit Chamberlain zu einem Resultate zu kommen, wenn seine bisherigen Zugeständnisse ohne die Grenzlinie südlich von Bougainville von unserem Standpunkte aus als unannehmbar zu betrachten sind. Es kann sich dann meines Erachtens nur um die Frage handeln, ob ich jetzt, ohne auf Chamberlain weiter zu warten, Lord Salisbury direkt eine Proposition auf der letzten Basis (Überlassung von Upolu und Savaii an uns) vorlegen, und welche Bedingungen ich dafür formulieren soll. Es ist dabei anzunehmen, daß Lord Salisbury, welcher übrigens wegen langen Wartens auf eine Mitteilung ebenfalls persönlich gereizt sein soll, schwerlich mehr Entgegenkommen zeigen wird, und auf die Unterstützung Chamberlains dabei

haben wir, wenn wir mehr als seine bisherigen Zugeständnisse fordern, keinenfalls zu rechnen, wenn nicht sogar auf seinen bestimmten Widerspruch.

Jedenfalls ist es, wie ich glaube, mit Rücksicht auf die vorstehend geschilderte Situation notwendig, noch im Laufe dieser Woche zu einer Entscheidung zu kommen, und ich bitte daher um baldmöglichste telegraphische Instruktion.

Sir Frank Lascelles hat sich, wie ich aus zuverlässiger Quelle höre, dahin ausgesprochen, er sei über die weitgehenden Zugeständnisse Chamberlains, die er hier erst erfahren, erstaunt gewesen, die hoffentlich zu einer Verständigung führen würden.

Hatzfeldt

Nr. 4114

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Irmer

Nr. 291 Berlin, den 26. Oktober 1899

Auf Privattelegramm an mich *.

Unser Amendement betreffend die kleinen Inseln östlich bzw. südlich von Bougainville war nur der Fürsorge entsprungen, jede Möglichkeit zu neuen Mißhelligkeiten mit England in der Südsee aus dem Wege zu räumen. Da aber Mr. Chamberlain dafür nicht zu gewinnen ist, so sind Ew. pp. ermächtigt, die Vorschläge Mr. Chamberlains nach Maßgabe der weiteren mit Nr. 345 ** gemeldeten Zugeständnisse desselben rotunde anzunehmen und dementsprechend nach vorher festgestellter Verständigung mit Chamberlain Lord Salisbury folgende Propositionen schriftlich zu übergeben.

1. Deutschland erhält Upolu und Savaii und den östlichen Teil der neutralen Zone mit dem Lande Jendi. Dagegen gibt es seine Rechte auf Gambaga auf.

2. England erhält die Tongainseln mit Einschluß Vavaus, den westlichen Teil der neutralen Zone in Westafrika mit Ausschluß von Jendi, sowie von der deutschen Salomogruppe die östlich bzw. südöstlich von Bougainville gelegenen Inseln.

3. Deutschland gibt seine exterritorialen Rechte in Sansibar auf.

4., 5., 6. bleiben unverändert wie in Telegramm Nr. 277 ***.

---

* Siehe Nr. 4113.
** Siehe Nr. 4112.
*** Siehe Nr. 4111.

7. Deutschland ist bereit, etwaigen Wünschen der englischen Regierung in bezug auf die Gestaltung der beiderseitigen Zolltarife in Togo und der Goldküste nach Möglichkeit und in weitgehendster Weise entgegenzukommen.

Was Punkt 2 anbetrifft, so entspricht die jetzige Fassung inhaltlich den Forderungen Mr. Chamberlains, sie ist lediglich gewählt, um die Opfer, die wir bringen, unserer Öffentlichkeit gegenüber äußerlich weniger groß erscheinen zu lassen.

Was Punkt 3 betrifft, so sehen wir von der Geheimhaltung ab. Indessen würden wir es mit besonderem Danke anerkennen, wenn unsere Aufgabe der Exterritorialität in eine Form gekleidet werden könnte, wonach der Verzicht erst tatsächlich mit dem Zeitpunkte in Kraft zu treten hätte, wenn andere Nationen aus ihrem exterritorialen Verhältnis in Sansibar ebenfalls heraustreten würden. Wenn wir auch unserer öffentlichen Meinung gegenüber darauf großen Wert legen würden, so darf doch durch dieses Bedenken der Abschluß der Vereinbarung keinesfalls verzögert werden.

Angesichts der von Ew. pp. geschilderten Situation werde ich Ew. pp. für baldmöglichen Abschluß der Samoaangelegenheit dankbar sein.

Bülow

Nr. 4115

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den englischen Premierminister Marquess of Salisbury

Privatbrief. Abschrift

Londres, le 27 octobre 1899

N'étant pas encore assez bien pour vous demander un entretien, je me permets de vous écrire pour vous communiquer la proposition ci-jointe relativement à l'affaire de Samoa, en ajoutant confidentiellement les observations suivantes:

1. Par l'article I de la proposition ci-jointe il est bien entendu que l'Angleterre recevrait, outre les îles de Tonga avec Vavau et la zone neutre à l'exception de Yendi, toutes les îles Salomon appartenant actuellement à l'Allemagne qui se trouvent à l'est et au sud-est de l'île de Bougainville. Nous n'avons nullement l'intention de faire une exception à l'égard d'une de ces îles, mais mon Gouvernement doit attacher de l'importance à la présente rédaction de cet article pour des raisons internes et en vue de la publication ultérieure du traité en Allemagne.

Je vous prie de vouloir bien considérer cette remarque comme absolument confidentielle.

Il est bien entendu que l'île de Buka au nord de Bougainville et qui fait partie de cette île continuerait également à appartenir à l'Allemagne.

2. Par l'article III l'Allemagne renoncerait à ses droits d'exterritorialité à Zanzibar, mais mon Gouvernement désire vivement, en considération de notre opinion publique, et il serait extrêmement obligé si le Gouvernement anglais consentait à ce que cette stipulation soit rédigée de manière que notre renonciation n'entrerait effectivement en vigueur qu'à l'époque où les droits analogues d'exterritorialité appartenant à d'autres nations seront abolis.

Il nous semble désirable que la stipulation relative à notre renonciation au droit d'exterritorialité trouve sa place dans un article spécial et additionel au traité et qu'on conviendrait de tenir secret provisoirement, tout en vous laissant la liberté, si vous entrez dans des négociations secrètes avec d'autres Gouvernements sur la question de l'exterritorialité à Zanzibar, de les informer confidentiellement du contenu de cet article.

3. Mon Gouvernement désire vivement, si nous arrivons à une entente, que le secret soit absolument maintenu jusqu'à la signature du traité.

Je vous prie de vouloir bien m'informer aussitôt que possible, après avoir examiné la pièce ci-jointe et les remarques que je me suis permis d'ajouter, si notre proposition est acceptée par le Gouvernement anglais. Il serait indiqué alors, si je ne me trompe, de nous concerter aussitôt que possible sur la forme et la rédaction définitive du traité en question.

Je me permets d'ajouter, pour votre convenance personelle, et sans en garantir l'exactitude, une traduction anglaise de la proposition ci-jointe.

Croyez-moi etc.

(signé) P. Hatzfeldt

Anlage

1. Deutschland erhält Upolu und Savaii und den östlichen Teil der neutralen Zone mit dem Lande Jendi. Dagegen gibt es seine Rechte auf Gambaga auf.

2. England erhält die Tongainseln mit Einschluß Vavaus, den westlichen Teil der neutralen Zone in Westafrika mit Ausschluß von Jendi, sowie von der deutschen Salomogruppe die östlich beziehungsweise südöstlich von Bougainville gelegenen Inseln.

3. Deutschland gibt seine exterritorialen Rechte in Sansibar auf.

4. Das zurzeit zwischen Deutschland und England bestehende Abkommen über den freien Bezug von Arbeitern aus den englischen

Salomoinseln wird auch auf die obengenannten deutschen Salomoinseln ausgedehnt.

5. Die Grenze in der neutralen Zone soll der Dakafluß bis zum Schnittpunkt mit dem neunten Grad bilden, von da eine gerade Linie nach Norden, so daß das Land Jendi deutsch, Gambaga englisch bleibt.

6. Die beiderseitigen Konsuln in Apia und in den Tongainseln werden abberufen.

7. Deutschland ist bereit, etwaigen Wünschen der englischen Regierung in bezug auf die Gestaltung der beiderseitigen Zolltarife in Togo und der Goldküste nach Möglichkeit und in weitgehendster Weise entgegenzukommen.

Nr. 4116

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf von Bülow an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 304 Berlin, den 1. November 1899

Privatbrief und Antwort bekannt. Geheimhaltung der Exterritorialität ist für uns keine conditio sine qua non, dagegen halten wir fest an der Modalität ad II, Absatz 1 Ihres Briefes an Lord Salisbury vom 27. v. Mts.*.

Weitere Konzessionen sind für uns unmöglich, desgleichen etwaige Verschleppung des Abschlusses bis zum Kaiserbesuch in England. Wir müssen uns über unsere Stellung zu England klar sein, bevor der Kaiser von Rußland und Graf Murawiew hier eintreffen**.

Bülow

Nr. 4117

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 365 London, den 1. November 1899

In eben stattgehabter Unterredung sagte mir der Premierminister, daß unsere Proposition hier im großen und ganzen angenommen werde,

---

* Siehe Nr. 4115.

** Das russische Kaiserpaar wurde für den 8. November zum Besuch des deutschen Kaiserpaars in Berlin erwartet. Vgl. Bd. XIII, Kap. LXXXVIII, Nr. 3547 ff.

und daß es sich nur noch um einige kleine redaktionelle Änderungen handele, die hier gewünscht würden. Als solche bezeichnete er zunächst eine kleine von Chamberlain gewünschte Modifikation der Begrenzung von Jendi, die er nicht genau verstanden habe, die der Kolonialminister ihm aber heute oder morgen schriftlich genau bezeichnen wolle (es handelt sich dabei offenbar um den von mir gemeldeten Vorbehalt Chamberlains, welcher, indem er die sieben Punkte akzeptierte, die Absicht aussprach, als Ausgangspunkt der Begrenzung von Jendi Morosugu zu beantragen). Als einen ferner zu berücksichtigenden Punkt bezeichnete Lord Salisbury die Tariffrage für die drei in Samoa berechtigten Mächte in den denselben durch das Abkommen nunmehr zufallenden Anteilen. Nach längerer Erörterung stellte sich heraus, daß eine Stipulation gewünscht wird, wonach den Angehörigen der drei Mächte in den Tongainseln, in unserem Anteil an der Samoagruppe und in dem Amerika zufallenden Tutuila die Behandlung der meistbegünstigten Nation zugesichert wird, mit anderen Worten, daß sie keine höheren Steuern zu bezahlen haben würden als die Angehörigen des besitzenden Staats. Hierauf erwähnte Lord Salisbury noch gewisse Wünsche der Amerikaner in bezug auf die Behandlung der Eingeborenen in den verschiedenen Anteilen, ohne jedoch genau angeben zu können, worin diese Wünsche bestehen. Er machte dann geltend, daß in der Redaktion des Abkommens der Berliner Vertrag bezüglich Samoas als außer Kraft getreten bezeichnet werden müsse. Bezüglich der von mir geltend gemachten Notwendigkeit, daß die Zustimmung Amerikas nunmehr von den beiderseitigen Vertretern nachgesucht werden müsse, bemerkte Lord Salisbury, daß dies nicht genüge, und daß Amerika nach seiner Ansicht an dem Abschluß des Vertrags als dritter Gleichberechtigter teilnehmen müsse. Auf meine Erwiderung, daß dies zum mindesten große Unkosten verursachen würde, da wir, wenn wir nicht wochenlang warten wollten, den ganzen Inhalt unseres Abkommens wörtlich nach Washington telegraphieren müßten, bemerkte Lord Salisbury, daß diese Unkosten getragen werden müßten. Schließlich bat mich der Premierminister, die Redaktion der Konvention zu übernehmen und erklärte sich gleichzeitig damit einverstanden, daß die auf die Exterritorialität in Sansibar bezügliche Bestimmung in einem besonderen, dem Vorschlag in meinem Schreiben an ihn vom 27. v. Mts. entsprechenden Artikel aufgenommen werden solle.

Ich erwiderte dem Premierminister, daß ich bereit sei, seinem Wunsche entsprechend die Redaktion der Konvention und des Additionalartikels bezüglich Exterritorialität zu übernehmen und ihm dieselbe schon morgen zu übersenden, vorausgesetzt, daß er mir ohne Zeitverlust seine Erwiderung mitteilen und darin die Modifikationen bezeichnen wolle, die er etwa noch für angezeigt halte. Er erwiderte, daß er dies baldmöglichst tun wolle.

Meine wiederholten Bemühungen, Lord Salisbury dazu zu bewegen, daß er die sieben Punkte vorbehaltlich definitiver Redaktion paraphierte, blieben fruchtlos. Es ist mir aber nicht zweifelhaft, daß der Ministerkonseil die sieben Punkte als Basis akzeptiert hat, und daß wir es nur mit einem Versuch Lord Salisburys zu tun haben, in einzelnen unerheblichen Punkten noch einige Vorteile für England zu sichern. Ich werde daher, wenn ich keine andere Weisung erhalte, Lord Salisbury die gewünschte Redaktion der Konvention und des Additionalartikels zugehen lassen. Gleichzeitig lasse ich aber Chamberlain durch Freiherrn von Eckardstein benachrichtigen, daß wir weder weitere Konzessionen bewilligen noch auf Verschleppung der Sache eingehen können.

Wie ich eben höre, hat der heutige Ministerrat unsere Vorschläge einstimmig und ohne Modifikation angenommen. Chamberlain hat dabei erklärt, daß er die Annahme nur empfehlen könne, wobei er nur eine etwas modifizierte Grenzlinie bezüglich Jendi verlangen müsse, die zu keinen Schwierigkeiten Anlaß geben könne.

Wenn ich keine andere Weisung erhalte, werde ich morgen Lord Salisbury einen Entwurf für Konvention und Additionalartikel in dem angegebenen Sinne zugehen lassen *.

Hatzfeldt

* Die restlichen Verhandlungen zogen sich, ohne prinzipielle Bedeutung zu haben, noch eine Weile hin. Am 8. November wurde gleichzeitig von deutscher und englischer Seite der wesentliche Inhalt des Abkommens bekannt gegeben; der endgültige Abschluß ging am 14. November vor sich. Die Veröffentlichung des Wortlauts erfolgte durch den Reichs- und Staatsanzeiger vom 23. November 1899. Siehe den Text auch in: Das Staatsarchiv Bd. 64, S. 1 ff. und bei Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1899, S. 159 f. Ein weiteres Abkommen vom 7. November 1900 überwies die Entscheidung wegen Entschädigung der in Samoa ansässigen Weißen für die während der Kämpfe erlittenen Schäden dem Schiedsspruche des Königs von Schweden. Dieser fällte seine Entscheidung im Oktober 1902 dahin, daß England und die Vereinigten Staaten für die durch ihre ungerechtfertigte militärische Aktion in den ersten Monaten des Jahres 1899 entstandenen Schäden verantwortlich seien. Vgl. Alfred Zimmermann, Geschichte der deutschen Kolonialpolitik, S. 299.

Ur